



Landtag von Baden-Württemberg

83. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 16. Februar 2005 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 19:13 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5863	Abg. Dr. Döring FDP/DVP	5905
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	5863	Abg. Oelmayer GRÜNE	5906
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005/06 (Staatshaushaltsgesetz 2005/06 – StHG 2005/06)		Abg. Blenke CDU	5910
a) Einzelplan 02: Staatsministerium		Abg. Fischer SPD	5911
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4002	5863	Abg. Hofer FDP/DVP	5912
Abg. Oettinger CDU	5863, 5896	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	5913
Abg. Drexler SPD	5867, 5889	Abg. Gaßmann SPD	5914
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	5872	Minister Rech	5915
Abg. Kretschmann GRÜNE	5876, 5893	Beschluss	5920
Ministerpräsident Teufel	5879		
Beschluss	5899	c) Einzelplan 09: Sozialministerium	
b) Einzelplan 03: Innenministerium		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4009	5922
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4003	5900	Abg. Alfred Haas CDU	5922
Abg. Heinz CDU	5900	Abg. Marianne Wonnay SPD	5926
Abg. Junginger SPD	5903	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	5929
		Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	5931
		Abg. Hoffmann CDU	5933
		Abg. Ursula Haußmann SPD	5935
		Abg. Renate Götting FDP/DVP	5936
		Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	5937
		Ministerin Tanja Gönner	5938
		Beschluss	5944

d) Einzelplan 01: Landtag

	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	5951
	Beschluss	5953
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4001		5946
Abg. Hauk CDU		5946
Abg. Fischer SPD		5948
Abg. Kleinmann FDP/DVP		5950
	Nächste Sitzung	5953
	Anlage	
	Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	5953

Protokoll

über die 83. Sitzung vom 16. Februar 2005

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 83. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet sind Herr Abg. Reichardt und Herr Abg. Kurz.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Köberle und – heute Vormittag – Herr Minister Dr. Frankenberg.

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt Ihnen vervielfältigt vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rechnungshofs vom 9. Dezember 2004 – Beratende Äußerung des Rechnungshofs Baden-Württemberg zur Organisation und Aufgabenerledigung der Kriminaltechnik in Baden-Württemberg – Drucksache 13/3847

Überweisung an den Finanzausschuss

2. Mitteilung des Innenministeriums vom 3. Januar 2005 – Wohnungsbau 2005 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksache 13/3955

Überweisung an den Innenausschuss und federführend an den Finanzausschuss

3. Mitteilung des Rechnungshofs vom 18. Januar 2005 – Beratende Äußerung zur Vergabe von Gutachten durch die Ministerien – Drucksache 13/3960

Überweisung an den Finanzausschuss

4. Antrag des Finanzministeriums vom 26. Januar 2005 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2003 – Drucksache 13/3986

Überweisung an den Finanzausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2005/06 (Staatshaushaltsgesetz 2005/06 – StHG 2005/06)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4002

Berichterstatter: Abg. Junginger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Innerhalb der Gesamtredezeit – das gilt für alle Einzelpläne, die wir beraten – sind sowohl die allgemeinen Ausführungen zu den Einzelplänen, den Kapiteln und Titeln zu machen als auch die Änderungs- und Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Oettinger das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! „Die deutsche Wirtschaft am Scheideweg“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer heutigen Ausgabe. Die Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung werden nach unten korrigiert, eine Schrumpfung im vierten Quartal 2004 ist festzustellen. Die Euro-Länder driften in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auseinander: Die deutsche Wirtschaft schrumpft, in Frankreich und Spanien wächst die Wirtschaft kräftig. Dies schreiben ebenso die „Financial Times“ und andere Zeitungen. Die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt:

Das Minus beim Wachstum hat alle kalt erwischt.

(Abg. Schmiedel SPD: Kein Pessimismus! Zuversicht!)

Die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr ist offen. Deshalb werden wir in den Haushaltsberatungen gut daran tun, wenn dem Arbeitsmarkt und dem Wachstum der Wirtschaft in Baden-Württemberg und in Deutschland unser erstes Interesse zukommt.

(Oettinger)

Die CDU Baden-Württemberg arbeitet für den Arbeitsmarkt im ganzen Land.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP)

Scheinbar haben wir uns an sieben Millionen Arbeitslose in Deutschland gewöhnt. Baden-Württemberg steht dabei hervorragend da: Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland 21 %, in Gesamtdeutschland 12 %, in Westdeutschland 10 %, in Bayern 8 % und in Baden-Württemberg 6 %. Auch bei den unter 25-Jährigen liegt Baden-Württemberg vorn. In Deutschland sind von den unter 25-Jährigen 11 % arbeitslos, in Baden-Württemberg 6 %. Ich erkläre hiermit: Auch die Haushaltszahlen haben sich dem Ziel unterzuordnen, dass jeder, der in Baden-Württemberg rechtmäßig lebt und arbeitsfähig ist, hier auch einen Arbeitsplatz bekommen kann. Arbeit für möglichst alle ist unser allererstes Ziel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir haben im letzten Jahr eine weitgehend ausgeglichene Lehrstellenbilanz erreicht. Mein Dank gilt allen Beteiligten: den Schulen, den Eltern, den Betrieben, den Konzernen, dem Mittelstand und auch den Gewerkschaften, die dafür sorgen, dass hier derjenige, der die Schule verlässt, nach Möglichkeit einen Anschluss, einen Ausbildungsplatz bekommt. Ausbildung und Arbeit werden in Baden-Württemberg auch im neuen Jahr bei unserer Politik ganz oben stehen.

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem müssen wir sehen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland längst nicht ordentlich, sondern schlecht ist. Die Prognosen für die deutsche Wirtschaft müssen von Monat zu Monat nach unten korrigiert werden. Der Konjunktur droht das Aus, bevor sie Fahrt aufgenommen hat. Wir bauen darauf, dass in Baden-Württemberg eine Absetzbewegung von der Konjunktur Deutschlands gelingt. Wir brauchen in Baden-Württemberg eine bessere Entwicklung der Wirtschaft, als sie im gesamtdeutschen Maßstab kommt.

Was sind die Stellschrauben, an denen Landespolitik drehen kann, damit der Wirtschaftsstandort, der Arbeitsmarkt im Land und die Befähigung der Menschen für den Arbeitsmarkt auf gutem Wege sind? Wir haben vor Beginn der Wahlperiode 5 500 neue Lehrstellen zugesagt. Das war vor der Wahl, und wir haben sie nach der Wahl realisiert. Mit dem jetzigen Doppelhaushalt werden die restlichen Stellen geschaffen. Kein anderes Bundesland erhöht die Zahl der Lehrstellen in dieser Zeit so stark wie wir. 5 500 zusätzliche Lehrstellen sind ein gewichtiges Wort und zeigen, dass die Bildungsangebote, die Schulversorgung und die Qualität von Unterricht in Baden-Württemberg auf gutem Weg sind und Baden-Württemberg vor anderen Ländern in die Zukunft geht. Wir haben das versprochen, wir haben es gehalten, Wort für Wort, Lehrstelle für Lehrstelle, Zahl für Zahl.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben konsequente Schulreformen hinter uns und stehen in weiteren mitten drin: Englisch und Französisch in

der Grundschule ab Klasse 1, die Oberstufenreform im Gymnasium, die Reform der Lehrerarbeitszeit und die Verkürzung des Wegs zum Abitur.

Generell stelle ich fest: Über die Förderung von Hochbegabten kann man heute reden, auch mit den Sozialdemokraten. Das war vor zehn Jahren noch undenkbar:

(Abg. Stickelberger SPD: Aber jetzt! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Junginger)

Eliteförderung, Eliteuniversität, Hochbegabtgymnasium für die 5 % bis 10 % Hochbegabten, die ein Spitzenstandort braucht. Die Entwicklung von Bildung und Forschung in Deutschland ist auf einem durchaus beachtlichen Weg. Wir sagen unser Interesse an dem Ausbau der Hochbegabtenförderung für alle baden-württembergischen Kinder auch in den nächsten Jahren ausdrücklich zu.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel
SPD)

Ich stelle deswegen aber nicht die 5 % oder 10 % hoch begabten Kinder, sondern die 10 %, 12 % oder 15 % weniger begabten, minderqualifizierten und sozial schwachen in den Mittelpunkt.

Bisher nehmen wir in unserem Bildungssystem weitgehend alle mit. Aber auch bei uns steigt die Zahl derer, für die die Schule keine „Rampe“ ist. Die Zahl der Schulschwänzer steigt; die Zahl der Schulabbrecher steigt. Die Zahl derer, die einen Abschluss haben, aber keinen Anschluss bekommen, steigt ebenso. Ich nehme es ernst, wenn uns eine wachsende Zahl von Handwerksmeistern, Arbeitsdirektoren und Ausbildungsleitern sagen, dass diejenigen, die die Schule verlassen, oft nicht die Arbeitsmarkt- und die Ausbildungsfähigkeit für die baden-württembergische Wirtschaft haben. Wir müssen erreichen, dass jeder, der unser Schulwesen durchläuft, für den Arbeitsmarkt von morgen, für einen Arbeitsplatz in Industrie und Mittelstand vorbereitet ist. Arbeitsmarktfähig muss jeder sein, der bei uns neun oder mehr Schuljahre und dann gegebenenfalls noch Berufsschuljahre durchlaufen hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir haben zum Thema Studiengebühren ein Gerichtsurteil, und wir äußern dazu keinen Spott und Hohn. Wir stellen nur ganz nüchtern fest: Die rot-grüne Bundesregierung hat sich auf ein Feld begeben, das nicht ihr Kompetenzfeld ist. Das Verbot von Studiengebühren ist kein Recht, das dem Deutschen Bundestag zukommt. Dies sage ich deswegen, weil die Bildungspolitik, Kollege Drexler, ein Streitpunkt der Staatsreform war.

Jetzt werden wir Folgerungen ziehen, und wir werden ohne Eile, aber mit der gebotenen Gründlichkeit und umgehend alles tun, damit sozial gerechte und nachlaufende Studiengebühren in Baden-Württemberg die Grundlage zur Stärkung der Lehre an den Hochschulen unseres Landes werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.
Fleischer CDU: Sehr gut!)

(Oettinger)

Weltweit gibt es Studiengebühren.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber keine sozial gerechten!)

Weltweit stärken sie das tertiäre Bildungswesen. Weltweit sind sie sozial vertretbar.

(Widerspruch des Abg. Drexler SPD)

Dann kann auch in Baden-Württemberg eine nachlaufende Studiengebühr – die Sie, Herr Kollege Drexler, und Frau Vogt wollten, die aber Ihre Fraktion nicht will – der richtige Weg zur Stärkung der Lehre für die nächste Generation von Studenten in Baden-Württemberg sein.

(Abg. Drexler SPD: Ich habe mich erkundigt!)

Wir kündigen schon jetzt an, dass dies der Weg der nächsten beiden Jahre sein wird – zur Stärkung unseres Hochschulwesens in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ich habe mich erkundigt! Ich war in Österreich! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Wir brauchen einen Solidarpakt II. Der Solidarpakt für die Hochschulen, für die Universitäten in Baden-Württemberg über fünf und nochmals weitere fünf Jahre hinweg hat sich bewährt. Wir haben dadurch Stellen umgebaut, Umschichtungen erreicht und auch gespart, aber vor allen Dingen eine stabile Vertrauensgrundlage für die Hochschulen geschaffen. In den nächsten Monaten wird es unsere Aufgabe sein, im Zuge der Vorbereitung der nächsten Haushalte und der mittelfristigen Budgetplanung nach der Hochschulreform für die Hochschulen für weitere fünf Jahre einen Solidarpakt II zu schaffen, der eine mittelfristige Planungsgrundlage für die Entwicklung ihrer Fächer und Fachbereiche sein wird. Ein neuer Solidarpakt ist mit Sicherheit zeitgemäß.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer den Standort Baden-Württemberg stärken, wer die Wirtschaft unterstützen und wer Arbeitsplätze sichern will, der braucht auch die entsprechende Infrastruktur. Wir haben bei der Entwicklung der Infrastruktur zwei entscheidende Projekte, die vor allen anderen stehen: die Landesmesse für Baden-Württemberg und die Schienentrasse Stuttgart–Ulm–Augsburg–München, die Baden-Württemberg letztendlich an das europäische Schnellfahrnetz anbindet. Beide Projekte sind von entscheidendem Gewicht, an beiden arbeiten wir. Der Fortschritt ist sichtbar. Unser Dank, unser Respekt gilt der Regierung, gilt Erwin Teufel dafür, dass bei der Messe und bei Stuttgart 21 nicht Stillstand eingetreten ist, sondern ganz konkrete Schritte der Planung und Realisierung sichtbar sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Messe wird gebaut. Damit meldet sich Baden-Württemberg mit einem europäischen Schaufenster für die Wirtschaft, für die Produktion, für die Arbeitsplätze zurück. Ich bin davon überzeugt, dass die Messe ein mutiger, ein zwar

umstrittener, aber richtiger Schritt für eine gute Infrastruktur Baden-Württembergs zugunsten des Mittelstands und der Wirtschaft im ganzen Land ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Noch bedeutsamer als die Messe ist die Frage, die in greifbare Nähe rückt: Wird Stuttgart 21 realisiert? Wird die Schienentrasse Mannheim – Stuttgart, die für den ICE die erste in Deutschland war, eine Sackgasse bleiben, oder geht sie über die Filder nach Ulm und integriert Baden-Württemberg ins europäische Schnellfahrnetz? Wir unterstützen Stefan Mappus, Erwin Teufel, die ganze Regierung nachdrücklich in dem Bemühen, alles dafür zu tun, dass nach der ersten Baugenehmigung, nach dem Planfeststellungsbeschluss für den Bahnhof in Stuttgart die weiteren Genehmigungsschritte erreichbar sind und im Sommer die Finanzierung abschließend aufgerufen und darüber endgültig entschieden werden kann. Wir wollen Stuttgart 21 für ganz Baden-Württemberg, wir brauchen es, wir sagen die Unterstützung für alle Maßnahmen nochmals ausdrücklich zu.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Zur Infrastruktur und zu den Arbeitsplätzen zählt auch das, was im staatsnahen Bereich an Betrieben besteht. Die Landesbank Baden-Württemberg gehört dem Land zu 40 %, auch sie ist auf gutem Weg. Baden-Württemberg war kein historisch gewachsener Bankenplatz, und vor 20 Jahren hat keiner eine Chance dafür gesehen, dass Stuttgart, dass Mannheim, dass Karlsruhe neben Frankfurt, neben München, neben Zürich Bedeutung als Bankenstandort zukommt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Die alte Bakola, die alte Wükola, der Weg zur SüdwestLB, die Fusion aus LG, L-Bank und SüdwestLB zur Landesbank Baden-Württemberg, jetzt der Schritt Richtung Rheinland-Pfalz mit dem Tochterbetrieb Landesbank Rheinland-Pfalz – die gleiche Landkarte wie beim Südwestrundfunk auch im öffentlichen Bankenbereich –, die Entwicklung bei den Versicherungen zur SV Holding, die Entwicklung im Bausparwesen zur LBS Baden-Württemberg, die Integration der Baden-Württembergischen Bank, die fast schon nach München verkauft gewesen war, im Land Baden-Württemberg für Mittelstand und Industrie – all dies zeigt, dass Baden-Württemberg ein exzellenter Finanzplatz, ein exzellenter Bankenort, ein exzellenter Partner für unsere gewerbliche Wirtschaft, für Handwerk und Handel und deren notwendige Investitionen in den nächsten Jahren bleiben wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Glückwunsch und Dank an alle Beteiligten, zuallererst an Erwin Teufel, Heinrich Haasis, Dr. Schuster. Die Landesbank Baden-Württemberg ist die viertgrößte Bank in Deutschland geworden hinter Deutscher Bank, Hypo-Vereinsbank und Dresdner Bank. In Wahrheit ist sie längst die beste Bank, die es in Deutschland gibt. Dies stärkt den Mittelstand. Wir haben einen Partner, der der Industrie und der Wirtschaft Baden-Württembergs dient.

(Oettinger)

Die positive Entwicklung gilt auch für den Rundfunk. Auch der SWR ist auf gutem Weg. Sechs Jahre nach der Fusion von SWF und SDR kann man festhalten, dass die Medienlandschaft Baden-Württembergs in Baden-Baden und Stuttgart gestärkt worden ist, dass die Programme besser geworden sind, dass die Bedeutung in der ARD gestärkt worden ist, dass Aufträge an private Dienstleister entstehen. Kurzum: Auch die Fusion zum SWR hat sich rentiert und war der richtige Schritt.

Auch bei der Energie Baden-Württemberg – wir sprechen darüber am Freitag – lohnt es sich, alles dafür zu tun, dass Zentralität und Entscheidungsgewalt in Karlsruhe und Stuttgart bleiben. Das Badenwerk und die EVS allein waren zu klein und waren zu schwach. Auch die Energie Baden-Württemberg war nur ein Zwischenschritt. Die Energie Baden-Württemberg hat einen Partner gebraucht, einen Partner gesucht, und die EdF ist dieser Partner, auch in Zukunft. Die Partnerschaft stimmt.

Aber Partnerschaft heißt, dass man zuallererst auf gleiches Gewicht, auf gleiche Augenhöhe achten soll. Unser Wirtschaftsverständnis heißt, dass eher der Börsengang und nicht die Übernahme durch den Staat der richtige Weg ist.

Deswegen werden wir alles dafür tun, dass den Landkreisen Oberschwabens, dass den OEW gleiche Augenhöhe mit der EdF möglich bleibt. Ich glaube, dass hier eine ganz wichtige Entscheidung für den Arbeitsstandort und für die Kraftwerke in Baden-Württemberg getroffen werden kann. Ich danke für die Unterstützung und bitte jeden, dafür seinen eigenen Beitrag zu leisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Eine entscheidende Phase liegt in der Energiepolitik vor uns. Wie wir hören, kommt Trittin nach Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: Oh!)

Trittin kommt nicht, um hier Spatenstiche zu machen. Er kommt nicht, um dem Arbeitsstandort Baden-Württemberg zu dienen. Er kommt vielmehr zu einem Freudentanz. Er kommt, damit er mit Kuhn und Schlauch das Kernkraftwerk Obrigheim abschalten kann.

(Abg. Drexler SPD: Kretschmann ist auch dabei!)

Das heißt, der kleine Asterix, der dicke Obelix und Troubadix kommen hierher und veranstalten ein Freudenfest.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber sie bringen kein ergänzendes Konzept mit.

(Zurufe von den Grünen)

Sie schalten eine Kraftwerksleistung von 400 Megawatt ab, haben dafür aber keinen Ersatz. Deswegen werden wir im Landtag von Baden-Württemberg dafür streiten, dass Baden-Württemberg ein Energiestandort, ein Stromproduktionsstandort bleibt.

(Abg. Zeller SPD: Deswegen sind Sie aus der EnBW ausgestiegen!)

Wir machen alle Maßnahmen des Stromsparens, des effizienten Einsatzes des Stroms und der erneuerbaren Energien mit. Aber wir glauben, dass die Laufzeit der Kernkraftwerke in Deutschland länger bemessen werden muss, damit Deutschland ein guter Energiestandort bleibt. Wir fordern Rot-Grün auf, hier ihre Ideologie abzubauen,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

damit der Aufbau von Kraftwerken und damit von Unabhängigkeit gelingen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir beraten einen Haushalt in schwieriger Zeit, denn unsere Ausgaben steigen jährlich um 2 %. Unsere Personalausgaben, unsere Pensionskosten und anderes mehr steigen im langjährigen Durchschnitt um 2 %. Demgegenüber stagniert das Wirtschaftswachstum und brechen die Steuereinnahmen weg.

Wir sind mit dem Haushalt nicht zufrieden, aber er ist das Beste, was man in diesem Umfeld erreichen kann. Mit weniger als 2 Milliarden € an neuen Schulden in jedem Jahr machen wir zwar viele Schulden – das stimmt –, aber im Gegensatz zur Mehrzahl der anderen Länder halten wir die Kriterien des EU-Stabilitätspakts ein, und wir halten mit der Neuverschuldung die Verfassung des Landes Baden-Württemberg ein. Mit den knapp 2 Milliarden € neuen Schulden verletzen wir die Kriterien des Europäischen Stabilitätspakts nicht. Damit erreichen wir auch, dass wir mehr investieren, als wir an neuen Schulden aufnehmen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir heben uns positiv von 14 anderen Ländern ab, räumen jedoch ein, dass Bayern auf diesem Gebiet besser als Baden-Württemberg ist.

(Abg. Capezzuto SPD: Was?)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, wer die wirtschaftliche Entwicklung verbessern will, kann im Land bei der Bildung, bei der Infrastruktur und bei der Mittelförderung einiges tun. Aber wir sind entscheidend darauf angewiesen, dass in Berlin eine bessere Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik gemacht wird.

Einen Beweis dafür, wie es nicht gehen darf, haben wir dieser Tage erlebt: Clement stellt fest, die Besteuerung der Unternehmen sei zu hoch. Wo er Recht hat, hat er Recht. Die Besteuerung der AGs und der GmbHs liegt in Deutschland – trotz der Steuerreform – bei 37 %. In Frankreich beträgt sie 33, in Österreich 31, in England 29 und in der Schweiz 21 %. Clement hat Recht: Die Unternehmensteuern in Deutschland sind zu hoch.

Schröder springt ihm bei und sagt: „Wir müssen etwas tun.“ Eichel wiederum sagt: „Aber nicht mehr in diesem Jahr und nicht mehr 2006.“ Was gilt denn jetzt? Mit dieser Art der Ankündigung und der Verunsicherung erreicht man mit Sicherheit kein Klima, das Investoren anlockt. Vielmehr erreicht man nur eines, nämlich Verlagerung.

Wir werfen der Regierung in Berlin vor, dass sie mit Ankündigungen Hoffnungen weckt, dass ihre Schritte halbher-

(Oettinger)

zig sind, die Maßnahmen nicht ausreichen und bis zur Bundestagswahl im Grunde Stillstand die Arbeit der rot-grünen Regierung lähmt. Dies lähmt auch den Arbeitsmarkt, was schlimm für die Menschen in Deutschland ist.

Wir bräuchten dringend Entscheidungen in Sachen Steuerreform. Deswegen sage ich für die CDU Baden-Württemberg: Wir sind zu einer großen Steuerreform bereit, wenn sie einfach ist, wenn sie gerecht ist und wenn sie jeder begreift.

(Abg. Birzele SPD: Mit welcher Entlastung? – Abg. Fischer SPD: Auf dem Bierdeckel!)

Was im Steuerrecht derzeit verändert wird, wird von niemandem begriffen. Diese Veränderungen sind deswegen nicht überzeugend und genügen unseren Erwartungen in keiner Weise.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Mit welchen Einnahmeausfällen?)

Wir haben vor wenigen Tagen eine Tarifentscheidung im Bereich von ver.di und der Arbeitgeber Kommunen und Bund erlebt. Eine Bewertung dieser Tarifentscheidung steht noch aus. Aber wir meinen ausdrücklich: Sie genügt dem, was die Länder für die Haushalte brauchen, nicht.

Bei der Arbeitszeit tut sich wenig. Die Arbeitszeit für Angestellte bleibt bei 38,5 Stunden, bei den Beamten haben wir sie auf 41 Stunden erhöht. Deswegen meinen wir, dass wir alle Parteien brauchen – auch Rot und Grün –, damit die Personalkosten im Haushalt auf eine andere Grundlage kommen. Das kann nur mit einer längeren Arbeitszeit, auch für Angestellte und Arbeiter, sowie mit maßvollen Abschlüssen erreicht werden. Deswegen wollen wir, dass die Länder eigens verhandeln, dass die 40-Stunden-Woche für die Angestellten – auch beim Staat – zumutbar wird. Wir meinen also, dass die Mehrarbeitszeit für den Standort Deutschland der richtige Schritt wäre.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Haushalt bleiben wir Partner für alle Kräfte in Baden-Württemberg. Wir haben die Kommunalfinzen maßvoll gekürzt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Maßvoll?)

Wir haben das Ehrenamt in Baden-Württemberg gestärkt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was?)

Wir haben bei den Beratungen im Finanzausschuss Sport, Kultur und Soziales in den Mittelpunkt gerückt und dadurch erreicht, dass die Lebensqualität im Land und in den Kommunen, die Qualität der Kulturträger, der Freizeitangebote, des Sports, der sozialen Träger und der partnerschaftlichen Kirchen trotz schwieriger Einnahmesituation und schlechter Haushaltslage auch in den nächsten beiden Jahren am Standort Baden-Württemberg auf einem guten Niveau gehalten werden können.

Wir danken dem Finanzminister für die gute Zusammenarbeit. Wir zollen der Regierung Erwin Teufel für eine ausgewogene Haushaltsvorlage Respekt und danken dem Koaliti-

onspartner für eine vertrauensvolle Mitarbeit. Das Ganze trägt die Handschrift von CDU und FDP/DVP.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident Teufel, ich möchte mich zu Beginn meiner Ausführungen direkt an Sie wenden; denn aller Voraussicht nach wird es heute eine Ihrer letzten großen Reden im Landtag von Baden-Württemberg als amtierender Ministerpräsident sein, bevor Sie dann im April zurücktreten. Ich will Ihnen deshalb heute trotz aller politischen Meinungsverschiedenheiten und trotz mancher heftiger Wortwechsel, die wir miteinander geführt haben, für die von Ihnen geleistete Arbeit unseren Respekt aussprechen. Wir erkennen Ihren Dienst für unser Land Baden-Württemberg und Ihren Einsatz auf europäischer Ebene ausdrücklich an. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Allerdings hätten wir uns in Ihrer Regierungszeit manches anders gewünscht, so zum Beispiel die Entscheidung – –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Herr Haas, Sie sollten einfach den Mund halten, wenn man so etwas sagt. Sie sollten das akzeptieren, ohne es zu kommentieren. So etwas würden Sie nie sagen; das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Weil Sie alles kaputtreden!)

Wir hätten uns, wie gesagt, einiges anders gewünscht, und das werde ich jetzt ansprechen, zum Beispiel die Entscheidung, Landesanteile an der EnBW in Höhe von 25,01 % an die EdF zu verkaufen. Wir waren damals der Auffassung, dass dies falsch war. Die Aktivität des designierten Ministerpräsidenten Oettinger zeigt ja, dass es auch in Ihren Reihen viele gab, die der Auffassung waren, dass es falsch sei; denn alles das, was Sie damals gesagt haben, ist nicht eingetreten. Die EdF hat sich nicht auf 25,01 % beschränkt, sondern sie hat dazugekauft – so, wie Sie es damals verneint haben. Sie ist jetzt bei 44 %. Herr Oettinger hat dann versucht – wir haben das unterstützt; ich will das deutlich sagen –, die OEW auf gleicher Augenhöhe zu halten. Aber, Herr Oettinger, wir vermissen ein Konzept zur Energiepolitik. Darüber werden wir nachher auch noch diskutieren. Wir gehen davon aus, dass der Herr Ministerpräsident auch etwas dazu sagt.

(Beifall bei der SPD)

Es kann ja nicht sein, dass das Land 20 Millionen € für Zinsverbilligungen gibt. Wer bündelt denn jetzt diese Energiepolitik? Wie sieht diese Energiepolitik für Baden-Württemberg denn aus? Was wird denn gemacht?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Freitag!)

(Drexler)

– Freitag? Jetzt und hier wird das mit dem Ministerpräsidenten diskutiert, nicht am Freitag. Was soll das denn am Freitag? Jetzt muss es sein!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Für Freitag haben Sie es beantragt!)

Der Herr Ministerpräsident hat doch diese Aktion eingeleitet. Ich will Ihnen nur sagen: In der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag Drucksache 13/3956 steht, dass der Wirtschaftsminister die Energiepolitik mache.

(Lachen bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Er war ja dagegen!)

Der Wirtschaftsminister hat aufgrund Ihrer Aktion am 25. Januar der Presse erklärt, diese Aufholjagd bei der EnBW sei sinnlos und politisch abstrus.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sagte der Wirtschaftsminister!)

Ausgerechnet er soll diese Aktion dann leiten? Das ist nun wirklich nicht mehr nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir hätten uns auch gewünscht, dass wir endlich zu einem Ausbau des Betreuungsangebots in Baden-Württemberg gekommen wären, Herr Ministerpräsident, und damit auch die rote Laterne unter allen Bundesländern in diesem Punkt abgegeben hätten. Stattdessen haben Sie den schwarzen Peter im Grunde genommen den Kommunen gegeben. Anstatt das Geld aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen nun wirklich in den Landeshaushalt zu geben und damit Schulden zu tilgen und durch die Reduzierung der Zinslasten die Zukunft unserer Kinder zu fördern, haben Sie es in eine Landesstiftung eingebracht, von der ab und zu auch ziemlich fragwürdige Projekte gefördert werden.

Anstatt eine staatliche Verwaltungsreform durchzuführen, die Ebenen einspart, Aufgaben reduziert und im Grunde genommen sagt: „Wir brauchen weniger Verwaltung“, haben Sie eine Verwaltungsreform gemacht – auch wieder mit Bauchgrimmen der CDU-Fraktion –, indem Sie Ämter verschoben haben und die Landräte zu kleinen Landesfürsten aufgewertet haben. Wir glauben nicht, dass das eine zukunftsfähige Entwicklung unseres Verwaltungsaufbaus ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir hätten uns gewünscht, Herr Ministerpräsident, dass Sie und die CDU dieses Land mit etwas mehr Toleranz und nicht ausschließlich nach Ihren eigenen ideologischen Vorstellungen regiert hätten. So sind wir dafür, dass Männer und Frauen in Baden-Württemberg selbst die Entscheidung treffen können, ob sie Beruf oder Familie oder beides als ihr Lebensmodell leben wollen. Dazu muss man von staatlicher Seite aus natürlich einiges machen. Dies ist in Baden-Württemberg unterlassen worden.

Für uns sind jedes Windrad und jede Solaranlage im Land ein Stück Zukunftstechnologie

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Das glaubst du doch selber nicht!)

und allemal schöner anzusehen als eine von Strommasten zerfurchte Landschaft. – Sie sollten Ihre gestreckte Hand herunternehmen; sonst gibt es Missverständnisse. Das ist kein gutes Zeichen.

(Abg. Wieser CDU: Sie sind der Don Quichotte der Landespolitik!)

Jetzt komme ich auf die Leistungen der CDU-FDP/DVP-Koalition zu sprechen. Ihre Aufregung ist ja zu verstehen, denn in der Energiepolitik hat die CDU-Bundestagsfraktion alle acht Gesetze zum Energiesparen abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie sind unfähig für die Zukunft. Das ist Ihre Leistung. Sie sind unfähig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Pfui! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU)

Am 20. Juni 2001 hat der Herr Ministerpräsident erklärt, die Landesregierung sei entschlossen, bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

(Abg. Schmiedel SPD: Oi, oi, oi!)

Dafür ist die Koalition monatelang gefeiert worden. Sie sind meilenweit von diesem Ziel entfernt. Sie haben die Schulden von Baden-Württemberg von 1996 bis 2006 um 70 % erhöht, nämlich von insgesamt 25,8 Milliarden € auf jetzt 44 Milliarden €. Für diese Erhöhung, die CDU und FDP/DVP zu vertreten haben, zahlen die Baden-Württembergern und Baden-Württemberger in Zukunft 1 Milliarde € pro Jahr an Zinsen. Das ist genau der Betrag, den Bayern weniger Zinsen zahlt als wir. Die Bayern können mit dem Geld etwas anfangen, nämlich in die Zukunft investieren, was wir leider nicht können.

Jetzt komme ich zum Wirtschaftsbereich, Herr Oettinger. Das Wirtschaftsministerium spielt doch in der Politik von Baden-Württemberg überhaupt keine Rolle mehr. Sie haben das Wirtschaftsministerium ja um 65 % der Aufgaben reduziert. Der Wohnungsbau ist zum Innenministerium gekommen. Für die Förderung der Biotechnologie haben Sie eine eigene Gesellschaft, die BIOPRO Baden-Württemberg GmbH, gegründet.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Die Medienwirtschaft ist zum Staatsministerium gekommen. Was ist denn in diesem Ministerium noch übrig?

(Abg. Birzele SPD: Pfister!)

Sie brauchen vielleicht gerade noch einen Minister, aber einen Staatssekretär brauchen Sie nicht. Das ist das, was Sie für ein wirtschaftsstarkes Baden-Württemberg tun!

Beim BIP-Wachstum ist Baden-Württemberg auf den sechsten Platz unter allen Bundesländern zurückgefallen. Hessen hat uns in den Achtzigerjahren überholt, Bayern in den Neunzigerjahren. Jetzt liegen wir gerade einmal an sechster Stelle, weil Sie in der Mittelstandspolitik einen Fehler nach dem anderen machen. Sie haben zum Beispiel

(Drexler)

die Mittel für die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung jetzt noch einmal gekürzt. Was ist passiert? Zum Beispiel hat nun ein Zentrum für Forschungstechnik in Baden-Württemberg, das forschungsnaher Technik für den Mittelstand erfindet, zugemacht, obwohl diese Anstalt 75 % der Mittel als Drittmittel hereingeholt hat. 500 000 € konnte das Land Baden-Württemberg nicht mehr zuschießen.

Sie haben die Mittel für die Ausbildungsförderung in der mittelständischen Industrie reduziert. Sie haben die Darlehen für die mittelständische Industrie bei der L-Bank auf fast nur noch ein Zehntel reduziert. Das ist Ihre Mittelstandspolitik. Der Mittelstand spielt bei Ihnen offensichtlich gar keine Rolle mehr, und deswegen haben wir auch eine Delle im Wachstum, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Energiepolitik: Eines der Wachstumsfelder sind die erneuerbaren Energien. Im letzten Jahr hat es in Bonn eine Konferenz der Vertreter von 127 Regierungen aus aller Welt gegeben, die dort beschlossen haben, dass sie bis zum Jahr 2015 eine Milliarde Menschen an die erneuerbaren Energien heranführen müssen, weil sie nicht über Kohlekraftwerke und andere Verbrennungsprozesse an Energie kommen. Das ist ein riesiges Investitionsvolumen. Baden-Württemberg ist zwar möglicherweise bei Erfindungen dabei, aber nicht bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Die 130 000 zusätzlichen Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien sind in anderen Bundesländern geschaffen worden und nicht bei uns.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Diese Arbeitsplätze sind mehrheitlich in Bayern und in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden; an uns sind sie vorbeigegangen. Ein Zukunftsmarkt wird hier aus ideologischen Gründen überhaupt nicht bearbeitet. Das ist der Punkt.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ein Quatsch!)

– Natürlich ist das so.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik in Baden-Württemberg muss sowohl bestehende Arbeitsplätze erhalten als auch neue Arbeitsplätze erschließen, damit die Menschen neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze bekommen.

Jetzt haben wir das Kyoto-Protokoll. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition, der CO₂-Ausstoß in Baden-Württemberg beträgt in den Jahren 2004 und 2005 79,5 Millionen Tonnen. Dem Kyoto-Protokoll zufolge dürfte er gerade einmal 70 Millionen Tonnen betragen. Wo sind denn die Konzepte dafür, das Kyoto-Protokoll einzuhalten? Da sind Sie völlig gescheitert. Sie haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, wie man dieses Ziel erreichen kann. In diesem Gutachten steht sogar detailliert, wie das geschehen kann. Sie befolgen die Vorschläge aber nicht. Sie geben ein Gutachten in Auftrag, und wenn dieses Gutachten nicht in Ihre ideologischen Vorstellungen passt, wird es eben nicht umgesetzt. Ich bin einmal gespannt, wie Sie in diesem Jahr den CO₂-Ausstoß noch um neunneinhalb Millionen Tonnen

reduzieren wollen, um das Kyoto-Protokoll einzuhalten. Dazu hat sich der Fraktionsvorsitzende der CDU mit keinem Wort geäußert.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Nein, er hat sich mit keinem Wort dazu geäußert. Da bin ich gespannt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber Obrigheim abschalten!)

– Obrigheim abzuschalten bringt nun überhaupt nichts, Herr Haas.

(Lachen und Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das haben Sie immer noch nicht kapiert.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Das bringt nun überhaupt nichts.

(Abg. Alfred Haas CDU: Bei Ihnen gibt es Hoffnung! Eine hoffnungsvolle politische Entwicklung! – Abg. Wieser CDU: Freud'scher Versprecher! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Kyoto!)

Sie müssen im Altbaubestand handeln. Sie müssen etwas beim Verkehr tun, Sie müssen etwas im industriellen Bereich tun. Und da machen Sie nichts. Sie haben die Mittel für die Förderung erneuerbarer Energien in einem Maße reduziert – schauen Sie sich das doch einmal im Haushalt an –, dass Sie zukunftsunfähig sind. Auch auf Bundesebene machen Sie auf diesem Gebiet nichts.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Jetzt kommen wir zum dritten Bereich, zum Wohnungsbau. Das Landeswohnungsbauprogramm haben Sie so in den Keller gefahren, dass man überhaupt nicht mehr von einer Wohnungsbauförderung sprechen kann. Deswegen haben wir in den Zentren natürlich auch Wohnungsnot. 2005 werden gerade noch 1 850 Wohnungen gefördert. 1996 wurden noch über 22 000 Wohnungen gefördert. Gehen Sie doch einmal in die Großstädte; da sehen Sie, wie groß die Wohnungsnot ist. Wir brauchen 50 000 neue Wohnungen pro Jahr.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wir fördern gerade einmal 1 850. Da Sie ja immer an der Spitze sein wollen, nenne ich Ihnen einmal die Zahlen der anderen Bundesländer:

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir haben heute Haushaltsberatung! Sagen Sie mal etwas zum Haushalt!)

In Bayern fließen pro Kopf 16,9 € in die Wohnungsbauförderung, in Schleswig-Holstein 25,7 € und in Nordrhein-Westfalen 45,7 €. Aber Baden-Württemberg, das Land der Eigenheimbesitzer und des Wohnungsbaus, fördert im Landeswohnungsbauprogramm den Wohnungsbau gerade einmal mit 3,08 € pro Kopf der Bevölkerung.

(Oh-Rufe von der SPD)

(Drexler)

Das ist Ihre tolle Leistung im Bereich Wohnungsbauförderung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Wir haben heute Haushaltsberatungen! Sagen Sie doch einmal, wo das Geld herkommt!)

Zum Sozialen will ich Ihnen noch etwas sagen: Sie haben alle Programme für die Langzeitarbeitslosen und gegen die Jugendarbeitslosigkeit heruntergefahren. Von 19,2 Millionen € haben Sie gerade einmal 800 000 € übrig gelassen. Das gesamte Programm gegen die Langzeitarbeitslosigkeit haben Sie eingestellt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist doch Schnee von gestern!)

obwohl die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Grunde genommen gestiegen ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Schnee von gestern!)

– „Schnee von gestern“? 105 000 Menschen gehen den Herrn Haas wohl überhaupt nichts mehr an. Die hat er offenbar schon abgeschrieben. Das ist für ihn Schnee von gestern.

Diese Programme waren sinnvoll. Es waren ergänzende Programme, und sie waren im Grunde genommen vernünftig.

(Abg. Alfred Haas CDU hält eine Broschüre mit dem Titel „Hartz IV“ hoch. – Abg. Alfred Haas CDU: Lesen Sie mal das hier!)

Auf der anderen Seite pflegen Sie natürlich Ihre Klientel in der Landwirtschaftspolitik ganz toll. 1991 betrug der Zuschuss an die Landwirtschaft ohne Forsten 741 Millionen €, 2004 739 Millionen €. Er ist in den letzten 15 Jahren gleich geblieben, obwohl wir ein Drittel landwirtschaftliche Betriebe weniger haben.

(Abg. Hauk CDU: Aber die Fläche! Kollege Drexler, die Fläche ist doch entscheidend für die Einkommenssituation und nicht die Zahl der Betriebe!)

Sie gehen im Grunde genommen nicht an die Agrarverwaltung, Sie gehen nicht an den Wildwuchs.

(Abg. Hauk CDU: Sie haben von Strukturwandel nichts begriffen!)

– Bei diesem Thema wachen Sie auf. Bei den Langzeitarbeitslosen sind Sie nicht aufgewacht. Das ist mir schon klar. Aber bei der Agrarpolitik und beim Forsten sind Sie aufgewacht. Das ist mir schon klar.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen in der Agrarverwaltung Wildwuchs von Agraranstalten und -instituten eindämmen. Deswegen brauchen wir natürlich auch konsequenterweise keine Staatssekretärin in dem Ministerium, und wir brauchen eigentlich auch keinen Minister in diesem Ministerium.

(Abg. Wieser CDU: Wollen Sie die Frauen abschaffen? Ausgerechnet die Frauen!)

– Nein, wir wollen nicht die Frauen abschaffen – das ist ja nun der blödeste Zwischenruf, den Sie jetzt machen konnten –, sondern wir wollen den Staatssekretärsposten abschaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Bildung. Ich finde es interessant, dass Herr Oettinger wenigstens erkannt hat, dass die baden-württembergischen Schulen immer mehr Schüler verlassen, die für die Wirtschaft nicht ausbildungsfähig sind. Das ist schon eine bemerkenswerte Erkenntnis, die Herr Oettinger gemacht hat. Wir sagen das schon seit Jahren. Wenn Sie bei Daimler-Chrysler oder bei mittelständischen Industrieunternehmen darauf zu sprechen kommen, dann sagen die Ihnen, dass es katastrophal ist, was aus baden-württembergischen Schulen zu ihnen kommt. Herr Hundt vom Arbeitgeberverband hat erst neulich in einem Zeitungsinterview gesagt: „Die baden-württembergischen Schulen bringen uns nicht mehr diejenigen Schülerinnen und Schüler, die ausbildungsfähig sind.“ Genau das hat er gesagt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Jetzt wollen wir doch einmal sehen: Wenn 8 bis 10 % keinen Schulabschluss mehr machen, wenn 20 % nicht richtig Deutsch können, wenn sie aus der Schule kommen, oder das, was sie auf Deutsch lesen, nicht verstehen, dann ist das eine Katastrophe.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Berufsschulen in Baden-Württemberg, Herr Oettinger, neun zusätzliche Stunden zum Deutschlernen für Schüler anbieten, weil diese, obwohl sie das baden-württembergische Schulsystem durchlaufen haben, nicht verstehen, was in den Berufsschulen auf Deutsch gesprochen wird, dann, muss ich Ihnen sagen, ist das doch eine Katastrophe.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt beschreiben Sie doch mal die Lösung!)

Und da laufen Sie herum und erzählen, wir bräuchten keine Parallelgesellschaften, und Frau Schavan erzählt, der Imam solle Deutsch reden. Das ist die Konsequenz! Die Konsequenz ist, dass im Kindergarten die deutsche Sprache verpflichtend gelernt werden muss. Das ist die Konsequenz!

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Lasotta und Wieser CDU)

– Das hat er gar nicht gefordert. Er hat etwas anderes gefordert. Warum haben Sie dann unseren Antrag, 6 Millionen € pro Jahr einzusetzen, wie es das Ministerium wollte, damit endlich die deutsche Sprache im Kindergarten gelernt wird, abgelehnt?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Vielleicht stimmen sie heute zu! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Glaubst du an Wunder?)

Das, was im Ministerium beschlossen wurde, wollten wir umsetzen. Sie wollen offensichtlich überhaupt nicht, dass 75 000 Kindergartenkinder Deutsch lernen.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Sonst könnten Sie doch das Geld zur Verfügung stellen.

(Drexler)

Aber für die Imagekampagne hat man Geld.

(Unruhe bei der CDU)

Bis zum Jahr 2006 geben die FDP/DVP- und die CDU-Fraktion insgesamt 50,3 Millionen € für eine Werbekampagne „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ aus.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Recht haben sie!)

Das muss man sich mal vorstellen!

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Deswegen brauchen wir Sprachförderung! Hochdeutsch!)

Aber Sie haben keine 6 Millionen € für Sprachförderung. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Übrigen kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie diese Werbung weiter machen, dann wird es auch nichts mit der Sprachförderung. Dann wird es eines Tages so sein, dass wir alles können außer Deutsch. Dann ist die Werbung richtig. Ich kann also nur sagen: raus aus der Werbung und rein in die Sprachförderung. Das wäre die richtige Konsequenz.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Dr. Noll FDP/DVP, Capezzuto SPD und Alfred Haas CDU)

Zum Schulsystem noch etwas: Wir haben jetzt dieses tolle Programm des Bundes, durch das 406 neue Ganztagschulen entstanden sind, ein Programm, das der Bund freiwillig gemacht hat. Das hätte er ja gar nicht machen müssen. 528 Millionen € hat der Bund zur Verfügung gestellt. Die Frau Schavan wollte das Geld ja zuerst gar nicht annehmen. Ein einzigartiges Investitionsprogramm! Wahrscheinlich kommen noch viele Kommunen, die von diesem Programm gar nicht mehr profitieren können. Deswegen muss man sich auch überlegen, wie man dann mit diesen Anträgen umgeht. Denn im Land Baden-Württemberg sind ja jetzt sehr unterschiedlich Ganztagschulen entstanden.

Aber da muss die Landesregierung jetzt auch sagen: „Bei Ganztagschulen muss ich auch zusätzliches pädagogisches Personal zur Verfügung stellen; sonst habe ich eine Halbtagschule mit Mittagessen, und anschließend machen die Vereine die Freizeit.“ Das kann doch nicht das pädagogische Konzept einer Ganztagschule sein. Wir verspielen sonst die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler. Die Bauten sind da, die Bereitschaft ist da, und jetzt muss auch noch pädagogisches Personal dazukommen, sonst ist das, was Sie gemacht haben, nutzlos und hat nur zu einer reinen Betreuungssituation geführt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Geld vom Bund für die Betreuung reicht völlig!)

Der Bund hat das Land um eine halbe Milliarde Euro entlastet, als er die Aufgaben übernommen hat, und sonst gar nichts. Im Übrigen ist es so – schauen Sie doch einmal hin! –, dass fast 30 % unserer Kinder es überhaupt nicht kennen, sich mittags zusammen an den Tisch zu setzen. Über 10 % unserer Kinder bekommen gar keine warme Mahlzeit. Das ist die Situation!

(Abg. Alfred Haas CDU: Das muss der Staat alles regeln?)

– Sehen Sie, jetzt haben wir es: Sie wollen gar nicht die Ganztagschule!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: So ist es!)

Der Staat muss das nicht deshalb regeln, weil es die Familien nicht mehr machen würden, sondern deshalb, weil wir etwas für die Kinder tun müssen, Herr Haas. Das ist das Problem!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Schön, dass Ihre ideologischen Vorbehalte gegen Ganztagschulkonzepte immer wieder aufbrechen. Das finde ich sehr schön. Machen Sie weiter Ihre Zwischenrufe; dann wird der Öffentlichkeit deutlich, dass Sie überhaupt kein Ganztagsbetreuungsangebot und auch keine Ganztagschulen wollen. Da haben wir eine schöne Grundlage für unsere Auseinandersetzungen in den anderthalb Jahren bis zur Wahl.

Herr Oettinger, auf die Studiengebühren werde ich nachher noch eingehen. Ich will Ihnen nur sagen –

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Staat muss den Kindern das Essen beibringen!)

– Der Staat muss den Kindern nicht das Essen beibringen,

(Abg. Herrmann CDU: Das haben Sie doch gerade gesagt!)

aber wenn die Situation in der Gesellschaft so ist, dass die Familien das nicht mehr machen, dann kann der Staat entweder sagen, die Kinder gingen ihn nichts an, oder aber er muss die Pflicht übernehmen, sicherzustellen, dass jedes Kind, egal, woher es kommt, die Chance bekommt, entsprechend seiner Begabung gefördert zu werden. Das ist Aufgabe des Staates, Herr Haas, und sonst nichts.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben ein eigenes Gesellschaftsbild! Genau so ist Baden-Württemberg bisher regiert worden, und wahrscheinlich wird es weiterhin so regiert.

Wir hätten heute gern Aussagen –

(Unruhe bei der SPD – Abg. Herrmann CDU: Das ist gut so!)

– Ja, natürlich. Wahrscheinlich wird es weiterhin – bis zur nächsten Wahl – so regiert.

Herr Oettinger, ich sage es noch einmal: Wir hätten heute von Ihnen eigentlich erstens gern wissen wollen, wie es inhaltlich mit der Energiepolitik weitergeht. Wir hätten eigentlich von Ihnen zweitens erfahren wollen, wie Sie jetzt die Ganztagschule in Baden-Württemberg gestalten wollen. Sind Sie der Auffassung, dass das ohne zusätzliche Lehrer geht? Wir hätten gern erfahren, wie Sie die Ganztagsbetreuung in Baden-Württemberg, für die Sie ja sind, organisieren wollen. Es gibt keinen müden Euro für zusätz-

(Drexler)

liche Lehrer für Ganztagschulen, kein zusätzliches Geld für eine Verstärkung der Ganztagsbetreuung. Wir hätten von Ihnen auch gern gehört, wie denn die Zukunft im Grunde genommen aussieht in der – –

(Abg. Alfred Haas CDU: Rothaus verkaufen?)

– Ja, sehen Sie: Rothaus! Das ist jetzt ein Zwischenruf von einem CDU-Abgeordneten! Ich finde das sehr schön. Sie haben doch Folgendes gemacht: Damit die FDP/DVP zustimmt, dass die Aktienanteile innerhalb der EnBW auf gleichem Niveau gehalten werden, wogegen die FDP/DVP ja war – sie war ja dagegen; der Herr Justizminister hat ja da ganz groß die Backen aufgeblasen und gesagt: „Da machen wir nicht mit! Völlig falsch! Da machen wir nicht mit!“ –, hat man ja seitens der Union den „Staatsanzeiger“ zur Privatisierung freigegeben. Das ist zwar ordnungspolitisch durchaus richtig, aber Sie sind gar nicht davon überzeugt. Daraufhin ist der ganze Widerstand der FDP/DVP zusammengebrochen, und sie hat, obwohl sie nicht davon überzeugt ist, die Zustimmung dazu gegeben, dass es über die L-Bank ein um 20 Millionen € zinsverbilligtes Darlehen gibt. So wird hier Politik gemacht! Der Basarhandel spielt hier die große Rolle, statt dass in diesem Land Zukunftspolitik gemacht würde.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das zeigt die heutige Debatte, und wir werden im Laufe des Tages weitere Beispiele dafür bringen, wie Sie regieren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Capezzuto SPD: Am besten die Rede zu Protokoll geben!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir gehen in dieser zweiten Lesung in die Schlussetappe der Aufstellung eines Landeshaushalts für die kommenden zwei Jahre, und wir dokumentieren damit, dass wir es trotz schwierigster Voraussetzungen geschafft haben, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Das ist, wie wir wissen, keine Selbstverständlichkeit. Baden-Württemberg ist eines der wenigen Länder – vom Bund will ich gar nicht reden –, das einen verfassungsgemäßen Haushalt aufstellt.

Gleichzeitig ist aber selbstkritisch festzustellen, dass alle unternommenen Anstrengungen bei weitem nicht ausreichen, wenn man sie an dem Ziel, das wir uns gemeinsam gesetzt haben, den Haushalt durchgreifend zu konsolidieren, misst. Eine Politik immer weiterer Verschuldung nimmt künftigen Generationen Freiheits- und Gestaltungschancen. Haushaltskonsolidierung ist deshalb ein unverzichtbarer Bestandteil einer Strategie der Zukunftsgestaltung.

Dasselbe Motiv erfordert nicht nur Sparen, sondern auch das Setzen von Prioritäten bei den Investitionen. Wir haben

in der Vergangenheit bewiesen und werden auch in der Zukunft beweisen, dass wir genau in diesen Zukunftsfeldern Investitionen tätigen. Diese Investitionen können wir übrigens – ob es Ihnen passt oder nicht – auf Druck der FDP/DVP massiv aus Privatisierungserlösen finanzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Zukunftsoffensiven – wir werden demnächst die vierte Zukunftsoffensive beschließen – sind doch mit die Basis dafür, dass wir im nationalen Ranking bei den Universitäten wirklich Spitze sind. Wenn nicht in der Bildung, wo dann liegen die Zukunftschancen für die jungen Menschen in diesem Land?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Allerdings ist klar zu sagen: Bildung muss natürlich sehr viel breiter gesehen werden. Ich werde zu drei Aspekten etwas sagen.

Lassen Sie mich – das ist vielleicht nachvollziehbar – mit dem Bereich beginnen, in dem wir wirklich Spitze sind, nämlich bei der Fachhochschulausbildung und der Ausbildung an den Berufsakademien. Da ist ganz klar: Dadurch, dass wir aufgrund von Privatisierungserlösen über die Zukunftsoffensiven Mittel bereitstellen konnten, haben wir ja die positiven Ergebnisse erzielt.

Wir wissen aber auch, dass die Universitäten völlig unabhängig von der staatlichen Finanzierung insbesondere weitere Möglichkeiten der Verbesserung der Lehre brauchen. Deshalb sind wir sehr froh, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass der Bund erneut vor dem Verfassungsgericht auf die Nase gefallen ist und wir das Recht haben, Studiengebühren einzuführen. Ich bin dem Kollegen Oettinger für den Hinweis dankbar, dass wir – überhaupt nicht mit Hast, aber sachlich einwandfrei geprüft – anhand gemeinsamer Eckpunkte darangehen wollen, diese Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lehre, für eine direktere Beziehung zwischen den Professoren und ihren Studenten zu schaffen.

Ich bitte jetzt einfach darum, die Zerrbilder, die beim Thema Studiengebühren bis hin zum „Staatsanzeiger“ – er ist ja heute schon genannt worden – ständig angeführt werden, endlich einmal wegzuwischen. Ich halte es für unverantwortlich, von einem „sozialen Numerus clausus“ zu reden, obwohl wir doch schon klar geäußert haben, dass wir nachlaufende Studiengebühren wollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der soziale Numerus clausus beginnt im Kindergarten und nicht bei nachlaufenden Studiengebühren einer Hochschule.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann macht doch etwas beim Kindergarten! Sie machen beim Kindergarten auch nichts! – Abg. Drexler SPD: Was machen Sie da?)

Zum zweiten Aspekt: Das Geld, das durch die Studiengebühren zusätzlich eingenommen wird, muss – das ist einer der Eckpunkte – zwingend bei den Hochschulen verbleiben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ach du liebe Zeit! Märchenstunde!)

(Dr. Noll)

Die dritte Prämisse – darüber werden wir uns noch im Detail unterhalten müssen –: Wir wollen auch Autonomie und Wettbewerb – eines der Erfolgsgeheimnisse unserer Hochschulpolitik – erreichen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Siehe Solidarpaket!)

was die Studiengebühren anbetrifft. Das heißt für mich, dass wir möglicherweise einen Korridor, eine Obergrenze beschließen. Aber nach unseren Vorstellungen wollen wir versuchen, im Sinne von Wettbewerb – auch zwischen einzelnen Fakultäten, zwischen einzelnen Universitäten – zumindest mittelfristig eine Differenzierung zuzulassen. Darüber gilt es zu reden.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, von sozialer Gerechtigkeit reden, dann muss ich Ihnen schon einmal klar sagen – hierzu liegen ungefähre Zahlen auf dem Tisch; sie können nach oben und unten abweichen –, dass derjenige, der kostenfrei eine akademische Ausbildung genossen hat, gegenüber demjenigen, der eine berufliche Ausbildung gemacht hat, statistisch gesehen eine deutlich höhere Einkommenserwartung und ein deutlich geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Ist dann die Forderung so unzumutbar, dass Akademiker, die tatsächlich einen Beruf ausüben – das ist wichtig –, einen Teil – es ist ja nur ein kleiner Teil – dessen, was sie vom Staat, und zwar von den Steuerzahlern, die in der beruflichen Ausbildung fast von Anfang an Steuern zahlen, die ihre Meisterausbildung aus eigener Tasche bezahlen, finanziert bekommen, um die Chance auf einen späteren guten Beruf zu erhalten,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

in einer Größenordnung von 80 bis 100 € pro Monat zurückgeben?

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD:
Die FDP ist für die Erhöhung der Staatsquote! Das ist ja sehr interessant!)

Ich bitte schon, da die Kirche ein bisschen im Dorf zu lassen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmiedel: Sind Sie für die Erhöhung der Staatsquote? – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zuhören!)

– Herr Schmiedel, in diesem Fall gilt das Wort „abstrus“. Wenn die Leute, die in Lohn und Brot sind, etwas vom eigenen Geld an die Universitäten zurückgeben, halten wir das einfach für sinnvoll und richtig. Es gilt eher einmal darüber nachzudenken, ob wir am Beginn, da, wo der soziale Numerus clausus stattfindet, die Gebühren in der bisherigen Form erheben können.

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie es doch!)

Zum Föderalismus: Warum sind wir denn Spitze im Hochschulbereich? Weil wir nicht im Geleitzug der Schwächsten

mitschwimmen mussten, sondern die Chance hatten, Vorbild zu sein, hier vorbildliche Entwicklungen einzuleiten. Wir finden ja in dieser Beziehung an vielen Stellen immer mehr Nachahmer.

Ich möchte mich an diesem Punkt, weil er das klassische Thema der Staatsreform und der Föderalismusreform betrifft, noch einmal an Sie wenden, verehrter Herr Ministerpräsident Teufel. Ich glaube, es gäbe schon noch einmal die Chance, über eine echte Föderalismusreform zu reden. Mir erschließt sich nicht so ganz, warum Sie persönlich, etwa auch im Verbund mit Herrn Drexler und anderen, unseren Vorschlag in Bezug auf einen Föderalismuskonvent so vehement ablehnen. Ich habe gemerkt, dass ich den Parlamentspräsidenten, Herrn Straub, Gott sei Dank ein bisschen an meiner Seite habe. Herr Ministerpräsident, Sie haben im EU-Konvent sehr viele Zentralisten an Ihrer Seite gehabt, und – Riesenkompliment – Sie haben das Gebot der Subsidiarität in Europa wesentlich mit in die Verfassung und in die Diskussion gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Warum sollte es nicht gelingen, bei der Föderalismusreform nicht die aktuell Handelnden, sondern wirklich die Eldestatesmen, die Fachleute, zu denen Sie selbstverständlich gehören, in einem solchen Konvent zusammenzubringen und damit einen hohen politisch-moralischen Druck aufzubauen, damit wir endlich nicht nur im Bildungsbereich, sondern in allen Bereichen, insbesondere auch im Bereich der Finanzbeziehungen zwischen den Ländern, zu einer Neuordnung kommen? Ich fordere Sie auf, mit uns gemeinsam – die FDP steht da bereit – diesen Vorschlag verstärkt in die Diskussion zu bringen.

Wenn ich bei den Finanzbeziehungen zwischen den Ländern bin, möchte ich sagen: Man muss schon noch einmal daran erinnern, dass die Zahlungen des Landes im Rahmen des Länderfinanzausgleichs etwas mehr ausmachen als das, was wir an neuen Schulden aufnehmen müssen. Hätten wir diesen Länderfinanzausgleich nicht, brauchten wir keine Nettoneuverschuldung.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir haben ihn aber!)

– Es sind nämlich über 2 Milliarden €. Ich sage es ja nur einmal. Das sollte man sich immer wieder vergegenwärtigen. Es kann nicht auf Dauer sein,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Mit „Was wäre, wenn“ kann man keinen Haushalt machen!)

dass diejenigen, die bei uns am Tropf hängen, sich noch viel weniger um Haushaltskonsolidierung kümmern, und zwar vielleicht gerade deshalb, weil wir sie am Tropf unserer Subventionen belassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum zweiten Bereich des zentralen Themas „Bildung, Schule“. Auch da brauchen wir uns bei dem, was in der Vergangenheit war, nicht zu verstecken. Es ist schon gesagt worden, ich brauche es nicht zu wiederholen. Wir

(Dr. Noll)

haben die Versprechen bezüglich der Lehrerversorgung eingehalten, und wir werden sie mit diesem Haushalt vollends umsetzen. Am Ende verursacht das immerhin Kosten von 250 Millionen € pro Jahr. Wir sparen also nicht an dieser Stelle, sondern setzen tatsächlich Prioritäten. Das war notwendig, und wir sind stolz, dass wir dieses Ziel erreicht haben.

Aber wir haben weit mehr geschafft. Es geht ja nicht nur um Geld zur Finanzierung von Lehrerstellen. Wir haben darüber hinaus den Schulanfang flexibilisiert; das reale Einschulungsalter sinkt. Wir haben das achtjährige Gymnasium eingeführt. An der Grundschule haben wir flächendeckend die Fremdsprache eingeführt. Die verlässliche Grundschule funktioniert. Und wir haben seit 1996, also seitdem wir in der Regierung sind – Herr Drexler, Sie haben so schön gesagt, es seien Ganztagschulen entstanden, ich habe extra aufgepasst –, im Gegensatz zu Ihnen, als Sie in der Regierung waren, hier und unabhängig und bevor der Bund mit Programmen gekommen ist, die Ganztagschulen ausgebaut.

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD: Lächerlich!)

Die Zahl der Ganztagschulen ist also während unserer Regierungsmitverantwortung gestiegen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Selbstverständlich werden wir weiter an diesem Thema bleiben. Ich halte auch da nichts davon, das ideologisch aufzubauschen. Nein, nicht entweder alles über Lehrer oder nur über Vereine, sondern Schule muss sich öffnen. Da sind wir uns doch alle einig.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Dann müssen Sie die Schule dazu in die Lage versetzen!)

Es ist doch keine Schande, wenn man damit vielleicht auch kostengünstigere Lösungen findet. Das heißt doch nicht, dass die nur für Freizeit zuständig sind. Was ist denn das für eine Diskriminierung, wenn Sie die Einbindung von Vereinen in die Ganztagsbetreuung als Freizeitaktivität betrachten?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Was reden Sie denn für einen Unsinn?)

An anderer Stelle erzählen Sie immer, dass die Vereine eine wichtige soziale, bildungs- und gesundheitspolitische Funktion erfüllen.

(Unruhe und Zurufe)

Okay, lassen Sie uns darüber in Ruhe reden.

Das müssen wir meiner Meinung nach – das gilt übrigens auch für das Thema Schulsozialarbeit – natürlich auch mit den kommunalen Vertretern besprechen, und das wollen wir uns vornehmen,.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben das doch gestrichen!)

Ich sage es ganz offen: Ich habe große Sympathie für den Vorschlag des neuen Städtetagspräsidenten Gönner, darüber nachzudenken, ob wir auch an dieser Stelle eine gewisse Entflechtung erreichen könnten. Ich weiß, es gibt Schnittstellen, an denen Entflechtung nicht unbedingt ange-sagt ist.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Deswegen streichen Sie jetzt die Mittel für die Schulsozialarbeit! Im Vorgriff! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Vielleicht bekommen wir eine klarere Zuordnung der Zuständigkeiten – für die Schule das Land, für den Kindergarten die Kommune – hin. Das bedeutet dann allerdings, dass wir uns natürlich auch über einen finanziellen Ausgleich unterhalten müssen. Das geht nicht hopplahopp, sondern das müssen wir selbstverständlich in aller Seriosität mit den Akteuren besprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Aber hopplahopp streichen!)

Jetzt komme ich zu der Zeit vor der Einschulung. Wir alle wissen, dass Kinderbetreuungseinrichtungen keine Ver-wahranstalten sind. Ich finde es schon ein bisschen diskri-minierend, das zu behaupten.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Wer behauptet das denn?)

Aber sie können besser werden, was ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag anbetrifft. Das ist ganz klar. Vor allem können wir quantitativ dafür sorgen – aus den verschiedensten Motiven, insbesondere deshalb, weil es um die Kinder geht –, dass Kinder frühzeitig Bildungschancen erhalten. Es geht auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Drexler SPD: Das ist gar keine Frage!)

Aber beide Themen werden uns dazu bringen müssen, dass wir in diesem Bereich mehr Betreuungsmöglichkeiten schaffen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Nur, im Haushalt findet sich nichts dazu!)

– Ja, dazu komme ich noch, liebe Frau Kollegin Wonnay. Im Haushalt findet sich deshalb nichts davon – unsere Vor-schläge liegen doch auf dem Tisch –, weil solche Dinge ab und zu etwas Zeit brauchen. Aber eines geht natürlich nicht, Kollege Kretschmann: Dass man das Landeserziehungsgeld geschwind einmal um die Hälfte „rasiert“, obwohl man weiß, dass für die nächsten zwei Jahre Bewilligungen aus-gesprochen sind. Da sollten wir schon ein bisschen seriöser miteinander herangehen. Dann wollen wir einmal sehen.

Ich bin der Meinung, dass wir selbstverständlich tabulos reden müssen, wenn wir neue Angebote machen wollen. Wir sollten nicht einfach draufsatteln – denn auf Schuldenbergen können Kinder nun einmal nicht spielen –, sondern tat-sächlich schauen, wo es Programme gibt, aus denen wir den Familien, den Kindern, den Vätern und Müttern zuliebe künftig sinnvollerweise Mittel umschichten können. Das

(Dr. Noll)

braucht Zeit; das braucht Vorlaufzeit. Ich bin optimistisch, dass wir diese Zeit gemeinsam nutzen können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch zu einigen Details kommen. Herr Kretschmann, Sie haben gesagt, der Noll habe damals eigentlich gar keine so schlechte Haushaltsrede gehalten, aber es sei im Grunde die Rede eines Oppositionellen gewesen. Ich habe meine Rede noch einmal nachgelesen. Bis auf einen Punkt haben wir tatsächlich all das, was auch Sie gefordert haben, in den Haushaltsberatungen vertreten. Dies ist übrigens legitim, denn schließlich bestimmt das Parlament. Wir haben verschiedene Schwerpunkte – teilweise mit wenig Geld ausgestattet – gesetzt. Sie wissen, dass wir die vorgesehenen Kürzungen beim Sport und beim zweiten Bildungsweg zurückgenommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Marianne Wonnay SPD: Teilweise! – Abg. Birzele SPD: Nachlassender Schmerz vermittelt auch Lust!)

– Teilweise, aber doch deutlich. – Wir haben das Fortbestehen der Kontaktstellen „Frau und Beruf“ gesichert; das war uns ganz besonders wichtig. Wir haben die vorgesehenen Kürzungen um 10 % im sozialen Bereich gemeinsam mit den Kollegen von der CDU ein Stück weit abmildern bzw. zurücknehmen können. Lassen Sie mich an dieser Stelle dem Kollegen Oettinger und seiner Fraktion für die faire Beratung in allen diesen Bereichen herzlich Dank sagen. Denn nur dann, wenn die Unterschriften beider Fraktionen unter einem Antrag stehen, funktioniert das. Sonst macht das überhaupt keinen Sinn.

Ich denke, es ist ein wichtiges Signal, dass wir uns überall dort, wo es um bürgerschaftliches Engagement geht – bei den Tagesmüttern, bei den Aidshilfen, bei der Selbsthilfe oder beim Landesfrauenrat – und wo uns nachvollziehbar bewiesen wurde, dass eine Kürzung um 10 % zwar wenig klingen mag, diese aber in der Tat Strukturen gefährdet hätte, gemeinsam einigen konnten, diese Kürzungen zurückzunehmen.

Lassen Sie mich hinzufügen: Es reicht nicht, das bürgerschaftliche Engagement in Sonntagsreden zu loben. Bei Haushaltsberatungen wird es konkret.

(Abg. Fischer SPD: Das stimmt! – Abg. Zeller SPD: Dann sollten Sie sich einmal an die eigene Nase fassen!)

Ich möchte Ihnen noch eine Tatsache nennen. Gestern ist ein Gesetzentwurf in den Ministerrat eingebracht worden, auf den wir zugegebenermaßen lange gewartet und für den wir lange gekämpft haben. Wir wollen nicht nur mehr Verantwortung von den Bürgern fordern, sondern ihnen auf der anderen Seite auch mehr Mitsprache gewähren – Stichworte „Abschaffung des Positivkatalogs“, „Absenkung des Quorums“. Sie werden demnächst, nachdem der Entwurf das Kabinett passiert hat, diesen Entwurf hier gemeinsam mit uns beraten dürfen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Worum geht es denn da? – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

– Um die Absenkung des Quorums, die Abschaffung des Positivkatalogs und, und, und.

Lassen Sie mich noch zum Thema Personal kommen. Das ist einer der großen Brocken. Dabei wird immer über den Abbau von Personal diskutiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist natürlich zu kurz gegriffen. Wir müssen auch über den Aufgabenabbau reden, anders geht es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist auch die Chance, dem Mittelstand im Land zu sagen: Weil wir uns künftig aus einem Teil der Aufgaben verabschieden, entstehen für euch neue Chancen, auf dem freien Markt und auch mit neuen Arbeitsplätzen Dienstleistungen zumindest gleich gut oder meistens noch besser zu erbringen, als der Staat dies bisher getan hat.

Deshalb darf ich abschließend sagen: Man mag über die Verwaltungsstrukturreform sagen, was man will,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

aber sie war der erste und einzig erkennbare Schritt zu Einsparungen bei den Personalkosten. Ich bin inzwischen mit dem Ministerpräsidenten darüber einig, dass in Wirklichkeit wahrscheinlich sehr wenig passiert wäre, auch wenn wir noch 1 000 Runden zur Aufgabenkritik gemacht hätten. Deswegen ist der umgekehrte Weg richtig: Geben wir diese 20 % als Vorgabe, das Geld wird schrittweise zurückgenommen, und dann wird der Beginn der Verwaltungsreform kommen, wie es Jürgen Hofer immer gesagt hat. Der Beschluss war nicht das Ende der Verwaltungsreform, sondern der Beginn, weil dann die Aufgabenkritik beginnen muss

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Hören Sie doch auf!)

und damit die Chance besteht, neue Potenziale gerade auch für den Mittelstand freizusetzen.

Wenn ich gerade beim Ministerpräsidenten bin: Heute ist nicht unsere letzte gemeinsame Plenarsitzung mit ihm – das wissen wir alle –, aber ich war doch sehr froh, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man nach anfänglichem Zündeln inzwischen interfraktionell zu der Meinung gekommen ist,

(Abg. Fischer SPD: Wer hat denn gezündelt?)

dass wir den scheidenden Ministerpräsidenten bei der Beratung seines Haushalts mit Stil, Anstand und Angemessenheit mit einer Ausstattung versehen werden, die es ihm erlaubt, in der Zeit nach seiner Amtszeit als Regierungschef mit dem, was er erfreulicherweise an nationaler und internationaler Reputation aufgebaut hat, einige Aufgaben in einer angemessenen Form gerade auch im Interesse unseres Landes weiterzuführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Ich bedanke mich auch bei den anderen Fraktionen dafür, dass das so einvernehmlich gelungen ist. Weitere Dankesreden bewahren wir uns für einen späteren Zeitpunkt auf.

Aber damit ich es nicht vergesse: Wir stimmen selbstverständlich dem Einzelplan 02, dem Etat des Ministerpräsi-

(Dr. Noll)

dentem, zu. Wir stimmen dem zu, was den Noch-Ministerpräsidenten betrifft, und wir stimmen dem zu, was den künftigen Ministerpräsidenten betrifft.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Und was stimmen Sie noch alles zu?)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ministerpräsident Teufel wollte so lange im Amt sein. Jetzt ist er es noch, und es gibt keinen Grund, ihn schon heute zu verabschieden. Es gibt aber allen Grund, ihn heute zu kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und auch ein bisschen zu loben!)

Bei seinem Amtsantritt vor 13 Jahren war der Schuldenstand des Landes 40 Milliarden, jetzt sind es wieder 40 Milliarden, nur damals in D-Mark und heute in Euro.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wie bei den Gaststätten!)

Das Ganze hat er an Silvester in der „Stuttgarter Zeitung“ noch so kommentiert: Er würde alles wieder so machen, und er wüsste nicht, wo er hätte mehr einsparen können. Das heißt, er findet es auch noch ausdrücklich richtig, uns diesen Schuldenberg zu hinterlassen. Ich glaube, das ist sehr kritikwürdig.

(Beifall bei den Grünen)

Mit der Neuverschuldung, die wir jetzt zum zweiten Mal in der Größenordnung von 2 Milliarden € machen werden, bringen wir die Politik an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Zudem hat der designierte Ministerpräsident heute keinerlei Aufschläge gemacht außer Überschriften, wie wir in absehbarer Zeit zu einem sanierten Haushalt kommen sollen. Das hätten wir eigentlich erwartet, aber wir haben leider überhaupt keine Ansätze gehört.

(Abg. Alfred Haas CDU: Bei Herrn Drexler übrigens auch nicht!)

Wenn ich die Ausschussberatungen an mir vorüberziehen lasse, muss ich auch sagen, dass die vielen Einsparvorschläge, die von der Opposition kamen, von Ihnen noch nicht einmal mit beraten wurden.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das gilt zum Beispiel für unseren Vorschlag, die 13. Monatspension zu streichen. Das hätte zu einer nachhaltigen Entlastung mit Blick auf die Pensionslawine, die auf uns zukommt, geführt. Dazu haben Sie kein einziges Wort verloren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ist Ihnen bekannt, dass es die 13. Pension nicht mehr gibt?)

Das ist Ihr Verhalten gegenüber den Aufschlägen, die wir machen.

Wir konnten heute also nicht erkennen, dass der designierte Ministerpräsident und Fraktionsvorsitzende Oettinger Aufschläge in Richtung einer nachhaltigen Finanzpolitik gemacht hätte.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Welche Aufschläge hat er in den letzten Monaten gemacht? Der erste Aufschlag

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

war die Debatte darüber, wie die OEW mit der EdF wieder zu einem Gleichstand kommen können, was die Anteile an der EnBW angeht. Fragen wir einmal, ob dieser Aufschlag der richtige war.

(Abg. Alfred Haas CDU: Selbstverständlich!)

Sein eigener Wirtschaftsminister hat diesen Aufschlag massiv kritisiert und ihn als „politischen Unfug“ bezeichnet.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

In einem Interview machte er deutlich, dass es in der gegenwärtigen Situation eines liberalisierten Strommarkts gar nicht in erster Linie darauf ankommt, wer welche Anteile an einem Unternehmen hat, sondern darauf, wie die allgemeinen Bedingungen für ein solches Energieunternehmen sind. Das ist alles völlig richtig gewesen. Das Erstaunliche ist nur, dass diese Posaune von Jericho, die da gegen Oettinger geklungen hat, nur das eigene Umfallen angekündigt hat und nicht das von Oettinger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber es ist einfach der Charme der FDP, dass sie ihr eigenes Umfallen immer noch mit lautem Trompetenschall ankündigt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Oettinger ist uns also in dieser Debatte schuldig geblieben, zu sagen, was die so genannte Augenhöhe, die unter Einsatz erheblicher Mittel der L-Bank jetzt wieder erreicht ist, für die Zukunft des Energiestandorts eigentlich bedeutet, was wir davon zu erwarten haben. Was haben wir davon für den Umbau der Energieversorgung zu erwarten? Was bedeutet das für die Arbeitsplätze und für den Strompreis? Wir haben dazu nichts gehört. Er konnte überhaupt nicht erläutern, was die gleiche Augenhöhe bei den Anteilen an der EnBW eigentlich bringen soll, um diese Ziele zu erreichen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Es gibt ja diese Woche noch eine Debatte dazu!)

Stattdessen hat er sich auf Asterix, Obelix und Troubadix zurückgezogen,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

die den Ausstieg aus Obrigheim feiern würden. Man muss sagen, dass da dem Centurio Tullius Redefluss etwas der Gaul durchgegangen ist.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen)

(Kretschmann)

Diese gleiche Augenhöhe kann in einem liberalisierten Strommarkt erst einmal überhaupt keine Rolle spielen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt geht es aber los!)

Sie haben gar nicht darlegen können, was der Sinn dieser Aktion sein soll, warum das Landesgeld von 20 Millionen € über die L-Bank dort gut angelegt sei und was das für unsere Ziele in einem liberalisierten Strommarkt überhaupt bringen soll.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Den Börsengang ermöglichen!)

Ich brauche Ihnen das ja nicht zu erzählen. Ihr Wirtschaftsminister hat Ihnen in einem großen Interview ja genüsslich dargelegt, warum diese Aktion für den Energiestandort Baden-Württemberg nichts bringen kann.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die ursprünglich vorgesehene Aktion! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Sie haben jedenfalls nicht darlegen können, was die gleiche Augenhöhe bringen soll. Was soll das aktienrechtlich bringen? Was soll gegenüber einer Minderheits- bzw. einer Mehrheitsbeteiligung eine gleiche Augenhöhe bringen? Was hat sie uns denn in der Vergangenheit gebracht, Herr Kollege Oettinger?

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Dieses Unternehmen ist an die Wand gefahren. Es musste in einem Jahr 1 Milliarde € abschreiben.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Es gab einen gewaltigen Abbau von Arbeitsplätzen, und die Sanierung dieses Unternehmens

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

ist zu großen Teilen auf Kosten der Belegschaft erfolgt. Das ist das, was wir von der gleichen Augenhöhe bisher gesehen haben. Sie müssten doch einmal darlegen können, warum das in Zukunft anders sein soll. Das haben Sie jedenfalls nicht gemacht.

Sie haben gesagt, Arbeitsplätze sollten gesichert werden. Als die Trianel, ein Zusammenschluss kommunaler Stadtwerke, der EnBW vorgeschlagen hat, in Obrigheim ein Gaskraftwerk mit einer Leistung von 400 Megawatt zu bauen, wurde dies von der EnBW abgelehnt. Das ist jedenfalls eine Tatsache. Sie sehen, dass dieses Unternehmen auf einem liberalisierten europäischen Strommarkt offensichtlich nach ganz anderen Kriterien als nach den Vorstellungen von Herrn Oettinger Politik macht.

Was die Arbeitsplätze betrifft, wird das große GuD-Kraftwerk mit 1 200 Megawatt, das gerade in Ostdeutschland gebaut wird, am Ende 50 Arbeitskräfte beschäftigen. Das können wir heute in einem so großen Kondensationskraftwerk an Beschäftigung erwarten.

(Abg. Oettinger CDU: Bauhandwerk! Anlagentechnik! Das ist doch Service! Aufträge nach außen! Milchmädchenrechnung!)

Ich sage Ihnen dazu die Alternative.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Natürlich sind es während der Bauzeit mehr. Hinterher sind es 50 Arbeitskräfte.

Die Alternative heißt: Wir gehen mit unseren Städten, unseren Kommunen und ihren Stadtwerken ein strategisches Bündnis ein. Schwäbisch Hall hat in wenigen Jahren nur in den Bereichen, in denen die Stadtwerke Schwäbisch Hall tätig sind, 60 Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie erzeugen 50 % des Stroms selber und leisten damit einen erheblichen

(Abg. Sakellariou SPD: Vorbildlich!)

– ganz richtig! – und vorbildlichen Beitrag zu einer Politik, die Ökologie und Ökonomie im Auge hat, die etwas für den Klimaschutz und für die Arbeitsplätze tut. Wir bauen unsere Energiestrukturen hin zu dezentralen Strukturen um; denn genau das ist ein Bündnis nicht nur mit den Kommunen und ihren Stadtwerken, sondern auch mit unserer mittelständischen Wirtschaft und dem Handwerk.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das genau ist die Alternative, die wir brauchen, um in der Energiepolitik den richtigen Weg zu beschreiten.

(Zuruf von der CDU: Bei den Stadtwerken geht es um Gewinn, sonst um nichts!)

Was Ihren Versuch betrifft, ist der Zug abgefahren, indem das Land die Anteile verkauft hat. Dieser Fehler ist nicht zu korrigieren – das hat die Vergangenheit gezeigt –, auch bei gleicher Augenhöhe der beiden Partner OEW und EdF.

Wenn es jetzt durch notwendige Investitionen zu Kapitalerhöhungen kommt, was zu erwarten ist – der Wirtschaftsminister hat dies bestätigt –, frage ich Sie, woher diese Mittel eigentlich kommen sollen, um diesen Gleichstand herzustellen. Diese Mittel können doch letztlich nur aus einem Verkauf der Anteile aus der Stiftung kommen – eine wirklich makabre Vorstellung, die außerhalb jeder vernünftigen Politik ist.

(Zuruf von der FDP/DVP)

Herr Kollege Oettinger, Sie müssten einmal darlegen, welches Konzept Sie hier für den Energie- und Wirtschaftsstandort tatsächlich verfolgen und was dies für die Ökonomie und Ökologie bringen soll.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist doch am Freitag aufgerufen! Das ist doch ein Antrag der SPD am Freitag! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das können wir in aller Ruhe diskutieren!)

– Sie haben das angesprochen, Herr Oettinger. Sie haben hier eine Rede der Überschriften gehalten, die uns nicht weitergebracht hat, weil uns die Überschriften zum großen Teil bekannt waren. Daher gehe ich auf die Punkte ein, bei

(Kretschmann)

denen Sie konkret wurden. Das war erstens Ihre Aktion zu den OEW.

Ihr zweiter Aufschlag betraf die Forderung, das letzte Kindergartenjahr verpflichtend einzuführen.

Es ist bekannt, dass 96 % der Kinder einen Kindergarten besuchen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber keine 100 %)

Das Problem ist also offensichtlich, dass die Kinder, die in den Kindergarten gehen, nicht richtig gebildet werden. Es geht also nicht in erster Linie um Kinder, die nicht in den Kindergarten gehen; dies sind nur ganz wenige Kinder.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Herr Kollege Oettinger, es lohnt sich also, sich in Zukunft erst einmal mit den Fakten zu beschäftigen, bevor man gleich einen Luftballon steigen lässt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Oettinger CDU – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das kann ja am Ende stehen!)

– Nein, das ist haargenau so. Dies mussten Sie zum Schluss auch zugeben, Sie mussten zurückrudern.

Was also offensichtlich fehlt, ist eine Möglichkeit, wie wir aus dem Kindergarten für unsere Kleinen wirklich eine Bildungseinrichtung machen. Wo sind da unsere Konzepte? Wie sieht es da mit der Ausbildung der Erzieherinnen aus?

(Abg. Alfred Haas CDU: Die sind ausgebildet!)

Wenn man das alles macht, kommt doch die große Frage: Wie soll es finanziert werden?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Woher kommen die Mittel, um aus dem Kindergarten eine Bildungseinrichtung zu machen? Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört.

Im Übrigen müssen Sie einmal quantifizieren, was Ihr Vorschlag kostet. Tragen die Kommunen die Kosten, oder trägt sie das Land? Was ist da eigentlich die Strategie? Bisher ist es ja so, dass in der Bildungspolitik die Kommunen für die sächlichen Ausgaben zuständig sind und das Land für das Personal zuständig ist. Sollen wir diesen Weg auch beim Kindergarten beschreiten? Ist das Ihr Vorschlag? Wenn ja: Wie soll er finanziert werden? Woher kommen die Mittel? Wo wird dann an anderer Stelle gestrichen? Die Antworten auf diese Fragen sind Sie schuldig geblieben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dann müssen Sie aber mit den Kommunen auch noch reden!)

Das heißt: Der Aufschlag war da, ging aber erst einmal am Problem vorbei. Sofern er das Problem berührt hat, hat er nicht gesagt, wie Sie sich das ordnungspolitisch vorstellen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Dann wiederholen wir den Aufschlag!)

Sind das mehr die Vorstellungen von Ivo Göner, der jetzt eine scharfe Trennung von Kindergarten und Schule vor-

nehmen will, sodass das Land und die Kommunen da klare Aufgaben haben, oder gehen wir im Schulwesen insgesamt einen anderen Weg? Das haben Sie nicht dargelegt.

Immerhin haben Sie einmal die großen Defizite bei der Bildungspolitik angesprochen. Sie haben angesprochen, dass die gut Begabten zu wenig gefördert werden, wir aber auch große Mängel haben, dass zu viele durch den Rost unseres Bildungssystems fallen und dadurch keine Chancen mehr haben.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Kollege Oettinger, was sind die Konsequenzen daraus? Wie wird das Problem behoben? Mit welchen Mitteln soll es behoben werden?

Ihr dritter Aufschlag war: Nachdem ich gesagt habe, wir könnten den Landeshaushalt nur sanieren, wenn wir in zehn Jahren 20 000 Stellen streichen, haben Sie das getoppt und von der Streichung von 30 000 bis 40 000 Stellen gesprochen.

(Abg. Drexler SPD: Das möchte ich mal wissen!)

Sie haben als Erstes gleich einmal die Lehrer genannt. Wenn wir aber die Defizite im Bildungssystem beheben wollen, dann müssen wir doch in erster Linie dafür sorgen, dass sowohl im Kindergarten als auch in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen bessere Qualitätsstandards einziehen und finanziert werden, die wir brauchen, um die Defizite, die Sie beschrieben haben, zu beheben. Also darf man doch bei der Sanierung des Haushalts wohl nicht in erster Linie an die Lehrer denken, sondern muss an die allgemeine Verwaltung denken. Da sind Sie auch eine Antwort schuldig geblieben.

Sie haben jetzt wiederum Aufschläge zur Landesmesse und zu Stuttgart 21 gemacht. Das liegt doch auf genau der gleichen Linie wie Ihre Intervention zur EnBW. Mit der Landesmesse befinden wir uns doch – das haben renommierte Wirtschaftswissenschaftler jetzt erneut festgestellt – bundesweit in einem Subventionswettkampf, der nichts anderes als Überkapazitäten erzeugt

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch ein Unsinn sondergleichen!)

und zugleich die öffentlichen Haushalte ruiniert. Das ist eine Tatsache. Das haben wir bei den Regionalmessen und bei der Landesmesse jetzt erst recht. Wollen Sie so mit einer weiteren Verschuldung des Landes Wirtschaftspolitik machen?

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Denn das wird ja mit Schulden finanziert.

Bei Stuttgart 21 ist es genau dasselbe. Ist es Aufgabe des Landes, einen Bahnhof zu vergraben, der dann gerade fünf Minuten Zeitgewinn bringt?

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn Sie den Filderbahnhof bauen, ist der Zeitgewinn natürlich wieder weg. Der Hauptanteil der Zeitersparnis von

(Kretschmann)

20 Minuten kommt natürlich aus der Neubaustrecke Stuttgart–Ulm. Das haben Sie immer geschickt zusammengebunden, obwohl Stuttgart 21 ja mehr kostet als die Neubaustrecke.

(Abg. Alfred Haas CDU: Es geht um die Verkehrs-
magistrale! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Weil es
auch mehr ist!)

Ist das die Politik, die wir bei dieser Haushaltslage machen können,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

ohne dass Ihr Verkehrsminister wenigstens einmal irgendwo andeutet, wo er die 500 Millionen € Vorfinanzierung für die Neubaustrecke überhaupt herbekommen will? Ich finde, von dieser Art von Politik müssen wir uns verabschieden. Wir müssen ernsthaft in die Auseinandersetzung darüber eintreten: Was sind die Kernaufgaben des Landes Baden-Württemberg und was nicht? Wo müssen wir investieren, und wo müssten wir die Aufgaben dem Markt und der Bürgergesellschaft überlassen und delegieren?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig! Sehr gut, Herr
Kretschmann!)

Dazu hätte ich von Ihnen gern etwas präzisere Ausführungen gehört, als Sie sie gemacht haben. Ich kann jedenfalls nicht erkennen, dass die Vorschläge, die Sie hier überschriftenmäßig gemacht haben, durch ein Konzept unterfüttert gewesen wären, wie das mittelfristig zu finanzieren ist, ohne dass wir immer weiter in die Schuldenfalle laufen. Dieses Haus aber hätte verdient, dass uns der designierte Ministerpräsident dazu Auskünfte gibt. Vielleicht kommen Sie in der zweiten Runde ja noch dazu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU:
Nichts zum Haushalt gesagt!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal als Vorspann sagen – ich habe das in den letzten Wochen auch oft in der Öffentlichkeit und in Gesprächen mit Kommunalpolitikern gesagt –, damit man die nachfolgenden Sätze nicht als einen Angriff auf die Bundespolitik und ein Ablenken von unseren eigenen Problemen versteht: Der Bund hat eine katastrophale Haushaltslage, alle Länder haben eine katastrophale Haushaltslage, und die Kommunen haben eine katastrophale Haushaltslage.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das weiß der Herr Drexler nicht!)

Die Ursachen sind doch auf allen drei Ebenen die völlig gleichen. Man braucht doch keine höhere Mathematik, das kleine Einmaleins reicht doch aus, um auszurechnen, dass, wenn man über 5 Millionen Arbeitslose hat, wenn 5 Millionen Menschen keine Sozialbeiträge und keine Steuern bezahlen, aber aus öffentlichen Kassen Leistungen bekommen, es zu einem Zusammenbruch der sozialen Sicherungs-

systeme und zu Einnahmever schlechterungen im Haushalt kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg.
Beate Fauser FDP/DVP)

Es ist doch eine Binsenweisheit, dass Deutschland unter den 25 Ländern der Europäischen Union nicht mehr an der Spitze des Wirtschaftswachstums steht, sondern – als stärkste Volkswirtschaft – am Ende der Entwicklung. Es ist doch natürlich immer dann – –

(Abg. Birzele SPD: Und Baden-Württemberg an
sechster Stelle in Deutschland!)

– Was soll denn das? Also, so ein Quatsch! Wenn Sie 30, 40 oder 50 Jahre Landespolitik überblicken, dann wissen Sie ganz genau, dass immer dann, wenn wir in eine Baisse geraten, Baden-Württemberg ein unterdurchschnittliches Wachstum hat und am stärksten betroffen ist. Sobald wir wieder in eine Hausse kommen, hat Baden-Württemberg wieder ein überdurchschnittliches Wachstum.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das können Sie an Grafiken, die über den Verlauf der letzten 50 Jahre erstellt wurden, wirklich ablesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Was soll das also eigentlich? Das sind Zwischenrufe, die nur vom Problem ablenken sollen. Ich möchte bei einer solchen Debatte doch auch einmal über die Ursachen reden können. Wahrheit ist doch, dass im letzten Jahr beispielsweise alle Wirtschaftsinstitute und auch die Bundesregierung mit einer prognostizierten Wachstumsrate von 2 % in den Januar hineingegangen sind und dass dann buchstäblich jeden Monat die Prognose für dieses Wachstum nach unten korrigiert worden ist. Im Januar dieses Jahres gab es die gleiche Situation, und bereits jetzt, im Februar, haben wir wieder eine Reduzierung der Wachstumserwartung.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wie sollen denn dabei eigentlich Arbeitsplätze entstehen? Wie sollen denn eigentlich die Steuereinnahmen – ich komme nachher auf die Einnahmeausfälle noch im Detail zu sprechen – zunehmen, wenn wir nicht wieder eine wachsende Volkswirtschaft haben?

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Das Zweite: Die gerade für Baden-Württemberg besonders bedeutende und viel erschreckendere Zahl als die, die jeden 5. eines Monats mit der neuen Arbeitslosenstatistik veröffentlicht wird, ist die, dass wir in Deutschland vom 1. Januar bis zum 31. Dezember pro Tag 1 200 Arbeitsplätze verlieren. Der neue BDI-Präsident hat gerade diese Zahl genannt. Sie stimmt; es sind zwischen 1 000 und 1 500 Arbeitsplätze pro Tag. Die Arbeitsplätze, die neu entstehen, machen nur einen verschwindend geringen Prozentsatz im Vergleich zu den verloren gegangenen Arbeitsplätzen aus. Von den neu entstehenden Arbeitsplätzen kommt ein volles Drittel aus Baden-Württemberg. Über mehrere Jahre hinweg entstanden über ein Drittel der neuen Arbeitsplätze in

(Ministerpräsident Teufel)

Deutschland in Baden-Württemberg – und das, obwohl die Einwohnerzahl Baden-Württembergs nur 13 % der deutschen Bevölkerung beträgt.

Unsere Wirtschaft leistet nach wie vor Herausragendes,

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Aber der Export!
Das ist eine Exportwirtschaft!)

denn sie hat die gleiche miserable Binnennachfrage wie alle anderen deutschen Unternehmen. Wir leben vom Export. Wie sich das Verhältnis vom Euro zum Dollar entwickelt hat und noch entwickelt, können Sie alle verfolgen. Es ist eine herausragende Leistung der Wirtschaft unseres Landes, dass trotz der ständigen Abwertung des Dollars eine solche Exportleistung zustande kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber die große Sorge, die ich im Land habe, ist: Der große Mittelstand ist längst mit Produktion und zunehmend auch mit Dienstleistung, Forschung und Entwicklung nach Osteuropa und Südosteuropa, nach Asien, nach China gegangen. Der kleine Mittelstand kann nicht ausweichen. Der Handwerksbetrieb und der mittlere Mittelstand machen sich im Augenblick lautlos auf. Neue Investitionen finden in großer Zahl in unseren südost- und osteuropäischen Nachbarländern statt.

Der Präsident des ifo-Instituts hat es an einem Schaubild deutlich dargestellt: Wenn man die Löhne in Westdeutschland gleich 100 setzt, sind sie in Ostdeutschland 80 und in Tschechien, in der Slowakei, in Ungarn, in Polen 14. Deswegen stehen viele mittlere mittelständische Betriebe, Zulieferbetriebe zur Automobilindustrie, vor der Frage: Verlieren wir unsere Kunden, denn diese haben entsprechende Angebote von Anbietern aus Ost- und Südosteuropa, oder gehen wir selbst hinaus, damit wir zu Mischkalkulationen kommen und uns noch über Wasser halten können? Es findet also derzeit auch und gerade aus Baden-Württemberg ein lautloser Auszug von Investitionen mittelständischer Unternehmen in Nachbarländer der Europäischen Union statt.

Die Kleinen können nicht ausweichen. Die für mich erschreckendste Zahl der letzten Wochen ist: In den letzten sechs Jahren hat das Handwerk 1 Million Betriebe und 2 Millionen Arbeitsplätze verloren. Das stand nicht einmal in einer Lokalzeitung. Denn wenn ein Handwerksbetrieb, ein Einzelhandelsgeschäft aufgibt oder seine Mitarbeiterzahlen halbiert, dann steht das nicht einmal im Lokalteil der Zeitung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Nur wenn Opel, wenn Karstadt-Quelle, wenn die Deutsche Bank Tausende von Arbeitsplätzen abbauen, ist das wochenlang in den Medien. Aber die Summen sind sehr viel größer im Mittelstand, im Handwerk und im Einzelhandel, und es entstehen zum Ausgleich des Abbaus von Arbeitsplätzen nicht ausreichend zusätzliche Arbeitsplätze.

Wir haben einen Einbruch der Steuereinnahmen. Das Loch der deutschen Staatskasse ist so groß wie noch nie in einem Jahr. Das Staatsdefizit überschreitet zum dritten Mal in Folge die erlaubte Grenze. Meine Damen und Herren, man muss doch einmal zur Kenntnis nehmen, wenn man wie Sie,

Herr Kretschmann, ausschließlich auf die Verschuldung blickt, dass wir in Baden-Württemberg im Jahr 2004 noch nicht einmal die Steuereinnahmen des Jahres 1999 erreicht haben, aber eine riesige Steigerung von Sachausgaben und leider auch von Personalausgaben zu verzeichnen haben, obwohl wir Personal abgebaut haben. Warum haben wir denn zu den Notmaßnahmen der Kündigung von Tarifverträgen, der Arbeitszeiterhöhung, der Streichung von Urlaubsgeld und der Kürzung des Weihnachtsgelds gegriffen? Weil wir in purer Not gewesen sind, weil die Einnahmen wegbrechen und wir auf der anderen Seite nicht in eine immer noch höhere Verschuldung gehen können.

Meine Damen und Herren, wir hatten auch in den letzten Jahren Sparhaushalte. Lieber Herr Kretschmann, bitte nehmen Sie einmal zur Kenntnis: Ich bin im Januar 1991 Ministerpräsident geworden. Sie können es selber nachprüfen: Im Februar 1991 kam die seit Jahrzehnten allererste Steuerschätzung, bei der die Steuereinnahmen nach unten gegangen sind. Dann können Sie die Entwicklung weiterverfolgen: Halbes Jahr für halbes Jahr, Jahr für Jahr sind die Steuerschätzungen weiter nach unten gegangen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wer hat denn da regiert?)

Nun können Sie über die früheren Landesregierungen sagen, was Sie wollen. Sie setzen dann auf das schlechte Gedächtnis Ihrer Zuhörer. Aber es stimmt eben nicht. Herr Mayer-Vorfelder – Sie können über ihn sagen, was Sie wollen – hat als Finanzminister einen strikten Sparkurs gefahren und hatte die Unterstützung des Ministerpräsidenten. Die Koalitionsrunden von 1992 bis 1996 mit dem Koalitionspartner SPD und die danach mit dem Koalitionspartner FDP/DVP waren tagelange Sitzungen – tagelange Sitzungen! – mit Streichungsaktionen. Auf der Ausgabenseite des Haushalts haben wir ab 1992 Milliardenbeträge eingespart, um nicht zu einer noch höheren Verschuldung zu kommen.

In den Jahren 2005 und 2006 – ich komme mit weiteren Fakten darauf zu sprechen – war der Haushaltsausgleich eine kaum beherrschbare Aufgabe: Wir hatten eine Finanzierungslücke von insgesamt 3,6 Milliarden im Jahr 2005 und rund 3,8 Milliarden im Jahr 2006, und zwar – das muss ich, wenn Sie, Herr Kretschmann, die Schulden jetzt in Euro darstellen, an dieser Stelle auch sagen – Euro! Man stelle sich einmal vor – und Sie sind schon lange im Landtag –, wir hätten vor einigen Jahren Haushaltslücken von 7 und mehr Milliarden Mark in einem einzigen Jahr gehabt! Wir sind weit davon entfernt gewesen, aber das ist die Herausforderung, vor der wir heute stehen.

Wir haben Kürzungen im Umfang von 1 Milliarde 44 Millionen € im Jahr 2005 und 1 Milliarde 342 Millionen € im Jahr 2006 vorgenommen. Wir haben für Einnahmeverbesserungen in Höhe von 559 Millionen € im Jahr 2005 und 429 Millionen € im Jahr 2006 sorgen können.

Die für die von der Verfassung festgelegte Obergrenze maßgebliche Nettoneuverschuldung liegt in den Jahren 2005 und 2006 bei 1 Milliarde 940 Millionen €. Meine Damen und Herren, im Unterschied zur Bundesregierung haben wir die Entwicklung eben nicht laufen lassen, sondern einen verfassungskonformen Haushalt vorgelegt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Im Unterschied zu zehn anderen Landesregierungen haben wir eben nicht einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt,

(Abg. Capezzuto SPD: Brav, brav!)

so schwierig es war; und wir haben Lücken auch mit Maßnahmen geschlossen, wie wir sie vor einigen Jahren nicht getroffen haben und auch nicht getroffen hätten. Ich sage das genau so offen.

Aber ich sage an dieser Stelle auch: Ohne die Leistungen des Landes in den Länderfinanzausgleich wären wir selbst in einer so schwierigen Lage schuldenfrei. Das Land Baden-Württemberg würde sich überhaupt nicht verschulden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kretschmann, das ist jetzt keine unsolidarische Bemerkung gegenüber anderen. Ich habe mich stets zum Länderfinanzausgleich bekannt, aber ich möchte nur einmal darauf hinweisen, dass andere klassische föderative Staaten und klassische Demokratien keinen horizontalen Finanzausgleich kennen, beispielsweise unser Nachbarland, die Schweiz, beispielsweise die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Beide haben keinen horizontalen Finanzausgleich.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es schon einmal angebracht, zu sagen: Selbst in einer solchen Notsituation wie der des Jahres 2005 wäre Baden-Württemberg ohne Leistungen in den Länderfinanzausgleich schuldenfrei, und zwar auch insgesamt. Wir haben mehr in den Länderfinanzausgleich gezahlt, als die Gesamtverschuldung des Landes Baden-Württemberg beträgt.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Weil es aber zehn Nehmerländer und vier Zahlerländer gibt, kommen Sie auf demokratischem Weg über Mehrheiten in den Parlamenten zu keinen Veränderungen. Ich habe mich immer zum Länderfinanzausgleich bekannt, aber ich habe immer auch gesagt, dass ich für einen gerechten Länderfinanzausgleich bin.

Eine Totalnivellierung, eine Nivellierung bis auf 98 % halte ich nicht für gerecht. Immer noch hält sich das Gerücht, die beiden süddeutschen Länder seien die reichen Länder in Deutschland. Ich frage dann immer: Vor dem Länderfinanzausgleich oder nach dem Länderfinanzausgleich?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

Vor dem Länderfinanzausgleich sind wir das sehr wohl. Aber nach dem Länderfinanzausgleich ist alles eben geplant, und wir stehen in diesem Landesparlament bei den Haushaltsplanberatungen überhaupt nicht besser als die Parlamente in anderen deutschen Ländern.

Meine Damen und Herren, das Land hat in der Personalreduzierung getan, was es konnte. Da haben wir überhaupt keine Nachhilfe gebraucht. Wir haben ab 1992 in zehn Jahren 10 000 Stellen abgebaut, und trotzdem gab es nicht einen Euro Einsparung. Warum? Weil die gesamten 10 000 Stellen, die wir im administrativen Bereich eingespart ha-

ben, in neue Lehrerstellen und in neue Polizeibeamtenstellen umgeschichtet worden sind. Ich denke, dass wir auch heute noch darin übereinstimmen, dass diese neuen Lehrerstellen notwendig gewesen sind. Denn erfreulicherweise haben wir in diesem Zeitraum jedes Jahr am Einschulungstag 30 000 Grundschüler mehr eingeschult als im vorherigen Jahr. Dieses Land hatte im Unterschied zu fast allen anderen Ländern die Kraft, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen – bis in dieses Jahr hinein. In der laufenden Legislaturperiode schaffen wir noch einmal 5 500 Stellen.

Die gesamten Personaleinsparungen sind von einem Bereich erbracht worden, der nur 18 % der Landesbediensteten umfasst, nämlich dem klassischen Kern der Verwaltung. Wir konnten bei den Lehrern, bei den Hochschulen – diese sind „vollgelaufen“ –, bei der Polizei, bei der Justiz und im Strafvollzug keine Personalkürzung vornehmen. Diese Bereiche umfassen 82 % des Personals.

Diese konsequente Einsparungspolitik ist im Übrigen natürlich ein sehr zweischneidiges Schwert, weil junge Leute keine Chancen mehr haben, eingestellt zu werden. Jeder verhält sich mikroökonomisch vernünftig, und makroökonomisch ist es eine Katastrophe, wenn überall immer mehr Personal abgebaut wird. Dies führt mit zur Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren, seit dem Jahr 1991 sind inzwischen insgesamt 17 000 Stellen in der Landesverwaltung eingespart worden.

Ich muss fragen: Wer hatte den Mut zur Einführung der 41-Stunden-Woche? In der Wirtschaft niemand. Baden-Württemberg geht mit der Einführung der 41-Stunden-Woche voran. Wir hatten den Mut, aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder auszutreten, um auch für gerechte Verhältnisse innerhalb der Verwaltung zu sorgen, sodass in unserem Land Angestellte wenigstens stufenweise zur gleichen Arbeitszeit kommen wie die Beamten.

Jetzt muss ich noch etwas zur Verschuldung sagen. Wir standen 1999 kurz vor der Nettonullneverschuldung. Der Finanzierungssaldo wies damals noch ein Minus von 50 Millionen € aus. So nahe waren wir vor wenigen Jahren an der Nettonullneverschuldung – aufgrund der kontinuierlichen Sparpolitik der Neunzigerjahre. Danach kam Jahr für Jahr ein geradezu ebenso katastrophaler Einbruch der Steuereinnahmen – 2004 zum achten Mal in Folge – wie Anfang der Neunzigerjahre.

(Abg. Birzele SPD: Als Folge der Steuerreform!)

Sie legen immer so großen Wert auf eine mittelfristige Finanzplanung. Jetzt möchte ich einmal auf die mittelfristige Finanzplanung des Jahres 1999 zurückkommen, die ja bis zum Jahr 2004 reichte. Hätten wir die Steuereinnahmen erzielt, die in der mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 1999, die in diesem Haus verabschiedet worden ist, veranschlagt waren, dann hätten wir heute schon die Nettoneverschuldung.

(Zurufe von der CDU: Nullverschuldung!)

– Was habe ich gesagt?

(Zurufe von der CDU: Neuverschuldung!)

(Ministerpräsident Teufel)

– Wir hätten heute eine Nettoneuverschuldung von null. Genau so. Jetzt haben wir's. Vielen Dank.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir passen auf!)

Zur Wahrheit finden wir immer im Dialog. Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir hatten gegenüber der ersten Steuerschätzung für 2004 Steuerausfälle von 3,1 Milliarden €. Das ist die Situation, wie sie entstanden ist. Nun kann man doch beim besten Willen nicht Debattenbeiträge eröffnen und völlig losgelöst von dieser Entwicklung einfach irgendeine Zahl und damit verbunden einen Vorwurf in das Land hinausposaunen.

Meine Damen und Herren, ich habe das alles übrigens auch schön grafisch dargestellt. Ich stelle es Ihnen einmal zur Verfügung. Es ist wirklich eindrucksvoll.

Dann muss man, glaube ich, schon auch noch sagen, wie das Umfeld ist. Der Kollege Oettinger hat schon darauf hingewiesen, dass wir immerhin noch am zweitbesten dran sind. Herr Kollege Kretschmann, wir haben eine Verschuldung, die ich nicht nur für schlecht halte, sondern auch für nicht verantwortbar, doch ist sie unumgänglich. Wir liegen jedoch damit in der Pro-Kopf-Verschuldung besser als jedes Land, das die SPD regiert oder in dem die Grünen an der Regierung beteiligt sind. Das möchte ich einmal mit allem Nachdruck sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bei uns beträgt die Verschuldung 3 345 € pro Kopf der Bevölkerung, in Nordrhein-Westfalen 5 271 €, in Niedersachsen 5 431 €, in Rheinland-Pfalz 5 460 €, im Saarland 6 555 €

(Zuruf von der SPD: Wer regiert in Niedersachsen?)

– gut, aber im Saarland und in Niedersachsen waren andere länger als wir an der Regierung; das darf man, glaube ich, auch einmal sagen – und in Schleswig-Holstein 6 599 €. Man muss hinzufügen, dass Bayern besser ist als Baden-Württemberg. Bayern hat die geringste Verschuldung, Baden-Württemberg die zweitniedrigste.

Meine Damen und Herren, ich möchte dann Ihr Bewusstsein für das Thema Ausgleichssysteme schärfen, weil ich meine, dass zu den wichtigsten Aufgaben baden-württembergischer Politik auch gehört, gegenüber dem Bund und gegenüber Europa unsere berechtigten Interessen wahrzunehmen. Vom Länderfinanzausgleich habe ich bereits gesprochen. Daneben gibt es den Umsatzsteuerausgleich. Es gibt den Fonds „Deutsche Einheit“. Und es gibt eine Fülle anderer Ausgleichssysteme. Im Jahr 2004 hat Baden-Württemberg 2 Milliarden 148 Millionen € in den Länderfinanzausgleich im engeren Sinne bezahlt. 31,8 % des Gesamtvolumens werden von Baden-Württemberg gedeckt. Hinzu kommt, dass wir in den Fonds „Deutsche Einheit“ bezahlen. Wir rutschen in der Tat nach diesen Ausgleichssystemen vom dritten auf den elften Platz ab. Diese Folgerung muss man sich einmal vor Augen halten.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es eine beständige Aufgabe sein muss, hier zu gerechteren Verhältnissen zu kommen. Baden-Württemberg zahlt, und zwar überall. Wir bluten aus, und es geht bei uns an die Substanz der Infrastruktur. Schauen Sie sich beispielsweise einmal an, welche Straßenbaumittel noch im Haushalt stehen. Ich glaube, es geht auch an die Substanz unserer Bundesstraßen. Schauen Sie sich einmal an, was uns heute für den Ausbau der Bundesstraßen zur Verfügung steht. Ich meine, es ist auch nicht in Ordnung, dass zwar fünf Jahre nach der Wiedervereinigung die Schienen in den neuen Bundesländern, die von der russischen Besatzungsmacht abgebaut worden sind, also zweite Gleise, wieder eingebaut sind, dass aber zweite Gleise in Baden-Württemberg, die von der französischen Besatzungsmacht zwischen Horb und Hattingen abgebaut worden sind, 60 Jahre nach dem Krieg und nach der Besatzungszeit nicht wieder eingebaut sind.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD – Abg. Göschel SPD: Weiß das der Herr Wissmann?)

Anhand dieser Beispiele will ich nur aufzeigen: In Baden-Württemberg geht es an die Substanz der Infrastruktur. Infrastruktur ist ein Zentralbereich, die Voraussetzung guter Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Bereichen, meine Damen und Herren, in denen wir selbst zuständig sind,

(Unruhe – Abg. Schmiedel SPD: Mappus ist schuld!)

steht Baden-Württemberg erheblich besser da.

Ich möchte an dieser Stelle nur einmal das Beispiel Forschung und Entwicklung erwähnen – alles Dinge, auf die Sie nicht hinweisen. Hier liegt Baden-Württemberg mit Ausgaben in Höhe von 1 131 € pro Kopf an der Spitze aller Länder in Deutschland. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 631 € pro Einwohner. Wir ziehen also den Bundesdurchschnitt nach oben. Unsere Ausgaben für die Forschung und die Entwicklung sind doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Forschungsausgaben sind aber nichts anderes als das, was ein Bauer im Frühjahr macht, wenn er sät. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass man später ernten kann. Ich kann nur sagen: Damit legen wir die Grundlage für die Sicherung der Arbeitsplätze von morgen und übermorgen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir ernten bereits. Baden-Württemberg hat die beste Erwerbstätigenentwicklung in den letzten zehn Jahren, nämlich 350 000 neue Arbeitsplätze. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit in Deutschland, und zwar Monat für Monat. Wir haben auch die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland.

Das alles ist doch eine hervorragende Basis für die Landespolitik heute und morgen. Nichts ist ungefährdet. Ich habe vorhin den Abzug von Arbeitsplätzen dargestellt. Deswegen sage ich: Aus meiner Sicht sind die Prioritäten für die

(Ministerpräsident Teufel)

Landespolitik: Vorrang für Arbeitsplätze, Vorrang für Ausbildungsplätze

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie doch mal etwas zur Energie!)

und Vorfahrt für die Familie, die nach wie vor Hilfe am allernötigsten hat, weil Familien mit Kindern nachgewiesenermaßen das geringste verfügbare Pro-Kopf-Einkommen haben.

(Abg. Teßmer SPD: Und das in Baden-Württemberg!)

Hier geht es auch um Zukunftschancen der kommenden Generation. Wir investieren in die Köpfe der Menschen. Vorfahrt für Bildung – im Vorschulalter, in der Schule, in der Berufsschule, an den Hochschulen und in der Forschung.

(Zuruf von der SPD: Und was ist mit der Betreuung?)

Umbau der Verwaltung – mit all den Folgerungen, die der Kollege Dr. Noll zu Recht aufgezeigt hat –: Wir sind dabei. Der Staatssekretär im Staatsministerium hat den Sonderauftrag. Ganz systematisch – es ist ein Bohren harter Bretter – versuchen wir, Normen zu reduzieren und Bürokratie abzubauen. Aber Sie könnten uns dabei helfen! Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Wir haben eine Bundesratsinitiative mit 43 Punkten eingebracht – weil Bundesrecht betroffen war. Nach vielen Gesprächen mit anderen Ländern haben wir im Bundesrat eine Mehrheit bei 39 dieser Punkte zustande gebracht. Die Bundesregierung hat bis zur Stunde nicht einen einzigen Punkt aufgegriffen und umgesetzt – keinen einzigen!

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Alfred Haas: Politik der lahmen Hand! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, heute kommen viele Gesetze von der europäischen Ebene und vom Bund. Wo wir selbst zuständig sind, handeln wir. Aber andere sollten zum Thema Bürokratieabbau nicht nur Sonntagsreden halten, wie es beispielsweise der Kanzler und Herr Clement tun, sondern sollten dies auch umsetzen,

(Abg. Teßmer SPD: Fangen Sie mal bei sich selbst an!)

zumal dann, wenn man es ihnen mundgerecht vorlegt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich möchte – und glaube, das ist auch gefordert, wenn Fraktionsvorsitzende konkrete Punkte ansprechen – auf die einzelnen Punkte, die genannt wurden, noch eingehen.

Der Kollege Oettinger hat die Studiengebühren angesprochen. Wir werden dafür sorgen, dass es nicht am Vermögen oder am Geldbeutel des Vaters liegt,

(Zuruf von der SPD: Oder der Mutter!)

ob in diesem Land jemand studieren kann oder nicht. Dafür werden wir sorgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden aber auch dafür sorgen, dass sich die Betreuungsrelation an unseren Universitäten bei steigenden Studentenzahlen nicht verschlechtert, sondern verbessert.

(Abg. Drexler SPD: Wie?)

Deswegen müssen den Universitäten zusätzlich zu den normalen Haushaltsmitteln Studiengebühren zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nachlaufende Studiengebühren sind ein verkraftbares Modell, vor allem wenn wir nicht über 500 € pro Semester hinausgehen. Sie sind verkraftbar, weil der aufgenommene Kredit erst zurückbezahlt werden muss, wenn ein Akademikereinkommen vorliegt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Deswegen ist das keine soziale Belastung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Rechnen Sie sich einmal die Summen und die Zinsen aus, wenn andere für die Banken ins Obligo gehen. Ich glaube, dann kann man nicht davon sprechen, dass das unzumutbar sei.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Die Messe ist von mehreren Rednern angesprochen worden, vom Kollegen Oettinger positiv, von Ihnen, Herr Kretschmann, negativ. Ich sage Ihnen: Ein Dutzend Veranstalter der Stuttgarter Messe auf dem Killesberg haben mit ihrem Abzug gedroht,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Genauso ist es!)

wenn die Messe nicht vom Killesberg wegkommt. Wir hätten also nicht den Status quo gehalten, sondern wir wären nennenswert zurückgefallen, wenn wir nicht gehandelt hätten.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Baden-Württemberg als Industrieland Nummer 1 braucht eine leistungsfähige Messe.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen war es richtig, dass wir diese Aufgabe nicht allein der Stadt Stuttgart überlassen haben,

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

sondern in eine Mitträgerschaft und Mitfinanzierung mit 50 % hineingegangen sind. Die Standortentscheidung war richtig. Es ist der Standort Nummer 1, die einzige Messe, die fußläufig vom Flughafen aus erreichbar ist, und wir werden dort auch noch einen ICE-Bahnhof bauen – davon bin ich fest überzeugt –,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

wenn die Mehrheit des Parlaments auch weiter mutig ist.

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Oettinger hat die Baden-Württembergische Bank und ihre Entwicklung angesprochen. Wie hat es ausgesehen? Die BW-Bank drohte abzuwandern; es sind viele Versuche gescheitert, das öffentlich-rechtliche Bankensystem zu fusionieren. Wir haben in den letzten Jahren eine einzige Erfolgsentwicklung. Sie beruht auf der Leistung der Führung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank. Die Bank ist unter allen Banken an vierter Stelle, unter allen Landesbanken heute an erster Stelle, während sie früher unter „ferner liefen“ lag.

Die Stuttgarter Börse hatte jeder abgeschrieben. Sie ist heute die zweitgrößte Börse in Deutschland. Wir können zum ersten Mal von einem Bankenplatz Stuttgart und damit auch von einem Bankenplatz Baden-Württemberg sprechen.

Aber wir betreiben den Ausbau dieser Banken ja nicht als Selbstzweck. Banken haben eine dienende Funktion. Banken müssen der mittelständischen Wirtschaft und der Wirtschaft insgesamt Kredite zur Verfügung stellen. Banken müssen Investitionen finanzieren. Banken müssen in der Fläche für ihre Kunden, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, da sein. Banken müssen weiter den Wohnungsbau finanzieren, und Banken müssen künftig auch Studiengebühren vorfinanzieren. Meine Damen und Herren, deswegen haben wir das Bankwesen in unserem Land ausgebaut.

Herr Drexler, Sie haben den Verkauf von EnBW-Anteilen an die EDF angesprochen. Auch hier muss ich sagen, es gibt ein arabisches Sprichwort, das heißt: Der Ruf der Propheten beruht meist auf dem schlechten Gedächtnis ihrer Zuhörer. Es ist einige Jahre her, dass wir unsere Anteile an der EnBW verkauft haben. Die Tageszeitungen von damals hat man nicht aufgehoben, sondern abgelegt. Deswegen erinnert sich niemand mehr so ganz genau daran, wie das alles gewesen ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Doch, doch!)

– Ja, ja.

Über viele Jahre stand ich nicht an der Spitze derer, die eine Privatisierung von Teilbereichen unserer Energieversorgungsunternehmen gefordert haben.

(Abg. Zeller SPD: Das ist etwas völlig anderes!)

Es gab ja schon früher Privatisierungen. Das Badenwerk hat uns einmal zu 100 % gehört – am Ende war es nur ein sehr viel geringerer Prozentsatz.

Mein Anliegen war ein ganz anderes. Ich habe zu allen wichtigen Infrastruktur- und Dienstleistungsbereichen gesagt: Ich kann nicht in eine weit entfernte Zukunft schauen, wohl aber in eine überschaubare Zukunft, in die man normalerweise blicken kann. Für sie gilt: Baden-Württemberg hat wettbewerbsfähige Strukturen bei der Stärke seiner Wirtschaft und seiner Kommunen, bei mehr als 10 Millionen Einwohnern, und zwar unter einer Voraussetzung: dass wir unsere Kräfte bündeln. Deswegen bin ich die vielen Fusionen angegangen – um die Kräfte zu bündeln.

Ich habe gesagt: Privatisierungen im Bereich der Energieversorgungsunternehmen kann es erst dann geben, wenn al-

les beieinander ist. Wir haben – übrigens mit Unterstützung des Landtags – Jahre dafür gearbeitet, um alles zusammenzubringen. Ein großes Energieversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg kann in strategischer Partnerschaft mit einem anderen Unternehmen überleben. Andernfalls wäre alles untergegangen und das baden-württembergische Energieunternehmen würde sich heute in anderen deutschen Landeshauptstädten befinden. Diese Prognose kann man wirklich belegen.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem alles beieinander war, gab es allerdings auch keinen Grund mehr, zu sagen: „Jetzt muss trotzdem eine Privatisierung verhindert werden.“ Zielsetzung des Verkaufs der Landesanteile waren eine europaweit wettbewerbsfähige EnBW, eine europaweit wettbewerbsfähige baden-württembergische Energiewirtschaft sowie ein strategischer und standortpolitischer Nutzen für das Land und seine Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Diese Maximen haben wir aufgestellt. Keine Privatisierung ist jemals mit solcher Sorgfalt vorbereitet worden wie diese. Wir haben uns durch ein Fachinstitut der Dresdner Bank externen Rats bedient. Wir haben diese Zielsetzung vorgegeben. An diesen Maximen hat sich die Regierung beim Verkauf der Landesanteile orientiert.

Zur Begleitung des Verkaufs wurde unter meinem Vorsitz ein Lenkungsausschuss gebildet,

(Abg. Zeller SPD: Wissen wir alles!)

dem ein halbes Dutzend Personen angehörte. Wir haben nach jeder Lenkungsausschusssitzung jeweils am selben Tag auch unsere strategischen Partner – die Vertreter der OEW – verständigt.

Parallel dazu ist ein Aktionärsausschuss eingerichtet worden, der immer auf der Höhe der Informationen gewesen ist. Dort haben wir auch einen Vertreter der kommunalen Landesverbände, Herrn Oberbürgermeister Doll, einbezogen, weil in der Tat Verbindungen zu Stadtwerken ständig gesehen werden mussten.

Im September 1999 beschloss der Lenkungsausschuss, mit vier Bewerbern –

(Abg. Zeller SPD: Was soll das jetzt?)

der EDF, dem RWE, dem Bayernwerk und einem Konsortium aus den VEW und einer anderen Gruppe – weiter gehende Gespräche zu führen. Am 15. November 1999 verständigte sich der Lenkungsausschuss darauf, mit der EDF weitere konkrete Gespräche mit dem Ziel eines Vertragsabschlusses zu führen.

Der Landtag beschäftigte sich auf der Grundlage einer Regierungserklärung am 25. November 1999 mit dem Verkauf der Landesanteile an der EnBW. Das war natürlich vor Vertragsabschluss.

Am 19. Januar 2000 wurde von der Landesstiftung und der EDF der Vertrag über den Verkauf der Landesanteile an der EnBW von 25,01 % unterzeichnet. Dies erfolgte zu einem

(Ministerpräsident Teufel)

Preis, von dem jeder sagt, dass er vorher nicht zu erzielen gewesen wäre und dass er auch nachher zu keinem Zeitpunkt mehr zu erzielen gewesen wäre.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Meine Damen und Herren, die EdF fördert – das hat der Landtag beschlossen, und das ist so in den Vertrag aufgenommen worden –, soweit es aktienrechtlich nach EU-Recht und deutschem Recht zulässig ist, im Sinne einer dauerhaften Partnerschaft mit der EnBW folgende Punkte: Die Eigenständigkeit der EnBW muss langfristig gewahrt bleiben. Sie darf nicht in eine unternehmensvertragliche Abhängigkeit zur EdF-Gruppe geraten. Die Standorte der EnBW in Karlsruhe und Stuttgart müssen erhalten bleiben.

Die künftige Entwicklung der EnBW muss insbesondere den Standort Baden-Württemberg in Bezug auf Arbeitsplätze, Produktionsstätten, Wertschöpfung und Investitionen in den bestehenden Gewichtung zwischen den Standorten Karlsruhe, Stuttgart und allen weiteren Standorten beachten und erhalten. Die Erzeugungsanlagen der EnBW und die Wertschöpfung bei der Stromerzeugung müssen im Land im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum muss man denn dann Aktien dazukaufen? – Gegenruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Weil man es halten muss! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber dann brauche ich doch keine Aktien zu kaufen! – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Ich schildere im Augenblick, was der Landtag beschlossen hat und was alles in den Vertrag hineingenommen worden ist.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Und es ist gut, dass wir uns dieses vor Augen führen, wenn wir über dieses Thema diskutieren.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Gegenruf von der CDU: Zuhören!)

Die EnBW wird in nationale und internationale Partnerschaften eingebunden, die ihre Position im deutschen und europäischen Energiemarkt stärken und ausbauen. Bezugsrechte der Aktionäre der EnBW bei Kapitalerhöhungen gegen Geldeinlagen werden nicht ausgeschlossen. Im Interesse der EnBW und aller anderen Aktionäre wird mittelfristig eine stärkere Börsenverankerung betrieben.

Im Vertrag nahm das Land davon Kenntnis, dass die EdF und ein regionaler Partner – nämlich die OEW – eine Gesellschaftervereinbarung abschließen werden. Alles dies ist im Detail abgesprochen worden. Das Land hat diese Interessen der OEW gegenüber der EdF auch vertraglich abgesichert. Ich muss hier festhalten, dass die EdF bis zum heutigen Tag ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllt hat.

Im Augenblick beschäftigt uns, dass nach dem Land einige kommunale Verbände ihre Anteile an der EnBW verkaufen wollten und dass die EnBW – nicht das Land, aber die EnBW – Käufer zur Zwischenfinanzierung gefunden hat; jetzt müssen diese Anteile zurückgenommen werden. Dieser Punkt ist nicht vertraglich geregelt, er hat sich zwischen

dem Land und der EdF überhaupt nicht abgespielt. Das Land hat die Rechte der OEW im Rahmen des Vertrags mit gesichert. Es kam auch vonseiten der OEW zu den entsprechenden Abmachungen.

Meine Damen und Herren, das ganze heutige Problem könnte gelöst werden, wenn man nun – das hat Günther Oettinger vorher zu Recht aufgezeigt – mit wachsenden Anteilen an die Börse ginge. Mir kommt es nur darauf an, darzutun, dass das Land Baden-Württemberg mit größter Sorgfalt und in Abstimmung mit Beratern und mit dem Parlament in zwei Lenkungsgruppen sowie unter Information der Fraktionsvorsitzenden der Oppositionsparteien – auch darüber hat es Gespräche gegeben – diese Anteile verkauft hat

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

und dass wir die Parität, die ich für ein wichtiges Anliegen halte – darin unterscheide ich mich überhaupt nicht von irgendetwas anderem; ich möchte mich ausdrücklich zu diesem Ziel bekennen –, auf Wunsch der OEW über die OEW seinerzeit auf Jahre hinaus abgesichert haben. Sie wissen, dass es dafür eine zeitliche Begrenzung gegeben hat.

Meine Damen und Herren, ich füge nur noch einen Satz hinzu: Hätten wir die Landesanteile nicht an die EdF verkauft, sondern an ein deutsches Unternehmen, dann gäbe es keine selbstständige EnBW mehr. Bei denjenigen, die so verfahren sind, können Sie das feststellen: Dort gibt es keine selbstständigen Anbieter mehr. Sogar die letzten selbstständigen Namen werden in diesen Tagen und Wochen aufgegeben. Das konnten Sie in der Zeitung lesen. Insofern, glaube ich, war es schon wichtig, dass wir uns ein selbstständiges Energieunternehmen in Baden-Württemberg gesichert haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Kollege Drexler hat die Medienpolitik angesprochen. Mit dem minimalen Geld, das uns zur Verfügung stand, hat Herr Minister Palmer, wie ich finde, eine ausgezeichnete Filmpolitik für die Landesregierung geleistet – das möchte ich einmal festhalten –,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Wer ist Palmer?)

indem er andere Partner zur Kooperation gewonnen hat.

Zweitens: Wir haben vom „Nullstandort“ aus in Ludwigsburg eine Filmakademie gegründet und ausgeweitet. Diese Filmakademie in Ludwigsburg gehört heute zu den ersten oder ist gar die erste Ausbildungsstätte auf ihrem Gebiet in Deutschland. Das sieht man inzwischen international so.

Um diese Filmakademie in Ludwigsburg herum haben sich inzwischen nicht weniger als 48 Existenzgründungen ergeben, für die die Filmakademie Humus gewesen ist. Da sind zum Teil sehr kleine Unternehmen dabei, aber sie sind im Wachsen.

Diese Filmakademie wollen wir nun durch eine Akademie für darstellende Kunst ausbauen. Wir werden dem Aufsichtsrat der Landesstiftung in der nächsten Aufsichtsratsitzung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Meine Damen und Herren, auch auf diesem Gebiet haben wir

(Ministerpräsident Teufel)

konsequent, mit minimalem Aufwand, glaube ich, denkbar ordentliche Ergebnisse erreicht – zwar nicht so spektakulär wie andere deutsche Länder, aber dafür auch ohne die Zusammenbrüche, die andere deutsche Länder in ihrer Medienpolitik erleben mussten.

Nun kommt Herr Kollege Drexler und hält uns zum 37. Mal vor, dass wir die Mittel für den Mietwohnungsbau herunterfahren.

(Abg. Teßmer SPD: Stimmt gar nicht!)

Übrigens werden diese Mittel auch im Bundeshaushalt heruntergefahren. Aber das interessiert ja nicht. Hier interessiert der Landeshaushalt.

Meine Damen und Herren, es ist eine ganz simple Sache. Herr Rommel hat immer wieder auf diese simple Sache hingewiesen: Man kann Geld nur einmal ausgeben. Wenn das Land Baden-Württemberg in x Bereichen bei den Ausgaben und Investitionen an der Spitze aller deutschen Länder liegt, dann ist ganz klar, dass es im Landeshaushalt – zumal wenn wir nach dem Länderfinanzausgleich nicht besser gestellt sind als jedes andere Land –

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

auch Bereiche geben muss, in denen wir nicht entsprechende Steigerungsraten, sondern Kürzungen gehabt haben.

(Abg. Teßmer SPD: Da kriegt man ja Zahnweh!)

Jetzt nenne ich Ihnen einmal einen Bereich, in dem wir mit riesigem Abstand an der Spitze aller deutschen Länder liegen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Die Bildungsausgaben in diesem Doppelhaushalt machen im Jahr 2005 33,9 % des gesamten Haushalts aus und im nächsten Jahr 33,6 % des ganzen Haushalts. Meine Damen und Herren, wir liegen um fast zwei Prozentpunkte vor dem zweitplatzierten Land. Wir liegen mit den Bildungsausgaben in unserem Landeshaushalt um ganze Prozentsätze – bei Prozentsätzen meine ich: 1 % sind immer 500 Millionen € – vor jedem anderen Land. Ich sage Ihnen: Die Zukunft des Landes Baden-Württemberg entscheidet sich mehr bei diesen Bildungsausgaben als bei den Ausgaben für den Mietwohnungsbau. Das möchte ich hier einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und jetzt nenne ich Ihnen einmal die Zahlen pro Kopf der Bevölkerung im Ländervergleich: Schleswig-Holstein gibt für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur 622 €, das Saarland 665 €, Rheinland-Pfalz 641 €, Nordrhein-Westfalen 733 €, Niedersachsen 717 €, Hessen 711 €, Bayern 757 € und Baden-Württemberg 840 € pro Kopf der Bevölkerung aus. Baden-Württemberg liegt damit an der Spitze aller deutschen Länder.

Meine Damen und Herren – das sage ich dazu: ich bestreite die Zahlen nicht –: Sie nennen nur die Zahlen, die Ihnen passen. Die anderen nennen Sie nicht.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir von Ihnen gelernt!)

Also, Herr Drexler,

(Abg. Teßmer SPD: Teßmer! – Heiterkeit bei der SPD)

wenn es Ihnen in erster Linie um Baden-Württemberg und erst danach um die SPD und um die Oppositionspolitik geht – und ich unterstelle, dass das der Fall ist –, dann müssten Sie sich von Herzen über diese Zahlen freuen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt sagt der Herr Drexler, wir würden für die vorschulische Erziehung weniger ausgeben als für die Öffentlichkeitsarbeit, also für die Landeswerbung. Damit er das behaupten kann, addiert er die Gesamtausgaben für die Sympathiekampagne des Landes Baden-Württemberg, seitdem sie überhaupt besteht,

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

und vergleicht sie dann mit den Jahresausgaben für die vorschulische Erziehung. Also, wissen Sie, im Grunde ist es eine Beleidigung des Parlaments,

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

wenn man mit solchen Rosstäuschermethoden arbeitet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Was ist denn die Wahrheit? Die Wahrheit ist, dass wir im Land Baden-Württemberg dank der Landesstiftung – aus Haushaltsmitteln haben wir es so wenig geschafft wie die übrigen 15 Länder – aus den Erkenntnissen der PISA-Studie bezüglich der Fähigkeit junger Menschen zu verstehen dem Lesen die Folgerung gezogen haben und als erstes Land in Deutschland in Kindergärten flächendeckend einen Sprachtest sowie eine Sprachförderung für diejenigen beschlossen haben,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Was? Das ist aber etwas ganz Neues! – Abg. Zeller SPD: Wo ist denn der Sprachtest? Wie wird der durchgeführt?)

die diesen Sprachtest nicht bestehen. Das ist die Wahrheit.

Wahrheit ist auch – und damit kommt man ja vielleicht in der Öffentlichkeit an, wenn die Bürger die näheren Umstände nicht kennen –: Wir geben 5,1 Millionen € pro Jahr für die Sympathiekampagne des Landes Baden-Württemberg aus. Meine Damen und Herren, allein der Steigerungsbetrag für Öffentlichkeitsmittel im Haushalt der Bundesregierung in diesem Jahr ist höher als dieser Betrag – allein der Steigerungsbetrag! Die Bundesregierung gibt 86,8 Millionen € pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit aus –

(Unruhe bei der SPD)

aber mit einem großen Unterschied: Die Bundesregierung macht Werbung für die Regierung, und wir machen Werbung für das Land. Das ist der große Unterschied.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Die Bundesregierung plant allein für die Fußballweltmeisterschaft eine zusätzliche, nicht in diesem Betrag enthaltene Summe für eine Imagekampagne in Höhe von 10 Millionen €.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Also, da wäre ich ja ganz still!)

Und da kommen Sie hier her und kritisieren eine Sympathiekampagne des Landes, die mit riesigem Abstand die erfolgreichste Sympathiekampagne ist, die ein deutsches Unternehmen oder ein deutsches Land je durchgeführt hat. Inzwischen spricht der Bundespräsident von der Sympathiekampagne des Landes, es spricht der Bundeskanzler anerkennend von der Sympathiekampagne des Landes, aber bis zum Oppositionsführer im Landtag ist das alles noch nicht durchgedrungen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die letzte Bemerkung von Herrn Drexler galt der Ganztagschule. Er hat die Aussage gemacht: „Sie wollen nicht die Ganztagschule.“ Kollege Dr. Noll hat bereits darauf hingewiesen: Es gab in diesem Land 350 Ganztagschulen,

(Abg. Zeller SPD: Das sind Sonderschulen!)

bevor man in Berlin überhaupt auf diese Idee gekommen ist. 350!

(Abg. Drexler SPD: Das sind Sonderschulen! Das wissen Sie doch!)

Nur, Herr Kollege Drexler: Wir machen so etwas bedarfsgerecht und nicht flächendeckend mit dem Geld von anderen. Das machen wir bedarfsgerecht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie machen es jetzt doch mit fremdem Geld! Ohne das Geld des Bundes könnten Sie keine einzige Ganztagschule bauen!)

– Nennen Sie mir einmal einen einzigen Antrag, den eine Gemeinde für eine Ganztagschule gestellt hat und der abgelehnt worden ist. Nennen Sie mir mal einen! Alle sind genehmigt worden.

(Abg. Zeller SPD: Aber nur, weil es das IZBB des Bundes gibt! – Abg. Drexler SPD: Aber nur, weil es das Programm des Bundes gibt!)

Wir denken sehr wohl noch an die Kosten für die Eltern, an die Kosten für die Kommunen und an die Kosten für das Land. Sie reden davon, dass wir uns verschulden und dass wir nirgendwo Geld haben, und wollen ohne Rücksicht auf den Bedarf Ganztagschulen schaffen.

(Abg. Zeller SPD: Sie wollen doch etwas für Bildung tun, oder?)

Wir gehen vom Bedarf aus. Wir haben keine Vorbehalte gegen Ganztagschulen

(Abg. Drexler SPD: Was?)

außer dem Finanziellen.

(Lachen bei der SPD)

– In der Tat. Das ist, glaube ich, angesichts der Haushaltslage keine Schande. – Wir haben Vorbehalte gegen die Gesamtschulen, die Sie jetzt unter anderem Namen wieder propagieren.

(Abg. Drexler SPD: Was? – Abg. Zeller SPD: Wo haben Sie denn das her? Das ist doch Quatsch!)

Da haben wir allerdings Vorbehalte. Da sage ich Ihnen: Es war nicht der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sondern es war der Ministerpräsident von Niedersachsen – falls Sie sich noch an den Namen Glogowski erinnern; das war der Nachfolger von Herrn Schröder –,

(Abg. Zeller SPD: Was wollen wir in Baden-Württemberg?)

der wörtlich gesagt hat: Wenn ein Kind aus Süddeutschland nach Niedersachsen zieht, muss es sich zuerst zwei Jahre hängen lassen, bis es niedersächsisches Niveau erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Bis es Deutsch kann! – Abg. Zeller SPD: Alte Kamellen sind das!)

Er hat nicht Recht behalten, denn die PISA-Studie hat ergeben: Die Differenz beträgt nur eindreiviertel Jahre, also nicht ganz zwei Jahre.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie können trotzdem nicht Deutsch!)

Aber, meine Damen und Herren, dass es eine Differenz gibt, verdanken die Bürgerinnen und Bürger und die jungen Menschen in Baden-Württemberg der Tatsache, dass es seit Bestehen dieses Landes nur CDU-Kultusminister und CDU-Ministerpräsidenten gegeben hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Deswegen können unsere Schüler nicht Deutsch! – Abg. Capezzuto SPD: Das wird sich erst in der nächsten Generation herausstellen, was das Ergebnis ist!)

Meine Damen und Herren, wenn hier nachgeredet wird, Schüler seien nicht mehr ausbildungsfähig – ich weiß, dass die Aussage jemand anders gemacht hat –, dann würde ich eigentlich von Menschen, die es besser wissen, weil sie im Parlament sitzen, erwarten, dass sie dem widersprechen und wissen, dass in der PISA-Studie Baden-Württemberg trotz hoher Migrationszahlen unter den Schülern auf dem zweiten Platz gelandet ist

(Abg. Drexler SPD: Das hat Herr Oettinger richtig gesagt! Jetzt wird Oettinger korrigiert!)

und in der IGLU-Studie auf Platz 1 gelandet ist. Wir haben nicht nur die besten Universitäten; wir haben auch hervorragende Schulen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Sie haben gesagt, im Kindergarten entscheide sich, ob ein Kind die deutsche Sprache lernt. Es ist noch kein Jahr her, da habe ich in einer Debatte über das Nachzugsalter, das bei 16 Jahren war und das die Union auf 14 Jahre herabsetzen wollte – Rot-Grün war hier im Land und auf Bundesebene dagegen –, gesagt:

(Abg. Capezzuto SPD: Mit 16 ist man doch nicht mehr im Kindergarten!)

Weder 16 noch 14, noch 10, noch 8, noch 6 ist richtig, denn wenn ein Kind mit sechs Jahren in der Grundschule die deutsche Sprache nicht beherrscht, dann wird es zu keinem Schulabschluss und zu keinem Lehrabschluss kommen,

(Abg. Röhm CDU: Richtig!)

sondern ein Kind müsste mit drei Jahren nach Deutschland kommen, damit es in den Kindergarten geht

(Abg. Drexler SPD: Dann kommt es sowieso nicht in baden-württembergische Kindergärten!)

und nach drei Jahren über die gleichen Kenntnisse in deutscher Sprache verfügt wie ein deutsches Kind. Das habe ich damals gesagt.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Es gab zu dieser Aussage eine Kritik eines Landespolitikers, der wörtlich gesagt hat, dass der Ministerpräsident ein „erbärmliches Familienbild“ habe.

Aber das ist genau der Punkt, den Sie endlich kapieren sollten:

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ausländerkinder müssen im Kindergartenalter in den Kindergarten gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie lernen es doch hier nicht!)

– Selbstverständlich lernen sie es! Dann lernen sie es. Im Übrigen lernen sie es von ihren Schulkameraden.

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

Sie lernen das im Sandkasten – selbstverständlich! – und nicht nur durch Unterricht. Wenn sie unter deutschen Kindern sind, lernen sie innerhalb von drei Jahren auch die deutsche Sprache. Dann hängt es von ihrer Intelligenz und ihren Anstrengungen ab, zu welchem Bildungsabschluss sie kommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Über das soziale Umfeld! – Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Aber wir bauen selbstverständlich die Sprachförderung aus, und zwar –

(Abg. Drexler SPD: Wo? – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– An unseren Kindergärten.

(Abg. Drexler SPD: Keinen Euro haben Sie im Haushalt! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Unruhe)

– Ein Konzept, noch in den nächsten drei Wochen, von der Landesregierung beschlossen.

(Lachen bei der SPD)

– Selbstverständlich! – Wir hätten es übrigens noch ein bisschen schneller gemacht – das Konzept zu haben ist keine Kunst –, wenn Sie uns Mittel zur Verfügung gestellt hätten. Denn das kostet wahnsinnig viel Geld.

(Abg. Drexler SPD: Haben wir doch! – Lachen bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Teufel: Was Anträge der Opposition bei Haushaltsplanberatungen wert sind, das haben Sie selbst schon oft beklagt. Mit Papier ist mir nicht geholfen, sondern wir brauchen Mittel.

(Glocke des Präsidenten – Zurufe von der SPD)

Präsident Straub: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Ministerpräsident Teufel: Ja, von mir aus, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Ministerpräsident, wissen Sie eigentlich, wie viele der 320 000 Kinder in baden-württembergischen Kindergärten nicht richtig Deutsch können, wenn sie den Kindergarten verlassen?

(Abg. Zeller SPD: Nein! Weiß er nicht!)

Ministerpräsident Teufel: Setzen Sie sich hin, dann antworte ich Ihnen.

Abg. Drexler SPD: 75 000, ein Viertel.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich wollte es nur sagen: Keine Ahnung! Keine Ahnung vom Thema!

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ministerpräsident Teufel: Um wie viel leichter ist es, anständig zu schwärmen, als richtig zu handeln, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Noll hat zu Recht gesagt: „Sparen und investieren.“ So habe ich meine Haushaltsrede überschrieben. Wenn wir am Ende nur noch sparen und nicht mehr an den notwendigen Stellen investieren, dann fällt dieses Land von seinem Spitzenplatz zurück; und dass wir den Spitzenplatz halten, muss uns eigentlich das wichtigste Anliegen sein.

Herr Kollege Kretschmann, Sie haben von der Verschuldung gesprochen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Deckungs-

(Ministerpräsident Teufel)

lücken seit dem Jahr 1991 betragen 23 Milliarden 722 Millionen €. Ich möchte Ihnen zweitens sagen: Wer so im Glashaus sitzt wie Sie und Ihre Partei, sollte nicht mit Steinen auf andere werfen. Ich habe hier die „Frankfurter Allgemeine“. Darin steht: „Der Bund macht so viele Schulden wie noch nie.“ 44 Milliarden € Defizit werden für dieses Jahr erwartet. So hoch, wie der Bund sich in einem einzigen Jahr verschuldet, ist nicht einmal die Gesamtverschuldung des Landes.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, wir sitzen leider in diesem Fall in dem einen Boot Bundesrepublik Deutschland und tragen die Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik,

(Zuruf des Abg. Braun SPD)

die sich auf alle öffentlichen Haushalte negativ auswirkt.

(Abg. Capezzuto SPD: 16 Jahre nur hinterhergehechelt!)

Wenn man diese Rahmenbedingungen sieht, muss man, glaube ich, objektiv feststellen: Dieses Land Baden-Württemberg behauptet sich immer noch außerordentlich gut, nämlich im Spitzenfeld oder an der Spitze, dank der Leistungen seiner Bürger, dank der Leistungen seiner Wirtschaft,

(Abg. Zeller SPD: Trotz CDU-Regierung!)

dank auch einer vernünftigen Landespolitik.

(Anhaltender starker Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Drexler das Wort.

(Unruhe bei der CDU)

Abg. Drexler SPD: Herr Ministerpräsident, Sie haben mich natürlich wieder enttäuscht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

– Ja. – Sie haben Analyse um Analyse vorgetragen, warum es so schlecht in Baden-Württemberg ist. Aber eine Lösungsmöglichkeit haben Sie natürlich nicht aufgezeigt.

Zum Schluss haben Sie wieder in einem typischen Reflex auf den Bund verwiesen, ohne einmal darüber nachzudenken, wie hoch der Anteil Ihrer eigenen Partei an der Verschuldungssituation des Bundes ist. Das wissen Sie ja ganz genau. Sie stellen sich hier hin und werfen der Bundesregierung vor, sie verschulde sich. Sie müssen aber einmal sehen, dass bei der Regierungsübernahme von Kohl 1983 die Pro-Kopf-Verschuldung 2 520 € betragen hat. 2 520 €!

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Rückert CDU: Ist Ihnen bekannt, dass es eine Wiedervereinigung gab?)

Die Regierung Kohl hat die Pro-Kopf-Verschuldung um 11 220 € erhöht, die jetzige Bundesregierung hat sie um 2 750 € erhöht.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Das heißt, CDU und FDP sind für 68 % aller Schulden im Bundeshaushalt verantwortlich.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das muss man einmal der Öffentlichkeit sagen, um einfach einmal diese Arroganz aufzuzeigen.

Im Übrigen, Herr Ministerpräsident: Mich wundert schon, dass Sie jetzt eine völlig andere Meinung zum Thema Studiengebühren haben. „Südkurier“ vom 27. November 2000, Frage an Herrn von Trotha:

Unterschiedliche Meinungen gibt es auch im Landeskabinett. Ärgert Sie es, dass beide für Bildung zuständige Minister für Gebühren sind und der Ministerpräsident eine solche Entscheidung verhindert?

Antwort von Herrn von Trotha:

Der Ministerpräsident ist der Chef. Er hat gute Gründe, so zu entscheiden. Wir haben für diese Legislaturperiode eine Aussage gegen Studiengebühren. Der Ministerpräsident hat offenbar auch nicht die Absicht, sie in der nächsten Periode einzuführen.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja was jetzt? – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das hat Herr von Trotha gesagt!)

Jetzt sind Sie in dieser Legislaturperiode daran, Studiengebühren einzuführen. Ich wollte das nur erwähnen.

Sie haben Ihre Meinung zu Studiengebühren also drastisch geändert – warum, weiß ich nicht. Ich bin zunächst auch der Auffassung gewesen, dass die Einführung von Studiengebühren, auch nachlaufender Studiengebühren, zur Differenzierung der Hochschullandschaften möglich ist. Als ich mich dann aber erkundigt habe, habe ich kein sozial gerechtes System nachlaufender Studiengebühren entdecken können. Auch das viel gelobte österreichische Modell ist nicht sozial gerecht. In Österreich ist die Zahl der Menschen aus finanziell schwachen Verhältnissen, die sich von den Hochschulen abgemeldet haben bzw. die sich nicht eingeschrieben haben, dramatisch hoch. Kein Bayer geht zum Studieren nach Österreich, weil es in Österreich ein Studiengebührenmodell gibt.

Wenn Sie, wie unsere Hochschulprofessoren vorschlagen, eine Mindeststudiengebühr von 500 € pro Semester einführen – es gibt Hochschulprofessoren bei uns, die schon von 1 500 € pro Semester sprechen –

(Abg. Schmiedel SPD: 3 500!)

und einmal auflisten, was Ihr eigener Minister gesagt hat, dann stellen Sie fest, dass von den gesamten Einnahmen aus Studiengebühren in Höhe von 500 € pro Semester gerade einmal 112 Millionen € bei den Universitäten ankommen. Das sind weniger als 50 %. Vor dem Hintergrund einer immer geringeren Zahl an Studierenden – das heißt, wir werden um Studierende kämpfen müssen – frage ich mich, ob das der Weisheit letzter Schluss ist. Den gleichen Betrag, wie Sie ihn jetzt durch Studiengebühren hereinholen wol-

(Drexler)

len, haben Sie im letzten Haushaltsjahr den Hochschulen gestrichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen nur: Warten wir einmal auf Ihre Vorschläge!

Nicht umsonst sagen Bayern, Baden-Württemberg und Hessen: „Jetzt warten wir doch einmal; vielleicht könnten wir BAföG mit einbeziehen.“

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja toll!)

Das BAföG zu erhöhen, damit durch die Erhöhung die Studiengebühren in Baden-Württemberg bezahlt werden können – so wird es nicht laufen, Herr Ministerpräsident. Wir warten deshalb auf genaue Vorschläge für das „tolle“ sozial gerechte Modell nachlaufender Studiengebühren. Warten wir es ab!

Ich habe mich erkundigt. Ich bin der Auffassung, dass es ein solches sozial gerechtes Modell auf der ganzen Welt bisher nicht gibt, auch in Australien nicht.

Sie standen ja auch einmal auf der anderen Seite. Warum Sie Ihre Meinung geändert haben, haben Sie nicht dargestellt. Ich wollte das nur erwähnen. So weit weg von meiner Haltung waren Sie einmal überhaupt nicht.

Natürlich investieren wir viel in unsere Hochschulen, Herr Ministerpräsident. Gucken Sie sich aber einmal die Substanz unserer Hochschulen an. Sie haben laufend Sonderprogramme gemacht. Laut Rechnungshof besteht allein an unseren Hochschulen ein Sanierungsbedarf von 2,4 Milliarden €. An der Universität Mannheim kommt die Decke herunter. Woanders sieht es ähnlich aus. 2,4 Milliarden! Wenn Sie jetzt aufhören, brauchen wir 80 Jahre, um den Sanierungsbedarf, den Sie in den Hochschulen haben auflaufen lassen, zu decken. Das kann doch keine richtige Politik sein.

(Beifall bei der SPD)

Also wenn man schon neue Programme auflegt, muss die Substanzerhaltung dadurch verfolgt werden.

Nun kommt Ihre alte Leier zur Familie. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, in diesem Haushalt wirklich das Mutter-Kind-Programm streichen und im Grunde genommen die Familienerholung streichen und wenn die Caritas gar öffentlich einen Hilfeschrei macht und fordert: „Macht das nicht, das Mutter-Kind-Programm ist die einzige Chance für ledige Schwangere, sich für das Kind zu entscheiden“, und Sie dann hier behaupten, in Baden-Württemberg werde bei der Familie nichts gekürzt, dann kennen Sie entweder Ihren Haushalt nicht, oder Sie sagen bewusst etwas Unwahres.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie doch einmal, wie viel die anderen Bundesländer für ein Mutter-Kind-Programm geben!)

– Wir sind hier in Baden-Württemberg und nicht in einem anderen Bundesland. Wir sind hier in Baden-Württemberg gewählt und nicht in Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie einmal etwas zur Finanzierung!)

Gehen Sie doch in das Bundesland, in das Sie wollen, wenn es Ihnen hier nicht gefällt, Herr Haas.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zur EnBW. Da machen Sie ja die größte Geschichtsklitterung. Ich will einmal feststellen, dass seinerzeit, als das Land das Sagen bei der EnBW hatte, so viele Betriebe und sonstige Dinge eingekauft wurden, dass die EnBW in eine Schieflage kam und ein Sanierungsbedarf in Höhe von 1 Milliarde € entstanden ist. Die Verantwortung dafür kann man nun nicht dem baden-württembergischen Parlament zuweisen

(Abg. Schmiedel SPD: Auch nicht den Sozis!)

– auch nicht den Sozialdemokraten –, sondern die Verantwortung dafür tragen offensichtlich Ihre Aufsichtsräte, die Sie von der CDU und der Landesregierung in dieses Aufsichtsgremium geschickt haben, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: So ist es! Stratthaus!)

Deswegen haben wir immer Angst, wenn wir hören, dass CDU-Mitglieder in irgendwelche Betriebe geschickt werden, weil wir immer denken: Um Gottes willen, EnBW, katastrophale Leistung.

(Abg. Schneider CDU: Ja, ja!)

Aber jetzt fragen wir doch einmal, was Sie bei der Regierungserklärung gesagt haben. Das war damals die zentrale Frage. Sie können im Übrigen in den Protokollen nachlesen, was damals Herr Maurer gesagt hat, der vorhergesehen hat, dass die EdF natürlich versuchen wird, die Mehrheit zu bekommen. Sie haben damals in Ihrer Regierungserklärung deutlich gesagt, dass nicht davon ausgegangen werden könne, dass ein Mehrheitserwerb an der EnBW möglich sei, und dass die EdF keine Beteiligung anstrebe, die über die angebotenen 25,01 % hinausgehe. Das war Ihre zentrale Aussage. Das war illusionär.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Fischer: Stimmt!)

Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie das heute zugeben und sagen: Da habe ich mich geirrt, es war falsch, das zu machen. Im Übrigen gab es noch andere. Ich schaue da nur den designierten Ministerpräsidenten an, der auch anderer Auffassung war, aber dann doch wider besseres Wissen die Mehrheit für diese Sache im Parlament organisiert hat, in der Zwischenzeit aber auf gleiche Augenhöhe geht. Ich bestreite das doch gar nicht. Unsere Kreistagsfraktionen sind ja auch der Auffassung, dass es vernünftig ist, und stimmen dafür, weil wir schon damals gesagt haben, Baden-Württemberg müsse einen Einfluss behalten. Nur jetzt, Herr Oettinger, muss ich sagen, dass uns auch die Konzeption fehlt. Ein solches Engagement hat nur einen Sinn, wenn man sich dessen bewusst ist, dass das bei jeder Kapitalerhöhung natürlich weitergehen muss. Jetzt möchte ich einmal wissen, wie es aussieht. Wer gibt jetzt das Sagen vor? Das können doch nicht die neun oberschwäbischen Landräte tun.

(Abg. Schneider CDU: Wieso nicht? – Lachen bei der SPD)

(Drexler)

– Schön, wenn sie das machen wollen. Bisher habe ich bei den Vermittlungen in den Kreistagen immer nur gehört, dass es sich um eine Kapitalanlage handle und nicht darum, dass die Landräte jetzt die wirtschaftspolitische Zielrichtung der EnBW vorgeben sollen.

(Abg. Schneider CDU: Nein!)

Das ist ja ganz interessant. Darüber müsste man sich noch einmal unterhalten. Vor allem würde uns interessieren, welche Industriepolitik Sie betreiben wollen. Wie wollen Sie die Stadtwerke einbringen? Das alles wäre interessant. Das müssen wir auch noch diskutieren. Dazu hat der Herr Ministerpräsident heute nichts gesagt.

Also noch einmal: Die Rolle der Regierung bei der EnBW war, als wir noch gebündelt mit der kommunalen Seite die Mehrheit hatten, katastrophal. Deshalb lief auch ein Sanierungsbedarf auf. Jetzt wird versucht, die Augenhöhe herzustellen. Wir begrüßen das. Jetzt muss man im Landtag darüber diskutieren, wie das mit der Industriepolitik weitergeht.

Ich sage noch einmal: Dass die FDP/DVP sich ihre Zustimmung mit irgendwelchen Privatisierungsgeschichten abkaufen ließ, ist eigentlich eine Katastrophe, und dass Sie auf der anderen Seite, obwohl Sie ordnungspolitisch offensichtlich der Auffassung sind, man solle alles in Staatshand halten – wobei wir nicht dieser Auffassung sind –, dann andere Dinge einfach hergeben, ist – das sage ich noch einmal – keine Industriepolitik, sondern ein Kuhhandel. Das zeigt mir deutlich, dass es da auch keine Grundsätze für die Frage, wie Industriepolitik in Baden-Württemberg aussehen soll, gibt.

Lassen Sie mich etwas zum Wohnungsbau sagen. Herr Ministerpräsident, Sie tun immer so, als ob Ihr Haushalt in Ordnung wäre und als ob Sie nicht Geld verschwendet hätten. Ich will einmal NSI erwähnen. Was haben Sie denn bei NSI gemacht? Sie rufen immer nach Geld. 500 Millionen € sind laut Rechnungshof hier in den Sand gesetzt worden, weil Sie keine maßgeschneiderte Regelung für die einzelnen Bereiche wollten, sondern das Überstülpen eines Konzepts. 500 Millionen € haben Sie in den Orkus geschrieben – vor allen Dingen bei den Einrichtungen, die Sie jetzt den Landräten gegeben haben, weil die die neuen Steuerungsinstrumente nicht übernommen haben. Die Computer standen überall noch herum. Davon sagen Sie kein Wort. Das Land hat hier eine halbe Milliarde Euro in den Sand gesetzt.

(Abg. Schmiedel SPD: Verpulvert!)

Wenn Sie einmal nach Geld suchen, könnten Sie an dieser Stelle suchen, wenn Sie Ihre Fehler zugeben würden – um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜ-NE)

Wenn ich jetzt noch einmal zur Bildungspolitik kommen darf: Von uns hat kein Mensch behauptet, dass Baden-Württemberg nicht sehr viel Geld in die Bildungspolitik stecken würde. Das habe ich überhaupt nicht gesagt, Herr Ministerpräsident. Ich habe im Übrigen auch keine Aufrechnung der Kosten dieser – ich sage es noch einmal –

sinnigen Werbung gemacht. Aber wenn man kein Geld hat, kann man nicht 50 Millionen €, kann man nicht einmal jährlich 7 Millionen € für Werbung ausgeben. Sie behaupten, Sie hätten kein Geld für die frühkindliche Sprachförderung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Das haben Sie vorhin gesagt.

Sie würden gar kein neues Konzept brauchen. Es gibt ein Konzept für die frühkindliche Sprachförderung. Es ist vom Sozialministerium ausgearbeitet worden. Das liegt vor. Die Realisierung kostet 6 Millionen €. Wenn Sie kein Geld haben, dann – habe ich gesagt – schlagen wir Ihnen vor: Lassen Sie ein Jahr lang die Werbung bleiben, dann haben Sie die 6 Millionen €. Für uns ist Sprachförderung wichtiger als Zeitungsanzeigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP:
Wir brauchen es aber dauerhaft, nicht nur für ein Jahr!)

– Ach, hören Sie doch auf. Wir brauchen die gesamte Werbung nicht mehr, sage ich Ihnen, und könnten dieses Geld für Sprachförderung verwenden. Das war der Vergleich.

Jetzt muss ich Ihnen etwas sagen. Sie sprechen immer von den tollen Erfolgen der Schulen. Ich will ja gar nicht alles herunterreden. Aber wenn auch Herr Hundt sagt – Herr Oettinger hat das ähnlich ausgeführt –, auch die baden-württembergische Wirtschaft leide unter dem Rückgang der schulischen Kenntnisse – vorsichtig formuliert –, müsste man doch einmal darüber nachdenken, ob das viele Geld richtig eingesetzt ist und ob man, wie wir meinen, speziell für bestimmte Dinge möglicherweise noch mehr braucht. Das Ergebnis kann Sie doch nicht zufrieden stellen. Sie stellen sich hier hin und loben das alles. Ich sage es noch einmal: 20 % der 15- bis 16-Jährigen können nicht richtig Deutsch, wenn sie von der Schule kommen, oder verstehen nicht, was sie auf Deutsch lesen – PISA. Das sagen uns auch die Betriebe.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

8 bis 10 % der Jugendlichen machen überhaupt keinen Schulabschluss.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das kann doch nicht der tolle Erfolg sein. Da können Sie sich doch nicht hier hinstellen und uns Vergleiche mit anderen Ländern vorlesen. Das Ergebnis ist nicht in Ordnung! Wenn Sie nicht einmal das einsehen, kann man mit Ihnen über Bildungspolitik auch nicht diskutieren. Dann nehmen Sie nämlich die Realität nicht wahr.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen doch die Realität wahrnehmen. Das Wichtigste ist, dass die Leute die deutsche Sprache können. Das ist das Allerwichtigste. Sprache ist nicht alles, aber ohne Sprache ist alles nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Abg. Schneider CDU: Oi! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD)

(Drexler)

– Ja, das gilt auch für einen oberschwäbischen Landrat; das ist mir schon klar. – Wenn wir das also wollen, dann stimmen Sie in der jetzigen Haushaltsberatung doch unserem Antrag zu, diese 6 Millionen € mit einzusetzen und als erstes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland flächendeckend in allen Kindergärten verpflichtend Deutsch zu lehren. Dann haben wir in zwei oder drei Jahren den Erfolg, dass alle Sechsjährigen, die in die Grundschule kommen, Deutsch können. Damit gelänge uns eine große Integrationsleistung – wie Sie sie ja immer wollen –, und gleichzeitig täten wir etwas für die Chancengleichheit. Machen Sie mit! Der Antrag kommt. Im Grunde genommen ist es ein Antrag, den Sie selbst stellen müssten, weil Ihre eigene Sozialministerin das Konzept ausgearbeitet hat. Um etwas anderes geht es überhaupt nicht.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Da nützt es uns doch nichts, wenn Sie Vergleiche mit anderen Ländern bringen. Im Übrigen haben Sie vorhin von wegfallenden Arbeitsplätzen gesprochen. Wir wissen, dass allein in der Metallindustrie seit 1994 jedes Jahr 10 000 Arbeitsplätze für gering Qualifizierte wegfallen. Das ist bekannt. Das heißt, wir müssen im schulischen Bereich besser sein, wir müssen bessere Schüler aus den Schulen bekommen, um qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu erhalten. Wer das nicht macht, wird zukünftig auch keine vernünftigen Arbeitsplätze mehr haben. Das eine ist die Voraussetzung für das andere, und darum geht es bei diesen Haushaltsberatungen.

Da nutzt es uns nichts, wenn Sie uns versprechen, in sechs Wochen ein Konzept vorzulegen. Das Konzept liegt ja vor. Deswegen hat uns dieser Auftritt im Grunde genommen sehr enttäuscht. Es geht nicht darum, dass wir sagen würden, wir täten viel zu wenig gegenüber anderen. Wir sagen: In der Bildung wird viel getan. Aber die Ergebnisse sind nicht die, die wir uns versprechen. Das ist der große Unterschied zwischen Ihrer und unserer Aussage. Deswegen wollen wir, dass auf diesem Gebiet mehr getan wird, und wir wollen auch, dass anderes getan wird. Möglicherweise muss man darüber nachdenken, ob die einen oder anderen Mittel richtig eingesetzt werden, denn wir stecken viel Geld in die Bildung. Das ist der Streitpunkt; da müssen Sie gar nichts mit dem Thema Baden-Württemberg-Line verwischen, sondern es geht um diesen Punkt.

Solange Sie das nicht machen, können Sie in der Öffentlichkeit nicht von Parallelgesellschaften reden, kann Frau Schavan nicht verlangen, dass der Imam Deutsch spricht, wenn Sie Ihre eigenen Hausaufgaben nicht machen und dafür sorgen, dass man in baden-württembergischen Kindergärten Deutsch lernt, und zwar verpflichtend und nicht freiwillig über die Landesstiftung, wo gerade einmal 11 000 Kinder weitergeschult werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Na, na, nicht übertreiben!)

Das ist kein Angebot für Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen würde mich einmal interessieren, wie Sie darauf kommen, dass in Baden-Württemberg flächendeckend Sprachtests in jedem Kindergarten gemacht würden.

(Abg. Wintruff SPD: Das hat mich auch gewundert!)

Diese Behauptung finde ich ganz toll. Für uns ist das völlig neu, das gibt es überhaupt nicht. Das haben wir letztes Jahr verlangt. Es kann ja sein, dass Sie endlich einmal ein Papier der SPD gelesen haben und jetzt einen guten Vorschlag machen. Aber gemacht wird es bei uns nicht.

(Abg. Zeller SPD: Die Kindergärten wissen das gar nicht!)

Flächendeckende Sprachtests werden in Baden-Württemberg nicht gemacht.

(Abg. Schneider CDU: Freilich haben wir sie! – Abg. Capezzuto SPD: In Biberach! – Zuruf von der CDU: Jeder Träger kann das machen!)

– Jeder Träger kann es machen, das ist schon klar. Aber es wird nicht gemacht. Sehr schön, wie Sie das gesagt haben.

(Abg. Zeller SPD: Man muss bei der Wahrheit bleiben! – Abg. Alfred Haas CDU: Manche brauchen es vielleicht auch nicht!)

Zum Schluss noch Folgendes: Ich glaube, wir haben in den letzten eineinhalb Jahren eine Landesregierung erlebt, die nicht nur inhaltlich, sondern auch personell katastrophal aufgestellt war. Eigentlich hätten Sie dazu heute auch etwas sagen können. Wer 2001 mit einer Mannschaft von elf antritt und zur Halbzeit seiner Amtsperiode sechs davon austauschen muss, der hat eine einmalige Quote. Damit liegen wir wirklich an der Spitze aller Bundesländer.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber den Schröder hat er noch längst nicht eingeholt!)

Zwei werden von der Staatsanwaltschaft verfolgt, der dritte hat auch einen Strafbefehl bekommen. Einer hat sich aus dem Amt geohrfeigt, einer ist entlassen worden, weil er angeblich zu alt war, er ist jetzt aber wiederum in der Regierung.

(Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Guter Mann!)

– Das mag ja alles sein, Herr Palmer.

(Abg. Alfred Haas CDU: Auf was wollen Sie hinaus?)

Die anderen beiden hat man weggelobt, den einen zum Bierbrauer, obwohl er vom Brauereigeschäft keine Ahnung hatte, und der andere macht jetzt Toto-Lotto. Die einzige Voraussetzung für die Besetzung der beiden Positionen war: keine Sachkenntnis und CDU-Mitglied. Genau so regieren Sie dieses Land.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Nach diesem Motto sind Sie auch Fraktionsvorsitzender geworden!)

(Drexler)

Das Schlimme, worüber Sie einmal nachdenken sollten, ist, dass Sie dann auch noch den Chef von Toto-Lotto nicht bewegen, sein Landtagsmandat aufzugeben, obwohl er damit seine eigene Aufsichtsbehörde, das Innenministerium, kontrolliert. Das sind Verfilzungsgeschichten, die der Bevölkerung auf den Geist gehen. Von elf Ministern sechs nicht mehr da, eine personell ausgeblutete Regierung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Doch, die sind da! Sie leben noch!)

Für die letzten eineinhalb Jahre haben Sie das letzte Aufgebot. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Anschließend haben Sie nichts mehr.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Kretschmann das Wort.

(Abg. Alfred Haas CDU: Weiter so, Herr Drexler!
– Abg. Oettinger CDU: Nicht ganz so kabarettreif!
– Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist nicht kabarettreif, das ist die Wahrheit! Sie vertragen die Wahrheit nicht!
– Weitere Zurufe – Abg. Capezuto SPD: Haas, du sollst ans Telefon kommen!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Teufel, eines Ihrer Lieblingszitate ist von Kurt Schumacher: „Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.“ Insofern waren zu viele „Was wäre, wenn?“ und „Hätten wir doch“ in Ihrer ganzen Rede. Was wäre, wenn wir keinen Länderfinanzausgleich hätten?

(Abg. Drexler SPD: Er hat ihn unterschrieben!)

Wir haben aber nun einmal einen Länderfinanzausgleich; das wissen Sie. Sie als Exekutive haben ihn verhandelt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wir als Parlament waren daran überhaupt nicht beteiligt. Sie haben dem Länderfinanzausgleich zugestimmt, und er hat sich ja immerhin auch ein klein wenig verbessert.

(Abg. Drexler SPD: Weil der Bund zugestimmt hat!)

Es geht nicht an, Reden zu halten in der Festhalle in Meßkirch und in Osterburken und den Leuten weiszumachen, man käme da irgendwie raus. Das wissen Sie doch selber. Sie selbst haben es gesagt: Die Mehrheiten sind nicht da, und man kann dagegen erst einmal nichts machen. Wir müssen es als Faktum annehmen, dass der Länderfinanzausgleich so ist, wie Sie ihn verhandelt haben und wie Sie ihm zugestimmt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dann haben Sie gesagt: Was wäre, wenn wir nicht so viele Arbeitslose hätten? Wir haben aber 5 Millionen Arbeitslose.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sieben! – Abg. Zimmermann CDU: Neun haben wir! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist ein Faktum. Das wissen wir. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, damit die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Aber wir wissen auch, dass sie in drei Jahren nicht bei null liegen wird, egal, wer regiert, und egal, was auch immer wir tun. Also müssen wir mit dem Faktum rechnen, dass wir noch auf lange Zeit eine relativ hohe Arbeitslosigkeit haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber nicht mit der lahmen Hand!)

Sie sagen, wir hätten schon seit Jahren sinkende Steuereinnahmen. Auch das ist ein Faktum, mit dem man rechnen muss, dass nämlich die Steuerquellen in Zukunft nicht so sprudeln werden, wie sie das in der Vergangenheit getan haben.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Wer hat denn regiert?)

– Wir haben gerade eine der größten Steuerreformen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Diese Steuerreform war von allen gewünscht.

(Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Sie hat eine Entlastung um 60 Milliarden € gebracht.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wir haben jetzt im Jahr 2005 die letzte Stufe der Steuerreform durchgeführt.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Es wird gerade für unsere mittelständischen Betriebe – bekanntlich haben wir ja 90 % Personengesellschaften – ganz relevant sein, dass wir den Spitzensteuersatz jetzt noch einmal gesenkt haben. Aber man kann doch keine Steuerreform machen mit dem Ziel, die Steuern zu senken, und sich schließlich darüber wundern, dass die Steuereinnahmen niedriger sind als vorher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Das ist nur ein Grund!)

Das ist doch wohl der Sinn einer Steuerreform. Das zu beklagen und zu sagen: „Hätten wir doch mehr“, ist auch sinnlos. Wenn wir mit diesem „Hätten wir doch“ und dem „Was wäre, wenn?“ nicht aufhören, kommen wir zu keiner Sanierung des Haushalts.

Das gilt genauso für die Wachstumsraten. Ihr Credo war doch zum Schluss wieder: Wenn wir ganz andere Wachstumsraten hätten, könnten wir in Zukunft den Haushalt sanieren.

(Abg. Alfred Haas CDU, eine Broschüre in die Höhe haltend: Hier, lesen Sie einmal! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Haas, hör doch auf!)

Wir haben ein Konzept vorgelegt, das schon von einem nominalen Wachstum von 3 % ausgeht. Das ist also ein or-

(Kretschmann)

dentliches Wachstum, das real etwa dem entspricht, das wir gegenwärtig haben. Wir können überhaupt nicht davon ausgehen, dass wir in Zukunft auf Dauer relevant höhere Wachstumsraten haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Lesen Sie das einmal nach!)

So etwas gibt es nicht. Das gibt es vielleicht in China, einem Land, das seine Wirtschaft aufbaut.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Das gab es hier nach dem Krieg, als wir unsere Wirtschaft aufgebaut haben. Aber man muss sich auf Dauer darauf einstellen – das zeigen alle Erfahrungen und Berechnungen –, dass ein Wachstum in der Größenordnung, wie wir es derzeit haben, normal ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein! – Abg. Schneider CDU: Das stimmt doch nicht! – Weitere Zurufe von der CDU)

Jeder, der glaubt, wir kämen auf Wachstumsraten von 4, 5 oder 6 %, der irrt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wer das tut, wird weiter in die Schuldenfalle laufen. Das ist einfach eine Tatsache.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Diesen Tatsachen müssen wir uns stellen. Das heißt ganz konkret – das ist meiner Ansicht nach schon eine optimistische Rechnung –: Wir müssen für die nächsten zehn Jahre von einem realen Wachstum von anderthalb Prozent ausgehen.

(Abg. Schneider CDU: Ach was!)

Dann müssen wir wegen der strukturellen Haushaltslücken trotzdem jedes Jahr 300 Millionen bis 400 Millionen € strukturell einsparen, um im Jahr 2011 bei einer Nettoullverschuldung anzukommen. Das ist einfach eine Tatsache. Wer andere Rahmenbedingungen annimmt, wird uns weiter in die Schuldenfalle treiben, weil diese Annahmen nicht eintreffen werden. Das sind schon außerordentlich optimistische Annahmen.

(Abg. Oettinger CDU: Na, na!)

– Das finde ich schon.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich darf noch einmal an Aussagen des Finanzministers erinnern. Der Finanzminister hat offensichtlich als einziger in der Regierung begriffen, dass man mit Wachstum allein einen Haushalt überhaupt nicht sanieren kann. Das können Sie jetzt wieder bei den Tarifverhandlungen sehen. Die Beschäftigten erwarten natürlich auch, am Wachstum beteiligt zu werden, und schon müssen Sie 100 Millionen € mehr in den Haushalt einstellen, wie es nach dem Ergebnis der jetzigen Tarifverhandlungen erforderlich ist.

Sie werden froh sein können, dass das jetzt erzielte Ergebnis überhaupt zustande gekommen ist. Ohne den Druck der Föderalismuskommission, die ja wollte, dass die Länder die Tarifhoheit über ihre eigenen Bediensteten erhalten, wäre dieses Ergebnis überhaupt nicht zustande gekommen. Schily, der Beamtenbund und ver.di haben doch nur mit diesem Druck im Rücken dieses Ergebnis überhaupt erzielt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Deswegen ist das ein Fortschritt. Wir können damit unseren öffentlichen Dienst modernisieren.

Was die einzelnen Forderungen betrifft, etwa die Einmalzahlung von 300 € im Jahr: Das ist moderat. Das liegt im Bereich von 0,6 % und damit immerhin noch unter der Steigerung um 0,9 %, die wir Abgeordnete uns genehmigt haben. Da können wir den Bediensteten im öffentlichen Dienst ja wohl schlecht eine solche Teilnahme am Wachstum verwehren.

Das, was Sie, Herr Finanzminister, gesagt haben, ist völlig richtig: Nur mit Wachstum den Haushalt sanieren zu wollen, geht nicht; das hat die Vergangenheit gezeigt. Herr Teufel, aus dieser Verantwortung werde ich Sie nicht entlassen. Denn es ist nicht so, dass wir die getätigten Sparbemühungen nicht anerkennen. Aber sie genügen nicht.

Herr Ministerpräsident Teufel, ich darf Sie an eine Äußerung in der Föderalismuskommission erinnern. Als es um die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ ging, haben Sie gesagt, was diese Gemeinschaftsaufgabe in unserem Land an Bediensteten erfordert,

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

und eine Zahl von 1 100 Beschäftigten genannt, die im Zusammenhang mit der Flurneuordnung mit verursacht wird. Dies war mit ein Grund, gemeinsam gegen diese Gemeinschaftsaufgabe aufzutreten. Ich frage Sie: Wer hindert Sie daran, dort endlich einmal zu sagen, dass es keine Kernaufgabe des Staates ist, die Äcker der Bauern zu sortieren? Wer hindert uns daran? Niemand.

Es gibt bei den Flurbereinigungen 30 % Unternehmensflurbereinigungen und 70 % Flurneuordnungen, und diese 70 % müssen die Bauern durch freiwillige Umlegungen selber finanzieren.

(Beifall des Abg. Haller SPD)

Dies ist nicht Kernaufgabe des Staates. Wir können uns dies angesichts dieser Haushaltslage nicht leisten – ein ganz klarer, präziser Vorschlag.

Nächster Vorschlag: Wir können 80 % der Kosten der Schulverwaltung streichen,

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

wenn wir den Mut haben, die Schulen endlich in die Selbstständigkeit zu entlassen und den Schulleitungen und Kollegien mehr Verantwortung und Kompetenz für Entscheidungen zu geben. Dann kann dieser Bereich in zehn Jahren sicher auf 20 % reduziert werden.

(Kretschmann)

(Abg. Oettinger CDU: Wir brauchen vor Ort mehr Personal! Das ist doch unseriös! Dann braucht der Schulleiter eine Ergänzung, eine Entlastung!)

Das ist keine aus der Luft gegriffene Zahl, das haben wir durchaus überschlagen.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist unseriös!)

– Nein, diese Zahl ist sehr seriös.

(Abg. Oettinger CDU: Das ist unseriös! Dann braucht der Schulleiter eine Ergänzung, Entlastung, Assistenten!)

Warum muss die Landwirtschaftsverwaltung die Förderberatung machen? Das können die Bauernverbände selber machen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Das machen andere auch! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU)

Das ist keine Kernaufgabe des Staates. Dieses Personal kann eingespart werden.

(Abg. Hauk CDU: Das Problem dort ist die Überwachung!)

Alle Parteien sind für eine Abschaffung der Kfz-Steuer und für ihre Umlegung auf die Mineralölsteuer; die Chancen sind jetzt sehr günstig. Bei einem Tausch der Kfz-Steuer mit der Versicherungssteuer und anschließender Abschaffung der Kfz-Steuer würden wir im Land Baden-Württemberg 600 Beamte einsparen. Es geht also darum, diese Initiative zu ergreifen und durchzusetzen. Die Chancen hierfür sind so günstig wie nie.

(Ministerpräsident Teufel: Vor zehn Jahren haben wir das gemacht! – Abg. Oettinger CDU: Das haben wir doch mehrfach gemacht! Mehrfach!)

Dies ist immer daran gescheitert, dass sich die Länder mit dem Bund nicht einigen konnten, weil die Kfz-Steuer den Ländern zusteht und die Länder entsprechende Anteile an der Mineralölsteuer gefordert haben. Darüber konnte man sich nicht einigen; deswegen gibt es die Kfz-Steuer noch heute. Heute haben wir die Chance, sie über den Tausch mit der Versicherungssteuer abzuschaffen

(Abg. Drexler SPD: Wenn sie kommt! – Abg. Oettinger CDU: Wenn es so kommt!)

und Druck zu machen.

Warum müssen unsere Bürger jedes Jahr eine Einkommensteuererklärung machen? Das ist nach unserer Ansicht nicht erforderlich, sondern genügt auch alle zwei Jahre. Damit würden wir knapp 3 000 Finanzbeamte einsparen. Wenn wir davon 500 Beamte für Betriebsprüfungen nehmen, tun wir auch etwas für die Einnahmenseite. Aber der Finanzminister weigert sich, dies zu machen. Wir alle wissen, dass wir zum Beispiel im Bereich der Umsatzsteuer bundesweit einen gewaltigen Betrug von jährlich schätzungsweise 20 Milliarden € haben. Wir sind auf diese Einnahmen angewiesen. Die Steuern, die der Staat festsetzt, muss er auch eintreiben, und dafür muss er die Leute einstellen. Das kann

man kostenneutral machen. Dann sparen wir mit diesem Vorschlag immer noch etwa 1 500 Finanzbeamte ein.

Herr Ministerpräsident, es ist also nicht so, dass wir keine konkreten und präzisen Vorschläge eingebracht hätten, wie wir zu einer Sanierung des Haushalts kommen. Die Zahlen, die genannt wurden, können dadurch untermauert werden, dass wir zusätzlich 20 000 Bedienstete einsparen können. Die Vorschläge, die wir gemacht haben, bewegen sich in einer Größenordnung von 6 000 Bediensteten. Auch Sie sind gefragt, entsprechende Vorschläge zu machen.

Sie haben ja den Aufschlag von mir in etwa verdoppelt. Also erwarte ich von Ihnen, dass hier präzise Vorschläge dazu kommen, wie wir diese riesige Zahl in den nächsten zehn Jahren verifizieren können. Nur wenn das gemacht wird, kommen wir hier zu einer seriösen Debatte. Mit allgemeinen Schuldzuweisungen ist uns überhaupt nicht gedient.

Herr Teufel, auch das mit den Bundesschulden muss ich mir nicht anziehen. Erstens bin ich dafür nicht zuständig.

(Abg. Oettinger CDU: Sie waren doch in Bonn! Sie waren doch im Ministerium! – Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

– Ich war in Hessen im Ministerium, nicht in Berlin. Und auch das ist schon fast 20 Jahre her.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die Neuverschuldung während der Regierung Kohl betrug jährlich 7,7 %. Unter Schröder beträgt sie 4,6 %. Da brauche ich mir von Ihnen nun nicht vorhalten zu lassen,

(Abg. Drexler SPD: Überhaupt nicht sagen zu lassen!)

wer da die größeren Schulden macht. Aber solche Debatten führen auch nicht weiter.

(Abg. Hauk CDU: Also, mit deutscher Einheit! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Das ist doch egal! Klar! Die Schulden haben wir doch alle geerbt! Die müssen doch alle finanziert werden! 68 %! – Abg. Birzele SPD: Der größte Teil der Neuverschuldung war für die Zinstilgung von Herrn Waigel! – Weitere Zurufe)

Jetzt möchte ich noch einen Satz zur Ganztagsbetreuung sagen. Ich glaube, es ist gerade ein großer Irrtum von Ihnen, das rein nachfrageorientiert zu organisieren.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wir wissen heute, dass die fehlende Ganztagsbetreuung zu den wesentlichen Faktoren der demografischen Entwicklung gehört sowie zu der Tatsache, dass ein Großteil der Frauen keine Kinder bekommen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Und die Männer keine wollen!)

– Entschuldigung, Kollegin Lösch: dass ein Großteil der Paare keine Kinder bekommen.

(Kretschmann)

(Unruhe bei der SPD – Abg. Hillebrand CDU: Im Normalfall kriegen noch immer die Frauen Kinder!)

Es muss gewährleistet sein, dass Eltern darauf vertrauen können, dass ihre Kinder auch ganztägig betreut werden. Also brauchen wir ein flächendeckendes Angebot von Kleinkind- und von Ganztagsbetreuung, sonst werden wir das nicht ändern. Das erfordert erhebliche Mittel. Diese müssen wir aus dem Haushalt heraus gewinnen. Das ist einfach eine strategische Notwendigkeit, genauso wie es strategisch notwendig ist – das haben Sie ja selbst dargelegt –, das Geld trotz der Verwerfungen im Haushalt für Forschung, Entwicklung und Bildung auszugeben und nicht für andere Zwecke wie zum Beispiel für den Wohnungsbau.

Aber genauso wenig darf man das Geld für fragwürdiges industriepolitisches Engagement ausgeben. Ich habe Ihnen die Beispiele Landesmesse, Regionalflyghäfen und jetzt das Engagement bei der EnBW genannt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Kein Landesgeld! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Natürlich ist es Landesgeld! Klar!)

Das alles sind Vorhaben, die sich erkennbar nicht rechnen und nicht auszahlen werden. Wir tun für die Wirtschaft hundertmal mehr, wenn wir dafür sorgen, dass unsere jungen Menschen die Schule mit guten Sprachkenntnissen und Abschlüssen verlassen,

(Abg. Alfred Haas CDU: Beides!)

als wenn wir ihnen für Geld, das wir gar nicht haben, eine Messe hinstellen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Beides!)

Das ist eine Frage der Prioritätensetzung. Deswegen sage ich ja nicht, dass es immer falsch gewesen wäre, das gemacht zu haben. Aber in der Situation, in der wir heute stehen, müssen wir doch darüber diskutieren: Was sind die Kernaufgaben des Landes Baden-Württemberg? Was können wir uns leisten und was nicht? Ich habe die Kernaufgaben genannt. Sie heißen Bildung, Bildung und noch einmal Bildung. Darin müssen wir investieren.

(Abg. Behringer CDU: Das machen wir doch auch!)

Das können wir aber nur, wenn wir mit anderen fragwürdigen Subventionen und Investitionen aufhören, wenn wir damit aufhören, Bahnhöfe zu vergraben,

(Abg. Alfred Haas CDU: Mein Gott!)

Billigflieger zu subventionieren wie in Söllingen und ähnliche Scherze mehr. Das kann sich das Land Baden-Württemberg nicht leisten. Das geht an seinen Kernaufgaben vorbei.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich wünsche mir deswegen eine harte Auseinandersetzung darüber, was nun diese Kernaufgaben sind und wo wir Prioritäten setzen. Aber das hat natürlich nur dann einen Sinn,

wenn man gleichzeitig sagt, wo man Posterioritäten setzt, das heißt, wo man dann streicht und einspart. Das hat hier gefehlt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Messe!)

Kollege Oettinger, Sie haben Überschriften genannt, aber Sie haben uns nicht deutlich gemacht, wohin die Reise geht: Wo wird eingespart? Wo wird ausgegeben? Wie wird mittelfristig saniert? Wir hoffen, dass wir das dann in Ihrer Regierungserklärung etwas deutlicher und klarer hören als heute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Wir haben den Haushalt im Finanzausschuss gehabt!)

Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung bekommt Herr Fraktionsvorsitzender Oettinger das Wort.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem sind wir einig, Kollege Kretschmann: Haushaltspolitik muss mehr sein als die Hoffnung auf Wachstum der Wirtschaft. Aber niemand hat hier gesagt – weder von der Regierung noch von der CDU und der FDP –, dass nur ein Wachstum der Wirtschaft unseren Haushalt saniert. Im Gegenteil: Wir haben in diesem Haushalt Beträge in der Größenordnung von 1 Milliarde € durch strukturelle Kürzungen eingespart. Wir machen 2 Milliarden € Schulden; um 1 Milliarde € wurde strukturell gekürzt. Aber umgekehrt gilt: Ohne Wachstum bekommen die öffentlichen Hände in Deutschland mit Sicherheit die Sanierung ihrer Kassen weder in Berlin noch in Stuttgart, noch anderswo hin.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schneider CDU: So ist es!)

Und da bin ich etwas ehrgeiziger als Sie: Sie wären zufrieden mit einem Wachstum von 1 %. Sogar Clement hofft auf 1,6 %. Auch die Regierung in Berlin, die Sie stellen, sagt: 1,6 % wären in diesem Jahr machbar. Ich glaube, dass Deutschland in den nächsten Jahren durch bessere Politik den durchschnittlichen Wachstumsgrad der USA, Kanadas, Frankreichs, Spaniens oder Großbritanniens erreichen sollte. Das muss der Maßstab für Ihre Arbeit und für unsere Arbeit sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Die USA haben die schlechteste Rate!)

Das heißt: nicht 10 %, aber auch nicht nur 1 %. Und wenn wir 2 oder 2,5 % hinbekämen – was ehrgeizig, aber erreichbar ist –,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

dann könnten wir durch Kürzungen und durch wachsende Steuereinnahmen diesen Haushalt in den nächsten Jahren dorthin bringen, wo wir ihn hinbringen wollen, nämlich dorthin, dass wir ihn ohne weitere Schuldenaufnahme finanzieren können.

(Abg. Gall SPD: Können Sie jetzt mal endlich von der Theorie weggehen?)

(Oettinger)

Dann haben Sie immer Gegensätze aufgebaut und auch sehr unseriös gearbeitet. Die Landwirtschaftsverwaltung hat zuallererst die Aufgabe, zu schauen, dass Gesetze eingehalten werden. Die Beratung kommt aber hinzu. Die Beratung geschieht zunehmend schon draußen bei den Verbänden und bei den Beratungsringen. Aber wenn man in Brüssel oder in Berlin, gerade auch durch Ihre Partei, für Wasser, Luft und Boden, für Pestizide, Fungizide und Herbizide, für die gesamte Bewirtschaftung des Ackerbodens und ebenso auch in der Tierzucht strengste Auflagen bekommt, dann müssen diese Auflagen kontrolliert werden. Dies machen wir, und dabei helfen uns die beruflichen Verbände nur eingeschränkt. Ihr Vorschlag ist schlichtweg dummes Zeug.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schneider CDU: So ist es!)

Zur Schulverwaltung: Natürlich kann man über Eigenständigkeit in der Personalführung – also Einstellung, Beförderung und anderes mehr – reden. Aber schon jetzt klagen der Schulleiter ebenso wie das Kollegium, dass sie mit organisatorischen Aufgaben völlig überlastet seien. Wer also die Schule mit diesen Aufgaben der Budgetierung, der Personalführung, der Benotung und der Förderung versehen will, muss genau die Stellen, die derzeit im Schulamt bestehen, heruntergeben. Darüber kann man reden. Aber die Einsparungen, zu denen das führt, wären gleich null. Dieser Vorschlag ist ebenso völlig unseriös.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dann sprechen Sie von „fragwürdigen Subventionen“ für Messe und Flughafen. Auch darüber kann man reden. Wir sind im Wettbewerb zuallererst mit zwei Industrieregionen Deutschlands: Rhein-Main/Rhein-Ruhr einerseits, München andererseits. Gehen wir nach Rhein-Ruhr – ein Land, das rot-grün regiert wird, ein Industrieland wie Baden-Württemberg, größer als Baden-Württemberg, aber nicht besser als Baden-Württemberg. In Nordrhein-Westfalen gibt es zwei große Messen, nämlich in Düsseldorf und in Köln.

(Abg. Zeller SPD: Wir haben auch zwei große Messen!)

Beide haben weit mehr Quadratmeter als die Messe, die hier entstehen wird. Es gibt also zwei Messen in Nordrhein-Westfalen, die beide größer sind als die Messe in Baden-Württemberg.

Dann haben wir dort drei relevante Flughäfen, nämlich Köln-Bonn, Düsseldorf und Dortmund. Der Flughafen Düsseldorf ist doppelt so groß wie der in Stuttgart, der Flughafen Köln-Bonn gleich groß und der in Dortmund halb so groß. Nun kann man über die Frage streiten, ob Wirtschaftsförderung durch Infrastruktur noch zeitgemäß ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Nein, darüber kann man nicht streiten!)

Wenn dies aber in allen anderen Bundesländern und Ballungsräumen gemacht wird, kann das exportorientierte Land Baden-Württemberg nicht darauf verzichten. Wer die Wirtschaft Baden-Württembergs begleiten will, wer dem hiesigen Mittelstand helfen will, muss auch in schwierigen

Haushaltszeiten eine Messe errichten. Er muss Regionalmessen stärken – in Friedrichshafen,

(Abg. Zeller SPD: Das ist keine Regionalmesse! Die spielt in der Champions League! Das ist die größte Messe in Baden-Württemberg!)

in Karlsruhe, in Freiburg. Der muss einen Flughafen errichten. Deswegen ist auch der Vorschlag, dies zu streichen, unseriös, und die Behauptung, es sei fragwürdig, ist schlichtweg falsch. Die Wirtschaft unterstützt uns, Gott sei Dank, die Arbeitsplätze sprechen für uns und nicht für Sie.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Dann zur Frage der Imagekampagne. Das scheint Ihr aktueller Starfighter zu sein.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jäger 90! – Abg. Dr. Christoph Palmer: Früher war es immer die Rüstung!)

Denn ich habe in den letzten Wochen Folgendes erlebt: Die Kollegin Rudolf hat mir in einer Diskussion am 12. Januar gesagt, wir sollten die Sportförderung nicht kürzen, sondern zur Gegenfinanzierung die Imagekampagne auf null reduzieren. Das war der eine Vorschlag.

(Zuruf von der SPD: Macht es doch! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist gut, okay!)

Das war der Vorschlag der Kollegin Rudolf.

(Abg. Drexler SPD: Dann macht es doch!)

Dann habe ich zweimal das Thema „Sozialen Wohnungsbau verstärken statt Imagekampagne“ gehört.

(Abg. Schmiedel SPD: Nein, nein! Forderungsverkauf! – Abg. Drexler SPD: Forderungsverkauf!)

Heute schlagen Sie vor: Sprachförderung durch Wegfall der Imagekampagne finanzieren.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt reden Sie doch nicht drumherum!)

Deswegen, lieber Herr Kollege Drexler:

(Abg. Drexler SPD: Sie machen weder das eine noch das andere, und Sie sprechen auch nicht Hochdeutsch! Hören Sie doch auf! Geschwätz!)

Sie haben mit diesem bescheidenen Betrag dreimal gearbeitet, und zwar dreimal unseriös.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Die Argumentation wäre richtig, wenn Sie einen Vorschlag akzeptiert hätten! – Abg. Drexler SPD: Genau! Machen Sie doch einen Vorschlag! – Zuruf von der SPD: Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Ich glaube, dass Werbung dem Geschäft dient.

(Abg. Drexler SPD: Das können Sie doch gar nicht nachweisen!)

(Oettinger)

Der kleinste Handwerksmeister weiß, dass man für einen Standort, für ein Produkt, übrigens auch für ein Ansehen in Deutschland und Europa, werben muss und sich bekannt machen muss.

(Abg. Drexler SPD: Für eine Werbeagentur schon, aber nicht für ein Land!)

Wenn dann die Idee noch pfiffig und das Ganze nachhaltig ist, wird daraus ein Standortkonzept, das auch wirkt.

(Abg. Drexler SPD: Wenn Sie Geld haben, ja!)

Deswegen diese Imagekampagne, um die uns andere beneiden.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch kein Geld!)

Dass Sie neidisch sind, verstehe ich, weil sie gut ist,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben kein Geld!)

aber sie zu streichen wäre der völlig falsche Kurs.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Welche konkrete Standortentscheidung gibt es, die aufgrund dieser Werbung getroffen wurde? – Abg. Drexler SPD: Keine einzige Standortentscheidung ist gefällt worden aufgrund der Imagekampagne!)

Jetzt zur Frage „Kindergarten und Schule“.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Der Kollege Kretschmann sprach von „Aufschlag“. Das war heute sein Lieblingswort. Er hat es zehnmal gebraucht: Aufschlag 1, Aufschlag 2. Anscheinend machen Sie gerade einen Tenniskurs. Das mag sein.

(Heiterkeit – Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein!
Ich bin Badmintonspieler!)

Ich bin bei diesem Thema, Kollege Kretschmann, an einem Dialog in den nächsten Wochen hier im Landtag interessiert. Das Kultusministerium und das Sozialressort arbeiten derzeit ein Konzept aus. Erwin Teufel hat gesagt, in drei Wochen liege es fachlich fertig vor. Dann sind wir gern zu einer Debatte über die weitere Entwicklung bereit.

Ich stelle fest, dass Baden-Württemberg bisher die Weiterentwicklung des Bildungs- und Betreuungswesens im Rahmen dessen, was finanzierbar ist, in ersten Stufen unternommen hat: „Familienfreundliches Baden-Württemberg“,

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht!
Rote Laterne!)

Ausbau der Ganztagschulen auch mit Mitteln des Bundes

(Abg. Zeller SPD: Nur mit Mitteln des Bundes, ausschließlich!)

und die Sprachförderung, im Augenblick durch die Stiftungs-GmbH finanziert. Jetzt stelle ich weiter fest, dass die Schulfähigkeit bei vielen Kindern erreicht wird, aber bei ei-

ner wachsenden Minderzahl noch nicht. Das hat mit Elternhaus, Umfeld, Kindergarten und Gesellschaft zu tun.

Jetzt lese ich, Kollege Kretschmann, dass der DIHK, die deutsche Wirtschaft, wörtlich vorschlägt: Kinder auf die Schule vorbereiten. Deswegen sollte im fünften Lebensjahr ein Kita- oder Kindergartenbesuch verpflichtend und gegebenenfalls kostenfrei sein. Vorschlag DIHK!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was sagen die zur Finanzierung?)

– Gleich, Kollegin Haußmann, gleich!

Zweitens bekomme ich Post vom Landesfamilienrat. Der ist dafür. Der Frauenrat kommt auch noch; glauben Sie es mir. Dann wird es schwierig in der zweiten und dritten Reihe bei Ihnen. Dann sind Sie vorne ganz allein, Kollege Kretschmann. Garantiert!

(Heiterkeit bei der CDU)

Dann bekomme ich Unterstützung von den Grünen auf Bundesebene: Grüne fordern kostenloses Vorschuljahr. Ein Konzept, erarbeitet von Frau Künast, Kollegin Göring-Eckardt, Geschäftsführerin Lemke und Frau Roth – vier Frauen. Anscheinend sind Sie als letzter Patriarch in Ihrer Partei in dieser Frage relativ allein.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE:
Tennis spielen kann man nur zu zweit!)

Dass derzeit 95 % der Kinder in den Kindergarten gehen, stimmt. Aber ich muss sagen: Ich habe erlebt, dass Kindergartenpartizipation ein Recht und keine Pflicht ist und deswegen Kindergarteneltern bei der Frage „Wann kommen die Kinder? Sind sie an jedem Tag da? Wann werden sie abgeholt?“ eher ihre Freizeitplanung in den Mittelpunkt rücken als die Interessen des Kindes, die Pädagogik und die Interessen der Gemeinschaft, der Gruppe und der Kinderbetreuerin. Deswegen muss es doch erlaubt sein und darf nicht nur ein „Aufschlag“ und nicht nur eine Überschrift sein, über die Frage, ob man das Jahr vor der Schule mehr in die Pflicht nimmt, in jeder Beziehung aufwertet und so für mehr Kinder Sprach- und Schulfähigkeit erreicht, zu sprechen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wer soll das bezahlen?)

Da es auch um Finanzen geht, legen wir am besten vor den Gesprächen mit den Kommunen die Karten nicht auf den Tisch; denn im Pokerspiel gewinnt der, der die Karten oben hat und nicht auf dem Tisch zeigt, ob er Joker und gute Karten hat. Deswegen ist meine Bitte: Geben Sie uns im Interesse des Landes zu den Verhandlungen mit den Kommunen Zeit. Wir reden dann im Sommer im Landtag gerne vertiefend darüber.

Letzter Punkt: Energie Baden-Württemberg. Erwin Teufel hat völlig im Einklang mit der CDU-Fraktion und der Koalition die Legende nochmals dargelegt.

(Abg. Drexler SPD: Ja, die Legende! Richtig!)

– Legende heißt Geschichte, Kollege.

(Oettinger)

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Ja, ja! Die Legende!)

Wenn Sie ein bisschen sprachfähig sind – –

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie können auch kein Hochdeutsch!)

Nach dem Verkauf der Landesanteile, als damals die EdF „ein Viertel plus eins“ sagte, haben die OEW ein Interesse an einem Vertrag mit der EdF gehabt. Da war das Land längst aus dem Spiel. Die an den OEW Beteiligten haben damals gesagt, sie würden sich gern für zehn Jahre in der Unternehmensstrategie abstimmen. Sie haben ihre Aktien gebündelt, und darauf hat die EdF gesagt: „Dann bitte auf Augenhöhe; dann hätten auch wir gern 34,5 %, wie die OEW als Vertragspartner haben.“ Dann war die Stadt Stuttgart bereit, ihre 9 % zu veräußern. So entstand die Augenhöhe in Höhe von 34,5 %. Genau die war das Konstrukt, mit dem die Energie Baden-Württemberg in schwierigen Jahren unternehmerisch im Aufsichtsrat geführt worden ist.

Was nicht eintrat, war der Börsengang. Den haben die Unternehmensführer, die früheren Anteilseigner, eigentlich alle gewollt. Wir haben nicht gesehen, dass die Börsenentwicklung und die Wirtschaftsentwicklung einen Börsengang im Grunde genommen vereitelt hätten. Das haben wir nicht gesehen, wie es auch anderen in der Weitsicht nicht erkennbar war.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

In den Jahren 2001, 2002 und 2003 gab es kaum einen Börsengang. Nun werden die Aktien, die in Frankfurt liegen, plötzlich zurückgegeben, und die EdF sagt klar: „Wir kaufen alles, aber wir wollen nicht die Mehrheit aus Zwang.“

(Abg. Zeller SPD: Obwohl vorher behauptet worden ist, dass dem nicht so sei!)

Wer den Börsengang in den nächsten Jahren erreichen will, muss deswegen jetzt dafür sorgen, dass der Aktionär, der das größte Aktienpaket hat, überhaupt noch ein Interesse am Börsengang behält. Darum geht es.

(Abg. Zeller SPD: Richtig! Sagen Sie das mal Herrn Teufel!)

Deswegen war es notwendig, für die beiden Pakete – 4,49 und 5,94 – zu verhandeln, wie es den OEW zumutbar bleibt, sodass für künftige Optionen an der Börse, in der Marktwirtschaft, die Augenhöhe statt Übernahme und Einverleibung in Frankreich der richtige Mittelweg ist. Darum geht es.

(Abg. Zeller SPD: Die Versprechungen sind nicht eingehalten, die die EdF vorher offensichtlich gegeben hat! Darum geht es hier!)

Dies haben Sozialdemokraten im Bodenseekreis genauso gesehen.

(Zurufe von der SPD: Ja, natürlich!)

Deswegen kam der einstimmige Beschluss des dortigen Kreistags zustande. Dies haben auch grüne Demokraten im Alb-Donau-Kreis genauso gesehen. Deswegen gab es auch

dort einen einstimmigen Beschluss. Deswegen haben es auch die Kollegen der Grünen im Bodenseekreis und in Biberach so gesehen und zugestimmt.

(Abg. Schmiedel SPD: Und der Wirtschaftsminister?)

Wenn die neun Abgeordneten der Grünen im Landtag anderer Meinung sind, dann haben Sie, Kollege Kretschmann, ein Glück und ein Pech. Das Glück: Sie sind mehr als in der Betreuungspolitik; Sie sind nicht einer, sondern neun. Das Pech: Sie sind nur neun, während die Grünen im Land in dieser Frage bei uns und nicht bei Ihnen sind.

(Abg. Drexler SPD: Und Sie haben einen anderen Wirtschaftsminister! Das ist Ihr Pech! Sie haben einen Wirtschaftsminister, der das für Blödsinn hält!)

Deswegen ist diese Politik für die Arbeitsplätze und den Standort die richtige. Mehr dazu am Freitag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Kein Wort zur FDP! – Abg. Drexler SPD: Das war wieder eine Legendenbildung! Das war die größte Legendenbildung, die ich gehört habe!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4002.

Ich rufe auf

Kapitel 0201

Staatsministerium

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0201 wird mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4042-1.

(Präsident Straub)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Oettinger CDU: Sie überlegen noch!)

Gegenstimmen? –

(Abg. Drexler SPD: Das ist eure Einsparpolitik! Pfeifen unterstützt ihr! Und Leistungsorientierung wollt ihr unterstützen! – Gegenruf des Abg. Oettinger CDU – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Pfeifen unterstützt ihr!)

Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0204 in der Fassung der Vorlage abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Dem Kapitel wurde einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Alfred Haas CDU: Nicht einmal der Führungsakademie stimmen sie zu!)

Enthaltungen? – Dem Kapitel wurde bei mehreren Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4042-2. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 02.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:21 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:29 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4003

Berichterstatter: Abg. Schneider

Berichterstatter zur Denkmalpflege, zum Bau- und Wohnungswesen: Abg. Schmiedel

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Herr Abg. Heinz, Sie haben das Wort.

Ich möchte noch nachtragen: Redezeit 15 Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Vorbereitung meiner Rede bin ich zufällig auf die Protokolle von früheren Beratungen gestoßen. Mir ist beim Durchlesen aufgefallen, dass in jedem Jahr

(Abg. Stickelberger SPD: Guter Mitarbeiter!)

– nein, nein – von gravierenden Ausgabenverminderungen und erheblichen Einschnitten die Rede war. Der Haushalt des Innenministeriums musste Einsparauflagen zwischen 30 Millionen € und 40 Millionen € verkraften, und auch für dieses Jahr und für 2006 weist die Liste, die der Ministerrat beschlossen hat, gravierende Einsparvorschläge auf. Das tut weh, ist aber nicht zu vermeiden, wenn wir sicherstellen wollen, dass die Neuverschuldung nicht immer stärker ansteigt. Knapp 2 000 Millionen Euro, das ist nach meinem Geschmack das Ende der Fahnenstange. Mit Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland und im Interesse der nachfolgenden Generationen müssen wir bereit sein, Einschnitte auch in Bereichen hinzunehmen, in denen es der CDU-Fraktion sehr schwer fällt.

Der Haushalt des Innenministeriums weist in den beiden Haushaltsjahren eine Einsparauflage von 32,6 Millionen € bzw. von 41,8 Millionen € auf. Ich gebe gerne zu, dass uns diese Kürzungsaufgaben ganz schön zu schaffen gemacht haben, denn wir müssen im Haushalt des Innenministeriums einige gewichtige Politikfelder abdecken. Neben der Bildungspolitik ist die innere Sicherheit ein Schwerpunkt der Landespolitik und ein Markenzeichen der CDU.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Oh! Wo ist denn die CDU?)

Wir haben seit Jahren – trotz der neuesten Meldungen in der Presse – die niedrigste Kriminalitätsrate und dank der ausgezeichneten Arbeit unserer Polizei mit die höchste Aufklärungsquote im Bundesgebiet. Ein wichtiger Grund dafür, dass die Polizei in Baden-Württemberg gut aufgestellt ist, liegt nach meiner Meinung im Technikzukunftsprogramm. Wir waren mit die Ersten in Deutschland, die über das Instrument Leasing den Fuhrpark der Polizei runderneuert haben. Neue Hubschrauber, Polizeiboote, Pistolen und Schutzwesten sorgen dafür, dass unsere Polizei die am besten ausgerüstete in ganz Deutschland ist.

(Heinz)

In den nächsten Jahren müssen wir uns vor allem auf die Einführung der digitalen Funktechnik konzentrieren. Ich würde mir wünschen, dass sich der Bund endlich einmal bewegt und mehr als die bisher angebotenen 10 % der Kosten übernimmt. Auf der einen Seite macht Schily aus dem Bundesgrenzschutz eine Bundespolizei. Er will zentrale Strukturen beim Verfassungsschutz und bei der Terrorismusbekämpfung schaffen, aber wenn es auf der anderen Seite um eine gerechte Verteilung der Investitionskosten für den digitalen Funk geht, kneift er.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Oh! – Abg. Junginger SPD: Wer hat es denn seit zwei Jahren verschlafen?)

– Ich komme gleich darauf. – Das Land hat Verpflichtungsermächtigungen von 467 Millionen € im Jahr 2006 für den digitalen Funk bereitgestellt. Jetzt kommt es: Was Schily nun machen will, nämlich einen Alleingang, indem er flächenhaft an einzelnen Bruchstücken eine digitale Funkversorgung aufbaut, ist bestimmt nicht das Gelbe vom Ei. Das halte ich für einen falschen Weg.

(Abg. Junginger SPD: Weil wir uns nicht geeinigt haben! – Abg. Gall SPD: Weil Sie nicht in der Lage sind, etwas zu machen! – Abg. Oelmayer GRÜNE: Dann machen wir lieber gar nichts!)

Lassen Sie mich abschließend zum Thema Polizei noch auf den Antrag zur Stellenhebung im mittleren Dienst hinweisen, den wir Ihnen heute in enger Abstimmung mit der FDP/DVP-Fraktion vorlegen. Leider stehen uns nicht mehr Mittel als die 300 000 € zur Verfügung. Wir wollen aber damit einen Beitrag zur Verkürzung der Wartezeiten für die Beförderung von Beamten im mittleren Dienst leisten. Diese liegen immerhin zwischen sechs und acht Jahren. Wir können mit diesen Mitteln weitere 58 Stellenhebungen vornehmen. Dabei ist uns natürlich schon klar, dass es sich hier um keine gewaltige Verbesserung handelt. Aber ich denke, es ist ein Signal, und es wird deutlich, dass wir um das Problem wissen und uns um Lösungen bemühen. Im Übrigen freue ich mich sehr, dass es uns gelungen ist, Eingriffe in die freie Heilfürsorge zu vermeiden.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Feuerwehren zu sprechen kommen. Freiwillige und Berufsfeuerwehren sind ebenfalls ein wichtiger Baustein im Netzwerk der inneren Sicherheit. In den letzten Jahren mussten wir im Landtag Debatten über Entnahmen aus der Feuerschutzsteuer und den Ausgleich durch originäre Landesmittel führen. Erfreulicherweise können wir heute feststellen, dass sich die Feuerschutzsteuer positiv entwickelt hat und wir wahrscheinlich bald den von den Feuerwehren anvisierten Wert von rund 50 Millionen € erreichen werden. Die CDU-Fraktion anerkennt und schätzt die Leistungen unserer fast 100 000 aktiven Feuerwehrleute, die neben den Berufsfeuerwehren ehrenamtlich tätig sind und für die Allgemeinheit einen wichtigen Dienst leisten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Seltenreich SPD)

Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass es die Finanzlage zulassen würde, mehr im Feld „Katastrophenschutz und Vorsorge“ zu tun. Nach den umfangreichen Beschaffungs-

programmen der letzten Jahre stehen meines Erachtens vor allen Dingen kontinuierliche Übungen auf dem Plan, auch länderübergreifende Übungen. Ich glaube, dabei haben wir noch einen gewissen Nachholbedarf.

Ich bin gespannt auf die Umsetzung der neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland, die der Bund gemeinsam mit den Landesinnenministern entwickelt hat. Risikoanalysen müssen erstellt werden, Zentrallager in den Bundesländern geschaffen und Taskforces aufgebaut werden. Da wird sich in den nächsten Jahren sicherlich noch einiges verändern müssen.

Lassen Sie mich ein weiteres Thema ansprechen, das mir besonders am Herzen liegt. Unbestritten ist der so genannte genetische Fingerabdruck ein überaus erfolgreiches Mittel zur Aufklärung von Straftaten und damit letztlich auch zur Prävention. Es ist schon merkwürdig, dass immer dann, wenn ein prominenter Zeitgenosse – in diesem Fall Herr Moshhammer – betroffen ist, die Politik aktiv wird. Ich habe mich schon vor zwei Jahren in meiner Haushaltsrede – das habe ich übrigens auch nachgelesen – mit diesem Thema beschäftigt und habe schon damals festgestellt, dass man mehr tun müsste.

(Abg. Stichelberger SPD: Das ist doch aufgrund geltenden Rechts erfolgt!)

und habe mich für eine Ausweitung der DNS-Analyse ausgesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Oelmayer GRÜNE: Der Fall Moshhammer ist ja gerade der Gegenbeweis, Kollege Heinz!)

Ich bin sehr dafür, dass der genetische Fingerabdruck etwa durch eine Speichelprobe neben dem herkömmlichen Fingerabdruck und Fotoaufnahmen zum Standard bei jeder normalen erkennungsdienstlichen Behandlung durch die Polizei wird. Eine richterliche Anordnung halte ich dafür nicht für notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde, die in manchen Medien aufgezeigten Horrorszenarien, man wolle damit das Erbgut ausforschen, sind maßlos übertrieben. Zum einen hat die Polizei gar nicht die technischen Möglichkeiten dazu, zum anderen hat sie auch keine Zeit und kein Motiv für eine derartige Nachforschung.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Heinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stichelberger?

Abg. Heinz CDU: Gerne, ja.

Abg. Stichelberger SPD: Herr Kollege, stimmen Sie mir zu, dass die erfolgreiche Aufklärung im Fall Moshhammer – was die DNA-Analyse angeht – aufgrund der bestehenden Rechtslage erfolgt ist und dass es hierfür keiner Neuerung der gesetzlichen Regelung bedurfte?

(Abg. Blenke CDU: Das war doch nur der Anlass für die Diskussion! – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Abg. Heinz CDU: Herr Stichelberger, selbstverständlich stimme ich Ihnen zu. Aber es geht doch gerade darum, dass man mehr machen sollte als im Fall Moshammer.

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn „mehr“?)

Wir hätten viel größere Möglichkeiten, Straftaten aufzuklären und vor allen Dingen präventiv tätig zu werden. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Präventiv eine DNA-Analyse? Erklären Sie das einmal! – Zuruf des Abg. Junginger SPD)

– Ich erkläre es Ihnen einmal.

(Abg. Drexler SPD: Erklären Sie einmal, wie Sie das präventiv machen wollen!)

Die Polizei vergleicht die DNS-Strukturen anonym.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Wer in der Tätersuche per DNS-Analyse eine Einschränkung der Bürgerrechte sieht, wie man es auch von der FDP gelegentlich zu hören bekommt,

(Abg. Drexler SPD: Wo ist denn die FDP?)

der sollte nach meiner Meinung die Bürger selbst fragen, ob Täterschutz oder Opferschutz wichtiger ist.

(Abg. Blenke CDU: Jawohl! – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Vor diesem Hintergrund plädiere ich dafür, dass sich Baden-Württemberg der Bundesratsinitiative von Bayern und Hamburg anschließt, um zu erreichen, dass DNS-Muster zum Standardmittel bei der erkennungsdienstlichen Behandlung von Straftätern werden.

(Abg. Drexler SPD: Wo ist der Justizminister?)

Ich möchte noch etwas zur Integration, zum Zuwanderungsgesetz sagen. Erfreulicherweise gehen die Zahlen der Asylbewerber seit einigen Jahren kontinuierlich zurück. Ich würde mir wünschen, dass die Innenminister möglichst bald auch eine Lösung für die bisher ungesteuerte Zuwanderung der jüdischen Kontingentflüchtlinge finden würden.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Mit der Novellierung des FlüAG ist es gelungen, die aufwendigen Spitzabrechnungen durch Pauschalen zu ersetzen und dadurch den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

(Zuruf von der SPD: Verlagerung auf die Kommunen!)

Ich begrüße es, dass Innenminister Rech – genau wie sein Vorgänger – dafür steht, dass Asylbewerber, deren Antrag rechtskräftig abgelehnt wurde, unser Land grundsätzlich wieder verlassen müssen. Immerhin wurden im Jahr 2004 3 164 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben. Besondere Priorität hat die rasche Ausweisung und Abschiebung ausländischer Straftäter. Im Gegenzug müssen wir uns –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Heinz, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

(Abg. Blenke CDU: Das ist halt das einzige Thema, das Frau Utzt hat!)

Abg. Heinz CDU: Jawohl. Ihr Spezialthema, Frau Utzt!

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Heinz, Sie haben vorhin erklärt, dass Sie sich dafür einsetzen möchten, dass abgelehnte Asylbewerber unverzüglich abgeschoben werden. Wie stehen Sie zur Genfer Flüchtlingskonvention?

(Abg. Junginger SPD: Und kennen Sie die?)

Abg. Heinz CDU: Das ist sicherlich kein Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention. Wir schieben ja nur in diejenigen Länder ab, die im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention die Bestimmungen erfüllen. Da muss man sich vorher bei den Außenministerien und Konsulaten erkundigen. Nur in solche Länder wird abgeschoben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Wir respektieren die Genfer Flüchtlingskonvention.

Im Gegenzug müssen wir unsere Anstrengungen zur Integration derjenigen ausländischen Mitbürger, die einen Aufenthaltstitel erhalten haben, verdoppeln. Ohne Mittel der Landesstiftung, des Bundes und der EU geben wir im Land Baden-Württemberg im Jahr 41 Millionen € für diesen Bereich aus.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Differenzieren Sie das mal!)

Ziel muss es sein, die Sprachentwicklung und die Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund so früh und so nachhaltig wie möglich zu fördern.

Sicher erwarten Sie auch eine Aussage zu den nicht unbeachtlichen Eingriffen in die kommunale Finanzmasse.

(Zustimmung bei der SPD)

Natürlich schmerzt ein solcher Eingriff, vor allen Dingen wenn man selber aus dem kommunalen Lager kommt so wie ich.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber?)

Die Finanzverteilungskommission, in der man versucht hat, Lösungen zu finden, konnte sich nicht einigen. Das war wahrscheinlich auch nicht zu erwarten, ich jedenfalls hatte nicht damit gerechnet. Sie alle wissen aber um den beispiellosen Einbruch aller Einnahmen von öffentlichen Körperschaften, wie Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen. Das Problem des Landes sehe ich, obwohl der Herr Ministerpräsident heute Morgen eher auf die Einnahmeseite geschaut hat, vor allen Dingen auf der Ausgabenseite. Wenn ich mir die anschau, sehe ich, dass die Gesamtausgaben des Landes in den letzten Jahren eine deutlich stärkere Dynamik aufgewiesen haben als die der Kommunen. Wir hatten von 1993 bis 2003 beim Land 2 % Zuwachs, die Kommunen dagegen nur 0,5 %. Hauptursachen für die Steigerungen beim Land waren, dass die neuen Länder in den Finanz-

(Heinz)

ausgleich einbezogen wurden und bei den Personalausgaben ein Anstieg erfolgte. Das ist ein wichtiger Punkt, der einem zu denken geben muss. Wir hatten in jedem der letzten zehn Jahre einen Anstieg von 2 %.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Obwohl ihr doch ab-
baut!)

Dazu kommt noch der dramatische Anstieg bei den Versorgungslasten, die heute Morgen überraschenderweise gar kein Thema waren.

Vor diesem Hintergrund und unter Einbeziehung der doch sehr unterschiedlichen Schuldenstände von Land und Kommunen wird deutlich, dass das Land erheblich größere strukturelle Probleme hat als die Kommunen. Der Eingriff von 304 Millionen € im Jahr 2005 und von 350 Millionen € im Jahr 2006 war deshalb wohl nicht zu vermeiden. Positiv ist meines Erachtens zu vermerken, dass der Eingriff auf diese beiden Haushaltsjahre beschränkt bleibt und für die kommenden Jahre wieder neu verhandelt werden muss.

Bei der horizontalen Verteilung sind wir den kommunalen Landesverbänden weitgehend entgegengekommen. Es gab sicher gewisse Veränderungen, aber wir haben die Wünsche berücksichtigt.

Abschließend möchte ich mich für unsere Fraktion beim Innenminister und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums herzlich für ihre Arbeit und für ihren Einsatz bedanken. Danken will ich auch allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren nicht immer einfachen Dienst und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Döring
FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Innenministeriums rechtfertigt im Zahlenspiel von Einnahmen und Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen, globalen Minderausgaben, Einsparauflagen und dem dazugehörigen Stellenplan und nach den Erörterungen im Finanzausschuss kaum eine längere Behandlung. Er verdient das Schlagwort: Schmalhans ist Küchenmeister.

Eher lässt sich schon über die handelnden Personen reden, und zwar mit dem notwendigen Galgenhumor. Der eigentliche Innenminister ist aus Frustration über die Finanzknappheit und die fehlenden Gestaltungsmöglichkeiten als Vorstandslehrling zur Staatsbrauerei mit der Kultmarke „Tanzenzäpfle“ davongelaufen.

(Abg. Blenke CDU: Billig!)

Sein Staatssekretär ist zum Minister aufgerückt und dirigiert als Mario Adorf der CDU die Innenstaatsgeschäfte

(Heiterkeit bei der SPD)

mit dem Geigenbogen,

(Abg. Blenke CDU: Das ist der blanke Neid!)

um sich gleichzeitig in der Öffentlichkeit gern als praktizierender Kampfsportler – Boxen – ablichten und bewundern zu lassen. Einen Staatssekretär hat er nicht bekommen, obwohl er den dringend nötig hätte.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich denke, ihr seid
gegen Staatssekretäre!)

Aber Spaß und Ironie beiseite. Die Lage ist ernst, weil die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen versagt haben. Das wird sich mit diesem Haushalt, soweit es um die Innenpolitik geht, auf jeden Fall fortsetzen. Ein Regierungswechsel tut Not, um das Land vorwärts zu bringen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch
GRÜNE – Abg. Blenke CDU: Steht da „Beifall“
auf dem Blatt?)

Während ich diesen Ansatz in mehreren Politik- und Sachbereichen der Innenpolitik darstellen und begründen werde, werden sich in weiteren Redebeiträgen für die Fraktion mein Kollege Günter Fischer mit der Ausbildungssituation bei der Polizei und mein Kollege Rolf Gaßmann mit der neu ins Innenministerium abgegebenen Wohnbauförderproblematik auseinandersetzen.

(Abg. Blenke CDU: Sprechen da alle bei euch?)

– In 22 Minuten, meine Herren Kollegen, lässt sich ja doch einiges darstellen.

Stellv. Präsident Birzele: 19 Minuten, bitte.

(Heiterkeit – Abg. Fischer SPD: 20!)

Abg. Junginger SPD: Also gut. Dann werde ich, Herr Präsident, anderthalb Minuten einsparen.

Kernaufgabe des Innenressorts ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Ausschlaggebendes Werkzeug dabei ist unsere Polizei, sowohl was die Verbrechensbekämpfung als auch was die Wahrnehmung der Prävention und die Aufklärung darüber, dass die Polizei Freund und Helfer sein soll, betrifft.

In diesem Zusammenhang sind unabhängig von Kriminalitätsstatistiken – Statistiken, die bemerkenswerterweise dann besonders gut ausfallen, wenn keine Drogenkontrollen durchgeführt werden – die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürger zu gewährleisten. Dies ist die Aufgabe, die wir gemeinsam haben.

Das sollte eigentlich auch und noch mehr für die Bedrohungslage Terrorismus gelten, wobei wir eingedenk der Ereignisse in New York und der Geschehnisse in Madrid mit einem Antiterrorprogramm beispielhaft aufzeigen wollten,

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

wie wir schon im Vorfeld den Gefahren des internationalen Terrorismus, der unverändert als Bedrohungslage gegeben ist – da sind sich alle in diesem Haus einig –, beikommen.

(Zurufe von der CDU)

Nun ist aber in den letzten zwei Jahren alles andere getan worden, als diese selbst gestellte Aufgabe wahrzunehmen.

(Junginger)

Das Antiterrorprogramm ist zurückgeführt worden. Auch in diesem Haushalt – deswegen haben wir Anträge zur Stärkung des Antiterrorprogramms gestellt – wird die Aufgabe nicht so wahrgenommen, wie wir uns das alle mit Worten eigentlich immer gewünscht haben. Dies ist ein Bereich, in dem die Landesregierung mit diesem Haushalt versagt. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema Digitalfunk ist angesprochen worden. Der Innenminister hat kurz nach seinem Amtsantritt gesagt, er gehe davon aus, dass zur Fußballweltmeisterschaft der Digitalfunk auch in unserem Land flächendeckend zur Verfügung stehe. Mittlerweile hat er sich davon überzeugen können, dass dies zu keinem Zeitpunkt ernst gemeint gewesen sein kann, weil die Absprachen der Innenministerkonferenz schon einen Zeitrahmen, der weit über die Weltmeisterschaft hinausgeht, vorgesehen haben.

Das, was wir in den letzten Monaten erlebt haben, ist die mangelnde Bereitschaft, sich auf einen fairen Finanzierungsbeitrag der beiden Seiten zu verständigen. Deswegen nutzt die Verpflichtungsermächtigung mit 400 Millionen € im Haushalt überhaupt nichts, wenn man sich nicht von der illusorischen Vorstellung, der Bund könne 50 % der damit zusammenhängenden erheblichen Lasten übernehmen, entfernt und nicht bereit ist,

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

bei einer sorgfältigen Bewertung einmal nachzuvollziehen – –

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

– Davon kann keine Rede sein. Eine Einigung ist notwendig, meine Herren Kollegen von rechts. Die rückt in immer größere Ferne, wenn illusorische Forderungen gestellt werden.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Wir sind der Meinung: Da bestand die gemeinsame Pflicht, sich kurzfristig auf einen angemessenen Finanzierungsschlüssel zu verständigen. Denn es ist dringend und im europäischen Vergleich seit Jahr und Tag überfällig, dass wir – unser Land ist davon besonders betroffen – endlich mit Digitalfunk in die Lage versetzt werden, Informationen auszutauschen.

(Zuruf des Abg. Klenk CDU)

Dies ist etwas, worüber man nach all den Sonntagsreden, der Bund solle Hunderte von Millionen zur Verfügung stellen, in Richtung einer Verständigung hinwegkommen muss. Das ist die Aufgabe, die im Bereich der Innenpolitik vorrangig zu bewältigen ist, damit wir, wenn nicht zur Weltmeisterschaft 2006, so doch im Laufe der darauf folgenden Zeit bis 2008 in der Lage sind, endlich die Voraussetzungen für unsere Polizei und für weitere Katastrophenschutzbereiche, wo es überfällig ist, zu schaffen.

Das Innenministerium hat sich in der Vergangenheit im Wesentlichen leider mit der so genannten Verwaltungsstrukturreform befasst. Damit hat es andere wichtige Aufgaben zurückgestellt.

(Abg. Stickelberger SPD: Vernachlässigt! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Dabei ist allerdings schon nach einer ersten Bewertung zu sagen: Wer Strukturen zerschlagen hat, die zuvor überzeugend für regionale Bereiche aufgebaut worden sind, wer schon jetzt mit Nachbesserungsforderungen, mit Nachverhandlungsforderungen des Landkreistags konfrontiert wird, der hat seine Aufgabe auch in diesem Bereich nicht ordentlich gemacht, zumal eine Strukturreform auf keinen Fall unter Beibehaltung aller Verwaltungsebenen vorstellbar ist, nachdem in Deutschland der Vorwurf gerechtfertigt erscheint, es gebe eine verantwortungslose Geordnetheit und Strukturen, die sich nur selber trügen, aber nicht in der Lage seien, effektiv zu arbeiten.

(Zuruf von der CDU: Ist das Gutachten von Herrn Hesse bekannt?)

Ich bin bei der Verwaltungshochschule in Speyer in die Diskussion darüber eingebunden, wie diese Reform von Verwaltungswissenschaftlern bewertet wird, was es eigentlich bedeutet, dass keinerlei Aufgabenabbau stattfindet und immer davon gesprochen wird, dieses müsse dann noch nachgeholt werden. Es ist erkennbar, dass nur Bürokratiestrukturen infrage gestellt werden, aber darüber hinaus bisher ein Aufgabenabbau nicht vorgesehen ist. Und das führt auf keinen Fall in die richtige Zukunft.

Ich darf weiter darauf hinweisen, dass es sich auch im Ausländerrecht – beispielsweise in der Härtefallkommission – wieder zeigt, dass eine Einstellung vorhanden ist, die gerade nicht das aufnimmt, was in der Gesellschaft an ehrenamtlichem Engagement vorhanden ist, um Menschen in ihren Schicksalen zu helfen. Sonst käme man nicht auf die Idee, diejenigen auszugrenzen, die sich ehrenamtlich für die Belange und Schicksale von Menschen in schwierigen Situationen einsetzen. Das, was endlos lange Zeit gekreißt hat und jetzt zur Diskussion gestellt wird, ist leider insofern unzulänglich, als man die Asylunterstützungsvereine, die sich ehrenamtlich um die Menschen kümmern, nicht in diese wichtige Aufgabe einbeziehen will.

Es wäre wichtig, uns mit dem Melderecht auseinander zu setzen und die europäischen Angriffe auf unsere Dienstleistungsstrukturen abzuwehren. Wenn wir die Daseinsvorsorge europäisch definieren, ist es auch auf Landesebene dringend notwendig, den Angriffen durch die Dienstleistungsrichtlinie in Bezug auf Wasser- und Grundversorgung in den kommunalen Bereichen energisch entgegenzutreten, weil unser Begriff „Daseinsvorsorge“ auf der europäischen Ebene täglich neu erkämpft werden muss. Da ist der Auftrag gegeben, sich gegen all das zur Wehr zu setzen. Der Bundeskanzler hat in diesen Tagen mit Deutlichkeit gesagt, dass es darum gehe, in Brüssel gemeinsam das zu vermitteln, was für uns als Daseinsvorsorge seit langer, langer Zeit ein Wesenselement kommunaler Gestaltungs politik ist.

Wichtig ist auch, dass wir im Bereich des Sparkassenwesens die Möglichkeiten, die wir uns erkämpft haben, nutzen und dass wir das, was wir im Bereich der Kreditversorgung als bewährte Leistung zur Daseinsvorsorge haben, weiterhin im Auge behalten und aus europäischer Sicht in der Konkurrenz mit privaten Banken bewahren müssen.

(Junginger)

Herr Heinz, Sie haben es völlig richtig angesprochen: Man kommt nicht daran vorbei, zu sehen, wie der „Kommunalminister“ in diesen Haushaltsdiskussionen die Belange der Kommunen wahrgenommen hat. Wir haben im Finanzausschuss die kommunalen Landesverbände angehört und festgestellt, dass der Griff in den kommunalen Ausgleichstopf mit erheblichen Beträgen in den beiden Jahren damit begründet wird, auf diese Weise seien die Schuldsituation und das Risiko des verfassungswidrigen Haushalts des Landes aufzufangen. Gleichzeitig kann unwidersprochen gesagt werden, dass nahezu zwei Drittel unserer Gemeinden keine genehmigungsfähigen Haushalte aufstellen können und dass in diesem Bereich die Reduzierung der Mittel unmittelbar ans Eingemachte geht, weil viele unserer Gemeinden bezüglich ihrer Einnahmensteigerung und ihrer Ausgabenentwicklung mindestens in einer vergleichbar schlechten Lage wie das Land sind. Dieses war unverantwortlich. Der Griff des Finanzministers hätte auf energischen Widerstand des „Kommunalministers“ stoßen müssen.

Sie werden deswegen verstehen, dass wir wesentlichen Punkten dieses Haushalts nicht zustimmen werden.

Danke.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich die voll besetzten Reihen meiner Fraktion sehe, stelle ich fest: Ich darf das Mandat auf gar keinen Fall abgeben.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Das ist schon ein starkes Argument!)

Es ist schon gewaltig hier.

(Unruhe)

Verehrter Herr Junginger, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört, vor allem, nachdem ich noch recht frisch in diesem Bereich bin. „Schmalhans Küchenmeister“ muss nicht das Allerschlechteste sein, finde ich. Das trifft ja quer durch die Etats. Auch das bisschen an Einsparmaßnahmen quer durch die Ressorts ist mit Sicherheit nicht das Dramatische.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Ich würde mir nur einmal als in diesem Fall nicht direkt Betroffener wünschen: Diese Rothaus-Verweise sollte man allmählich endlich einmal lassen. Sie passen einfach nicht mehr in die Landschaft. Das ist wirklich vorbei. Lassen Sie solche Dinge doch bleiben.

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn? – Abg. Junginger SPD: Das ist doch kennzeichnend! Das ist prägend!)

Der Herr Innenminister wird mit der Bezeichnung „Mario Adorf der CDU“ gut leben können. Es gibt sicher schlimmere Beschimpfungen als so etwas.

Aber Herr Junginger, ich war schon mächtig erschrocken, als Sie hier hingestanden sind und gesagt haben, die Regie-

rung gehöre ausgewechselt. Wie viele Regierungsmitglieder wollen Sie denn noch auswechseln? Das muss man auch einmal nüchtern fragen.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Demonstrativer Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Blenke CDU: Das ist lächerlich! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Junginger: Es gehen ja nicht alle freiwillig, so wie Sie! – Unruhe)

Das muss man hier einmal nüchtern betrachten, Herr Junginger. Ich habe heute Vormittag schon nach links und rechts geschaut und muss sagen: Ja sapperlot, lauter Neue!

(Heiterkeit bei der SPD)

Im Übrigen werden Sie, wenn Sie fair und anständig mit denen umgehen, sagen können: Die machen das besser – sie machen das besser, als Rot-Grün das jemals machen könnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Ausgezeichnet! – Buh-Rufe von der SPD)

Jetzt habe ich auffallend viel Beifall von Ernst Pfister bekommen. Das freut mich in diesem Zusammenhang natürlich auch.

Meine Damen und Herren, Sie haben auch die Polizei angesprochen. Natürlich hat Herr Kollege Heinz völlig zu Recht den Dank an die Polizei, die Feuerwehr und auch andere abgestattet. Ich glaube aber, wir müssen uns schon auch an die eigene Nase fassen und sagen: Der Dank ist berechtigt, aber die erwarten schon auch ein bisschen mehr.

Ich fand eines außerordentlich beeindruckend. Ich habe in den letzten Tagen tatsächlich auch noch Zeit für die politische Arbeit gehabt und habe mich mit dem einen oder anderen Vertreter der Polizei unterhalten. Wenn die einem sagen, Herr Junginger: „Für den Moment wissen wir, dass wir nicht mehr erwarten können“, dann nötigt mir das schon Respekt ab. Wenn sie sagen: „Natürlich haben wir eine ganze Reihe von Wünschen,“ – das betrifft die Ausrüstung und in vielen Bereichen das, was auch Sie zu Recht angesprochen haben – „aber wir wissen, dass im Moment nicht mehr geht; doch wir haben natürlich schon eine gewisse Hoffnung auf eine Perspektive“, dann muss man diese Perspektive vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle deutlich machen.

Ich will gern einmal auf die eine oder andere Unterbringung zu sprechen kommen. Sie werden es mir nicht allzu übel nehmen, wenn ich ein Beispiel aus einem mir nahe liegenden Revier nenne. Es geht zum Beispiel darum, wie die Polizisten in dem Autobahnpolizeirevier im Hohenlohischen untergebracht sind. Ich sage Ihnen: Man schämt sich, wenn man da durchläuft. Ich kann es nicht anders sagen. Deswegen darf man es nicht nur bei den anerkennenden Worten belassen, sondern muss vor allem das, Herr Innenminister, was etatisiert ist, auch auf den Weg bringen.

(Abg. Gall SPD: Sie können ja einen Antrag stellen!)

(Dr. Döring)

Ich glaube, dass so etwas mehr zu einer Motivationssteigerung beiträgt als nur warme Worte und Anerkennung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche mir auch sehr deutlich, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten bei der Vielzahl von Themen, die anstehen, bezüglich dessen, was die Beamten betrifft, ein offeneres Verfahren und einen offeneren Umgang miteinander haben. Ich glaube, dass wir uns spätestens im Herbst über das Eckpunktpapier unterhalten müssen. Die Föderalismuskommission ist gescheitert. Ich bedauere das außerordentlich. Aber das Eckpunktpapier „Reform“ muss auf jeden Fall angegangen und dann nach Möglichkeit auch mit den Beamten konkretisiert werden.

Über Leistungselemente sollte man ehrlicher Weise erst dann reden, wenn man auch die Mittel dafür hat. Leistungselemente und eine leistungsgerechte Bezahlung in Aussicht zu stellen und zu merken, dass das ein Nullsummenspiel ist, das wird nicht unbedingt zur Motivationssteigerung beitragen. Ich bin sehr für leistungsorientierte Elemente bei der Besoldung, aber dann muss man bitte auch deutlich machen, dass die Mittel dafür zur Verfügung stehen.

Der Prüfauftrag an das Staatsministerium zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit muss angegangen und muss besprochen werden. Ich bin nachdrücklich dafür, die freiwillige Verlängerung so rasch wie möglich zu gestatten. Nach wie vor ist meine Meinung, dass die Lebensarbeitszeit bei der Polizei nicht erhöht werden soll. Aber auch dort sollte die freiwillige Verlängerung angeboten werden.

Klar ist, dass wir dafür eintreten, dass die Bedingungen im Tarifbereich an die im Beamtenbereich angeglichen werden.

(Abg. Schneider CDU: Tarifabschluss!)

Ich kann nur sagen: dass sie endlich angeglichen werden. Ich will auch deutlich unterstreichen, dass der Tarifabschluss von den Ländern nicht unverändert übernommen werden kann. Die Länder haben ganz andere Personalkosten und ganz andere Personalbedingungen. Deswegen kann er nicht einfach übernommen werden. Allein schon bei der Arbeitszeit müssen wir uns von Länderseite aus natürlich mit einer anderen Position zu Wort melden.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir in verschiedenen Diskussionen zu Recht auch immer wieder auf Folgendes hingewiesen werden: „Ihr geht her, streicht Stellen, ihr nehmt Veränderungen und Einsparungen vor.“ Es wird Zeit, dass eine klare, durchgängige Aufgabenkritik vorgenommen wird: Was muss das Land, was muss der Staat, die öffentliche Hand, selber machen, und was können andere machen? Ich finde es sehr aner kennenswert, dass der Beamtenbund sagt, er bringe eine Aufgabenkritik und eine klare Aufgabenanalyse und werde im Herbst sein Ergebnis dazu vorlegen. Darauf warten alle Beteiligten völlig zu Recht.

Angesprochen wurden vom Kollegen Heinz die Kommunen; hierzu gibt es nichts weiter zu sagen. Die finanzielle Situation ist von Ihnen geschildert worden. Dass kommunale Vertreter das lieber anders sehen würden, wird Ihnen, denke ich, jeder abnehmen. Aber die Bedingungen sind, wie sie sind. Man sollte das Konsultationsverfahren, das es

in Bayern gibt und das von Ihrer Seite aus angesprochen worden ist, meiner Meinung nach ernsthafter ins Blickfeld rücken.

An einer Stelle wehre ich mich gegen die Vorstellungen der kommunalen Seite, nämlich dagegen, bei der Tourismusförderung zur Pauschalierung zurückzukehren. Das kann nicht ernst gemeint sein, und das halte ich nun wirklich für ziemlich daneben. Es ist doch völlig klar, dass wir enorme Vorteile und positive Ergebnisse durch die Objektförderung erreicht haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube auch, dass wir uns Zeit lassen müssen, bevor wir zu einer vor-schnellen, allzu optimistischen Bewertung der Verwaltungsreform kommen. Der Fraktionsvorsitzende Ulrich Noll hat heute Morgen zu Recht darauf hingewiesen, dass dies ein Meilenstein in der Geschichte des Landes und der Landtagsfraktionen ist, die das auf den Weg gebracht haben.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Frage ist, ob der Meilenstein in die richtige Richtung zeigt!)

Aber für eine Bewertung, für eine wirkliche Beurteilung sollte man, meine ich, ein Jahr ins Land gehen lassen, bevor man dazu kommt, hier eine klare, abschließende Beurteilung zu erreichen. Man sollte nicht nach 14 Tagen oder drei Wochen erklären, wie gut dies insgesamt schon gelaufen sei.

Der Kollege Hofer wird zur Wohnungsbaupolitik Ausführungen machen – es ist nachvollziehbar, dass er das macht.

(Zuruf des Abg. Stichelberger SPD)

Ich bin ausgesprochen dankbar dafür, dass der Denkmalschutz bei wohl weiter erschwerten Bedingungen eine exzellente Arbeit für uns in Baden-Württemberg leistet. Ich habe das immer für eine ganz wesentliche Einrichtung bei uns gehalten. Ich hoffe aber, dass die Sorgen und Bedenken, die man im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform bezüglich des Denkmalschutzes hatte, mittlerweile bereits der Vergangenheit angehören. Dass dort eine sinnvolle und wertvolle Arbeit geleistet wird, ist sicher unstrittig.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt aber!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Innenpolitik und innere Sicherheit heißt im Wesentlichen zunächst einmal, die Grundpfeiler, die Grundträger dieses Bereichs – Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und andere Teilbereiche – zu betrachten.

(Abg. Heinz CDU: Wohnen!)

Wenn man sich den Etat einmal genau anschaut, dann sieht man, dass 50 % der Ausgaben in die gerade genannten Be-

(Oelmayer)

reiche gehen. 50 % stehen aber für andere Bereiche zur Verfügung, als da sind die Integrationspolitik, das Verhältnis zu den Kommunen usw.

Ich will einmal die ersten Bereiche, die klassischen Pfeiler der inneren Sicherheit, kurz beleuchten und aufzeigen, wie sie sich nach den Etatberatungen im Finanzausschuss heute dem Parlament darstellen.

Zum Thema Polizei – wir haben darüber bereits bei den letzten Etatberatungen hier im Plenum diskutiert –: Natürlich sind wir allen Beamtinnen und Beamten, die täglich ihren Dienst tun, insbesondere denjenigen, die nach wie vor im mittleren Dienst eingestuft sind, zum Dank verpflichtet; das steht außer Frage. Das schicke ich schon deshalb voraus, damit mögliche kritische Bemerkungen, die ich mir an dieser Stelle auch gestatten möchte, nicht gleich mit der Behauptung abgedeckt werden, wir hätten hierzu ein gestörtes Verhältnis. Personalpolitik heißt aus unserer Sicht im Bereich der Polizei, die Motivation zu fördern, die Ausbildung adäquat zu gewährleisten, also so, dass sie mit dem Schritt hält, was wir an Verbrechen szenarien auch in unserem Land erleben müssen – im Übrigen, wie wir gerade vom Herrn Innenminister haben erfahren müssen, mit steigender Tendenz.

Das bedeutet aber auch, dass es, wenn wir bei Beamtinnen und Beamten Motivation schaffen wollen, nicht genügt, von leistungsgerechter Bezahlung zu sprechen – bei der es am Schluss sogar ein Nullsummenspiel geben kann –, sondern dass wir beispielsweise – das haben wir schon im letzten Jahr intensiv diskutiert – diejenigen, die im mittleren Dienst eingestuft sind, von Kürzungen bei den Sonderzahlungen ausnehmen müssen. Das haben Sie schon im vergangenen Jahr abgelehnt, und Sie haben auch bislang nicht erkennen lassen, dass sich an dieser Position bei Ihnen Änderungen ergeben könnten.

Ein weiterer Punkt, wenn wir von Personalpolitik einmal absehen, ist die technische Ausrüstung. Was Sie heute hier zum Beispiel zum Digitalfunk gesagt haben, bedeutet natürlich, dass man den schwarzen Peter von der einen zur anderen Seite schiebt. Wir brauchen den Digitalfunk. Es war ja lange Zeit ein Szenario im Hinblick auf die Fußballweltmeisterschaft, die auch hier in Stuttgart einen großen Teil der Polizei in Beschlag nehmen wird – im Übrigen nicht nur hier; ich komme nachher noch darauf zu sprechen –, dass wir dort solche modernen Kommunikationstechnologien – ich nenne das mal so – brauchen. Wenn Sie das jetzt damit abtun, dass der Bund nicht genügend Anteile zahle, dann werden wir wahrscheinlich auf lange Zeit diese neue Technologie nicht einführen können und die Kommunikation innerhalb der Polizei nicht so herstellen können, wie sie notwendig wäre. Das ist ein klares Versäumnis sicherlich vonseiten der Verhandlungsführer, letztendlich sicherlich auch vonseiten des Innenministers. Ich bin einfach der Auffassung, dass wir hier anders Druck machen müssen, um diese neuen Technologien durchzusetzen.

Ein weiterer Punkt, der hier angesprochen wurde – Kollege Heinz, auf die Nachfrage des Kollegen Stichelberger haben Sie das ja auch richtigerweise eingeräumt –, ist das Thema der DNA.

(Abg. Heinz CDU: Ich habe nie etwas anderes behauptet!)

Wenn man sich das Vorheft zum Haushalt, Kollege Heinz, anschaut

(Abg. Drexler SPD: Wo ist denn der Herr Goll?)

– das weiß ich nicht; der hat heute wahrscheinlich Urlaub; das spielt aber keine Rolle –, muss man doch die Frage stellen: Was haben Sie denn für eine Zielsetzung?

(Abg. Heinz CDU: Prävention!)

Sagen Sie uns das einmal. Wir gehen zunächst einmal vom unbescholtenen, rechtstreuen Bürger aus. Wir gehen nicht davon aus,

(Abg. Drexler SPD: Dass alle strafbar sind!)

dass alle potenzielle Straftäter sind, die wir am besten alle in einer DNA-Datei erfassen müssen und wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Gleich bei der Geburt! – Abg. Stichelberger SPD: Pränatal! – Abg. Drexler SPD: Der Herr Heinz will die DNA-Analyse gleich nach der Geburt! – Abg. Heinz CDU: Nur Straftäter will ich erfassen, nicht alle Bürger! Sie verwechseln da etwas!)

Die bisherige Regelung, Kollege Heinz, hat gerade in den Fällen, die dann immer zur politischen Debatte im Land führen, zur Folge gehabt, dass die Aufklärung mit den bisherigen DNA-Regelungen erfolgreich hat durchgeführt werden können.

(Abg. Heinz CDU: Das soll noch besser werden!)

Da müssen Sie sehen, Kollege Heinz: 70 000 Menschen sind in Baden-Württemberg schon erfasst.

(Abg. Drexler SPD: Unter anderem die ganze CDU-Fraktion! – Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Bei den Straftaten ihrer Minister! – Gegenruf des Abg. Heinz CDU: Sehr witzig!)

Wo ziehen Sie denn die Grenze? Wollen Sie in Zukunft jeden Ladendieb einer DNA-Analyse unterziehen?

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Auch dies, Kollege Schneider, wird in diesem Hause schon diskutiert. Wir lehnen ein solches Vorgehen ab. In diesem Fall, so sagen wir, haben Bürgerrechte Vorrang vor einer endlosen Aufklärungssicherheit, die Sie angeblich damit erreichen wollen.

(Abg. Schneider CDU: Nicht angeblich!)

Diese wird es in einer demokratischen Republik nicht geben können, und deswegen lehnen wir dies ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Heinz CDU: In Großbritannien gibt es die auch!)

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Ich habe mir, Herr Kollege Heinz, auch die Mühe gemacht, die Protokol-

(Oelmayer)

le, wenn auch nicht so präzise und nicht so umfassend wie Sie, nachzulesen.

(Abg. Heinz CDU: Gut!)

Da geht es zum Beispiel – das ist mein nächster Punkt – um das Thema der Verfassungsschutzbehörden hier in Baden-Württemberg, aber auch darüber hinaus. Hier hätte ich eigentlich erwartet, dass diejenigen, die dafür zuständig sind und die die Kompetenzen haben, darüber zu verhandeln, nicht nur mehr Kooperation zwischen den 16 Landesverfassungsschutzbehörden und den drei Verfassungsschutzbehörden, die wir auf Bundesebene haben, durchsetzen, sondern auch ernsthaft einmal die Frage diskutieren, in welcher Form wir in diesem Bereich noch mehr Effizienz gewinnen können. In einem zusammenwachsenden Europa, in einem durchaus globalisiert auftretenden Kriminalitätsgeschehen sind wir der Auffassung, dass gerade bei der Terrorismusbekämpfung einzelne Verfassungsschutzbehörden, verteilt auf 16 Länder, gar nicht effizient im Sinne der Sicherheit arbeiten können. Aber auch hier Fehlanzeige, kein Weiterkommen in diesem Bereich.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

– Kollege Schneider, Sie haben sich offensichtlich auch nicht kundig gemacht. – Insofern ein Versäumnis der Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt zum Thema Effizienz von Polizeieinsätzen, den ich jetzt fast vergessen hätte.

(Oi-Rufe – Abg. Fischer SPD: Jetzt wissen wir, was kommt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie gestatten mir, dass ich noch einmal ganz kurz auf den Vorgang

(Abg. Heinz CDU: Quacksalber!)

einer Polizeirazzia auf einem Biobauernhof in Oberschwaben zu sprechen komme, einfach deshalb, um Ihnen einmal zu dokumentieren, wofür 280 Polizeibeamte für Kosten in Höhe von 100 000 € eingesetzt worden sind: für genau diese Ringelblumensalbe,

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von allen Fraktionen: Ah!)

die ich jetzt ganz gern dem Innenminister übergebe, damit er auch weiß, welches Produkt zu dieser Initiative geführt hat.

(Der Redner übergibt dem Innenminister eine Dose Ringelblumensalbe. – Abg. Drexler SPD: Sag einmal! – Beifall bei den Grünen – Abg. Fischer SPD: Das ist Bestechung! – Abg. Drexler SPD: Für was oder gegen was ist die Salbe?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, jetzt hätte ich beinahe das Wort weitergegeben. Aber Sie kommen ja zurück.

(Heiterkeit)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich komme zurück, Herr Präsident.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Für was ist die Salbe?)

– Das ist eine so genannte Ringelblumensalbe.

(Abg. Stickelberger SPD: Hilft die meinen Knien?)

Auf der Dose steht, Kollege Drexler, „Atem frei“.

(Abg. Heinz CDU: Was ist mit dem Haschisch?)

Das wurde als Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz betrachtet, und deswegen hat man 280 Beamte eingesetzt, um diese Ringelblumensalbe angeblich wegen eines Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz sicherzustellen.

(Zurufe, u. a. Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, ist Werbung im Parlament eigentlich erlaubt? Das sind wahrscheinlich Nebeneinkünfte von ihm!)

Das zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, dass wir auch in diesem Bereich manchmal mit weniger Aufwand vielleicht mehr Effizienz erreichen können. Das ist ja nicht der einzige derartige Vorgang, aber ein exemplarischer, den ich hier noch einmal darzustellen versucht habe.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich will unabhängig von den Bereichen der unmittelbaren inneren Sicherheit noch auf zwei andere Punkte zu sprechen kommen, die im Innenetat auch eine Rolle spielen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Kollege Junginger hat die Härtefallkommission schon angesprochen, aber er hat sich hauptsächlich zu deren Zusammensetzung geäußert. Seit 1. Januar dieses Jahres haben wir ein neues Zuwanderungsrecht. Ich bin froh darüber, dass wir dieses haben, weil wir zwischenzeitlich – und ich hoffe, das findet auch Ihre Zustimmung – die Zuwanderung in unser Land, in die Bundesrepublik Deutschland, geregelt zulassen können.

(Abg. Wieser CDU: Das hat doch der Fischer geregelt! Das hat der doch in Kiew geregelt! Die Fischer-Regelung! – Abg. Hauk CDU: Fischer und Volmer! – Das ist doch eindeutig geregelt!)

Darüber hinaus gibt uns dieses Recht die Möglichkeit, Kollege Hauk

(Abg. Wieser CDU: Die Joschka-Regelung!)

– jetzt hören Sie doch gut zu; ich glaube, das interessiert Sie gar nicht, aber Sie sollten trotzdem zuhören, dann können Sie etwas dazulernen –, in den Ländern – und da haben wir die Kompetenz und, denke ich, auch die Pflicht – eine so genannte Härtefallkommission einsetzen.

(Abg. Blenke CDU: Kommt doch!)

– Ja, „kommt doch“. Bei euch kommt immer alles, und dann dauert es Jahre, bis sich etwas bewegt. Ich komme gleich noch auf einen weiteren Bereich zu sprechen.

(Oelmayer)

(Abg. Blenke CDU: Gut Ding will Weile haben! –
Abg. Drexler SPD: „Alles“ kommt da überhaupt
nicht! Es kommt da gar nichts mehr! – Vereinzelt
Heiterkeit)

– Manchmal kommt gar nichts.

(Heiterkeit)

– Der Punkt ist der: Seit 1. Januar könnte es, und das ist gar nicht zum Lachen, liebe Kolleginnen und Kollegen – – Seit neun Jahren bin ich Mitglied des Petitionsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, und in den letzten anderthalb, zwei Jahren haben wir fraktionsübergreifend immer wieder Fälle von Familien zurückgestellt, die seit vielen Jahren nach allen integrationspolitischen Forderungen hier leben, sich in der Bundesrepublik aufhalten.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Um diesen Menschen den Aufenthalt in der Bundesrepublik zu sichern, brauchen wir die Härtefallkommission. Fehlanzeige! Die Landesregierung kommt nicht zu Potte. Wahrscheinlich wird es vom scheidenden Ministerpräsidenten oder wem auch immer blockiert. Hierzu hätte ich ganz gern am heutigen Tag eine Erklärung des Innenministers,

(Abg. Drexler SPD: Vom neuen Ministerpräsidenten!)

was denn nun mit dieser Härtefallkommission wird, ob und gegebenenfalls wann sie kommt und, wenn ja, wie sie sich zusammensetzt. Dabei können wir uns nur dem anschließen, was Kollege Junginger gesagt hat: Die Menschen, die sich ehrenamtlich um die Betroffenen, die ständig von Abschiebung bedroht sind, kümmern, sollten in diesem Gremium zumindest Wort und Stimme erheben können, weil sie genau wissen, wie es den Menschen draußen geht. Insofern haben Sie, Herr Innenminister, dort eine Bringschuld, und darauf erwarte ich heute eine Antwort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Ringelblumensalbe!)

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte – Kollege Scheuermann ist heute leider nicht da – –

(Abg. Drexler SPD: Oh! Was ist mit dem Kollegen Scheuermann? Das ist ja ein schwerer Verlust! –
Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Er kommt aber wieder!)

– Vielleicht kommt er wieder.

(Abg. Hauk CDU: Nein, er kommt wieder!)

Vielleicht hat er auch gedacht: „Heute lieber nicht“. Denn wir haben mit dem Innenminister ja auch den „Kommunalminister“ auf der Regierungsbank sitzen. Seit Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen – und ich hoffe, so lange wird es mit der Härtefallkommission nicht dauern, weil der Innenminister dazu eine freudige Botschaft zu verkünden hat –, warten wir auf eine Regelung: Sie betrifft das Thema „Partizipation der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene“. Gestern, so habe ich erfahren, hat das Innenministerium verkündet, dass es jetzt tatsächlich einen Gesetzentwurf geben soll, der mehr Partizipation erlauben soll. So

weit, so gut. Bravo, Herr Innenminister! Ein Berg kreiße und gebar eine Maus. So kann ich das beschreiben.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Na, na!)

Kollege Schneider, vielleicht kennen Sie die Pressemitteilung noch gar nicht. Dann hören Sie gut zu. Ich trage Ihnen kurz vor, was in der Pressemitteilung drinsteht.

(Abg. Rückert CDU: Hand aus der Tasche!)

Im Wesentlichen steht drin, dass das Quorum von 30 % auf 25 % abgesenkt werden soll.

(Abg. Rückert CDU: Hand aus der Tasche!)

Gigantisch!

Jetzt schauen Sie doch einmal über die Landesgrenze. Bayern ist nahezu in allem besser. Sie sollten sich an Bayern orientieren, und das tun Sie ja sonst auch. Aber ausgerechnet bei der Bürgerpartizipation tun Sie es nicht. Es hätte uns gefreut, wenn Sie das Quorum, so wie das in der bayerischen Regelung vorgesehen ist, entsprechend den Gemeindegößen angepasst hätten. Ein Quorum zwischen 10 und 20 % wäre ein echter Schritt in Richtung Bürgerbeteiligung, in Richtung Partizipation der Menschen in diesem Land gewesen. Trotz langer Verhandlungen mit dem Koalitionspartner – das kann ja wohl nur der Grund gewesen sein – wurde letztendlich nur eine kleine Maus geboren,

(Abg. Schneider CDU: A wa!)

obwohl Sie die Chance gehabt hätten, hier eine echte Reform hinzukriegen und die Menschen mehr an den kommunalen Entscheidungen zu beteiligen. Schade, Herr Innenminister! Wir haben deutlich mehr erwartet und uns mehr erhofft, nachdem es so lange gedauert hat.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Thema Integrationspolitik. Sie haben vorgetragen, Kollege Heinz, 41 Millionen € würden hierfür ausgegeben. Aber, um auf heute Morgen noch kurz zurückzukommen: In Baden-Württemberg verlassen jährlich 75 000 Kinder den Kindergarten, ohne die deutsche Sprache ordentlich sprechen zu können. Hier gibt es Defizite. Ich hätte eigentlich erwartet, dass die Integrationspolitik hier ansetzt. Auch hier Fehlanzeige vonseiten der Landesregierung. Die Aufschlüsselung, die Sie uns geliefert haben, dokumentiert genau, dass hierfür in diesem Land kein Geld zur Verfügung steht. Das ist ein Armutszeugnis, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein Armutszeugnis! Da hätte ich viel mehr von Ihnen erhofft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Heinz CDU: Stimmt doch gar nicht!
Das ist doch nicht wahr, Herr Kollege!)

Herr Kollege Witzel wird nachher noch einige Worte zur Wohnungsbaupolitik sagen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fischer SPD: Er hat keine Redezeit mehr! Kollege Oelmayer, er hat keine Redezeit mehr!)

Stellv. Präsident Birzele: Damit sich der Kollege Dr. Witzel gleich richtig darauf einstellen kann: Seine Redezeit beträgt noch eine Minute und zehn Sekunden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Rückert CDU: Aber schnell!)

Das Wort erhält Herr Abg. Blenke.

Abg. Blenke CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der heutigen Debatte herrscht ja eine recht entspannte Atmosphäre, wahrscheinlich ausgelöst durch den Kollegen Junginger,

(Abg. Junginger SPD: Faschingsnachwirkung! Heringsessen!)

der teilweise fast schon karnevalistische Ansätze in seiner Rede hatte.

(Abg. Stickelberger SPD: Das ist seine Natur! – Abg. Junginger SPD: Das lieben die Menschen!)

– Das ist wahrscheinlich seine Natur.

Ich möchte mich hier auf das Themengebiet Polizei konzentrieren. Erfreulich ist, dass wir uns in der Sache weitgehend einig sind und dass alle Fraktionen – dem will ich mich ausdrücklich anschließen – den Einsatz der Polizeibeamtinnen und -beamten in Baden-Württemberg ausdrücklich anerkennen, loben und dafür ihren Dank aussprechen. Das ist ein sehr verdienter Dank für eine schwierige Aufgabe in schwierigen Zeiten. Das wissen wir alle.

Herr Kollege Junginger, Sie sprachen vorhin davon, dass Schmalhans Küchenmeister sei. Das ist leider so.

(Abg. Junginger SPD: Kassenlage!)

Unter Ihren Forderungen, die Sie stellen – Kollege Fischer wird nachher sicherlich noch einige nachschieben –, gibt es viele, die auch ich für wünschenswert halten würde. Ich würde vielen Forderungen liebend gerne zustimmen. Aber das ist halt auch ein bisschen der Unterschied zwischen Oppositions- und Regierungsarbeit:

(Abg. Junginger SPD: Landesstiftung!)

Sie können Gourmetküche fordern, zur Finanzierung steht aber eben nur Schmalhans zur Verfügung. Das ist das Problem.

(Abg. Junginger SPD: Landesstiftung! Da wird das Geld ausgegeben!)

– Sie nennen schon wieder das Stichwort „Landesstiftung“. Wir können ja am Ende der Haushaltsberatungen einmal auflisten, welche Mehrausgabenvorschläge Sie über alle Einzelpläne hinweg gemacht haben und was Sie zur Gegenfinanzierung anbieten.

(Abg. Schmid SPD: Das haben wir im Januar vorgestellt! Im Januar haben wir das vorgestellt!)

Meine Damen und Herren, wir haben einen Änderungsantrag vorgelegt, mit dem wir ein kleines Anerkennungssymbol an diejenigen Beamten der Polizei geben wollen, die

schwerpunktmäßig im Schichtdienst tätig sind, die 365 Tage im Jahr rund um die Uhr im Einsatz sein müssen, auch an Feiertagen, nämlich an die Beamten im mittleren Dienst.

Es ist ein kleines und schmales Programm. Mehr ist einfach nicht finanzierbar. Aber wir wollen mit diesen Stellenhebungen in den Besoldungsgruppen A 7, A 8 und A 9 einfach symbolisch zeigen, dass wir bereit sind, im Rahmen des Möglichen etwas für diese Beamten im mittleren Dienst zu tun.

Jetzt kommt der Kollege Oelmayer, der „ringelblumenpolitische Sprecher“ des Landtags von Baden-Württemberg mit seinem Lieblingsthema. Er bringt dieses Thema mit diesem Ringelblumenfall im Oberland immer wieder, bei dem angeblich ein überzogener Polizeieinsatz auf einem völlig harmlosen Biohof stattgefunden habe, in dem nichts anderes gemacht werde, als solche schönen Salben herzustellen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Es ist nichts herausgekommen!)

– Es ist nichts herausgekommen. Aber, lieber Kollege Oelmayer, ich habe es Ihnen schon im Ausschuss gesagt und sage es jetzt auch noch öffentlich: Da lagen Anhaltspunkte vor. Es gab im Vorfeld Widerstandshandlungen gegen die Polizei. Es gab Hinweise auf Waffen. Es gab Hinweise auf Straftaten. Dann ist es wohl ein großflächiges Gelände. Wenn man dort, so wie Sie es sich vorstellen, vielleicht mit 5 oder 10 oder auch mit 20 Mann hingegangen wäre und aufgrund der Prognoselage etwas passiert wäre, wären Sie vermutlich der Allererste gewesen, der dem Minister eine Verletzung der Fürsorgepflicht vorgeworfen hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich stelle mich hier hinter die Polizei. Die hat richtig gehandelt. Als sie festgestellt hat, dass es wirklich relativ harmlos ist, sind doch auch die meisten Beamten wieder abgezogen worden. Sehen Sie das doch endlich einmal ein, und bringen Sie nicht immer Ihr Lieblingsthema!

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Nein!)

– Das sehen Sie nicht ein.

(Unruhe)

Stichwort DNA, genetischer Fingerabdruck. Der Kollege Heinz hat vorhin den Fall Moshammer, Herr Stickelberger, nicht als Grund genannt, sondern lediglich gesagt, der Fall Moshammer habe die Diskussion über die Ausweitung der Speicherung des genetischen Fingerabdrucks wieder in Gang gebracht, die er schon vor zwei Jahren bei der Haushaltsberatung einmal angesprochen habe.

(Abg. Stickelberger SPD: Jetzt habe ich es verstanden!)

– Das war ein Missverständnis. – Aber bleiben wir doch einmal beim Fall Moshammer, der uns Anlass gibt, uns dafür einzusetzen, dass der genetische Fingerabdruck ohne Richtervorbehalt als erkennungsdienstliches Merkmal als Standard mit aufgenommen wird. Ich setze mich dafür ein. Ich will Ihnen das gerade am Beispiel des Falls Moshammer sagen, obwohl der nicht der typische Fall ist. Der Mör-

(Blenke)

der von Herrn Moshammer war wegen eines vorhergegangenen Sexualdelikts in der DNA-Kartei des BKA.

(Abg. Capezzuto SPD: Das haben wir doch alles gelesen! Das brauchen Sie doch nicht alles zu erzählen! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: O Mario!)

Dadurch ist es möglich gewesen, ihn einen Tag nach der Tat festzunehmen. Gäbe es dieses Instrument nicht, bestünde die Gefahr, dass so jemand frei herumläuft und weitere Straftaten begeht. Oder andersherum ausgedrückt: Wer einmal in der Datei steht, sollte sich tunlichst hüten, weitere Verbrechen zu begehen, weil er nämlich dann mit ziemlich tödlicher Sicherheit geschnappt wird. Das ist, muss ich sagen, Schutz der Bevölkerung. Das ist es uns wert. Wer dagegen ist, soll bitte auch sagen, dass er für dieses Mehr an Bürgerrechten bereit ist, vielleicht schwere Verbrechen, weitere Verbrechen hinzunehmen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das führt zu null Kriminalität? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir können uns natürlich auch alle umbringen, dann können wir keinen mehr umbringen!)

Das gehört mit dazu.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei meinem Wortbeitrag speziell unseren beiden Anträgen – Stärkung der Bereitschaftspolizei und Verzicht auf den freiwilligen Polizeidienst – widmen.

(Abg. Blenke CDU: Da können Sie auf die Rede vom letzten Jahr verweisen! Das kommt jedes Jahr! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Sie begreifen es nicht!)

– Nicht ganz, lieber Kollege.

Ich will aber zunächst kurz auf den Kollegen Döring eingehen, weil ich von seinen positiven Aussagen zur Polizei ganz überrascht bin. Der Wechsel vom Ministeramt zum Polizeisprecher Ihrer Fraktion hat Ihnen gut getan. Es wäre nur schön, wenn Ihre Fraktion diese Umstellung ebenfalls vollziehen würde, denn sie hatte schon oft die Möglichkeit, unseren Anträgen, die genau in die Richtung gingen, die Sie hier angesprochen haben, zu unterstützen. Leider ist das nicht geschehen. Aber vielleicht führt Ihre jetzige Funktion dazu, dass wir in Zukunft die Unterstützung der FDP/DVP-Fraktion bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Geht ja nicht mehr lang!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserem ersten Antrag fordern wir, für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und desgleichen bei Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärtern für das Haushaltsjahr 2005 zusätzlich 200 Stellen und für 2006 zusätzlich 400 Stellen auszubringen.

Ich will das ganz kurz begründen: Sie wissen – und das sage ich wirklich ganz bewusst gleich am Anfang –, wir haben keine Illusionen und werden auch keine zusätzlichen Stellen fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es uns immer unterstellt wird. Wir wollen vielmehr lediglich die Abgänge bei der Polizei ab dem Jahr 2007 ausgleichen, denn in den Jahren 2007, 2008 ff. wird mit 400 bis 500 Abgängen gerechnet – nur aufgrund von Pensionierung, ohne Personen hinzuzurechnen, die krankheitsbedingt ausscheiden.

Diese Abgänge können Sie nur ausgleichen, die Stellenzahl, die wir jetzt bei der Polizei haben, können Sie nur halten, wenn Sie auch in der Ausbildung zulegen. Wenn Sie in diesem Bereich nichts tun, Herr Minister, müssen Sie sich gefallen lassen, dass wir sagen: Sie führen die Polizei nach unten, aber nicht nach oben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Die nächste Frage stellt sich in diesem Zusammenhang: Was möchten Sie dem Rechnungshof antworten, wenn er sagt, das Land brauche keine fünf Polizeischulen? Die Fraktion GRÜNE hat hierzu heute auch einen Antrag vorgelegt, mit dem begehrt wird, drei Polizeischulen zu streichen. Wir halten dies für falsch – das möchte ich von vornherein sagen –, weil die Zeit kommen wird, in der wir diese fünf Polizeischulen wieder brauchen. Mit 200 Ausbildungsstellen werden Sie diese aber nicht aufrechterhalten können. Deshalb ist auch hier dringender Handlungsbedarf vorhanden. Wir bitten Sie ganz herzlich, dem Rechnung zu tragen.

Wenn heute gesagt wird, das sei alles nicht so problematisch, dann darf ich auf zwei Presseberichte verweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Zum einen steht in der „Bild“-Zeitung vom 9. Februar 2005 – „Verbrechenschock!“ –: „23,6 % mehr Straftaten im braven Stuttgart!“. Zum anderen steht in den BNN – ich darf zitieren, Herr Präsident – Folgendes zu lesen:

Die Sicherheitslage in Baden-Württemberg ist aus Sicht der Deutschen Polizeigewerkschaft – dem schließt sich auch die Deutsche Gewerkschaft der Polizei an – schlechter als von der CDU/FDP-Landesregierung behauptet. Jahr für Jahr wird der Bevölkerung ein Bild von heiler Welt vorgegaukelt, sagt der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft in Bruchsal.

Er verweist weiterhin darauf:

Es gibt zwischen Main und Bodensee eine deutlich geringere Polizeidichte als in den meisten anderen Bundesländern. Deshalb sei zu befürchten, dass der im Land geplante Personalabbau bei den Ordnungshütern die Lage weiterhin verschärfen wird.

(Abg. Heinz CDU: Wer sagt denn so etwas?)

– Das sagt die Deutsche Polizeigewerkschaft, die Gewerkschaft der Polizei ebenfalls. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich doch nicht hier hinstellen und sagen, das seien unbedingt Personen, die der SPD angehörten.

(Abg. Blenke CDU: Zum Teil schon!)

(Fischer)

Das sind vielmehr Personen, die tagtäglich vor Ort sind und die sich in der Problematik auskennen. Sie treten selbstverständlich für das Personal ein, aber nicht im Unverständnis, sondern sie wollen das, was notwendig ist, um die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und auch Sie, Herr Innenminister: Sie müssen gegenüber den Beschäftigten bei der Polizei, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit die Frage beantworten, wohin Sie wollen und wie weit Sie den Status quo der inneren Sicherheit beibehalten oder absenken wollen. Das können Sie heute, wenn Sie unserem Antrag zustimmen, positiv beantworten. Wenn Sie ihn ablehnen, beantworten Sie diese Frage negativ.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen – ganz kurz – die Zustimmung zu dem Antrag vielleicht dadurch erleichtern, dass ich darauf hinweise, dass wir gleichzeitig mit einem zweiten Antrag die Streichung des freiwilligen Polizeidienstes beantragen, der mit 2,17 Millionen € im Jahr 2005 und 2,19 Millionen € im Jahr 2006 veranschlagt ist. Sie wissen genau, dass der freiwillige Polizeidienst – und ich möchte mich bei den Herrschaften, die diese Arbeit die ganzen Jahre über leisten, bedanken – aber kein Ersatz für einen ausgebildeten Polizeibeamten ist. Deshalb kann es nicht sein, dass wir Jahr für Jahr diese Beträge ausgeben. Setzen Sie dieses Geld in richtige Polizeistellen um, dann haben Sie unsere Zustimmung.

Von meiner Seite und im Namen meiner Fraktion danke ich allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Ganz kurz noch zum Antrag der CDU. Dem ersten Teil, was die Möglichkeiten der Beförderung angeht, werden wir zustimmen. Den zweiten Teil werden wir aber ablehnen, weil Sie eine Milchmädchenrechnung vornehmen. Bei der Flüchtlingsaufnahme nehmen Sie das weg, was Sie auf der anderen Seite geben wollen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Wer wünscht von der FDP/DVP-Fraktion das Wort? – Herr Abg. Hofer, Sie haben das Wort.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einige Worte zum Thema Wohnraumförderung 2005 sagen. Die Konzeption, die jetzt erstmals federführend vom Innenministerium vorgelegt wird, ist in weiten Teilen identisch mit dem, was über Jahre hinweg federführend vom Wirtschaftsministerium vorgelegt worden ist. Deshalb ist es wohl richtig, wenn ich als wirtschaftspolitischer und noch wohnungsbau-politischer Sprecher dazu ein paar Worte sage und nicht der innenpolitische Sprecher. Denn er müsste sich in weitem Umfang selbst bestätigen und kommentieren, und das ist nicht gerade sehr sinnvoll.

(Abg. Stichelberger SPD: Das würde er auch noch fertig bringen!)

Nicht geändert hat sich der Umstand – und das halte ich auch für sehr richtig –, dass die Förderung des Erwerbs selbst genutzten Wohnungseigentums durch einkommensschwache kinderreiche Familien nach wie vor ein und wohl der wichtigste Schwerpunkt ist. Leider ist man „kinderreich“ erst ab drei Kindern und nicht bereits mit zwei. Für Familien mit nur zwei Kindern gibt es nach wie vor mangels Mitteln auch unter der Federführung des Innenministeriums nicht landesweit, sondern nur in der Gebietskategorie I eine Förderung. Auch bei den Sonderprogrammen „Attraktive Innenstadt“ und „Ökologisches und innovatives Bauen“ wird das weitergeführt, was auch 2004 schon gemacht wurde, zu den etwa gleichen Konditionen. Auch hier gilt Artikel 1 der Mecklenburgischen Staatsverfassung: Es bleibt alles beim Alten.

Auch bei der Mietförderung gibt es zunächst – es kommt dann noch ein Punkt – nicht viel Neues. Das Angebot für die Förderung von Neubauwohnungen und sozial gebundenen Mietwohnungen ist wie im Vorjahr auch eben leider nicht landesweit darstellbar, sondern auf Verdichtungs-räume, Großstädte und Universitätsstädte beschränkt. Ähnliches gilt für den betreuten Mietwohnungsbau für Seniorinnen und Senioren und die anderen Punkte, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will. Denn das, was man schon kennt, in epischer Breite zu wiederholen ist sicher nicht notwendig.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Das ist aber schade! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wollen Sie es hören? – Abg. Junginger SPD: Privatissimum! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aber bilateral!)

– Herr Capezzuto, wenn Sie es unbedingt wollen, tue ich Ihnen vielleicht den Gefallen und sage noch etwas dazu. Aber die anderen möchten das nicht.

Schließlich ist festzustellen, dass es auch bei der Bauwirtschaft leider nicht viel Neues zu vermelden gibt. Man hatte ja gehofft, es gehe wieder mal etwas nach oben. Der Wohnungsbau schwankt immer ein bisschen, je nachdem, was zum Thema Eigenheimzulage gerade durchs politische Dorf getrieben wird. Aber kaum flammt ein Lichtlein der Hoffnung für die Bauwirtschaft auf, wird es schnell wieder gelöscht, und wenn man denkt, man wäre ganz unten, tut sich immer noch ein Tal auf. Ich fürchte, das wird 2005 nicht viel anders sein.

Auf drei Neuerungen möchte ich aber eingehen. Eine Neuerung ist, dass sich der Gesamtrahmen verbessert hat, immerhin von 38,6 auf 51 Millionen €, während sonst überall abgestrichen wird. Es gibt zusätzliche Perspektiven für das Wohnraumprogramm 2005, und das beruht vor allem darauf, dass der Bund die finanzielle Ausstattung der Länder auf dem Gebiet der Wohnraumförderung, die er im Jahr 2004 um mehr als die Hälfte auf 110 Millionen € gekürzt hatte, nun wieder auf 202,4 Millionen € anhebt.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Gute Nachricht aus Berlin!)

Das ist sehr erfreulich, wobei es relativ ist. Denn die Höhe von 2003 mit 230 Millionen € wird trotzdem nicht wieder

(Hofer)

erreicht. Aber man ist ja schon froh, wenn nicht alles nach unten geht.

So ist es dann auch beim Land. Auch die Komplementär-
mittel des Landes werden von 26 auf 28 Millionen € ange-
hoben. Man sieht, das sind kommunizierende Röhren. Man
kann nicht auf der einen Seite heruntergehen und verlangen,
dass alle anderen raufgehen, sondern die beiden Dinge ge-
hen eben miteinander.

Wichtig ist vor allem, wofür das zusätzliche Geld eingesetzt
wird. Neu und gut daran finde ich, dass man es vor allem
und ganz gezielt für vorhandenen Wohnraum einsetzt. Beim
Erwerb von vorhandenem Wohnraum für kinderreiche Fam-
ilien werden immerhin 400 Wohnungen zusätzlich geför-
dert. Man kann natürlich sagen: „4 000 wären besser gewe-
sen.“ Die Förderung für Kinderreiche setzt hier erfreu-
licherweise auch wieder für Familien ab zwei Kindern ein –
landesweit. Das ist ein gewisses Gegenmerkmal zu dem,
was bei der Mietwohnraum- und der Neubauförderung noch
nicht möglich ist.

Ganz neu – das geht wirklich sehr weit – ist das Förder-
angebot für die Modernisierung von Mietraum unter Ein-
räumung von Belegungsbindungen. Das Angebot ist vor al-
lem für Wohnungsbauunternehmen gut. Da wird mit Sicher-
heit etwas für die Bauwirtschaft getan, was ja auch kein
Fehler ist. Das Angebot kann ab zehn Mietwohnungen in
Anspruch genommen werden. Im Gegensatz zur Förderung
von Belegungsbindungen im Neubau, für die so gut wie
kein Markt vorhanden ist, ist diese neu eingeführte Förde-
rung für Investoren interessant und ein viel versprechender
Ansatz.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Hofer, gestatten
Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gaßmann?

Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, natürlich. Gern.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Kollege Hofer, sind Ihnen die
Stellungnahmen der Wohnungswirtschaft bekannt, wonach
sie dieses Modernisierungsprogramm gar nicht abnehmen
werden, weil sie sich für 5 000 € für eine Modernisierungs-
maßnahme eine Belegungsbindung einhandeln und damit
die Wohnung wegen eines Betrags von 5 000 € für mindes-
tens zehn Jahre zu den Bedingungen einer Sozialwohnung
vermieten sollen?

Abg. Hofer FDP/DVP: Mir ist bekannt, dass es auch Vor-
behalte gibt. Das ist ganz selbstverständlich.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Man muss sehen, dass man hier mit einem Mittelansatz von
5 Millionen € rund 1 000 Wohnungen anspricht. Wenn ich
für 5 Millionen € rund 1 000 Wohnungen anspreche, kann
ich schon sehen, dass der spezifische Förderwert für die
einzelne Wohnung nicht allzu hoch ist.

Aber ich möchte das Ganze noch einmal begründen. Es
freut mich, dass Sie daran so großes Interesse haben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des
Abg. Teßmer SPD)

Denn es geht hier zunächst einmal darum, dass man mit
dem allgemeinen Ziel, Fläche zu sparen – neulich war wie-
der zu lesen, jedes Jahr würden soundso viel Hektar versie-
gelt –, auch die alten Siedlungskerne – ein städtebaupoli-
tisches Thema – trifft und dass man dieses Programm ja mit
Förderdarlehen aus Programmen zur Förderung der Verrin-
gerung des CO₂-Ausstoßes verbinden kann. Wenn man das
tut, müssten Sie eigentlich sagen, man habe vielleicht sogar
frühere Argumente von Ihnen abgeschrieben. Sie sollten sie
jetzt nicht schlecht machen.

Die Nachteile der Belegungsbindung sind auch außeror-
dentlich verringert worden. Die festgeschriebenen Mieten –
man muss der Wohnungsbauwirtschaft sehr deutlich sagen,
dass sie sich das noch einmal anschauen sollte – sind genau
um 0,25 € pro Quadratmeter niedriger. Das ist der Betrag,
um den gewissermaßen vergünstigt wird: 25 Cent pro Qua-
dratmeter.

Dann stellt sich auch die Frage nach der Fehlbelegungsab-
gabe kaum noch. Denn es gilt eine Fördergrenze von 40 %
über der Einkommensgrenze nach dem Wohnungsbauför-
derungsgesetz. Eigentlich muss man sagen: Man lotet das
aus, was überhaupt noch im Rahmen des Programms liegt,
was der Bund rechtfertigt. Denn die soziale Komponente ist
gering. Das dient fast nur der Unterstützung der Wohnungs-
wirtschaft, die aber dringend notwendig ist.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf etwas hinweisen,
was in der Broschüre ausdrücklich steht. Das Ganze, was
hier gemacht wird, steht unter dem Vorbehalt, dass sich bei
der Eigenheimzulage keine wesentliche Veränderung er-
gibt, dass sie nicht abgeschafft wird. Wenn man sie ab-
schafft oder sie wesentlich verändert, kann man das Pro-
gramm neu schreiben. Denn diese Förderdarlehen lassen
sich nicht darstellen ohne das, was über die Eigenheimzu-
lage für kinderreiche Familien mit verwendet wird. 50 %
nehmen das Angebot der L-Bank wahr und lassen sich die
Eigenheimzulage zu einem weiteren vergünstigten Darlehen
kapitalisieren. Wer daran rüttelt, darf anschließend nicht sa-
gen: „Wir haben es nicht gewusst. Das ist uns ganz neu. Oh
Gott, oh Gott.“

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Deshalb habe ich es an dieser Stelle noch einmal ausdrück-
lich gesagt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg.
Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen, meine Herren! Da mir mein Vorredner nur
noch eine sehr kurze Redezeit übrig gelassen hat, will ich
mich auf einen Punkt beschränken. Es geht um den Wohn-
ungsbestand und dort um das Energieeinsparprogramm
Altbau.

Es ist ja unter Experten anerkannt, dass für eine Strategie
„Weg vom Öl“ und für CO₂-Minderung die Sanierung des

(Dr. Witzel)

vorhandenen Wohnungsbestands eines der zentralen Instrumente ist. Am heutigen Tag tritt das Abkommen von Kyoto in Kraft. Damit werden internationale Verpflichtungen gültig, CO₂-Minderungen wirklich vorzunehmen. Auch die Landesregierung hat hier Versprechungen gemacht und zugesagt, die CO₂-Emissionen im Lande auf unter 70 Millionen Tonnen pro Jahr zu reduzieren.

Jetzt fragen wir uns, welche Konsequenzen sich für die Altbaumodernisierung ergeben. Die Landesregierung hat letztes Jahr die Mittel für die Neubewilligungen im Altbaumodernisierungsprogramm von etwa 5 Millionen € auf unter 1 Million € zusammengestrichen. Sie ist jetzt auf etwas über 1 Million € gegangen. Trotzdem kommt sie nicht an den Wert der letzten Jahre heran. Wir haben daher im Ausschuss beantragt, hierfür zusätzliche Mittel bereitzustellen. Aber das wurde von der Koalition abgelehnt.

(Abg. Capezzuto SPD: Was?)

Meine Damen und meine Herren, Kyoto ist in Kraft getreten. Die Landesregierung hat Versprechungen gemacht, die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Unsere Anträge, die aufzeigen, wo wirklich etwas getan werden könnte, werden abgelehnt. Deshalb frage ich Sie: Was wollen Sie tun?

(Abg. Capezzuto SPD: Nichts!)

Wo ist Ihr Konzept zur CO₂-Minderung? Das möchte ich hier anmahnen. Ich bitte den Herrn Innenminister, dazu klar Stellung zu beziehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kretschmann GRÜ-NE: Die Redezeit optimal genutzt!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Die Landesbausparkassen warnen vor Wohnungsmangel“ – so die Überschrift einer Pressemeldung von vor drei Tagen. Sie haben vom renommierten GEWOS-Institut in Hamburg ein Gutachten erstellen lassen, in dem festgestellt worden ist, dass in Baden-Württemberg aktuell 165 000 Wohnungen fehlen und dass der Wohnungsfehlbestand in Baden-Württemberg in zwei Jahren auf über 200 000 ansteigen werde.

(Abg. Heinz CDU: Leer stehen!)

– Herr Heinz, Sie glauben das vielleicht aus Ihrer Sicht – aus der Provinz heraus – nicht.

(Beifall des Abg. Fischer SPD – Abg. Heinz CDU: Genau! – Abg. Fischer SPD: Sie haben völlig Recht!)

Sie sollten sich einmal die Wohnungsangebote und Wohnungsgesuche in den großen Stuttgarter Zeitungen ansehen. Dann würden Sie feststellen, welches Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage hier gegeben ist.

Selbst die Regierungskommission hat schon vor fünf Jahren eine Bauleistung von 50 000 Wohnungen pro Jahr für notwendig gehalten. Die GEWOS kommt zu dem Ergebnis, dass pro Jahr 60 000 Wohnungen notwendig wären. Jetzt liegen wir mit 35 000 Wohnungen, die in den letzten Jahren jährlich gebaut und wahrscheinlich auch 2004 gerade fertig

gestellt worden sind, ungefähr bei der Hälfte des Bedarfs. Das ist gerade so viel, wie durch Überalterung und Abriss entfällt. Aber es ist nichts für die 30 000 Einwohner, die jedes Jahr zusätzlich nach Baden-Württemberg kommen.

(Abg. Heinz CDU: 20 000!)

Meine Damen und Herren, 20 % des Neubaubedarfs sind bis Mitte der Neunzigerjahre im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus gebaut worden. 20 % von 60 000, das würde 12 000 öffentlich geförderte Wohnungen im Jahr bedeuten.

(Abg. Teßmer SPD: Das war noch bei Dieter Spöri!)

Sie liegen mit 1 850 geförderten Wohnungen bei einem Minimum.

Wir sollten uns – zumindest im Bereich der Wohnungspolitik – unser Nachbarland Bayern als Beispiel nehmen. Auch Bayern hat Wohnungsprobleme insbesondere in den Städten. Aber Bayern betreibt eine eigenständige Wohnungspolitik. Das Land Bayern hat allein in diesem Jahr für den Wohnungsbau 156 Millionen € zur Verfügung gestellt. Das sind 550 % mehr als die Fördermittel, die Baden-Württemberg für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt.

Dies ist nicht nur die Haltung der SPD-Landtagsfraktion. In der Stellungnahme des vbw, des Verbands baden-württembergischer Wohnungsunternehmen, von vor zwei Tagen heißt es:

Der Wohnungsmangel in Ballungsräumen nimmt daher jährlich zu. Doch kein anderes Bundesland verwendet so wenige Finanzmittel pro Kopf der Bevölkerung auf die Wohnungsförderung wie Baden-Württemberg.

(Abg. Capezzuto SPD: Siehste!)

Das ist die Realität. Auf diesem Gebiet tun Sie zu wenig, um gegen den Wohnungsmangel in den Städten anzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Die reagieren auch nicht!)

Ich möchte hier auf unseren Deckungsantrag nicht mehr eingehen; dieser ist in den Ausschussberatungen ausführlich behandelt worden.

(Abg. Teßmer SPD: Familienfeindlich!)

Aber ich möchte darauf eingehen, wie beschämend hier die Koalitionsfraktionen inzwischen mit den Verbänden der Wohnungswirtschaft und auch mit den Kommunen umgehen. Sie wissen ja, dass zum Landeswohnungsbauprogramm eine Anhörung üblich ist. Diese Anhörung findet normalerweise statt, bevor ein Haushalt beschlossen worden ist, damit man nämlich noch die Fachleute hören kann und deren Meinung noch einfließen kann. In diesem Jahr findet diese Anhörung genau eine Woche, nachdem der Haushalt endgültig beschlossen worden ist, statt. So geht man mit den Verbänden nicht um, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Ich bin gespannt, was der Minister dazu sagt! – Abg. Teßmer SPD: Wer nicht hören will, muss fühlen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Rech.

(Abg. Capezzuto SPD: Herr Minister, jetzt wird es schwer! – Abg. Stickleberger SPD: Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!)

Innenminister Rech: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Zunächst einmal darf ich in aller Bescheidenheit – ich selbst hätte es nicht erwähnt, aber der Kollege Hans Heinz hat dankenswerterweise auf diese Zahl hingewiesen – erwähnen, dass das Innenministerium seinen Teil zur Konsolidierung dieses Haushalts erbracht hat. Dieser Teil und das Paket, das wir da im Zusammenwirken aller in diesem Bereich verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses auf den Tisch gelegt haben, können sich sehen lassen. Fast 90 Millionen € haben wir eingespart und damit unseren Teil erbracht.

Ich darf zum Zweiten sagen: Trotz dieses hohen Einsparbetrags ist es gelungen, den Haushalt des Innenministeriums für 2005 und 2006 insbesondere in den politischen Schwerpunktbereichen so auszustatten, dass wir den Aufgaben der Innenverwaltung gerecht werden.

Lassen Sie mich dazu entlang der Wortmeldungen und der Redebeiträge vier oder fünf Schwerpunktbereiche nennen: natürlich innere Sicherheit, Zuwanderung und Eingliederung, die Verwaltungsreform, die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sowie den Wohnungsbau, der – das wurde genannt – wieder neu im Innenressort angesiedelt ist.

Die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren Kollegen, wird in Baden-Württemberg weiter groß geschrieben. Ich weiß, dass die Oppositionskollegen kein anderes Ziel verfolgen. Die Bevölkerung im Land kann sich dank der engagierten professionellen Arbeit unserer Polizei in der Tat auch sicher fühlen.

Grundlage für das hohe Sicherheitsniveau in Baden-Württemberg ist eine konsequente und moderne Gesamtstrategie, bei der die Bürgerinnen und Bürger sowie das vernetzte Zusammenwirken aller Behörden – darauf kommt es uns an – im Mittelpunkt stehen. Die niedrige Kriminalitätsrate in Baden-Württemberg ist einer leistungsstarken Polizei zu verdanken, die für ihr konsequentes Vorgehen gegen Kriminalität und Gewalt über die Landesgrenzen hinaus einen ausgezeichneten Ruf genießt. Ich durfte dies gerade in den letzten Tagen bei verschiedenen Zusammenkünften mit den Länderinnenministern und dem Bundesinnenminister wieder hören.

Aber die anhaltende Bedrohung und die hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus und Extremismus bleiben – ich fürchte, auf Jahre hinaus – eine der zentralen Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden. Baden-Württemberg hat in einer bundesweiten Vorreiterrolle eine ganz spezielle Bekämpfungsstrategie entwickelt. Sie trägt der Notwendigkeit Rechnung, ganzheitlich im Zusammenwirken von Polizei, Nachrichtendiensten, Justiz, Ausländer- und Einbürgerungsbehörden, Sozialbehörden sowie Wirtschaftsunternehmen und -verbänden gegen die terroristische Bedrohung vorzugehen. Nur durch ein abgestimmtes Vor-

gehen aller relevanten Stellen wird es gelingen, den islamistischen Terrorismus nachhaltig zu schwächen, indem wir vorhandene Strukturen frühzeitig aufdecken und dann auch zerschlagen.

Dass wir mit unserer Sicherheitsphilosophie und mit unserer Sicherheitsstrategie und -architektur auf dem richtigen Weg sind – ich sage dies, Herr Kollege Oelmayer, weil Sie mich jetzt so kritisch anschauen, vor dem Hintergrund Ihrer Forderung und der Forderung des Bundesinnenministers, der ja nun ein ausgewiesener Zentralist ist und von Föderalismus offensichtlich nicht viel hält –,

(Abg. Fischer SPD: Aber nicht in allem!)

das zeigen schlichtweg die jüngsten Erfolge gerade in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wir unterschätzen auch nicht die Gefahren, die von den anderen Feldern der politisch motivierten Kriminalität ausgehen. Angesichts der jüngsten Aktivitäten, meine Damen und Herren, und der Wahlerfolge der rechtsextremistischen Szene in Deutschland wird deutlich, wie wichtig es ist, entschieden gegen alle Erscheinungsformen der politisch motivierten Kriminalität vorzugehen.

Zur Finanzausstattung: Unbestritten – da sind wir uns einig – ist eine zuverlässige und zeitgemäße Technik eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Polizei. Ich bin meinem Amtsvorgänger, Dr. Thomas Schäuble, außerordentlich dankbar – ich kann jetzt sozusagen die Früchte ernten –, dass er 1999 das Technikzukunftsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 358 Millionen € und einer Laufzeit bis 2005 gestartet hat. Der finanzielle Kraftakt – das können wir heute sagen – hat sich gelohnt.

(Abg. Capezzuto SPD: Von 1992 bis 1996!)

Wir haben damit eine hervorragende Ausgangsbasis für die Zukunft geschaffen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Herr Kollege, die baden-württembergische Polizeitechnik nimmt bundesweit einen Spitzenplatz ein.

(Beifall bei der CDU)

Einiges wurde gesagt. Ich will es nur noch einmal in wenigen Punkten im Gesamtzusammenhang sagen, einfach weil Sie wissen, zu mir kommen –

(Abg. Capezzuto SPD: Dank der Vorarbeit von 1992 bis 1996!)

– Das Technikzukunftsprogramm datiert aus dem Jahr 1999.

(Abg. Herrmann CDU: Aha!)

Guten Morgen, Herr Kollege!

(Abg. Capezzuto SPD: Gell, das hören Sie nicht gerne: 1992 bis 1996!)

(Minister Rech)

– Wenn Sie noch einen Moment Geduld haben, sich diese Erfolgsbilanz anzuhören, dann wäre ich dankbar.

Die Hubschrauberflotte wurde komplett erneuert, acht hochmoderne Polizeihubschrauber stehen Tag und Nacht zur Verfügung. Fast die Hälfte der 16 schweren Polizeiboote im Land sind neu. Der Fuhrpark besteht aus rund 5 500 Fahrzeugen, davon sind ca. 4 200 geleast, mit den entsprechenden Vorteilen für die Sicherheit, bei der Leistungsfähigkeit und natürlich beim Kraftstoffverbrauch. Die Polizei des Landes verfügt damit – das dürfen wir sagen – über eine hochmoderne, umweltfreundliche Fahrzeugflotte.

Außerdem – auch dies hat in der Vergangenheit immer wieder in Haushaltsdebatten eine Rolle gespielt – darf ich feststellen: Jeder Polizeibeamtin und jedem Polizeibeamten im Außendienst steht eine individuelle, also eine persönliche Schutzweste zur Verfügung.

(Abg. Capezzuto SPD: Die wiegen aber pro Stück 7 Kilogramm! – Gegenruf des Abg. Döpfer CDU: Das sagt doch auch niemand!)

Meine Damen und Herren, im Haushaltsjahr 2004 begann der Einstieg in eine moderne Infrastruktur für einen wirtschaftlichen und ausfallsicheren Betrieb. Neue Server wurden beschafft, alte Bildschirmarbeitsplätze erneuert und der Einstieg in die Leasingfinanzierung auch in diesem Bereich vollzogen. Die Anwendungs- und Zugriffsmöglichkeiten für das Bund-Länder-Informationssystem INPOL-neu konnten optimiert werden. Wir sind dazu eine Kooperation mit den Bundesländern Hessen und Hamburg eingegangen, die erfolgreich angelaufen ist.

Was sehen nun die Planungen für das Jahr 2005 vor? Sie sehen den sukzessiven Ausbau der neuen IuK-Infrastruktur und der landeseinheitlichen Bürokommunikation im Regierungsbezirk Stuttgart, also im Bereich der LPD Stuttgart, des Polizeipräsidioms Stuttgart und des LKA, zunächst einmal als erste Stufe vor. Anschließend wird dann gemeinsam mit den Kooperationspartnern Hessen und Hamburg das neue Vorgangsbearbeitungssystem ComVor eingeführt. 2006 bzw. 2007 soll dann die weitere landesweite Ausdehnung eingeleitet werden.

Dann ist der Digitalfunk angesprochen worden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja!)

– Also, Herr Kollege Oelmayer, das mit dem „Druck machen auf den eisernen Otto“, das ist so eine Sache.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben vor wenigen Tagen – Sie erinnern sich hoffentlich, es war am Valentinstag, am 14. Februar – in die Ausschreibung gehen wollen und sollen. So war es vereinbart, und so war es überall über die Jahre hinweg Konsens.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Acht Tage vorher sagte der Kollege Schily, er mache nicht mehr mit, die Finanzierung sei ungerichtet. Das weiß er allerdings auch schon seit acht Jahren, weil der Bund blockiert und sich über eine Marge von 8, 9 oder maximal

10 % nicht hinausbewegt. Aber auch das ist schon lange klar; deswegen hatten wir ja vereinbart, jetzt einmal in die Ausschreibung zu gehen und uns hinterher, wenn das Ergebnis vorliegt, über die Kosten zu unterhalten.

Acht Tage, bevor dies nun starten sollte, kommt der Herr Bundesinnenminister und sagt: „Kehrtwende – ich mache nicht mehr mit. Ich mache einen Alleingang, und dem könnt ihr euch anschließen oder auch nicht“, ohne dass er bis zum heutigen Tag präzisiert hätte, wie dieser Alleingang denn aussehen könnte.

Deswegen haben wir jetzt in einer Sondersitzung ganz dezidiert und, wenn Sie so wollen, mit höchstem Nachdruck unseren Fragenkatalog vorgelegt. Diese Fragen muss der Bundesinnenminister beantworten. Wenn dies zufriedenstellend gelingt, dann werden wir auch gemeinsam auf diesem Weg weiter fortschreiten.

Was wir uns nicht leisten können, ist ein Flickenteppich, der dadurch entstehen könnte, dass der Bund sagt: „Ich mache, was ich will und was für meine Bedürfnisse gut ist, und die Länder sollen machen, was sie wollen, gegebenenfalls jedes für sich.“ Dies können wir nicht brauchen. Dies ist auch nicht das, was die Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern brauchen.

Der Digitalfunk ist noch nicht an die Wand gefahren, denn ich sehe Gemeinsamkeiten, die wir jetzt auch zu einem gemeinsamen Handeln bündeln können. Wir haben uns über das weitere Verfahren verständigt. Eine wichtige Voraussetzung sind natürlich gemeinsame Standards. Dazu gibt es noch eine Reihe von Fragen. Ich kann Ihnen gerne zeitnah berichten. An der Entscheidung über Planung, Ausschreibung, Aufbau und Betrieb müssen alle, in Sonderheit auch die Länder, beteiligt sein.

Natürlich gehört letztendlich auch eine gerechte Aufteilung der Kosten dazu. Wir haben im Haushalt 2005/06 mit Verpflichtungsermächtigungen Vorsorge getroffen, um das Projekt Digitalfunk auch finanziell zu sichern.

Stichwort „Fußballweltmeisterschaft 2006“. Die Fußballweltmeisterschaft wird die größte Sportveranstaltung sein, meine Damen und Herren, die je in Deutschland stattfand. Auf Polizei und Katastrophenschutz kommt damit eine besondere Herausforderung zu. Wir werden ganz besonders danach trachten, den „Fußballgewalttätern“ das Handwerk zu legen. Die Polizei des Landes bereitet sich in Abstimmung mit den Polizeien der anderen Länder und mit dem Bund intensiv darauf vor. Gemeinsam wird ein nationales Sicherheitskonzept „WM 2006“ erarbeitet. Wesentlicher Bestandteil dieses Konzepts wird ein mit dem Veranstalter abgestimmtes Rahmenkonzept der Polizei zur Bewältigung von Einsätzen sein.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch und gerade den Katastrophenschutz. Für den Katastrophenschutz haben wir die Investitionsmittel im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 verstärkt. Es soll eine Infrastruktur für einen Massenansturm von Verletzten geschaffen werden, und die Ausstattungen sollen nach der Weltmeisterschaft im Sinne der Nachhaltigkeit auch in anderen Teilen des Landes genutzt werden können. Diese Investitionen sind unabhän-

(Minister Rech)

gig von der Weltmeisterschaft ein solider Baustein für ein landesweites Konzept zur Bewältigung eines Massenansturms von Verletzten.

Meine Damen und Herren, das Antiterrorprogramm der Landesregierung wird fortgeführt – im Gegensatz zu all dem, was hier behauptet wurde. Herr Kollege Junginger, Sie dürfen die Karos, in denen Sie denken, bitte nicht zu klein halten. Sie müssen im Landshaushalt halt auch einmal ein paar Seiten weiterblättern.

(Abg. Junginger SPD: Dann nehmen Sie es doch von globalen Minderausgaben aus!)

Dann werden Sie feststellen, dass die Mittel zwar nicht wie in den früheren Jahren bei Kapitel 0302 im Bereich Antiterrorprogramm veranschlagt sind, aber im Bereich Katastrophenschutz, also bei Kapitel 0310. Mit diesen Mitteln wollen wir im Wesentlichen medizinische Geräte und Fahrzeuge beschaffen wie etwa Großraumrettungswagen, Notfallcontainer mit Medizintechnik und Medikamenten. Wir werden damit für einen etwa durch einen Terrorangriff ausgelösten Massenansturm von bis zu 1 000 Verletzten im Rahmen der Fußball-WM 2006 besser gerüstet sein. In diesen Kapiteln sind die Gelder veranschlagt, und sie sind, wie ich meine, auch gut angelegt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Junginger?

Innenminister Rech: Herr Kollege Junginger, bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Junginger, Sie haben das Wort.

Abg. Junginger SPD: Herr Minister, sind Sie bereit, mir zuzusagen, dass bei der globalen Minderausgabe, bei den Einsparauflagen die Mittel zum Antiterrorprogramm, die Sie gerade angesprochen haben, nicht herangezogen werden?

Innenminister Rech: Herr Kollege, im Rahmen der globalen Minderausgabe ist natürlich der gesamte Einzelplan in Betracht zu ziehen. Aber schauen Sie sich einmal die Mittel an, die wir dort etatisiert haben. Dann werden Sie feststellen, dass wir genügend Mittel haben, um die Ziele zu verwirklichen, die ich gerade eben genannt habe.

(Abg. Junginger SPD: Das ist eine Antwort!)

In diesem Zusammenhang muss auch – das wurde vorhin schon erwähnt – die Feuerwehrfinanzierung genannt werden. Ich bin natürlich sehr froh darüber, dass sich die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer außerordentlich positiv entwickeln. Damit scheint die Förderung der Feuerwehren durch das Land – aus heutiger Sicht jedenfalls – auch für die kommenden Jahre in ausreichendem Maße gesichert.

Jetzt zum Thema „Zuwanderung und Eingliederung“: Meine Damen und Herren Kollegen, wie ist die Lage? In Baden-Württemberg leben rund 1,2 Millionen Ausländer. Das entspricht einem Ausländeranteil von ca. 12 %. Viele der hier lebenden Ausländer haben sich problemlos in unsere Gesellschaft integriert und leisten ja auch einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung.

Aber lassen Sie es uns ganz offen ansprechen: Bei vielen anderen besteht Grund zur Sorge. Vor allem junge Ausländer haben oft nur mangelnde Sprachkenntnisse, eine unzureichende Ausbildung und häufig auch keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt.

(Abg. Inge Utzt SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Inge Utzt SPD: Herr Präsident!)

Unter den inzwischen über 5 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik sind Ausländer überproportional vertreten. In Baden-Württemberg sind 6,1 % Deutsche, aber 14,1 % Ausländer arbeitslos. Entsprechend hoch ist natürlich dann auch der Anteil an den Sozialhilfeempfängern in Baden-Württemberg. Der Ausländeranteil der Sozialhilfeempfänger liegt bei 3,6 %, bei den Deutschen sind es nur 1,8 %.

Deshalb gibt es auch bei uns Tendenzen, dass viele Ausländer am liebsten unter sich bleiben und sich gegenüber unserer Gesellschaft mehr und mehr abschotten. Dadurch wächst natürlich die Gefahr, dass Parallelgesellschaften entstehen, die wir nicht dulden dürfen und die wir in Baden-Württemberg auch nicht dulden werden. Deswegen wird die Landesregierung mit einer zukunftsgerichteten und die berechtigten Interessen unseres Landes während der Ausländerpolitik diesen Herausforderungen auch weiterhin entgegenzutreten.

(Abg. Inge Utzt SPD meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Innenminister Rech: Gerne, Frau Kollegin Utzt.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Minister, sind Sie bereit, zuzugeben, dass die jungen Ausländer mit mangelnden deutschen Sprachkenntnissen zum größten Teil hier geboren sind und dass deshalb die Defizite in diesem Land im Erziehungssystem dieses Landes begründet sind?

(Widerspruch bei der CDU)

Innenminister Rech: Frau Kollegin Utzt, die Ursachen sind vielfältiger Natur. Ich gehe nachher noch auf ein, zwei ein. Häufig verhindert schlichtweg auch die Einstellung der Eltern eine Sprachkompetenz der Schüler, der Jugendlichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: So ist es! Genau! – Abg. Stickelberger SPD: Eingeständnis!)

– Nein, nein. Ich gestehe natürlich überhaupt nichts ein,

(Vereinzelt Heiterkeit)

außer dass ich auf die mir plausibel erscheinenden Ursachen hinweisen möchte, die wir natürlich angehen müssen.

Unsere Politik in diesem Punkt lautet: fördern und fordern. Auf das Fordern müssen wir künftig vielleicht noch mehr Gewicht legen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

(Minister Rech)

(Abg. Oelmayer und Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wo fördert ihr denn?)

Aber natürlich sind unsere ausländerpolitischen Zielsetzungen auch von einer sinnvollen Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, der Integration von integrationsbereiten bleibeberechtigten Ausländern und unserem Anspruch, humanitären Verpflichtungen gerecht zu werden, geprägt. Dazu komme ich gleich noch. Ein Zuwanderungskonzept nach dem Motto „In dubio pro libertate“ verbietet sich schon deshalb, weil die Integrationskraft und die Integrationsfähigkeit einer jeden Gesellschaft naturgemäß begrenzt sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Im Interesse des inneren Friedens unseres Landes dürfen wir diese Integrationsbereitschaft nicht überfordern. Wir müssen dafür sorgen, dass nur solche Zuwanderer nach Deutschland kommen, die für unsere Entwicklung gut sind und deren Integration wahrscheinlich ist oder die aus wirklich humanitären oder politischen Gründen ein Bleiberecht erhalten sollen. Insbesondere die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt muss sich also an unseren Bedürfnissen orientieren. „Wir müssen diejenigen holen, die dem Land nutzen, und nicht diejenigen, die unser Land ausnutzen“, hat einmal jemand gesagt. Dieser Satz ist nicht ganz falsch.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich gehört zu einer sinnvollen Zuwanderungsbegrenzung auch die konsequente Beendigung des Aufenthalts ausreisepflichtiger Ausländer. Wer kein Aufenthaltsrecht besitzt oder erhalten kann, der muss unser Land wieder verlassen. Dies gilt zum Beispiel für abgelehnte Asylbewerber nach Abschluss des Asylverfahrens genauso wie für strafällig gewordene Ausländer, insbesondere dann, wenn sie terroristische oder extremistische Bestrebungen verfolgen. Wer zu dieser Gruppe gehört, ist nicht integrationsfähig, weil er auch nicht integrationswillig ist.

Die Integration bleibeberechtigter Ausländer ist für diese Landesregierung ein weiterer Eckpfeiler ihrer Ausländerpolitik. Wer auf Dauer in Deutschland leben will, muss unsere Sprache lernen, sich mit unserer Rechts- und Wertordnung vertraut machen und diese auch akzeptieren. Die Achtung der Menschenwürde, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Rechtsstaatsprinzip und die Gewaltfreiheit sind ganz grundlegende Werte unserer Gesellschaft. Sie stehen auch für Menschen aus anderen Kulturkreisen, die auf Dauer bei uns bleiben wollen, nicht zur Disposition.

Jetzt komme ich, Frau Kollegin Utzt, zu den Integrationskursen; sie wurden vorhin auch indirekt angesprochen. Wir fangen in Baden-Württemberg keineswegs bei null an, auch nicht bei den Integrationskursen, die das Zuwanderungsgesetz jetzt neu regelt. Als erstes Bundesland, meine Damen und Herren Kollegen, haben wir schon im Jahr 2001 einen Modellversuch „Integrationskurse für bleibeberechtigte Ausländer“ gestartet. Ab dem Jahr 2002 wurden diese Integrationskurse mit Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg nahezu flächendeckend angeboten – ich betone ausdrücklich: aus Mitteln der Landesstiftung. Tausende von Ausländerinnen und Ausländern haben seither freiwillig

an diesen Kursen teilgenommen. Ich hoffe, dass die Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz, die jetzt durch das Bundesamt durchgeführt werden, ähnlich erfolgreich sein werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den Kommunen, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden und vielen privaten Einrichtungen und Personen, die zahlreiche Beiträge zur Integration von bleibeberechtigten Mitbürgerinnen und Mitbürgern geleistet haben und dies, wie ich hoffe, auch weiterhin tun, besonders danken.

Jetzt zur humanitären Verpflichtung. Wir wollen der humanitären Verpflichtung wirklich zu 100 % gerecht werden. In dem Aufenthaltsgesetz, das den Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen neu regelt, wird den Ländern ermöglicht, zur Aufenthaltsgewährung in Härtefällen eine Härtefallkommission einzurichten. Wir wollen im Land eine solche Härtefallkommission. Damit soll Ausländern, denen nach den gesetzlichen Voraussetzungen kein Aufenthaltsrecht gewährt werden könnte, trotzdem ein Aufenthaltsrecht ermöglicht werden. Voraussetzung dafür ist, dass dringende humanitäre und persönliche Gründe die Anwesenheit eines Ausländers in Deutschland rechtfertigen.

Meine Damen und Herren, vorhin wurde ja auch mit dem Hinweis auf die Beratungen im Petitionsausschuss eingeräumt: Schon seit einem Jahr stellen wir Fälle zurück, bei denen nicht auszuschließen ist, dass ein ausreisepflichtiger Ausländer unter die Härtefallregelung fällt. Betroffenen entstehen deshalb keine Nachteile daraus, dass die Härtefallverordnung noch nicht erlassen worden ist.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Doch!)

Der gelegentlich zu hörende Vorwurf, Ausländerbehörden schafften durch Abschiebungen vollendete Tatsachen, trifft somit in keiner Weise zu.

Ungeachtet dieser Neuregelungen ist Baden-Württemberg schon seinen humanitären Verpflichtungen auch bei der Aufnahme von Flüchtlingen gerecht geworden. Ich will darauf hinweisen, dass nahezu 54 000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina in Baden-Württemberg Zuflucht gefunden haben. Mehr als 48 000 jugoslawische Staatsangehörige, davon rund 45 000 aus dem Kosovo, fanden Schutz und Sicherheit in Baden-Württemberg.

Noch ein Wort zur Flüchtlingsaufnahme: Wir haben ja im vergangenen Jahr eine Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes beschlossen. Das novellierte Gesetz ist zum 1. April 2004 in Kraft getreten. Mit dieser Neuregelung haben wir die Ausgabenerstattung des Landes an die Stadt- und Landkreise – dies darf man, glaube ich, feststellen – wesentlich vereinfacht. Mit einer einmaligen Gesamtpauschale für jede übernommene Person werden alle Erstattungen des Landes abgegolten. Aufwendige Einzelabrechnungen sind abgeschafft. Nebenbei wurde auch fehleranfällige Bürokratie abgebaut.

Ich bitte darum, in dieser Stunde nicht über die Höhe der Gesamtpauschale zu diskutieren.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

(Minister Rech)

Warten wir ab, was die Revision der Pauschalen auf der Grundlage der tatsächlichen Ergebnisse der Jahre 2004 und 2005 bringt. Dann haben wir konkrete Zahlen, über die wir uns unterhalten können. Aber eines darf man schon heute sagen: Mit der Zusammenführung von Aufgabenverantwortung und Ausgabenverantwortung bei den Stadt- und Landkreisen ist schon jetzt ein – ich möchte einmal so sagen – bemerkenswertes Kostenbewusstsein sichtbar.

(Abg. Gall SPD: Ach bitte! Wo denn?)

Meine Damen und Herren, ich will nur noch zu wenigen Dingen, an denen mir besonders gelegen ist, etwas sagen, zum Beispiel zur Verwaltungsstrukturreform. Wir haben mit dieser Verwaltungsstrukturreform entscheidend zu einer Haushaltskonsolidierung beigetragen. Aus der Verwaltungsreform entstehen Einsparpotenziale für das Land und für die Kreise. Die Haushaltsstrukturkommission – das möchte ich in Erinnerung rufen – hat im Frühjahr 2003 die Situation so beschrieben – ich zitiere –:

Angesichts der dramatischen Haushaltslage, eines Personalkostenanteils von 42 % im Landeshaushalt und steigender Versorgungslasten kann eine Haushaltskonsolidierung nur durch eine drastische Reduzierung der Personalkosten gelingen. Soll die Verschuldung nachhaltig gesenkt werden, führt kein Weg an einer Verringerung der Personalkosten vorbei. Für den kommunalen Bereich gilt das Gleiche.

Meine Damen und Herren, damit ist eigentlich alles gesagt.

Zum pauschalen Finanzausgleich will ich nur wenige Sätze sagen. Die Stadt- und Landkreise erhalten nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz Personal- und Sachmittel in der Höhe, die das Land für die zu übertragenden Aufgaben zuletzt aufgewendet hat, zugewiesen. Die Abgeltung erfolgt, soweit dies möglich ist, pauschal über den im Finanzausgleichsgesetz geregelten Ausgleich. Die Pauschalierung – ich hoffe, darüber sind wir uns einig – hat den großen Vorteil, dass jeder Stadt- und Landkreis sein Budget im Voraus kennt. Die Stadt- und Landkreise entscheiden dann selbst, wie sie die Finanzmittel am effizientesten einsetzen. Sie erhalten vom Land einen Abgeltungsbetrag von knapp 330 Millionen €. Dieser Betrag wird jährlich in sieben Stufen an die Entwicklung der Personalkosten angepasst. Sie kennen das.

In einem der letzten Redebeiträge wurde die Finanzbeziehung zwischen den Kommunen und dem Land angesprochen. Gerade dieser Bereich liegt mir natürlich, wie Sie sich denken können, besonders am Herzen. Die Landesregierung – dies räume ich hier unumwunden ein – mutet den Kommunen einen beachtlichen Solidarbeitrag zugunsten des Landeshaushalts zu. Der Eingriff in Höhe von jährlich jeweils 350 Millionen € ist aus der Sicht der Landesregierung – auch dies will ich sagen – gerechtfertigt, wenn man die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Ausgaben beim Land und den Kommunen vergleicht und die Verschuldung noch in diese Betrachtung einbezieht.

In der Finanzverteilungskommission – deren Bericht liegt Ihnen ja vor – wurde offen über die relevanten Daten gesprochen. Dass die politische Bewertung unterschiedlich ausfiel, ist für mich verständlich. Ich möchte aber feststel-

len, dass die Gespräche zwischen den kommunalen Landesverbänden und dem Land trotz gegensätzlicher Positionen in einer doch insgesamt sehr sachlichen Atmosphäre verlaufen sind. Die Gespräche werden auch in Zukunft geführt. Sie werden ihren Beitrag zu Lösungen leisten. Dass sich viele unserer Städte und Gemeinden in einer schwierigen Finanzlage befinden, ist bekannt, aber dies gilt halt in noch höherem Maß für das Land.

Ich habe Verständnis für die Proteste und Resolutionen, die mich aus Kreistagen und auch aus Gemeinderäten erreicht haben, aber die Reform der Kommunalfinanzen muss eben fortgeführt werden. Die bisherigen Maßnahmen, zu denen die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe durch Hartz IV gehört, haben halt nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung geführt. Deshalb hat der Ministerpräsident angemahnt, noch vor 2006 ein bundesweites Konzept zur grundlegenden Neuordnung der kommunalen Finanzen zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang nur sagen, dass die Rechtsaufsichtsbehörden die Kommunen bei deren Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung unterstützen werden. Das Zusammenwirken von Kommunen und Rechtsaufsicht hat sich in unserem Land längst bewährt und wird sich auch künftig bewähren.

Ein letztes Wort, meine Damen und Herren, zum Wohnungsbau, der ja nun wieder neu im Innenressort angesiedelt ist. Im Jahr 2005 zeichnen sich für die Wohnraumförderung wieder günstigere Perspektiven ab. Herr Kollege Hofer hat dankenswerterweise darauf hingewiesen. Bundes- und Landesanteile ergeben zusammengenommen einen Rahmen von rund 51 Millionen €. Dieser Rahmen liegt – ich glaube, Sie haben es gesagt, Herr Hofer – um 12,5 Millionen € über dem Bewilligungsrahmen des Jahres 2004.

Einen Schwerpunkt bildet wiederum die Unterstützung von einkommensschwachen Familien mit mehreren Kindern bei der Bildung selbst genutzten Wohnraums. Der Neubau betreuter Mietwohnungen für ältere und für schwerbehinderte Menschen und auch der Neubau allgemeiner Sozialmietwohnungen werden in den Verdichtungsräumen und in ausgewählten Einzelfällen gefördert. Fortgesetzt wird die Förderung von Projekten zur Sicherung der Wohnungsversorgung für soziale Randgruppen.

Ein neuer Aspekt ist das Förderangebot zur Modernisierung von Mietwohnungsbeständen gegen die Einräumung von Belegungsbindungen. Die Konzeption des Landeswohnraumförderprogramms 2005 sieht beispielsweise eine Verdoppelung des Anteils der geförderten Wohneinheiten in der Mitwohnraumförderung im Vergleich zum Jahr 2004 vor.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einige Worte des Dankes an alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, an alle Feuerwehrleute und an alle anderen Beschäftigten, die für unsere Sicherheit sorgen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

ein Wort des Dankes an alle seit dem 1. Januar 2005, also dem Inkrafttreten der Verwaltungsreform, neu im Innenmi-

(Minister Rech)

nisterium angesiedelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungspräsidien und ein Wort des Dankes an alle weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mir ist bewusst, welchen Einsatz sie leisten – und dies trotz Stelleneinsparungen, Arbeitszeiterhöhungen und den bedauerlichen finanziellen Einschnitten, die angesichts der Finanzlage des Landes nicht zu verhindern waren.

Wir wollen unsere Möglichkeiten nutzen, zum Beispiel bei der Diskussion um die künftige Ausgestaltung des Dienstrechts oder bei den Arbeitszeitregelungen, um ihren Arbeitsplatz attraktiv zu erhalten.

Nicht zuletzt danke ich aber auch dem Finanzminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die kollegiale Zusammenarbeit und das Verständnis für unsere Belange. Ich danke aber auch allen Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag für die Unterstützung, die sie unserem Ressort mit konstruktiver Kritik geleistet haben.

Diese Unterstützung zeigt, dass wir in diesem Landtag das leisten, was unsere Bürger zu Recht von uns erwarten: Wir setzen in schwierigen Zeiten Prioritäten und haben die Kraft, den Bürgern zu sagen, was jetzt wichtig ist und worauf es uns jetzt ankommt. Dies ist in allererster Linie auch, ein hohes Sicherheitsniveau zu gewährleisten. Daran wollen wir weiterhin arbeiten, trotz schwieriger gewordener Bedingungen. Ich danke Ihnen herzlich dafür.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4003.

Ich rufe auf

Kapitel 0301
Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0302
Allgemeine Bewilligungen

und dazu die Änderungsanträge Drucksachen 13/4043-1 und 13/4043-2.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Stärkung der Bereitschaftspolizei –, Drucksache 13/4043-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Antiterrorprogramm –, Drucksache 13/4043-2, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0302 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

Kapitel 0305

Regierungspräsidium Karlsruhe

Kapitel 0306

Regierungspräsidium Freiburg

Kapitel 0307

Regierungspräsidium Tübingen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Zentrum für Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0309

Denkmalpflege, Bau- und Wohnungswesen

und dazu die beiden vorliegenden Änderungsanträge Drucksachen 13/4043-3 und 13/4043-4.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Verkauf von Darlehensforderungen an die Landeskreditbank zur Förderung des Wohnungsbaus –, Drucksache 13/4043-3, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Förderung preiswerter und familiengerechter Wohnungen –, Drucksache 13/4043-4, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0309 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer möchte zustimmen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0314

Landespolizei

und dazu die vorliegenden Änderungsanträge Drucksachen 13/4043-6, 13/4043-8 und 13/4043-5.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE – Gebühren für Tätigkeiten der Polizei –, Drucksache 13/4043-6, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Klasse Antrag!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Der DFB soll das zahlen! – Abg. Dr. Birk CDU: Altes Thema! Ladenhüter!)

Ich lasse im Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der FDP/DVP, Drucksache 13/4043-8, über die Ziffer 1 – Kapitel 0314: Landespolizei – abstimmen. Wer der Ziffer 1 dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen beschlossen.

Ich lasse im Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4043-5, ebenfalls über die Ziffer 1 – Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes bei der Landespolizei – abstimmen. Wer der Ziffer 1 dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0314 mit der Änderung durch den Änderungsantrag Drucksache 13/4043-8 Ziffer 1, der bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen angenommen wurde, abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0315

Wasserschutzpolizei

und dazu Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4043-5.

Ich lasse zunächst über die Ziffer 2 des Antrags Drucksache 13/4043-5 – Kosten für den freiwilligen Polizeidienst des Landes bei der Wasserschutzpolizei – abstimmen. Wer diesem Änderungsbegehren zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0315 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0316

Bereitschaftspolizei

Kapitel 0317

Akademie der Polizei

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Zu Kapitel 0318 – Landeskriminalamt – verweise ich auf die in der Beschlussempfehlung aufgeführten Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Einzelplan.

Wer den Kapiteln 0316 bis 0318 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0320

Logistikzentrum der Polizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Kapitel 0321

Fachhochschule Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Eingliederung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0331

Flüchtlingsaufnahme

und dazu Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/4043-8.

Ich lasse zunächst über die Ziffer 2 – Kapitel 0331: Flüchtlingsaufnahme – des Änderungsantrags Drucksache 13/4043-8 abstimmen. Wer diesem Änderungsbegehren zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0331 mit der gerade beschlossenen Änderung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, ich muss jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4043-7, abstimmen lassen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 03.

Ich rufe **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 09: Sozialministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4009

Berichterstatter: Abg. Seltenreich

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

(Abg. Seltenreich SPD: Nein!)

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erhält Herr Abg. Haas.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Abg. Alfred Haas CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann nicht gerade von großer Lust sprechen, wenn man auf die Beratungen des Sozialhaushalts zurückblickt. Es gibt nichts zu beschönigen. Wir haben schwierige Tage und Wochen hinter uns. Sie wissen alle: Wir hatten seit dem Bestehen des Landes Baden-Württemberg auch die schwierigste Haushaltssituation zu bewältigen.

Die bittere Wahrheit, meine Damen und Herren, ist schlicht und einfach, dass wir von der Substanz leben. Wir alle leben von der Substanz: der Bund, die Länder und die Gemeinden. Wir haben unsere Beratungen auch im Arbeitskreis der CDU-Landtagsfraktion immer unter dem Vorzeichen gesehen, dass wir mit allem, was wir zusätzlich ausgeben und nicht in der Lage sind einzusparen, die Zukunft unserer Kinder ververspern. Das muss jedem klar sein. Es ist heute Morgen schon in aller Deutlichkeit bei der globalen Beratung angesprochen worden: Jede Neuverschuldung geht zulasten unserer Kinder und Enkel. Vor diesem Hintergrund ist völlig klar, dass wir im Ergebnis hätten mehr einsparen müssen.

Ich kann mit Genugtuung feststellen, dass wir bei allen Beteiligten, die mit diesen Zahlen des Sozialhaushalts zu tun hatten, Verständnis gefunden und dass wir keine Brandbriefe mit Drohungen oder dergleichen, wie ich es in den letzten 16 Jahren auch schon erlebt habe, erhalten haben. Wir haben allenthalben für die Notwendigkeiten aufgrund dieser schwierigen Haushaltssituation bei unseren Partnern im sozialen Bereich Verständnis gefunden. Natürlich hätten auch wir als Sozialpolitiker gerne mehr Maßnahmen in unserem Haushalt etatisiert und höhere Haushaltsansätze gehabt. Aber unter dem Vorzeichen, das ich Ihnen genannt habe, nämlich des Vervesperns der Zukunft unserer Kinder, war es leider nicht anders möglich.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt sagen Sie mal einen positiven Satz! Das hältst du ja im Kopf nicht aus! Kassandrasprüche! Da muss ich hinaus!)

– Lieber Herr Capezzuto, ich sage Ihnen einmal einen positiven Satz: Wir hatten die Aufgabe, im Sozialhaushalt 10 Millionen € einzusparen, und die SPD-Fraktion hat es hingebacht, 22,7 Millionen € mehr ausgeben zu wollen. Das ist ein positiver Satz – aber nur aus der Sicht der Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Solide gegenfinanziert, Herr Kollege!)

– Frau Haußmann, seriös gegenfinanziert? Die Mittel aus der Imagekampagne mit 5,01 Millionen €, dann der Erlös aus dem Rothaus-Verkauf mit 20 Millionen €,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie etwas zur Landespolitik und zu Ihren Vorstellungen! Dazu haben wir bisher nichts gehört, Herr Kollege!)

und außerdem wollen Sie die Landesstiftung Baden-Württemberg auflösen. Diese drei Vorschläge wurden in diesen Haushaltsberatungen – wie übrigens auch in den Vorjahren – immer wieder gemacht. Etwas Besseres fällt Ihnen leider nicht ein.

(Alfred Haas)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sind wir mal gespannt, wenn Sie zur Sache kommen!)

– Liebe Frau Haußmann, der größte sozialpolitische Erfolg wäre eine andere Bundesregierung. Dies ist nämlich der Ausgangspunkt des ganzen Dilemmas.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Das ist Ihre ganze Antwort auf alles! Das ist einfach! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, das ist leider die Wahrheit. Die größte soziale Ungerechtigkeit in diesem Land sind fünfzehn Millionen Arbeitslose.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zur Arbeitsmarktpolitik des Landes sage ich nachher gleich etwas mehr!)

Weil an dieser Stelle etwas getan werden muss, empfehle ich Ihnen, das interessante Buch Ihres eigenen Arbeitsministers Clement nachzulesen. Schon das Vorwort reicht aus, um auch Sie auf die Spur zu bringen, was in diesem Lande notwendig ist, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

(Abg. Gaßmann SPD: Was wollen Sie denn? Was schlagen Sie vor? – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sprechen Sie zu Baden-Württemberg und zur baden-württembergischen Sozialpolitik! Dazu haben Sie noch keinen einzigen Satz gesagt! Bankrotterklärung!)

– Liebe Frau Haußmann, ich denke immer wieder an die Aussage von Herrn Bundeskanzler Schröder im Jahr 2001 – versprochen und gebrochen –: „Wir wollen im nächsten Jahr“ – so hat der Bundeskanzler am 6. April 2001 gesagt – „unter die Marke von 3,5 Millionen Arbeitslosen kommen.“ Meine Damen und Herren, genau dieses ist die soziale Schieflage in unserem Land. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seither verdoppelt und eben nicht halbiert, wie der Bundeskanzler damals versprochen hat.

(Abg. Rust SPD: Immer ist der Bund schuld! – Abg. Gaßmann SPD: Was schlagen Sie jetzt vor? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft. Und nach dieser Maxime handeln wir. Wenn Sie sich die neueste Statistik anschauen, stellen Sie fest, dass es 181 Arbeitsagenturbezirke gibt und dass 16 der ersten 20 Plätze in Baden-Württemberg und 4 in Bayern sind. Diese Reihung kann man fortsetzen: Den schlechtesten Platz hat leider der Arbeitsagenturbezirk Mannheim, nämlich den 84. Platz von 181 Plätzen. Trotzdem ist bei uns die gesamte Arbeitslosenquote am niedrigsten, und das ist das Entscheidende.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und die Zahl der Langzeitarbeitslosen, Herr Kollege?)

Sozialpolitik beginnt damit, Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu ist eben auch – wie Herr Clement richtig ausführt und wogegen heute Morgen schon gewettert worden ist – ein Wirtschaftswachstum notwendig. Aber hierzu fehlen schlicht und einfach die Rahmenbedingungen. Es ist schon gesagt worden, dass insbesondere in Deutschland – nicht in

ganz Europa und nicht in der ganzen Welt – die Rahmenbedingungen fehlen. Dies hängt mit den gravierenden Fehlentscheidungen der Bundesregierung zusammen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch mal was zu Baden-Württemberg! Da sind wir jetzt gespannt!)

– Liebe Frau Haußmann, ich werde zu Baden-Württemberg sagen, dass wir im Gegensatz zu Ihnen voll hinter Hartz IV stehen und Hartz IV konsequent umsetzen wollen.

Da fällt mir auch immer ein, dass der Kanzler einmal gesagt hat, er wolle die gesamten Hartz-Gesetze 1 : 1 umsetzen. Davon sind leider Gottes nur Fragmente übrig geblieben.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist doch gar nicht wahr!)

Das wäre der richtige Weg gewesen. Aus dieser Rolle müssen Sie sich herausbewegen und dem folgen, was der Bundeskanzler vorgegeben hat und was Clement auf den Weg bringt. Ich kann nur noch einmal sagen: Lesen Sie diese Broschüre und bemühen Sie sich, das umzusetzen, was die Bundesregierung vorgibt. Dann sind wir nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Ländern auf einem guten Weg.

(Abg. Birzele SPD: Endlich mal die Erkenntnis: „Was die Bundesregierung vorgibt“! Das ist ja prima! Der Herr Haas hat einen Lernprozess durchgemacht! – Zuruf des Abg. Rust SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Zum Sozialbereich in Baden-Württemberg! – Abg. Birzele SPD: Der Herr Noll schaut betroffen! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir müssen uns – da haben Sie Recht – auf Baden-Württemberg konzentrieren. Die Veränderungen im Bund kommen erst 2006. Alles andere wäre hypothetisch.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zu den Sozialaufgaben in Baden-Württemberg! – Abg. Capezzuto SPD: Wer blockiert denn im Bundesrat?)

Ich will ganz gern zum Sozialhaushalt sagen, meine Damen und Herren: Wir haben aus meiner Sicht die Hausaufgaben in Sachen Sozialpolitik vorzüglich gemacht.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Man kann immer sehr leicht lachen, wenn man Anträge auf Erhöhungen stellt und keine Gegenfinanzierungsvorschläge hat.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Diese billige Tour von Haushaltspolitik machen wir nicht mit, Frau Haußmann. Ich kann nur noch einmal sagen: Verespren Sie ruhig weiter die Zukunft unserer Kinder.

(Abg. Capezzuto SPD: Das kann gar nicht sein! Das macht ihr schon 50 Jahre!)

Das gibt es mit uns nicht.

(Alfred Haas)

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Das glauben nicht einmal die Jungen auf der Zuhörertribüne!)

Ein ganz großes Zugeständnis haben wir dadurch erreicht – Sie brauchen das nur einmal ordentlich zu gewichten, meine Damen und Herren –, dass dem Sozialministerium eben nicht die eigentlich geforderte Einsparauflage abverlangt wurde.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Allzu viel konnte man da ja nicht mehr einsparen!)

– Liebe Frau Haußmann, das wären im Haushaltsjahr 2005 43,2 Millionen € und im Haushaltsjahr 2006 48,6 Millionen € gewesen. Wir haben in vielen Gesprächen Gott sei Dank erreicht, dass nur eine Einsparauflage von 10 Millionen € erfüllt werden muss. Das war schwer genug. Das ist ein enormes Zugeständnis an die Sozialpolitik dieses Landes.

Ich will gern etwas zu einigen Punkten sagen, die auch heute Morgen schon eine Rolle gespielt haben. Herr Drexler hat behauptet, es gebe einen Brief des Caritasverbands zum Thema „Mutter und Kind“. Diesen Brief kenne ich nicht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sieht man, dass es nichts nützt, wenn man Ihnen Briefe schreibt! – Abg. Capezzuto SPD: Sie beantworten keine Briefe, also bekommen Sie auch keine!)

Ich will aber gern sagen, weshalb wir es für verantwortbar halten, das Programm „Mutter und Kind“ auslaufen zu lassen. Lieber Herr Capezzuto, wahrscheinlich haben Sie davon keine Ahnung.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Von 44 Stadt- und Landkreisen haben ohnedies nur noch 23 dieses Programm „Mutter und Kind“ bisher weitergeführt. Wenn wir dabei sind, die Kleinkindbetreuung und die Betreuung für die betroffenen Mütter zu verbessern – das ist unser fester Wille; das erkannten Sie ja auch schon im letzten Haushalt; das werden wir fortsetzen –,

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

dann ist es eben ein anderer Weg, den Kindern und vor allem den Müttern zu helfen, eigene Einkommen zu haben, arbeiten gehen

(Abg. Capezzuto SPD: Die Kinder?)

und die Kinder zur Betreuung geben zu können. Das ist im Übrigen ein Modell, das in den USA seit einigen Jahren erfolgreich umgesetzt wird.

Vielleicht sage ich zur Beruhigung derjenigen, die meinen, das Programm „Mutter und Kind“ müsse unbedingt fortgeführt werden: Der Landkreis Emmendingen hat vor über zehn Jahren das Programm „Mutter und Kind“ beendet. Dieser Landkreis Emmendingen ist gerade nach dem Prognos-Gutachten zu einem der familienfreundlichsten Landkreise in Baden-Württemberg erklärt worden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Mit Ausnahme der Kinderbetreuung, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Das ist ja schließlich auch ein positives Ergebnis. Ich habe gedacht, Frau Wonnay, dass das mit unser beider guter Sozialpolitik zusammenhängt. Das ist sicherlich auch der Fall.

(Unruhe)

Ich will gern etwas zur Jugendsozialarbeit an Schulen sagen. Der Arbeitskreis Sozialpolitik der CDU-Fraktion ist schon vor Jahren zu dem Ergebnis gekommen: Wir werden diese Aufgabe schlicht und einfach in dem Umfang, wie es nötig ist oder möglicherweise gebraucht wird, nicht stemmen können. Die Haushaltsansätze waren von Anfang an zu gering. Wir haben kein Land gesehen, um alle Stellen zu unterstützen. Es gibt ja mittlerweile rund 900 Schulsozialarbeiterstellen im Land. Wir haben gerade einmal knapp 300 fördern können.

Nun muss man sich einmal vor Augen führen, dass es da bei einer 100-%-Stelle gerade einmal um 7 500 € gegangen ist. Ich sage, auch als Kommunalpolitiker: Wenn ich zu dem Ergebnis komme, dass es wichtig ist – und das ist in vielen Schulen wichtig –, an den Schulen Jugendsozialarbeit durchzuführen, dann bringe ich auch als Kommune 7 500 € dafür auf. Deren Aufgabe ist das schließlich.

(Abg. Capezzuto SPD: Wenn Sie aber Kommunalpolitiker sind, dann wissen Sie, dass das nicht deren einzige Aufgabe ist!)

– Das ist völlig richtig, natürlich.

Ich will gerne sagen, dass wir vom Arbeitskreis Sozialpolitik sehr froh sind, dass wir die zehnpromtente Kürzung bei der Selbsthilfe haben rückgängig machen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

und damit das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement auch weiterhin in dem Umfang wie bisher unterstützen können. Auch hierfür gilt das, was ich ganz zu Anfang gesagt habe: Natürlich wäre dort eine Steigerung wünschenswert gewesen, aber bei den Haushaltsvorgaben war dies leider nicht möglich.

Wir haben zusätzlich, so denke ich, etwas getan, was alle Abgeordneten hier in diesem hohen Hause unterstützen, nämlich den Antrag auf Flutopferhilfe in Höhe von 1 Million € im Haushalt 2005 untergebracht.

Im Bereich des Kommunalen Investitionsfonds haben wir dafür gesorgt, dass die ursprünglich geplante Kürzung bei der Pflegeheimförderung um 5 Millionen € reduziert wurde. Diese Umschichtung hilft, lieber Kollege Noll, den Antragstau abzubauen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Und den Ausstieg einzuleiten!)

den wir nun einmal haben, und letztendlich – das haben wir ja auch mit allen Beteiligten längst besprochen –, sobald die zusätzlichen 10 000 Pflegeheimplätze geschaffen sind,

(Alfred Haas)

aus der staatlichen Förderung auszusteigen. Da stehen wir im Wort; das werden wir auch tun. Aber wir haben im Moment eben noch einen Antragstau in Höhe von schätzungsweise 143 Millionen €, und den müssen wir in jedem Fall abarbeiten. Insoweit war es richtig, dort etwas zu tun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer hat denn den Stau verursacht? – Abg. Capezzuto SPD: Wie kommt es zu dem Stau?)

Meine Damen und Herren, das Hauptthema, das heute schon diskutiert wurde, ist die Familie und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch dazu möchte ich gerne etwas sagen. Wir haben erreicht, dass es dort keine Kürzungen gegeben hat und dass wir die Familienpolitik auf dem gleichen hohen Niveau wie bisher halten konnten. Das Ganze muss weiterhin einhergehen mit einer Stärkung der Familie in der Gesellschaft, mit einer familienfreundlicheren Gesellschaft und familienfreundlicheren Betrieben – dazu alleine könnte man ja schon lange Ausführungen machen. Mir ist es wichtig, dass wir keine Schnellschüsse machen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das machen Sie ja sowieso nicht! Wenn man gar nichts macht, macht man auch keine Schnellschüsse! Nichtstun schließt Schnellschüsse aus, Herr Kollege!)

Ich sehe mit Interesse den Antrag der Grünen, beim Landeserziehungsgeld umzuschichten. Das kann durchaus zu einem bestimmten Zeitpunkt Sinn machen; darüber werden wir sprechen, allerdings nicht mit Schnellschüssen. Und vor allen Dingen, liebe Frau Lösch: Es ist einfach so, dass das Landeserziehungsgeld den einkommensschwächsten Familien in diesem Land zugute kommt. Insoweit müssen wir sicherlich darüber nachdenken, wie groß die Spielräume dort überhaupt sein können und ob es gelingt, an dem Ende zu Umschichtungen zu kommen, oder ob wir andere Möglichkeiten haben, um die Betreuungsarbeit bei den Kleinkindern, in den Kindergärten und in den Schulen zu finanzieren.

Wenn ich von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf spreche, dann möchte ich einfach in Erinnerung rufen, dass wir in Baden-Württemberg trotz der immer wieder behaupteten schlechten Kleinkindbetreuung nach wie vor die höchste Frauenerwerbsquote in Deutschland haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Ohne eure Unterstützung!)

Es kann also nicht alles so schlecht sein, wie immer behauptet wird.

Im Übrigen kann ich mit Statistiken, wie sie immer wieder ins Feld geführt werden, keine Politik betreiben, sondern die Fakten sprechen für sich. Wie gesagt, wir haben in Baden-Württemberg die höchste Frauenerwerbsquote in Deutschland.

Die CDU-Fraktion wird weiterhin daran arbeiten, dass das Kinderland Baden-Württemberg Zukunft hat. Wir fangen nicht bei null an; das ist, glaube ich, heute mehrfach deutlich geworden. Wir fangen auch bei der Sprachförderung nicht bei null an; auch das ist nach der Diskussion um den Haushalt des Innenministeriums deutlich geworden. Es sind ja erhebliche Mittel im Bereich der Hausaufgaben-, Sprach-

und Lernhilfe im Haushalt des Sozialministeriums ausgebracht. Diese Mittel muss man sicherlich aufstocken, wenn man über die Kinder mit Migrationshintergrund hinaus auch andere Kinder künftig einbezieht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja dann machen Sie es doch endlich!)

– Ja, wir werden das auch tun, liebe Frau Haußmann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wann denn? Dann machen Sie doch eine konkrete Aussage! – Abg. Capezzuto SPD: Wann?)

Für die Integrationsarbeit im Innenministerium ist ein Betrag von 41 Millionen € genannt worden. Wir haben Gott sei Dank die Landesstiftung Baden-Württemberg. Wenn wir sie auflösen würden, wie die SPD es immer fordert, dann hätten wir die 5,5 Millionen € für die Sprachförderung im Kindergarten ja auch nicht.

(Abg. Capezzuto SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Also, rundum sind bisher 60 Millionen € eingesetzt worden, allerdings, wie gesagt, nur bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Wenn wir die allgemeine Sprachförderung einführen wollen, dann wird es eben zu Verschiebungen kommen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Meine Damen und Herren, im Finanzausschuss haben eine Reihe von Anträgen der Opposition vorgelegen. 95 % der Anträge hätte ich voraussagen können. Das waren alles bekannte Dinge. Im Wesentlichen ging es um die Aufhebung der Kürzungsvorschläge der Landesregierung. Es waren wie immer auch alte Kamellen dabei.

(Abg. Capezzuto SPD: Ihr seid beratungsresistent!
– Abg. Dr. Caroli SPD: Es geht Sie einen Kehrriech an, welche Anträge wir vorlegen!)

Aber wir können leider aus den ganz am Anfang genannten Gründen den Anträgen nicht zustimmen.

(Zurufe der Abg. Capezzuto und Ursula Haußmann SPD)

Ich will zum Schluss sehr herzlich Dank sagen, meine Damen und Herren, an die Ministerin, an ihre Mannschaft, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch der nachgeordneten Behörden. Deren Zahl ist seit dem 1. Januar 2005 weniger geworden. Deswegen will ich auch gerne allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sonderbehörden, die eingegliedert worden sind, an dieser Stelle Dank sagen, allen bei den früheren Landeswohlfahrtsverbänden, die jetzt an anderen Arbeitsplätzen die sozialen Dienstleistungen für unsere Bedürftigen erbringen. Dafür herzlichen Dank!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zuerst zerschlagen, dann loben und danken! Das ist typisch! – Abg. Capezzuto SPD: Waren Sie schon einmal dort bei denen, um zu sehen, wie begeistert die sind?)

– Lieber Herr Capezzuto,

(Abg. Capezzuto SPD: Lassen Sie doch das „lieber“ weg!)

(Alfred Haas)

ich muss jetzt ganz einfach noch etwas anderes anfügen, nachdem Ihr Fraktionsvorsitzender aus meiner Sicht heute hier unwürdig mit dem früheren Sozialminister umgegangen ist. Ich weiß, dass Friedhelm Repnik einen außerordentlich positiven –

(Abg. Capezzuto SPD: Doktor! So viel Zeit muss sein! So viel Zeit muss man sich nehmen! – Abg. Dr. Caroli SPD: So viel Zeit muss sein!)

Lesen Sie einmal nach, was Herr Drexler über Herrn Dr. Repnik gesagt hat. Dieser hat einen kooperativen und freundschaftlichen Umgang auch mit den SPD-Sozialpolitikern gehabt. Insofern finde ich es nicht nur außerordentlich niveaulos, sondern auch außerordentlich unverschämt, wie Ihr Fraktionsvorsitzender hier mit Friedhelm Repnik umgegangen ist. Wir möchten ihm für seine Arbeit herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Capezzuto SPD: Wie sagen die Jungen immer: Schleim, Schleim, Schleim!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist der letzte Haushalt, den diese CDU-FDP/DVP-Landesregierung vorlegt. Es ist ein guter Zeitpunkt, anhand der vorgelegten Zahlen Bilanz zu ziehen und an die zukünftigen Aufgaben, die im Land zu bestreiten sind, die Messlatte anzulegen.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf das Themenfeld Familie beschränken. Frau Kollegin Haußmann wird nachher noch die anderen Felder der Sozialpolitik aufgreifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, „Wir tun zu wenig für unsere Kinder“. So lautete eine Schlagzeile in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 10. Februar dieses Jahres. Dieser Satz aus dem Munde des designierten Ministerpräsidenten Günther Oettinger in seiner Aschermittwochsrede ist eine bemerkenswert ehrliche Beschreibung der Familienpolitik der CDU-FDP/DVP-Landesregierung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Und Haas hat das Gegenteil gesagt!)

Bemerkenswert auch deshalb, weil Günther Oettinger als Fraktionsvorsitzender der CDU diese Familienpolitik maßgeblich mit zu verantworten hat.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Eben!)

Bestätigt wird diese Erkenntnis durch nüchterne Zahlen. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat, basierend auf den Zahlen des Statistischen Bundesamtes, Ende letzten Jahres ausgerechnet, wie hoch der Anteil der Ausgaben für Kinderbetreuung der Länder und Gemeinden am jeweiligen Gesamthaushalt ist. Sie können das in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 21. Dezember 2004 nachlesen. Für Baden-Württemberg fällt dieses Ergebnis ernüchternd aus: Nur 2,8 % der Gesamtausgaben von Land und Kommunen entfallen auf

Kinderbetreuung. Zum Vergleich: In Rheinland-Pfalz sind es 4,6 %,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

in Nordrhein-Westfalen und Hessen immerhin noch 3,4 %. Meine Damen und Herren, nicht die Kommunen in unserem Land investieren zu wenig in diesen Bereich. Es ist die Landesregierung, die seit Jahren die Zukunftsaufgabe Kinderbetreuung sträflich vernachlässigt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das Ergebnis dieser Politik ist, dass wir im Bereich der Kinderbetreuung, insbesondere bei der Kleinkindbetreuung, nach wie vor auf einem der hinteren Ränge im Bundesländervergleich sind.

(Abg. Schmiedel SPD: Rote Laterne!)

Was tut die Landesregierung – das ist die Messlatte, die ich heute an sie lege –, was tun die sie tragenden Fraktionen in diesem Haushalt,

(Abg. Capezzuto SPD: Nicht viel!)

um dieses völlig unzureichende Angebot weiterzuentwickeln, eine Aufgabe, die nach den Worten des künftigen Regierungschefs – ich zitiere – „die eigentliche Wachstumsaufgabe in diesem Land“ sein muss?

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Das steht in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 10. Februar 2005.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD – Zurufe von der SPD: Nullwachstum! – Negativwachstum!)

Die Antwort fällt kurz und knapp aus: Sie tun nichts.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aha! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Für Kinderkrippen und Tagespflege stehen in den Jahren 2005 und 2006 exakt die gleichen Haushaltsmittel wie 2004 zur Verfügung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie viel sind es denn?)

– 4 Millionen €, Herr Kollege.

(Abg. Alfred Haas CDU: 7 Millionen!)

Ich bin in der Lage –

(Abg. Alfred Haas CDU: 7 Millionen!)

– Einschließlich Tagespflege sind es 7 Millionen €, für Krippen 4 Millionen €. – Stagnation statt Wachstum, das ist das, was Sie in diesem Haushalt bieten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das entspricht dem Handeln der Bundesregierung: Stagnation statt Wachstum!)

Bei Kinderkrippen bezuschusst das Land nur kümmerliche 10 % der Betriebskosten,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

(Marianne Wonnay)

bei Kindergärten lag dieser Anteil – Sie wissen das – vor der Kommunalisierung bei 30 %. Nun ist selbst dieser mit nur rund 4 Millionen € äußerst bescheiden ausgestattete Programmrahmen am Ende angelangt. In diesem Jahr können nur noch 16 zusätzliche Gruppen – das sind 160 Plätze – gefördert werden,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

und dann ist dieses Programm am Anschlag. Von Wachstum ist überhaupt nichts zu merken.

(Abg. Alfred Haas und Abg. Hoffmann CDU: Wer sagt denn das?)

Die SPD-Fraktion hat als einzige Fraktion für den Doppelhaushalt 2005/2006 ein kurzfristig realisierbares Konzept zum Ausbau des Kleinkindbetreuungsangebots vorgelegt. Ich möchte kurz die Eckpunkte anreißen: Wir wollen einen raschen Ausbau des Betreuungsangebots für Kleinkinder in diesem und im nächsten Jahr, und wir wollen vor allem die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen. Wir wollen die Landesförderung im Rahmen des bestehenden Förderprogramms für Krippen durch eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses des Landes von bisher 10 % auf 30 % verbessern – auch für bereits geförderte Krippen –, um die Kommunen bei dieser Aufgabe zu entlasten. Das ist uns ganz wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Damit würden vom Land Plätze für Kleinkinder endlich genauso hoch bezuschusst wie Kindergartenplätze. Kleinkinder müssen dem Land genauso viel wert sein wie Kindergartenkinder.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Wir wollen dafür zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15 Millionen € im Jahr 2005 und 25 Millionen € im Jahr 2006 bereitstellen. Wir haben dazu ein klares Finanzierungskonzept. Unser Fraktionsvorsitzender hat es heute Vormittag vorgestellt; das kann ich mir an dieser Stelle sparen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Imagekampagne?)

– Nein, nicht die Mittel für die Imagekampagne. Sie haben wie immer schlecht zugehört, Herr Kollege Haas.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Also wieder Rothaus! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Wenn man schon Bier während des Tages trinkt, merkt man das!)

Mit diesem Programm, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnte die Zahl der Krippenplätze im Land im Jahr 2005 um rund 1 700 Plätze und im Jahr 2006 um weitere 2 500 Plätze erhöht werden. Bezogen auf das Jahr 2004 würden wir damit mehr als eine Verdopplung der Zahl der Krippenplätze in diesem Land erreichen, und das wäre dringend notwendig.

Die Grünen haben zu den Haushaltsberatungen ein Konzept vorgelegt, das vorsieht, das Landeserziehungsgeld ersatzlos

zu streichen und die Mittel für den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots zu verwenden. Angeblich könnten dadurch fast 50 Millionen € für den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots freigeschaufelt werden. Leider muss ich Ihnen dazu sagen: Diese Finanzierung, die Sie da vornehmen wollen, ist eine Luftbuchung. Seit der Aufstellung des Haushaltsplans haben nämlich viele Familien Anträge auf Landeserziehungsgeld gestellt. Ihnen das Geld zu streichen ist rechtlich überhaupt nicht möglich. Nach den Berechnungen des Sozialministeriums – das haben die Beratungen im Finanzausschuss ergeben – ist für das Jahr 2005 überhaupt keine Reduzierung der Mittel möglich, und im Jahr 2006 könnten allenfalls 2 Millionen € umgeschichtet werden.

Ihr Vorschlag hat nicht nur diese finanziell nicht gedeckte Seite, sondern es ist auch die Wirkung zu diskutieren. Wir würden dieses Geld den Einkommensschwächsten nehmen. Wir würden dem Drittel der Familien, dem es im Land am schlechtesten geht, das Geld wegnehmen

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

und es auf alle Familien umschichten. Das wäre verteilungspolitisch außerordentlich kritisch und mit unserem zentralen Leitprinzip der sozialen Gerechtigkeit überhaupt nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen aber im Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur eine Diskussion über mehr Betreuungsplätze, sondern wir brauchen vor allem auch eine bessere Kinderbetreuung. Heutzutage – das ist heute Gott sei Dank schon sehr deutlich angesprochen worden – verlässt jedes vierte Kind in Baden-Württemberg den Kindergarten mit Sprachdefiziten.

(Zuruf von der SPD: Oje! – Abg. Dr. Caroli SPD: Furchtbar!)

Diese Zahl stammt nicht von uns, sondern von der Kultusministerin.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Kindergärten werden heutzutage von mehr als 95 % aller drei- bis sechseinhalbjährigen Kinder besucht. Sie müssen daher der Ort sein, um diese Sprachdefizite durch eine gezielte Sprachförderung auszugleichen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Diese Aufgabe können die Kindergärten aber nur dann erfüllen, wenn die pädagogische Qualität gesichert ist.

(Zuruf von der SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Deshalb fordert die SPD kleinere Kindergartengruppen. In Gruppen mit 28 und mehr Kindern ist eine angemessene Förderung nicht möglich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

(Marianne Wonny)

Wir brauchen eine flächendeckende Sprachförderung – da war der Herr Ministerpräsident heute auf dem Holzweg; die haben wir nämlich noch nicht – vom ersten Kindergartentag an.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die brauchen wir nicht!
So ein Quatsch! – Lachen des Abg. Drexler SPD)

– Wir haben noch keine flächendeckende Sprachförderung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Die brauchen wir auch nicht! Entschuldigung!)

Wenn 25 % der Kinder Sprachförderbedarf haben, dann ist es schlichtweg unzulässig und unangemessen,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

so zu tun, als ob es nicht die Aufgabe aller Kindergärten im Land wäre, diesen Kindern zu helfen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ihr bisheriger Ansatz der Landesstiftung greift zu spät und erreicht zu wenig Kinder.

(Abg. Alfred Haas CDU: Deswegen sind wir die Ersten in ganz Deutschland!)

– Nein. Herr Kollege Haas, Sie sind ja wieder völlig auf dem Holzweg.

(Abg. Drexler SPD: Wie immer! – Abg. Fischer SPD: Er ist nicht heruntergekommen! – Abg. Capezzuto SPD: Er findet gar keinen Weg!)

Von den 16 Bundesländern haben 12 Bundesländer für den Bereich der Elementarbildung Orientierungspläne, in deren Rahmen Sprachförderung stattfindet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Marianne, er kapiert es trotzdem nicht! Lass es! – Abg. Fischer SPD: Das geht nur deiner Redezeit verloren!)

Sie haben bisher kein umfassendes Sprachförderkonzept vorgelegt. Dabei haben Sie seit Monaten die Vorschläge der interministeriellen Arbeitsgruppe „Sprachförderung im Vorschulalter“ auf dem Tisch,

(Abg. Alfred Haas CDU: Das Geld fehlt!)

an deren Entwicklung Wissenschaftler, Trägerverbände und Kommunen beteiligt waren. Diese Arbeitsgruppe empfiehlt Ihnen Maßnahmen wie die Aufstockung der Fördermittel für die vorschulische Sprachförderung im Rahmen des HSL-Programms im Umfang von 6 Millionen €.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das wissen wir auch!
Aber das Geld fehlt!)

– Herr Kollege Haas, Sie schaffen es nicht,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Marianne, lass dich doch nicht herunter!)

in diesem Haushalt einen Promillebereich zu finanzieren, von dem wir wissen, dass er geeignet wäre, das zu errei-

chen, was Ihr Fraktionsvorsitzender nicht müde wird zu fordern,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

nämlich dass alle unsere Kinder schulfähig werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Das ist ein Armutszeugnis! Eine Schande! – Abg. Alfred Haas CDU: Sie waren doch auch einmal in der Regierung!)

Wir geben Ihnen nachher in namentlicher Abstimmung die Chance, den Worten endlich Taten folgen zu lassen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie zuerst, wie es finanziert werden soll!)

Wir sagen Ihnen nachher noch einmal,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Hoppla!)

wo Sie die Hand heben können, Herr Kollege Noll.

(Abg. Capezzuto SPD: Damit ihr es endlich begreift!)

Der designierte Ministerpräsident des Landes hat doch die richtige Schwachstelle benannt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl, das wissen wir doch auch!)

Er hat medienwirksam davon gesprochen, dass, um den Problemen in diesem Bereich abzuhelfen, für das letzte Jahr vor der Einschulung eine Kindergartenpflicht ausgesprochen werden solle.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja!)

Sein Argument war, damit solle die Schulfähigkeit aller Kinder erreicht werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sicher!)

Nachdem jetzt dieser Versuchsballon ein überwiegend negatives Echo gefunden hat, rudert er wieder zurück und sagt,

(Abg. Alfred Haas CDU: Na, na!)

das sei die Ultima Ratio, das letzte Mittel. Ich würde gerne einmal von Ihnen hören, was denn dann Ihre anderen Mittel sind. Wollen Sie jetzt die Kindergartenpflicht? Ich sage Ihnen gleich, was nicht geht. Wir sind bereit, mit Ihnen ernsthaft über die Kindergartenpflicht und darüber zu diskutieren, welche Maßnahmen die richtigen sind. Es darf aber nicht sein, dass Sie sagen: „Wir wollen die Kindergartenpflicht“, und sie dann nicht mit der Beitragsfreiheit verbinden. Eine solche Maßnahme darf nicht auf dem Rücken der Eltern und der Kommunen eingeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich fasse zusammen: Familienpolitisch bietet dieser Haushalt keine Zukunftsperspektive. Wo Wachstum notwendig wäre, ist Stagnation zu verzeichnen. Wo Konzepte erforderlich wären, gibt es bisher nur medienwirksame Luftballons.

(Marianne Wonnay)

Wir tun zu wenig für unsere Kinder. Dieser späten, aber zu treffenden Erkenntnis lassen Sie leider in diesem Landeshaushalt keine Taten folgen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Haas hat zu Recht darauf hingewiesen –

(Oh-Rufe von der SPD – Weiterer Zuruf von der SPD: Nicht „zu Recht“!)

– Ich würde dem Kollegen Haas gönnen, dass Sie nicht schon bei Nennung seines Namens jedes Mal aufstöhnen.

(Abg. Alfred Haas CDU: So viel Ehre brauche ich nicht!)

Er hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir . . .

(Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat der Herr Abgeordnete.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: . . . – da würde ich jetzt gern alle Sozialpolitiker in diesem Parlament an meiner Seite haben, dass sie dann auch Beifall geben –

(Beifall des Abg. Dr. Repnik CDU)

bei den ursprünglich von den Ressorts geforderten Einsparungen den Anteil von über 40 Millionen € pro Jahr auf 10 Millionen € herunterhandeln, möchte ich fast sagen, konnten.

(Zuruf von der SPD: O Jesses Gott! – Heiterkeit)

Wenn man sagt: „Ja, da war auch schon arg viel vorher gespart und nicht mehr arg viel zu holen“, ist festzustellen, dass uns das alle Ressorts sagen. Das sagt der Wirtschaftsminister an anderen Stellen, die zentral wichtig sind, genauso. Deswegen sollte man das nicht kleinreden, dass wir es in der Tat geschafft haben, bei den Vorgaben, weil eben im Sozialetat viele gebundene Gelder ausgebracht sind und wir ansonsten praktisch keine Gestaltungsmöglichkeit mehr hätten, auf ein Viertel der bei den anderen Ressorts geforderten Einsparungen zurückzufahren. Trotzdem haben wir an den verschiedenen Stellen, wo wir geglaubt haben, dass man möglicherweise durch Umschichtungen noch Gefährdungen von Strukturen verhindern kann, das im parlamentarischen Verfahren in zweifellos schwierigen gemeinsamen Debatten und Verhandlungen hingekriegt.

Noch einmal zum bürgerschaftlichen Engagement: Die Rücknahme der Kürzungen von 10 % ist uns nicht leicht gefallen, aber wir haben es geschafft, weil wir nicht einerseits mehr Verantwortung einfordern dürfen und auf der anderen Seite nicht davon absehen dürfen, für Strukturen, die auch das bürgerschaftliche Engagement braucht und wo man mit wenig Geld viel Engagement aufrechterhält oder gar erst herauskitzelt, dieses Geld bereitzustellen. Sonst brechen

uns diese Strukturen weg. Das kann man ganz konkret für jemanden, der einen Etat von 40 000 oder 50 000 € hat und 10 % –

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Uns müssen Sie nicht überzeugen, Kollege Noll!)

– Aber ich darf es doch sagen, weil Sie ja bezweifelt hatten, ob wir das noch hinkriegen. Wir haben es beim bürgerschaftlichen Engagement hingekriegt. Wir haben es auch bei den Aids-Hilfen und bei den Tagesmüttern geschafft – übrigens ein zentraler Punkt im Konzept „Familienfreundliches Baden-Württemberg“ und im Konzept der Kinderbetreuung, weil es eine sehr flexible Form der Betreuung ist. Dann darf man aber den Landesverband nicht praktisch arbeitsunfähig machen, indem man ihm die letzten Möglichkeiten, die das Ehrenamt dringend braucht, nimmt. Deshalb freuen wir uns, dass es gelungen ist, dies zu verhindern.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Punkt 2: Nicht gelungen ist uns das leider bei der Schulsozialarbeit. Ich sehe das ein bisschen anders als der Kollege Haas. In der Tat gab es eine Anschubfinanzierung aufgrund der Empfehlungen der Jugendenquetekommission. Aber genau so sollte man auf Dauer eigentlich nicht Landespolitik machen: dass man den Kommunen – sozusagen qua Anschubfinanzierung – irgendetwas aufs Auge drückt und nach drei, vier oder fünf Jahren sagt: „Jetzt habt ihr das aber gefälligst alleine zu machen.“ Dazu stehe ich, weil Schulsozialarbeit eben keine klassische Jugendhilfe ist, sondern eine Arbeit, die in ein pädagogisches Gesamtkonzept an den Schulen einzubetten ist.

Deswegen komme ich darauf zurück, was ich heute früh gesagt habe: Ich bin durchaus der Meinung, dass wir bei den Vorschlägen von verschiedenen Seiten, die jetzt auf dem Tisch liegen, auch einmal fragen müssen, wer denn nun im schulischen Bereich oder im Bereich der Kinderbetreuung im Vorfeld der Schulzeit wirklich verantwortlich ist. Es ist zu fragen, ob wir da nicht auch eine gewisse – gerade auch finanzielle – Entflechtung hinbekommen, die so funktionieren muss, dass derjenige, der die Leistungen erbringen soll, auch das Geld dafür geliefert bekommt.

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Wie stimmen Sie nachher ab?)

Das kann man nicht mit einem Schnellschuss tun,

(Zuruf von der SPD: Schnecken tempo! – Zuruf des Abg. Stichelberger SPD)

weil wir dazu die kommunalen Vertreter brauchen, da dies eine Neuordnung der Finanzbeziehungen nach sich ziehen würde.

Nun zum Thema „Kinderbetreuung ausbauen“: Das ist überhaupt keine Frage. Übrigens muss man auch einmal einsehen, dass die Kommunen gerade im Kindergartenbereich nach wie vor die größte finanzielle Last in vorbildlicher Weise tragen. Hier haben wir ja eine Vollversorgung anzubieten. Es ist aber überhaupt nicht schlimm, einmal zu sagen, dass wir auch für das Alter vor dem Kindergarten eintritt durchaus mehr Angebote schaffen wollen.

(Dr. Noll)

Auch hier ist es übrigens wie in der Wirtschaftspolitik: Die einen reden von Nachfragepolitik und die anderen von Angebotspolitik. Ich finde schon, dass ein bisschen Angebotspolitik notwendig ist, damit junge Menschen überhaupt das Signal erreicht: „Ja, ihr könnt euch für Kinder entscheiden. Das bedeutet nicht zwingend, dass ihr aus dem Beruf ausscheiden müsst.“ Das ist auch die Grundidee, die dahintersteht, wenn man Kinderbetreuungsmöglichkeiten anbietet. Mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden Entscheidungen zugunsten von Kindern möglich gemacht. Andererseits werden für Kinder möglichst früh Bildungs- und damit Freiheitschancen geschaffen und verwirklicht.

Es ist wirklich erschreckend, wenn jedes vierte Kind bei seinem Schuleintritt der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig ist. Das kann uns natürlich nicht kalt lassen, sondern wir müssen den eingeschlagenen Weg in der Tat fortsetzen. Ob es Ihnen nun passt oder nicht: Wir haben nun einmal – Gott sei Dank – mit Mitteln der Landesstiftung erste Maßnahmen ergreifen können. Von flächendeckenden Maßnahmen kann man in der Tat nicht reden – das ist überhaupt keine Frage –, sondern es handelte sich quasi um Modellversuche, die sich langsam entwickelt haben und die sich übrigens nur auf einen Teil des Themas Sprachförderung beziehen. Sprachförderung ist nämlich insgesamt eine in die Kindergartenarbeit zu integrierende Aufgabe. Das setzt natürlich auch die entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher voraus, damit sie diese Aufgabe leisten können.

Dann kommt die zweite Stufe: Neben dieser integrierten Arbeit, mit der für die Mehrzahl der Kinder das Ziel erreicht werden kann, dass sie sprach-, lese- und lernfähig eingeschult werden, besteht der zweite Teil der Arbeit darin, diejenigen Kinder zu identifizieren, die einer zusätzlichen Förderung bedürfen. Genau das geschieht im Moment über Mittel der Landesstiftung. Dieses Programm muss allerdings verstetigt werden.

Der dritte Bereich bezieht sich auf Kinder, die von Behinderung bedroht sind. Dieser medizinische Bereich hat damit im Grunde genommen nichts zu tun.

Noch einmal: Meiner Meinung nach ist es ganz klar, dass der Kindergarten – so haben wir es im Kindergartenengesetz formuliert – auch einen Bildungsauftrag hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das heißt nicht, dass sich die Eltern darum überhaupt nicht zu kümmern brauchen. Wir sollten das überhaupt nicht gegeneinander ausspielen: Bildung und Erziehung innerhalb der Familie und zusätzlich die Erziehung und Bildung außerhalb der Familie, in betreuten Einrichtungen. Beides besitzt einen Wert an sich.

Manchmal hört man – ich habe da einen im Blick, der das letzthin wieder einmal gesagt hat –, es sei doch naturgegeben, dass Kinder bis zum Alter von drei Jahren praktisch bei der Mutter sein müssten.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wenn Kinder tagsüber im Kindergarten sind, heißt das ja nicht, dass sie nicht abends wieder bei der Mutter sein könnten. Ich bitte, diese ideologische Diskussion wegzulassen.

Jetzt komme ich zum springenden Punkt: Wie wollen wir das finanzieren? Sie werden nicht überrascht sein, wenn ich nachher die Hand für Ihren Finanzierungsvorschlag leider nicht heben kann. Denn wir müssen schauen, was Kinder, was Familien in unserem Land wirklich dauerhaft brauchen. Ich finde es nicht unsozial, wenn wir einen Haushaltstitel mit 83 Millionen € haben und wir hier über 6 Millionen € für einen Einstieg in die Sprachförderung reden. Wir reden darüber, ob wir möglicherweise im letzten Kindergartenjahr die Eltern von den Gebühren befreien können. Wenn wir ein Pflichtjahr wollen, müssten wir das meiner Meinung nach tun. Das kann dann erst am Ende stehen. Wenn wir solche Dimensionen ins Auge fassen, dann müssen wir auch bereit sein, zum Beispiel über das 83-Millionen-€-Programm Landeserziehungsgeld zu reden. Wir tun dies, und Sie haben, wenn Sie die Zwischentöne beim Kollegen Haas gehört haben, ganz klare Signale, dass man da gesprächsbereit ist. Manchmal geht etwas in der Politik ein bisschen langsamer, aber so, liebe Kollegin Lösch, wie Sie es sich vorstellen, dass man auf einen Schlag die Hälfte der 83 Millionen € praktisch wegnimmt, geht es nun einmal nicht, weil es gesetzliche Vorgaben gibt, die das Land auf zwei Jahre binden.

Deswegen sage ich: Wir müssen jetzt darangehen, wenn wir es denn ernst meinen, dass wir im Jahr 2006 vielleicht eine vernünftige Steuerreform auf Bundesebene hinkriegen. Das können ja dann Sie machen, wenn Sie wiedergewählt werden sollten. Wir würden es am liebsten nach dem Solms-Modell machen, wo wir eine klare familienpolitische Komponente drin hätten.

(Abg. Drexler SPD: 87 Millionen € Steuerausfall! Wie wollen Sie das finanzieren?)

Dann wäre Kinderarmut nicht mehr durch ein Landeserziehungsgeld zu beheben.

(Abg. Drexler SPD: Sondern?)

– Wenn jedes Kind genau wie jeder Erwachsene einen Grundfreibetrag von 7 500 € bekäme, dann wäre das schon ein Riesenfortschritt gegenüber dem, was jetzt an Kindergeld und Landeserziehungsgeld bezahlt wird.

(Abg. Drexler SPD: Wissen Sie, dass bei zwei Kindern 37 000 € steuerfrei sind?)

Im Hinblick darauf sollten wir uns Gedanken machen, wie wir darauf reagieren, wie wir den Umbau hinkriegen. Es wird noch ein bisschen Zeit brauchen, bis wir an diesem Punkt sind, aber wir arbeiten gemeinsam daran.

(Abg. Schmiedel SPD: Da haben Sie noch viele Jahre Zeit, daran zu arbeiten!)

Ich denke, wir werden über 2006 hinaus Zeit haben, um diese Konzepte gemeinsam mit dem Partner CDU durchzusetzen.

(Dr. Noll)

(Abg. Drexler SPD: Bei Ihrem personellen Angebot glaube ich nicht, dass Sie noch einmal in den Landtag kommen!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich habe hinreichend klar gemacht, in welcher Richtung wir nicht nur an konzeptionellen Neuentwicklungen arbeiten wollen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

sondern wie wir auch eine realistische Finanzierung hinkommen wollen, ohne zusätzliche Schulden zu machen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Denn nach dem Metzgersfraumotto „Darf’s ein bisschen mehr sein?“ können wir Haushaltspolitik leider nicht machen, auch wenn es die Opposition so betreibt.

(Abg. Drexler SPD: Wer macht denn das? Sie lesen offensichtlich nichts!)

Deswegen werden wir seriös an dieser Aufgabe weiterarbeiten.

Letzte Bemerkung: Ich werde die letzten fünf Minuten meiner Redezeit der Kollegin Götting zu ihrer ersten Rede – sie ist ja, wie Sie wissen, ins Parlament nachgerückt – zur Verfügung stellen. Sie wird zum Bereich Frauenpolitik noch etwas sagen. Deshalb darf ich schließen mit dem Dank an alle, die in guter Zusammenarbeit das Ergebnis, das wir Ihnen jetzt für den Sozialetat vorlegen, erreicht haben, insbesondere auch mit Dank an all die Menschen in unserem Land, die sich, egal, ob bürgerschaftlich-ehrenamtlich oder professionell, in sozialen Einrichtungen, überhaupt in unserer Gesellschaft engagieren.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt sind es bloß noch vier Minuten! – Abg. Capezzuto SPD: Deswegen kürzen Sie, vor lauter Dankbarkeit!)

Mit diesem Dank an alle Menschen in unserem Land, die zum sozialen Klima beitragen, möchte ich schließen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rückert CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fing alles so gut an: Diese Landesregierung will die Familien unterstützen und für mehr Rückenwind für die Familien sorgen. Dies verkündete die neue baden-württembergische Sozialministerin Gönner in einem Interview. Sie versprach Planungssicherheit und ein Miteinander und unterstrich die Wichtigkeit des bürgerschaftlichen Engagements, vor allem im Blick auf die demografische Entwicklung.

Ein paar Monate später scheint das alles überhaupt nicht mehr zu gelten. Sie legt einen Haushaltsplanentwurf vor, der unter anderem zehnpromtige Kürzungen bei der Förderung der Vereinigungen auf dem Gebiet der Familien-

pflege, bei der Frauenförderung, bei der Förderung der Selbsthilfegruppen, des bürgerschaftlichen Engagements und der Behindertenverbände ausweist. Es handelt sich um zehnpromtige Kürzungen von Kleinstbeträgen, durch die Strukturen zerstört werden, an denen viel ehrenamtliches Engagement hängt.

Frau Sozialministerin Gönner sah dies anders. In einem Interview am 23. Dezember riet sie den betroffenen Verbänden dazu, selbst einmal in die Aufgabenkritik einzusteigen und eigene Strukturen zu hinterfragen. Frau Gönner, da frage ich mich, ob Sie überhaupt wissen, unter welchen Bedingungen Selbsthilfegruppen arbeiten – keine hauptamtliche Stelle, nicht einmal eine halbe Stelle für eine Sekretariatskraft.

(Abg. Alfred Haas CDU: Na, na, na! Nur langsam!)

Viele dieser Selbsthilfegruppen leisten ausgesprochen viel Beratungs- und Vernetzungsarbeit. Vielleicht wäre es gut gewesen, sich einmal vor Ort die Arbeit anzusehen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Haas mitnehmen!)

Ich kann nur sagen: Thema verfehlt, Frau Gönner.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Kollege Haas, das sahen übrigens nicht nur wir und die Sozialverbände so, sondern wohl auch die Regierungsfractionen, sonst hätten sie diese zehnpromtigen Kürzungen nach der Rasenmähermethode nicht wieder zurückgenommen –

(Zurufe der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Alfred Haas CDU)

ein klarer Erfolg für die Opposition

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt glauben wir das auch noch! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

und ein klarer Beweis für die Konzeptionslosigkeit und Planlosigkeit der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Das muss man doch sagen. Da hatten wir doch Erfolg.

(Zurufe der Abg. Alfred Haas CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Herr Haas, Sie sollten vielleicht die Familienpolitik nicht nur als Zukunftswerkstatt verstehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

sondern die gesellschaftlichen Realitäten zur Kenntnis nehmen und sich schon jetzt und nicht erst in der Zukunft für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Tun wir doch schon! – Zurufe von der CDU)

(Brigitte Lösch)

Das hat nichts mit Schnellschüssen zu tun. Das hat vielmehr etwas damit zu tun, dass Familienpolitik nicht als Zukunftswerkstatt abgearbeitet werden darf.

Der designierte Ministerpräsident Oettinger hat sich auf die Fahnen geschrieben, nicht nur die Kindergartenpflicht einzuführen, sondern auch die Kleinkindbetreuung im Land voranzubringen. Aber wie das gehen soll, hat er nicht verraten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wenn es nicht geht, geht es halt nicht!)

Glauben Sie allen Ernstes, dass er mit 7 Millionen € an Landesmitteln den Kommunen dabei weiterhelfen kann, ein annähernd bedarfsgerechtes Angebot an Kleinkindbetreuung zu schaffen? Nein. Selbst der Kollege Noll glaubt das nicht.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist nicht nur für Kommunen!)

All diejenigen, die sich für eine Verbesserung der Kleinkindbetreuung aussprechen, aber bisher nicht aufgezeigt haben, wie das finanziert werden soll, fordere ich auf, unserem Antrag zur stufenweisen Umwidmung des Landeserziehungsgelds zugunsten der Kleinkindbetreuung zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hoffmann?

(Abg. Hoffmann CDU: Nein, das war eine Wortmeldung!)

– Entschuldigung.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mich hätte es jetzt gewundert, was er fragen will.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt unterbricht er sie auch noch!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Sie haben das Wort, Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Danke schön. – 7 Millionen € sind zu wenig für den Ausbau der Kleinkindbetreuung. Deshalb brauchen wir dringend Geld, das wir für die Kleinkindbetreuung ausgeben. Wir möchten das Landeserziehungsgeld stufenweise umwidmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe heute gehört, das würde alles nicht gehen. Das halte ich für Humbug. Denn es ist ganz klar, dass die von Verpflichtungsermächtigungen freien Mittel aus dem Landeserziehungsgeld umgewidmet werden können. Wenn man dies will, kann man es machen. Wenn der politische Wille nicht da ist, geht es natürlich nicht. Wie viele Landesprogramme sind kurzfristig schon gestoppt worden? Ich glaube also, es handelt sich vielmehr um eine Frage des Wollens.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu dem Argument, das wir von der Kollegin Wonnay und vom Kollegen Haas

gehört haben, die Streichung treffe die Ärmsten. Das Landeserziehungsgeld ist nie, aber auch gar nie als Einkommensersatz für einkommensschwache Menschen gedacht gewesen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Auch sozial schwache Familien werden von Kinderbetreuungseinrichtungen profitieren, weil sie dann überhaupt die Möglichkeit zu einem angemessenen Zusatzerwerb haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Capezzuto SPD)

Das betrifft vor allem Alleinerziehende, denn sie sind elementar auf Kinderbetreuung angewiesen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der DGB, der bekanntermaßen ja die sozial schwachen Familien im Auge hat, und übrigens auch der Landesfrauenrat befürworten eine Umwidmung der Gelder.

Noch eine Bemerkung zum Gerechtigkeitsbegriff. Ich meine, unser Gerechtigkeitsbegriff umfasst mehr als Verteilungsgerechtigkeit. Er hat etwas mit Teilhabe und Chancengleichheit zu tun.

Ich fordere vor allem auch die Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP auf, unserem Antrag zuzustimmen – hat doch Ihr Spitzenkandidat, Dr. Ulrich Goll, noch am selben Tag, an dem auch die FDP/DVP unseren Antrag im Finanzausschuss abgelehnt hat, in der Presse verkündet, wir müssten Frauen eine echte Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf ermöglichen.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt, Herr Goll! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da sind wir auch dafür!)

Für eine bessere Kinderbetreuung müsse das Landeserziehungsgeld umgewidmet werden. Das sagen Sie nicht zum ersten Mal, sondern seit Monaten und Jahren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Wieso ist das dann ein Schnellschuss? Was wollen Sie denn? Jetzt hätten Sie die Möglichkeit, tatsächlich einmal das zu tun, von dem Sie immer reden. Dies wäre eine einmalige Chance.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie werden sehen, wir werden es hinkriegen! – Zurufe der Abg. Capezzuto SPD und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ein Wort zur Kinderpolitik. Der zukünftige Ministerpräsident Oettinger scheint ein ausgewiesener Kinder- und Familienpolitiker zu sein. Ein Wort zur Kindergartenpflicht.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: Er hat wenigstens persönliche Erfahrung! – Gegenruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD: Also, Herr Haas, tiefer geht es nicht mehr! – Abg. Capezzuto SPD: Setzen Sie sich erst einmal vernünftig hin, Herr Kollege Haas! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Analyse von Herrn Oettinger ist richtig. Man muss nur feststellen, dass es die falsche Antwort auf ein richtig beschriebenes Problem ist. Mangelnde Schulfähigkeit weisen nicht nur die Kinder auf, die nicht im Kindergarten waren, sondern vor allem die Kinder, die einen Kindergarten besucht haben.

(Zuruf von der CDU: Warum schickt man sie dann hin?)

Das heißt, eine Kindergartenpflicht bei gleich bleibend schlechten Bedingungen brächte überhaupt keine Verbesserung. Ein Zwangsaufenthalt hilft also den Kindern wenig, solange die Einrichtung nicht über eine ausreichende pädagogische Qualität verfügt. Das heißt, wir brauchen eine Verbesserung bei der Sprachförderung, zum Beispiel eine Sprachförderung ab dem ersten Tag, gut ausgebildete Erzieherinnen

(Abg. Kiefl CDU: Mittags drei Erzieherinnen und zwei Kinder!)

und eine bessere Weiter- und Fortbildung für Erzieherinnen; das alles hat Herr Oettinger angesprochen. Was Herr Oettinger nicht angesprochen hat, ist die Finanzierung. Irgendein nettes „Projektle“ über die Landesstiftung anzubieten reicht nicht aus. Daher ist alles, was ich bisher vonseiten der CDU und von Herrn Oettinger gehört habe, nicht mehr als pure Effekthascherei – nichts anderes.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, nein!)

Ein weiterer Bereich, den ich ansprechen möchte, betrifft das Thema Frauenpolitik und die Kürzungen bei den Frauenhäusern. Ich habe mir gestern überlegt, ob es Frauenpolitik überhaupt noch gibt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Mehr denn je!)

Ich habe in den letzten Monaten von der frauenpolitischen Seite überhaupt nichts gehört. Ich habe von unserer Sozialministerin zum Thema Frauenpolitik nicht ein Wort gehört. Ich habe auch von der Staatssekretärin schon lange nichts mehr gehört. Ich habe zum Bereich Frauenpolitik nur etwas über Kürzungen gehört, etwa bei den Kontaktstellen „Frau und Beruf“. Diese Kürzungen wurden jetzt zurückgenommen, aber die Kürzungen bei den Frauenhäusern sind geblieben.

Ich möchte jetzt nicht auf das Gleichstellungsgesetz zu sprechen kommen, auf das wir schon seit vier Jahren warten. Wir haben noch ein Jahr Zeit, dann ist die Legislaturperiode um. Vielleicht kriegt man dieses frauenpolitische Thema in dieser Legislaturperiode noch hin.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Heftig kritisieren möchte ich die vorgeschlagenen Kürzungen bei den Frauenhäusern. Im Jahre 2003 suchten 5 722 Frauen und Kinder in Baden-Württemberg Schutz in einem der 43 Frauenhäuser. Dies zeigt, dass der Bedarf an Frauenhausplätzen trotz des Platzverweisverfahrens, das wir ha-

ben, unvermindert hoch ist. Die Landesregierung reduziert nun die Förderung der Investitionskosten um 20 % und die der laufenden Kosten der Frauenhäuser noch mehr. Sie wissen, dass es nach wie vor keine landesweit einheitliche Frauenhausfinanzierung gibt und dass die Kommunen zum Teil mit einer Verrechnung in Form von Tagessätzen und Einzelfallberechnungen beginnen. Das heißt, den Frauenhäusern geht die gesamte Planungssicherheit verloren. Das wird durch die vorgeschlagenen Kürzungen des Landes noch verstärkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns darin einig sind, dass Frauenhäuser eine gesellschaftliche Aufgabe sind, die auch vom Land so gesehen wird, dürfen wir nicht auf Kosten von Gewaltopfern sparen.

Wir tragen diese Kürzungen nicht mit. Wir verlangen von der Landesregierung, dass sie ihrer Verantwortung für die Lösung des gesellschaftlichen Problems der Gewalt gegen Frauen und Kinder gerecht wird und die Finanzierung der Frauenhäuser im bisherigen Umfang aufrechterhält.

Abschließend kann man den vorgelegten Haushaltsentwurf und die vorgeschlagene sozialpolitische Linie der Landesregierung mit den drei Begriffen „konzeptionslos“, „planlos“ und „alles andere als zukunftsgerichtet“ beschreiben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Kann man oder tut man?)

Eine Ausführung zum Thema „Kürzungen bei der Schulsozialarbeit“ macht meine Kollegin Edith Sitzmann noch.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hoffmann.

(Abg. Stickelberger SPD: Der frauenpolitische Sprecher der CDU! – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt! Konzeptionslos!)

Abg. Hoffmann CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollten wir uns nicht mehr zu Wort melden. Aber bei einigen Ausführungen, besonders denen von Frau Wonnay, platzt einem schier der Kragen.

(Abg. Schmiedel SPD: Für Ihre spontane Wortmeldung haben Sie aber ein dickes Paket mitgebracht!)

Liebe Frau Wonnay, ich weiß, was Sie mit Ihren Ausführungen vorhin in beruflicher Hinsicht geleistet haben: „75 000 Kinder verlassen ohne notwendige deutsche Sprachkenntnisse den Kindergarten.“ Damit beleidigen Sie eigentlich den kompletten Berufsstand der Erzieherinnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Fischer SPD: Das ist doch ein Blödsinn, Herr Hoffmann! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Unruhe)

– Ja, ich weiß, dass das weh tut. Das muss man halt auch einmal ertragen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist doch schlichtweg falsch!)

(Hoffmann)

In der Ausbildung der Erzieherinnen ist das Thema Sprachausbildung ein ganz wichtiger Bestandteil.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist doch schlichtweg falsch!)

– Nein, liebe Frau Wonnay. Das ist nicht so.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das sind die Zahlen Ihrer Kultusministerin!)

Jetzt will ich einmal einen weiteren Satz von Ihnen zitieren. Sie haben vorhin gesagt, der Kindergarten sei der Ort, der diese Dinge nachholen solle. Sie bezeichnen den Kindergarten als die Reparaturwerkstatt für gesellschaftspolitische Probleme. Was ist denn eigentlich mit den vielen Kindern, die nicht deshalb ein Sprachproblem haben, weil sie Ausländerkinder sind oder weil sie vielleicht Wortschatzprobleme haben, sondern die schlicht und ergreifend einen Logopäden oder eine Logopädin brauchen? Ihr Konzept umfasst nur Kinder, die nach Ihren ideologischen Vorstellungen betreut werden sollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie lenken einfach ab von dem, was Sie nicht tun!)

– Nein. Sie haben eine völlig abstruse Vorstellung.

(Beifall bei der CDU)

Nächstes Thema sind die Ausbaumittel. Sowohl Frau Lösch als auch Frau Wonnay fordern massive Ausbaumittel. Unabhängig davon, dass es unverantwortlich ist, weiterhin in die Verschuldung zu gehen, frage ich: Was ist denn eigentlich mit Hartz IV? Im Tagesbetreuungsgesetz der Bundesregierung steht drin,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Tagesbetreuungsgesetz!)

dass die Kommunen die eingesparten Mittel zum Ausbau der Kinderbetreuung nehmen sollen. Sie glauben ja selbst nicht an Hartz IV, sonst würden Sie keine Landesmittel verlangen. Das kann doch nicht wahr sein!

(Beifall bei der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie geben doch die Gelder nicht weiter!)

Wenn Hartz IV wirkte, hätten die Kommunen Geld übrig.

(Abg. Fischer SPD: Weil Sie nicht alles weitergeben! – Abg. Capezzuto SPD: Wissen Sie eigentlich, wovon Sie reden? Das ist ja total daneben!)

Sie können nicht daran glauben, dass das so ist. Deswegen fordern Sie Landesmittel, aus keinem anderen Grund.

Nächstes Thema: Sie haben vorhin gesagt, es seien nur noch für 160 Kinder Mittel aus der 15-Millionen-€-Offensive „Kinderland Baden-Württemberg“ im Landeshaushalt übrig. Das ist die nächste Verdrehung der Tatsachen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lesen Sie einmal das Protokoll vom Finanzausschuss!)

Warum sind die 160 Plätze noch übrig? Weil in den letzten zwei Jahren nicht genug Anträge gestellt worden sind.

Im Übrigen hat der Ministerpräsident dieses Landes, und zwar der amtierende, bei der Verabschiedung der 15 Millionen € bestätigt, dass es keine Grenze nach oben gibt. Die Dinge werden befriedigt. Jede Gruppe, die einen Antrag stellt, bekommt auch ihre Bewilligung.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Haben Sie mehr als 7 Millionen € im Haushalt?)

Meiner Meinung nach verkennen Sie völlig die Lage der Familien. Sie kennen die neuesten Informationen des Deutschen Familienverbands, wonach nur 9 % der Familien sagen: „Wir haben ein Problem bei der Kinderbetreuung.“ Das Thema Kinderbetreuung steht an vierter Stelle aller Bedürfnisse bei den Familien. Ganz vorn steht etwas ganz anderes, nämlich die Familien stärken und die Familien direkt finanziell unterstützen. Aber da hat unsere Opposition familienpolitisch leider nur eine Nulllösung zu bieten und nicht mehr.

(Abg. Capezzuto SPD: Blödsinn!)

Da kommt gar nichts. Stärkung der Familien: null!

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Was bieten Sie denn?)

Das Einzige, was Sie bringen, ist: Streicht das Landeserziehungsgeld. Sie streichen die einzige Leistung, die direkt den Familien dient. Damit liegen Sie völlig konträr zu dem, was den Familien eigentlich dient.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das Differenzieren ist Ihre Sache auch nicht! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Themenwechsel: Frauenhäuser. Liebe Frau Lösch, die Investitionskürzungen bei Frauenhäusern beziehen sich auf bauliche Maßnahmen. Unsere Frauenhäuser haben im Moment ein ganz anderes Problem. Sie haben nämlich ein Problem mit Hartz IV. Sie bekommen keine Gelder mehr, weil die Zuständigkeit in Hartz IV nicht vernünftig geregelt worden ist. Fragen Sie bitte einmal herum, was unsere Frauenhäuser im Moment umtreibt. Das ist nicht die Finanzierung neuer Möbel und neuer Einbauten, sondern die tatsächliche Finanzierung der aktuellen Situation.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Es geht um die laufenden Kosten, nicht um die Investitionskosten!)

Wir haben im Gesetz keine Regelung über den Herkunftskreis. Das führt dazu, dass sich die Landkreise aus der Finanzierung ausblenden, und zwar bundesweit, und dass die Frauen heute zu zwei verschiedenen Agenturen für Arbeit laufen müssen,

(Abg. Fischer SPD: Waren Sie bei Hartz beteiligt?)

um zu klären, wo sie ihre Ansprüche auf ALG II geltend machen müssen.

Herr Clement hat eine einzige Sache geregelt. Er hat geschrieben, er empfehle, dass die Frauen zum künftigen Frauenhausort gehen könnten. Aber über eine Empfehlung ist das nicht hinausgegangen. Die Folge dieser Politik des Bundes ist, dass alle Frauenhäuser mit Ablauf des 28. Fe-

(Hoffmann)

bruar 2005 vor einem Liquiditätsproblem stehen. Das ist aber kein Landesproblem, sondern ein Bundesproblem, und das können Sie prima in Berlin vorbringen, aber nicht im Landtag von Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: So kann man Tatsachen auch verdrehen, mein lieber Herr Hoffmann! – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut, Andreas! – Abg. Hauk CDU: Ins Mark getroffen! – Weitere Zurufe von der SPD und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber Herr Kollege Hoffmann, zu Ihrem wortstarken, lautstarken Beitrag fällt mir nur ein: Da läuft sich einer warm und will sich als künftiger Sozialminister profilieren.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Jesses Gott! Das ist aber schief gegangen! – Abg. Hauk CDU: Ihre Argumente waren auch schon besser!)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf den Haushalt eingehe, ein paar Worte zur aktuellen Diskussion über die Einkommen der Funktionäre der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. Wir leben ja in einer Zeit, in der Durchschnittsverdiener zum Teil empfindliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Wir müssen zur Finanzierung des Gesundheitswesens die Zuzahlung und die Eigenbeteiligung der Patienten erheblich ausweiten. In einer solchen Zeit kann ich von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts – und das ist die KV – erwarten, dass sie mit dem Thema Funktionärseinkünfte sehr sensibel umgeht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Von der zuständigen Sozialministerin erwarte ich mehr als das Verschanzen hinter formalen Rechtspositionen, Frau Gönner.

(Abg. Fleischer CDU: Über welches Geld reden Sie?)

Die Rolle der Sozialministerin in dieser Gehaltsaffäre kann nur mit den Worten beschrieben werden: „Halb zog man sie, halb sank sie hin.“ Selbst in der Ärzteschaft regt sich ja mittlerweile Protest, und zwar mehr Protest als im Sozialministerium.

(Abg. Fleischer CDU: Nur dort!)

Ich will dazu nur zitieren, was heute mehrere Ärzte in der „Bild“-Zeitung von sich geben.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Döpfer CDU: Die lesen Sie also?)

– Ich werde nachher auch noch ein anderes Presseorgan zitieren.

In der „Bild“-Zeitung von heute wird ein Arzt folgendermaßen zitiert:

Sich selbst so hohe Gehälter zu genehmigen ist unanständig.

(Abg. Fischer SPD: Jawohl!)

Und dass eine Sozialministerin nicht alle Möglichkeiten ausschöpft, damit diese Gehälter verhindert werden, ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Bei der dpa ist nachzulesen:

Der Präsident des Patientenverbandes

– Zimmermann –

in Marburg schäumt vor Wut über die „Raffkes“ . . . Dem Sozialministerium wünscht Zimmermann mehr Mut. Sollte Frau Gönner vor einer Klage der KV eingeknickt sein, sei das nicht nachvollziehbar.

So der Präsident Zimmermann. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Kennen Sie eigentlich die Zuständigkeiten? – Abg. Alfred Haas CDU: Wer ist denn zuständig?)

Nun zum Doppelhaushalt 2005/2006. Meine Damen und Herren, da setzt die Landesregierung ihren falschen und für dieses Land verhängnisvollen sozialpolitischen Kurs fort, sich aus der Förderung von sozialen Hilfs- und Beratungsangeboten immer weiter zurückzuziehen. Aktuelle Beispiele in diesem Haushalt sind die Kürzung der Fördermittel für Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger, die Streichung der Mittel für die Sonderpflegedienste und der komplette Ausstieg des Landes aus der Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen. Gerade noch einmal abgewendet werden konnte die konzeptionslose Rasenmäherkürzung der Förderung von Sozialverbänden, beim Landesfrauenrat und von Selbsthilfegruppen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die ist doch weg!)

Mit diesen Kürzungen – ich sage es noch einmal ganz klar – setzt die Landesregierung ihren Kahlschlag bei der Landesförderung unserer sozialen Infrastruktur weiter fort. Betroffen sind inzwischen nahezu alle Bereiche der sozialen Infrastruktur in Baden-Württemberg.

Trauriges aktuelles Beispiel ist der Ausstieg des Landes aus der Förderung der Jugendsozialarbeit an Schulen. Die Schulsozialarbeit – darauf weisen die Kommunen völlig zu Recht immer wieder hin – gehört zum Bildungsauftrag der Schule und muss deshalb weiter vom Land gefördert werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nachzulesen ist dies auch in einem aktuellen Gutachten der Universität Tübingen, das vom Sozialministerium Baden-

(Ursula Haußmann)

Württemberg in Auftrag gegeben worden ist, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen.

Schulsozialarbeit ist häufig eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler überhaupt einen Schulabschluss erreichen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Deswegen haben wir es ja!)

Die Absicht der Landesregierung, die Förderung komplett einzustellen, ist nur ein erneutes Beispiel für die Politik dieser Landesregierung, Lasten immer wieder auf die Kommunen abzuwälzen. Sie stehlen sich damit auch aus Ihrer bildungspolitischen Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Capezzuto SPD: Unglaublich!)

Ein weiteres wichtiges Thema: Angesichts der anhaltenden Arbeitsmarktprobleme trägt auch das Land – Kollege Haas, Sie zeigen ja immer begeistert mit dem Finger auf Berlin – arbeitsmarktpolitische Verantwortung. Bereits seit längerem liegt der prozentuale Zuwachs der Langzeitarbeitslosigkeit im Land deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Und was tun Sie, statt dieses Problem offensiv anzugehen?

(Zurufe von der SPD: Nichts! – Abg. Alfred Haas CDU: Wir machen es, wenn Sie uns endlich sagen, wo wir das Geld herbekommen!)

Seit 1996 werden die Haushaltsmittel für arbeitsmarktpolitische Förderprogramme in diesem Land ständig gekürzt.

(Abg. Fleischer CDU: Dann dürft ihr keine so schlechte Politik in Berlin machen! Dann nehmen wir mehr ein!)

Ich will Ihnen eine Zahl nennen: Standen 1996 noch Haushaltsmittel in Höhe von 19,6 Millionen € zur Verfügung, ist im Haushalt 2005/06 davon gerade mal ein kümmerlicher Rest von 800 000 € übrig geblieben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber damit ist ja das Programm nicht zu Ende!)

Ein weiteres Beispiel Ihrer Konzeptionslosigkeit sind die Kürzungen im Vorfeld und Umfeld der Pflege. Standen 1996 dafür im Landeshaushalt noch 10,5 Millionen € zur Verfügung, so sind es jetzt im Haushalt 2005 gerade noch 2,17 Millionen €, eine Kürzung um fast 80 %.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

und das vor dem Hintergrund dieser ungeheuren demografischen Herausforderung, die wir in diesem Land haben. Das ist kurzsichtig und konzeptionslos, Kollege Haas.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Nur noch zwei Sätze, Frau Präsidentin.

Eine der wichtigsten sozialpolitischen Infrastrukturaufgaben des Landes ist die Förderung des Krankenhausbaus.

Nachdem die Landesregierung im Haushaltsplanentwurf Kürzungen in der Größenordnung von rund 20 Millionen € vorgenommen hat, haben die Regierungsfractionen noch schnell 10 Millionen € draufgesattelt.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hoffmann?

Abg. Ursula Haußmann SPD: Nein. Ich habe keine Zeit mehr. Herr Kollege, ich möchte zum Ende kommen.

Durch das Jahreskrankenhausbauprogramm – um Ihnen einfach noch einmal die Dimension zu verdeutlichen – werden schon bisher nur etwa ein Zehntel des gesamten Anmeldebestands und nur etwa ein Viertel der als dringlich angesehenen Maßnahmen pro Jahr abgebaut. Vor diesem Hintergrund kürzen Sie. Bereits heute beträgt der Antragstau in diesem Bereich über 1 Milliarde €, meine Damen und Herren.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt nicht! Da sind Sie nicht mehr auf dem Laufenden!)

Ich könnte die Liste ewig fortführen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, Sie hatten versprochen, nur noch zwei Sätze zu sagen.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Statt aktiv zu gestalten, Frau Präsidentin, zieht sich das Land immer weiter aus seiner sozialpolitischen Verantwortung zurück und wälzt die Lasten auf die Kommunen ab.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein, nein! Das ist doch kommunales Geld!)

Ich sage nur eines: Sozialpolitik in Baden-Württemberg – Herr Kollege Haas, ich freue mich, wenn Sie in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr dabei sind – ist konzeptionslos und verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Das ist genauso niveaulos wie der Drexler!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Götting.

Abg. Renate Götting FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie um mehr Ruhe bitten.

Abg. Renate Götting FDP/DVP: Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Wirtschaft und Gesellschaft ist ein zentrales Element der Zukunftssicherung des Landes. Angesichts der absehbaren demografischen Entwicklung muss es Ziel der Politik sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Frauen und Männern ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinbaren.

(Renate Götting)

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU)

Zentrale Handlungsfelder bei der Umsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Wirtschaft und Gesellschaft sind deshalb Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Fach- und Führungspositionen, unter anderem durch die Förderung von Frauen in technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen, zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle und flexible Arbeitsformen, die Unterstützung der Berufsrückkehrer nach der Elternzeit und, wie der Fraktionsvorsitzende schon ausgeführt hat, mehr und flexiblere Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch für unter Dreijährige, Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote auch zu Hause während der Familienphase.

Es ist ein wichtiges Anliegen der Frauenpolitik der FDP, das durch Einseitigkeit geprägte Berufswahlverhalten der Mädchen zu erweitern und ihnen Mut zu machen, auch gewerblich-technische Berufe oder die zukunftssträchtigen IT-Berufe zu ergreifen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir unterstützen deshalb entsprechende mädchen- und frauenspezifische Projekte und Modellmaßnahmen im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP hat sich erfolgreich für die weitere Förderung der Kontaktstellen Frau und Beruf eingesetzt. Ein wichtiger Ansatzpunkt der Beratungsstellen ist die frauenspezifische und ganzheitliche Ausrichtung ihrer Arbeit. Durch eine enge Zusammenarbeit der Kontaktstellen mit Betrieben, Wirtschaftsorganisationen, Weiterbildungsträgern, Behörden und Kommunen werden die berufliche Integration und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern erleichtert. Wir werden diese wichtigen Einrichtungen weiterhin und dauerhaft brauchen.

Durch intensive Bemühungen ist es uns gelungen – der Fraktionsvorsitzende hat das bereits ausgeführt –, die landesweite Arbeit von Verbänden wie zum Beispiel Tagesmüttervereinen, Landesfrauenrat, Verband alleinerziehender Mütter und Väter oder Frauenselbsthilfe nach Krebs weiter zu fördern.

Die ursprünglich vorgesehenen Kürzungen hätten das Überleben dieser Dachverbände, in denen viel ehrenamtliche Arbeit koordiniert und organisiert wird, gefährdet. Die FDP/DVP ist stolz darauf, dass es uns gelungen ist, diese Kürzungen zurückzunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hauk CDU: Der Erfolg hat viele Väter und Mütter!)

Meine Damen und Herren, die 43 Frauen- und Kinderschutzhäuser freier und kommunaler Träger im Land sind weiterhin ein notwendiger und wesentlicher Bestandteil des Hilfesystems. Sie bieten Frauen und Kindern Schutz vor häuslicher Gewalt in akuten Situationen, die durch einen Platzverweis nicht abgewendet werden können, und unterstützen durch fachkundige Beratung und praktische Lebenshilfen die Betroffenen.

Zum Antrag der Grünen, Drucksache 13/4049-10, die Ansätze auf den Vorjahresstand anzuheben, ist zu sagen, dass der gegenwärtige Haushaltsansatz beim Titel 684 04 genau dem Vorjahres-Ist entspricht. Beim Titel 893 01 liegt der Ansatz deutlich über dem Vorjahr. Da es in diesem Bereich keinen Antragstau gibt, dürfte der Betrag ausreichen. Wir können diesem Antrag deshalb nicht zustimmen. Sollte sich allerdings im Laufe des Jahres herausstellen, dass konkret höherer Bedarf vorhanden ist, müssten im Nachtrag Korrekturen vorgenommen werden.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kollege Haas hat eingangs gesagt: „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft.“ Ich hoffe sehr, dass Sie auch den Satz „Sozial ist, was Jugendliche gut auf den Übergang in die Ausbildung vorbereitet“ unterschreiben können.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja!)

Wenn das so ist, dann kann es nicht sein, dass Sie nun beabsichtigen, bei der Jugendsozialarbeit an Schulen den Rotstift anzusetzen und den Ausstieg des Landes daraus zu beschließen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung hat zu diesem Förderprogramm eigens eine wissenschaftliche Begleitforschung angefordert. Vielleicht haben nicht alle die Studie gelesen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Doch, doch! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Schon gelesen!)

Ich gehe sogar davon aus; denn wenn Sie diese gelesen hätten – das ist ein umfangreiches Werk –, dann könnten Sie nicht zu diesem Beschluss gelangen, dass das Land hier aussteigen soll, sondern würden unserem Grünen-Antrag zustimmen, die Mittel entsprechend dem Bedarf zu erhöhen, Herr Kollege Haas.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir haben kein Geld dafür! Wo bekommen wir es denn her?)

Ich möchte einmal einige wichtige Ergebnisse der Studie hier zusammenfassen, weil ich davon ausgehe, dass sie bei Ihren Überlegungen nicht berücksichtigt worden sind.

Erstens ist völlig klar, dass „Jugendsozialarbeit an Schulen“ ein äußerst erfolgreiches Projekt ist, das für die alltagsnahe Unterstützung der Jugendlichen und ihrer Familien sehr wichtig ist und das sowohl für das System der Jugendhilfe als auch für das System Schule ganz entscheidende Impulse setzt, und dass eben gerade diese Impulse für die Schulentwicklung auch Teil des Bildungsauftrags des Landes sind. Die Jugendenquête hat ja diesen Bedarf herausgearbeitet. Die Studie bestätigt, dass es diesen Bedarf gibt und

(Edith Sitzmann)

dass der quantitative Ausbau des Angebots entsprechend dem Bedarf unumgänglich ist.

Sie, Frau Ministerin Gönner, haben gesagt, es sei nicht sinnvoll, wenn man Enquetekommissionen wie die Jugend-enquete einberuft und dann die Ergebnisse nicht umsetzt. Sie verfahren aber genau so.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Kommunen tun es ja schon!)

In den letzten Jahren ist die Landesregierung schrittweise aus allen Programmen, die in der Enquetekommission beschlossen worden sind, ausgestiegen. Es ist fast nichts mehr davon übrig.

Als Fazit dieser Studie kommt heraus, dass dieses hoch-effiziente und billige Förderprogramm „Jugendsozialarbeit an Schulen“ eine stabile Kooperationspartnerschaft braucht. Deren Partner sind die Träger, die Kommunen und das Land. Ich zitiere aus der Studie:

Weil eine moderne Schule zukünftig eine multiprofessionelle Zusammensetzung braucht, muss sich das Land in seiner Zuständigkeit für die Finanzierung des Personals an Schulen langfristig und kalkulierbar an der schulbezogenen Jugendhilfe beteiligen.

Ihre eigene Studie hat also bestätigt, dass dies Teil des Bildungsauftrags ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das wissen wir!)

Diese Verantwortung können auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir haben ja gekämpft!)

da Sie ja im Vorfeld immer große Töne haben verlauten lassen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ha, ha, ha!)

nicht ignorieren und nicht an die Kommunen abschieben, sondern hier sind Sie in der Verantwortung, die Mittel weiter bereitzustellen und aufzustocken.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Braun SPD)

Noch einmal kurz die Gründe für das Aufstocken: Der Unterstützungsbedarf der Jugendlichen steigt. Die Anforderungen an die Jugendlichen wachsen. Sie brauchen also diese Unterstützung mehr denn je. Die Schulsozialarbeit ist hoch-effizient und vergleichsweise günstig. Wir haben in Anbetracht des demografischen Wandels, den wir ja extra in einer Enquetekommission begleiten, auch eine besondere Verantwortung gegenüber der nachwachsenden Generation.

Aus all diesen Gründen plädieren wir für eine Erhöhung dieser Mittel. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung.

Herr Kollege Noll, wir können nicht darauf warten, dass die Finanzbeziehungen geordnet werden, wenn die Strukturen vorher schon abgebaut worden sind. Die umgekehrte Reihenfolge wäre richtig.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Kommunen machen es aber doch! Die Kommunen machen es doch!)

Insofern hoffe ich, dass auch Sie unserem Antrag zustimmen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

Sozialministerin Tanja Gönner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Ein Abend, an dem sich alle Anwesenden völlig einig sind, ist ein verlorener Abend“,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

sagte Albert Einstein, dessen Todestag sich in wenigen Wochen zum 50. Mal jährt. In diesem Sinne ist die heutige lebhaftige Debatte über den Haushalt des Sozialministeriums sicher ein Gewinn. Aber auch das inhaltliche Ergebnis der Beratung kann sich mit Blick auf die soziale Lage der Menschen in unserem Land und die finanziellen Gestaltungsspielräume sehen lassen.

(Beifall des Abg. Döpfer CDU – Abg. Stickelberger SPD: Einsamer Beifall des Abg. Döpfer! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Ein Fan!)

Die gute Positionierung unseres Landes in vielen Bereichen verdanken wir der wichtigsten Ressource, die wir haben: den Menschen in diesem Land mit ihrem Ideenreichtum, ihrem Fleiß und ihrem Engagement. Es lebt sich gut in Baden-Württemberg. – Herr Kretschmann, manchmal wären Sie froh, wenn Sie überhaupt einen Fan hätten.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Döpfer CDU: Jawohl! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Eine wichtige Voraussetzung ist die soziale Infrastruktur. Obwohl wir mit dem Staatshaushaltsplan 2005/2006 den dritten Sparhaushalt in Folge beraten, ist es durch langwierige Verhandlungen bis in die letzten Tage hinein gelungen, diese Struktur im Wesentlichen zu erhalten.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Damen und Herren Abgeordneten, die sich dafür eingesetzt haben. Ich bedanke mich insbesondere bei der CDU/CSU

(Heiterkeit – Abg. Stickelberger SPD: Noch nicht!
– Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist mir heute Morgen auch passiert!)

– bei der CDU-Fraktion, insbesondere beim Arbeitskreis Sozialpolitik unter der Leitung von Alfred Haas.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Liebe Frau Haußmann, jetzt sage ich Ihnen eines: Sie werden noch traurig sein, wenn Sie niemanden mehr haben, an dem Sie sich reiben können. Insofern werden Sie ihn noch sehr vermissen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

(Ministerin Tanja Gönner)

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion für die konstruktive Begleitung bei schwierigen Entscheidungen, die wir zu treffen hatten. Im Übrigen habe ich mich auch bei der Diskussion mit einigen Verbandsvertretern gefreut, dass ihnen der Ernst der Lage bewusst war und diese in persönlichen Gesprächen großes Verständnis gezeigt haben.

(Große Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das fällt schwer, Frau Präsidentin!)

Sozialministerin Tanja Gönner: Frau Lösch, zu der Frage, ob wir uns auskennen oder nicht, möchte ich Ihnen sagen: Wir reden offensichtlich mit unterschiedlichen Gruppen. Mir haben viele in Einzelgesprächen zugestanden, dass sie durchaus die Möglichkeit haben, strukturelle Einsparungen bei sich vorzunehmen. Ich glaube, dass das auch die Aufgabe sein muss. Insofern scheinen wir mit unterschiedlichen Gruppen zu sprechen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir die Arbeit der Organisationen sehr gut kennen und vor diesem Hintergrund der Auffassung waren, dass auch das, was wir vorgelegt haben, vertretbar ist.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Warum haben Sie es dann zurückgenommen?)

Der Etat des Sozialministeriums soll in beiden Haushaltsjahren jeweils rund 1,2 Milliarden € betragen. Gegenüber dem Vorjahr 2004 verändert er sich damit unter dem Strich kaum. Bei näherer Betrachtung sind jedoch durchaus beachtliche Veränderungen zu bilanzieren. Kürzungen stehen Mehrausgaben an anderer Stelle gegenüber. Obwohl parteiübergreifend Konsens darüber besteht, dass es im Sozialhaushalt keine wesentlichen Sparpotenziale mehr gibt, konnte der Etat des Sozialministeriums nicht gänzlich von Einsparungen ausgenommen werden. Ich sage nur: Gerade auch in einem Sozialetat haben wir eine Verantwortung für zukünftige Generationen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Haushaltsstrukturkommission hat diese Fakten bei den Verhandlungen über das Einsparkonzept der Landesregierung berücksichtigt. Das Sozialministerium hat deshalb statt des rechnerischen Sparbetrags von ursprünglich 43,2 Millionen € für 2005 und 48,6 Millionen € für 2006 jährlich noch knapp 10 Millionen € zu erbringen, ein immer noch schwer zu tragendes Paket, bei dem man bei allen Betroffenen um großes Verständnis werben muss. Allerdings – das möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben – haben wir diese unumgänglichen Kürzungen mit Augenmaß vorgenommen. Die bewährten Strukturen bleiben erhalten, denn wir haben rund zwei Drittel der Einsparungen durch Vereinfachungen bei Erstattungen von Verwaltungskosten, erhöhte Rückgriffsquoten beim Unterhaltsvorschussgesetz und Rückstellungen von Investitionen umgesetzt. Das sind Bereiche, die unsere Bürgerinnen und Bürger zumindest nicht direkt belasten.

Ich freue mich, dass die zunächst ins Auge gefasste zehnprozentige Kürzung bei den Förderungen der Selbsthilfe-

gruppen und -verbände dank der Fraktionen von CDU und FDP/DVP nicht verwirklicht werden musste.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Teßmer SPD: Jetzt klatschen sie für sich selber! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist ja Schmierentheater!)

Auf eines möchte ich jedoch hinweisen. Nach Bekanntwerden des Regierungsentwurfs, der diese Kürzungen vorsah, sind auch aus Sicht der Selbsthilfegruppen und -verbände in einigen Bereichen die Potenziale für strukturelle Verbesserungen sichtbar geworden, und diese – das sage ich hier ganz deutlich – müssen auch umgesetzt werden.

Der Kommunale Investitionsfonds wurde um rund 100 Millionen € gekürzt. Dies ist zur Haushaltskonsolidierung notwendig. Im Sozialhaushalt mussten dabei die Krankenhausförderung und die Pflegeheimförderung verändert werden. Das Fördervolumen bei der Krankenhausfinanzierung musste um rund 30 Millionen € reduziert werden, was primär die 2005 und 2006 verfügbaren Ausgabemittel betrifft. Dagegen konnte die Förderung von Altenhilfe- und Pflegeeinrichtungen mit einem Teil der umgeschichteten Ausgabemittel je Haushaltsjahr um zusätzlich 5 Millionen € verstärkt werden. Wir haben hier unseren Willen sichtbar werden lassen, Mittel dahin zu transferieren, wo sie am nötigsten gebraucht werden, auch in schwierigen Zeiten. Ich sage auch: Ich bin der festen Überzeugung, dass die Pflegeheimförderung kurzfristig nicht abgeschafft werden kann, wenn wir eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung der älteren Menschen gewährleisten wollen. In Anbetracht der Entwicklung der Demografie ist es gegenüber der älteren Generation unverantwortlich, hier kurzfristig aussteigen zu wollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dazu gehört aber mehr als ein Pflegeheimplatz!)

Dass sich gleichwohl das Jahreskrankenhausbauprogramm 2005

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dies spiegelt sich in diesem Sozialhaushalt aber nicht wider!)

– liebe Frau Haußmann, auch dazu haben wir mehrere Ansätze; das sollten Sie wissen, wenn Sie das auch entsprechend im Sozialausschuss verfolgen – auf dem Niveau des Vorjahres bewegt, zeigt, dass wir weiter das Ziel verfolgen, die Krankenhäuser für die Fallpauschalen fit zu machen. Wir stellen uns angesichts der notwendigen Strukturveränderungen unserer Verantwortung.

Meine Damen und Herren, trotz der erwähnten Kürzungen gibt es Bereiche, in denen wir Mehrausgaben veranschlagen mussten, nämlich dort, wo sie sich aus rechtsverbindlichen Verpflichtungen ergeben: für Schulen am Heim, für Schulen für Sozialberufe und Berufe des Gesundheitswesens, im Maßregelvollzug und für Investitionen bei den Zentren für Psychiatrie.

Neu aufgenommen werden die Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus dem Wegfall des Wohngelds für die Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Die Finanzierung erfolgt durch Minderausgaben beim Innenministerium.

(Ministerin Tanja Gönner)

Schließlich bin ich froh, dass es bei allen Sparbemühungen möglich ist, für humanitäre Hilfsmaßnahmen – wie für die von der Flutkatastrophe in Asien betroffenen Menschen aus Baden-Württemberg – bis zu 1 Million € im Sozialhaushalt bereitzustellen. An dieser Stelle danke ich allen, die durch ihre Spenden oder ihren persönlichen Einsatz vor Ort solidarisch Hilfe geleistet haben.

Meine Damen und Herren, nicht nur die Zahlen in diesem Doppelhaushalt belegen erneut, dass die Landesregierung ihren Politikschwerpunkt „Kinder und Familien“ ernst nimmt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Auf dem Papier! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Auch der kürzlich veröffentlichte Familienatlas bestätigt, dass es sich im Süden der Bundesrepublik für Familien am besten leben lässt – auch wenn die Opposition über dieses Ergebnis natürlich nicht begeistert ist, weil es unsere Politik bestätigt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Familien und Kinder sind nach meiner tiefsten Überzeugung die Grundlage für eine wertorientierte Gesellschaft.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt muss Herr Haas einen Zwischenruf machen! – Abg. Kretschmann GRÜNE zu Abg. Alfred Haas CDU: Wo bleibt Ihr Zwischenruf wegen der Kinder?)

Jede soziale und wirtschaftliche Entwicklung baut darauf auf. Dieser besondere gesellschaftliche Stellenwert der Familie wird durch die zunehmend im politischen Fokus stehende demografische Entwicklung noch verstärkt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt macht Herr Haas keine Zwischenrufe!)

Ich sage hier einmal ganz deutlich: Die Landespolitik wird und muss dieser Herausforderung auch in Zukunft Rechnung tragen. – Herr Haas macht vielleicht deshalb keine Zwischenrufe, weil er mit dem, was gesagt wird, einverstanden ist, Herr Kretschmann.

(Abg. Fischer SPD: Das glaube ich nicht, dass er mit allem einverstanden ist! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war ironisch gemeint, Frau Ministerin!)

Der Einzelplan des Sozialministeriums weist Leistungen des Landes zugunsten der Familien und Kinder für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 mit jeweils insgesamt rund 178 Millionen € aus. Ich weise darauf hin, dass das ein Sechstel des Haushalts des Sozialministeriums ist. Daraus können Sie, glaube ich, sehr wohl entnehmen, dass das ein Schwerpunkt ist.

Davon sind allein für das Landeserziehungsgeld als wichtigster familienpolitischer Leistung rund 83 Millionen € veranschlagt. Das Landeserziehungsgeld ist durch seine einkommensabhängige Ausgestaltung und die Gewährung im dritten Lebensjahr eine sehr zielgenaue Leistung des Landes für die Familien. Leistungen zielgenau denen zugute

kommen zu lassen, die sie wirklich benötigen, ist die Maxime der Landesregierung. Es war nie Zielsetzung des Landeserziehungsgelds, Frau Lösch, Lohnersatzfunktion einzunehmen. Das ist im Übrigen auch beim Bundeserziehungsgeld nicht der Fall, sondern es geht darum, dass wir denen, die in dieser schwierigen Zeit Hilfe benötigen, dann auch Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich werde mich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass das Finanzvolumen dieser Leistungen meinem Ressort auch künftig für unsere Familien und Kinder erhalten bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Politikfeld, bei dem wir uns wohl zumindest in der Zielsetzung einig sind – in der Ausführung allerdings nicht ganz –, ist der quantitative wie auch qualitative weitere Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Dies hat für uns nicht erst seit dem viel diskutierten Tagesbetreuungsausbaugesetz einen großen Stellenwert. Wir haben bereits im Jahr 2002 mit unserem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ und auch mit dem neuen Kindergartengesetz die Weichen für einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote gestellt. Wir können stolz sein auf die Erfolge, die wir mit den Landesmitteln in Höhe von rund 7 Millionen € zur Förderung von Krippenplätzen und dem Ausbau der Tagespflege seit dem Jahr 2003 erreicht haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, würden Sie bitte die Gespräche draußen führen.

Sozialministerin Tanja Gönner: Wenn Anträge eingehen, Frau Wonnay, dann werden, soweit die Anträge bedarfsgerecht sind, denjenigen, die die Anträge stellen, auch 10 % zur Verfügung gestellt. Es gab nie eine Deckelung dieser Beträge. Aber bisher sind nicht mehr Anträge gekommen. Offensichtlich ist der Bedarf also nicht vorhanden, und das sollten auch Sie zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist eine eigenartige Logik!)

Es geht um einen bedarfsgerechten Ausbau. Das halte ich für notwendig – aber nicht, dass wir dort ausbauen, wo ein Ausbau nicht benötigt wird.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben die Betreuungsplätze in Kinderkrippen seit 2003 um über 60 % auf rund 4 200 Plätze ausgeweitet.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo vorher nichts war!)

Im Tagespflegebereich, der eine weitere wichtige Säule für den Ausbau der Betreuungsangebote ist, konnten wir die vorhandenen Strukturen nicht nur festigen, sondern weiter ausbauen. Vielmehr ist bereits heute eine Zunahme an qualifizierten Tagespflegepersonen und Betreuungsplätzen festzustellen. Insgesamt konnten wir dadurch die Versorgungsquote im Kleinkindbereich innerhalb von nur zwei

(Ministerin Tanja Gönner)

Jahren mehr als verdoppeln. Sie liegt in Baden-Württemberg zwischenzeitlich bei rund 6 %, und mit den im Doppelhaushalt 2005/2006 vorgesehenen Mitteln ist ein weiterer Ausbau möglich.

Ich bestreite nicht, dass wir in diesem Bereich – wie im Übrigen fast alle anderen westlichen Bundesländer – noch längst nicht am Ziel sind. Wir lassen uns aber nicht die Erfolge der vergangenen Jahre zerreden, die wir im Land auch ohne zusätzliche bundesgesetzliche Vorgaben erreicht haben. Der weitere Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, insbesondere der Kleinkindbetreuung, bleibt ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Deswegen begrüßen wir die Zielsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes. Wir haben dies auch im Bundesrat deutlich gemacht. Auch wir halten weitere Impulse zur Ausweitung des Betreuungsangebots für unter Dreijährige für wichtig und notwendig. Wir sind derzeit in Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden und den Verbänden der Kindergartenträger. Dabei geht es aber nicht nur um die effektive und effiziente Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes, sondern auch um die Finanzierungsfrage. Diese ist entgegen den Behauptungen der Bundesregierung nach wie vor absolut ungeklärt. Zwar behauptet die Bundesregierung, dass den Kommunen für den Ausbau der Kleinkindbetreuung ausreichend Mittel aus vermuteten Einsparungen aus Hartz IV zur Verfügung stünden. Allerdings wird keiner von Ihnen im einzelnen Haushalt, sei es im Kreishaushalt, sei in den kommunalen Haushalten, nachweisen können, wo, in welcher Höhe und wie die vom Bund versprochenen Mittel dort ankommen sollen, wo sie benötigt werden.

(Abg. Schmid SPD: Das Land kassiert sie ja!)

– Ich würde Ihnen raten, einfach mal zu schauen, was Inhalt war. Das, was Bundesminister jetzt sagen, entspricht immer noch nicht der Wahrheit. Wenn man sie darauf hinweist, was denn Inhalt der Verhandlungen war, müssen sie jeweils zurückrudern. Insofern sollten Sie mit dieser Äußerung vorsichtig sein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Sie haben es eingesteckt!)

Im Übrigen sind im Zusammenhang mit Hartz IV augenscheinlich noch erhebliche Finanzierungslücken gegeben, die die Bundesregierung zu verantworten hat. Die Politik der Bundesregierung ist an diesem Punkt unseriös, und wir werden sie nicht zu der unsrigen machen. Das, liebe Frau Wonnay, sind die medienwirksamen Luftballons, die die Bundesregierung an diesem Punkt hat steigen lassen, und nicht das, was wir machen; denn wir versuchen, entsprechend den finanziellen Mitteln vorzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmid SPD: Wir sind hier nicht im Bundestag!)

– Soweit sich die Bundesregierung in Landesdinge einmischt, ist das halt einfach ungeschickt. Dann muss ich es auch hier anführen.

Wir werden zunächst mit den Kommunen, Verbänden und Trägern zielorientiert verhandeln.

(Abg. Schmid SPD: Sie können ja 2006 wieder im Bundestag landen!)

Dabei geht es uns in erster Linie darum, den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung ebenso, wie es bei unserem neuen Kindergartengesetz der Fall war, auf der Grundlage eines Konsenses voranzubringen. Dies bedeutet: Das Land steht auch in den kommenden Jahren zu seiner politischen Gesamtverantwortung für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote.

(Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

– Da werden Anträge formuliert. Das Ungeschickte ist nur, dass weniger Anträge kommen. Also scheint der Bedarf ein anderer zu sein, als Sie ihn immer wahrnehmen.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Weil Sie nur 10 % zahlen! Das ist doch ganz einfach!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist es wichtig, die Einstellung der Landesförderung für die Jugendsozialarbeit an Schulen ab diesem Jahr nochmals zu begründen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Wonnay?

Sozialministerin Tanja Gönner: Wenn Frau Wonnay meint, eine Zwischenfrage stellen zu müssen, gestatte ich ihr diese.

(Abg. Schmid SPD: Frechheit!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Frau Abg. Wonnay.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Ministerin, könnte die Tatsache, dass die Nachfrage so gering ist, daran liegen, dass das Land bei der Kleinkindbetreuung, der teuersten Betreuungsform insgesamt, mit 10 % weit unter dem notwendigen Zuschuss liegt?

(Widerspruch bei der CDU)

Sozialministerin Tanja Gönner: Liebe Frau Wonnay, interessanterweise scheinen diejenigen, die Anträge stellen, mit den 10 % zufrieden zu sein.

(Lachen bei der SPD)

Offensichtlich scheinen Ihre Varianten etwas schwieriger zu sein. Ich gewinne den Eindruck, dass es ausreicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Mir ist es wichtig, nochmals zu begründen, warum die Landesförderung der Jugendsozialarbeit an Schulen ab diesem Jahr eingestellt werden muss. Wir müssen aufgrund der schwierigen Haushaltslage die Landesförderung ab dem Schuljahr 2005/2006 einstellen. Das fällt niemandem leicht. Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist eine unbestritten erfolgreiche Hilfe. Aber Jugendsozialarbeit an Schulen ist nach § 13 SGB VIII eine originär kommunale Aufgabe. Auch die Enquetekommission hatte nur eine zeitlich begrenzte Anschubfinanzierung empfohlen. An rund 170 Standorten konnte die Jugendsozialarbeit an Schulen durch die finanzielle Unterstützung des Landes etabliert werden.

(Ministerin Tanja Gönner)

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben Ihr eigenes Gutachten nicht gelesen!)

Hierzu hat das Land insgesamt rund 7 Millionen € erbracht. Die Weiterführung liegt nun in kommunaler Hand.

Liebe Frau Haußmann, in dem Gutachten steht nirgends – offensichtlich lesen Sie Gutachten anders als ich –, dass es einer Landesförderung bedürfte.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da ist die Botschaft klar! Dass es zum Bildungsauftrag gehört!)

Im Übrigen steht in dem Gutachten auch nirgends, dass Jugendsozialarbeit an Schulen zum Bildungsauftrag gehören würde. Sie scheinen entweder ein anderes Gutachten zu haben oder aber Dinge hineinzulesen, die so nicht in dem Gutachten stehen.

Deswegen sage ich noch einmal: Die Weiterführung liegt nun in kommunaler Hand. In diesem Zusammenhang sage ich auch: Mein Zitat zu einer Enquetekommission bezog sich auf eine Enquetekommission, die gerade Handlungsempfehlungen erarbeitet, nämlich die Enquetekommission Demografie. Sie sehen, dass wir als Land die Empfehlungen der Jugendenquetekommission genau umgesetzt haben, aber jeweils als Anschubfinanzierung.

Meine Damen und Herren, die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition. Dabei ist bürgerschaftliches Engagement über die Jahre hinweg zu einer themen- und generationenübergreifenden Bewegung geworden.

(Unruhe)

Alte und neue Aktivitäten freiwilligen Engagements sowie bestehende und neue Formen der Bürgerbeteiligung werden zusammengeführt und im Sinne einer Weiterentwicklung unserer Bürgergesellschaft befördert.

Diese seit nunmehr eineinhalb Jahrzehnten kontinuierliche und konsequente Unterstützung zeigt Erfolg. In Baden-Württemberg sind über 4 Millionen Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich und bürgerschaftlich aktiv. Im Bundesvergleich nimmt Baden-Württemberg damit die Spitzenstellung ein. Für viele Länder steht Baden-Württemberg als Modell für eine innovative, zukunftsgerichtete und nachhaltige Förderung von bürgerschaftlichem Engagement.

Dies kommt selbstverständlich nicht von ungefähr. Neben den koordinierenden Aktivitäten der Stabsstelle Bürgerengagement im Sozialministerium werden das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ und die Kontaktstelle „Information für Selbsthilfegruppen“ jährlich mit knapp 830 000 € gefördert.

Der Ansatz, bürgerschaftliches Engagement über kommunale Netze zu transportieren und zu multiplizieren, hat sich als erfolgreich erwiesen. In den kommunalen Netzwerken arbeiten derzeit 50 Städte, knapp 60 Gemeinden und über 20 Landkreise mit. Mit diesen Ressourcen brauchen wir uns im Bundesvergleich nicht zu verstecken.

Gerade weil das bürgerschaftliche Engagement in vielen Selbsthilfegruppen, Vereinen und Verbänden immer mehr

in Verbindung mit zentralen Themen der örtlichen Daseinsvorsorge gebracht wird, müssen wir dort die Strukturen weiter verbessern. Das sind wir den Menschen, die bürgerschaftlich engagiert sind, schuldig.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Einsamer Klatscher!)

Ich will noch einige wenige Bemerkungen zu den Themen machen, die Sie angesprochen haben, insbesondere zur Frage der flächendeckenden Sprachförderung ab dem ersten Kindergartenjahr.

Liebe Frau Haußmann, ich würde Ihnen raten, sich vertieft mit dem Programm der Landesstiftung zu beschäftigen, die eine Ausweitung dieses Programms vorgenommen hat, um genau dies zu gewährleisten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Freiwillig, Frau Ministerin!)

Insofern haben wir pro Jahr einen Betrag von 5,5 Millionen €, die wir einsetzen. Sie werden kein Land finden, das eine solche Sprachförderung hat.

(Abg. Schmid SPD: Was ist jetzt mit dem Vorschlag von Oettinger? Hat Ihnen Oettinger nichts zu seinem Sprachförderkonzept aufgeschrieben?)

Zu den Frauenhäusern: Liebe Frau Lösch, wir haben die Mittel dafür deswegen zurückgefahren, weil es schlicht darum geht, dass Mittel in den letzten Jahren nicht abgerufen wurden. Wenn Mittel nicht abgerufen werden, sind die Ansätze offensichtlich zu hoch, und dann veranschlage ich die Mittel im Folgejahr entsprechend den abgerufenen Beträgen. Das haben wir getan, und dies halte ich auch für richtig.

Liebe Frau Haußmann, bevor ich abschließend auf die KV Baden-Württemberg zu sprechen komme, sage ich Ihnen ganz ehrlich: Ein Mindestmaß an Wissen sollte vorhanden sein. Man sollte nicht nur reinen Populismus betreiben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Jetzt geht die Arroganz weiter! – Abg. Stichelberger SPD: Sind Sie immer so oberlehrerhaft? – Abg. Schmid SPD: Das sagen diejenigen, die sich vom Ministerium alles aufschreiben lassen!)

– Nein, ich brauche mir nichts aufschreiben zu lassen. Ich sage Ihnen nur eines: Jeder Jurist lernt: Ein Blick ins Gesetz

(Abg. Schmid SPD: Ja, natürlich!)

erleichtert die Rechtsfindung.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmid: Lesen Sie einmal das Gesetz vor!)

Zugegebenermaßen ist das SGB V etwas schwer zu verstehen. Deswegen habe ich großes Verständnis, wenn jemand es nicht versteht.

(Abg. Schmid SPD: Aber Sie können es ja vorlesen!)

(Ministerin Tanja Gönner)

– Genau. In § 78 des SGB V steht – Sie können das Gesetz ja gern heranziehen –,

(Abg. Schmid SPD: Ich bin gespannt, ob Sie das Gesetz vorlesen können! Lesen Sie es mal vor! Sie haben doch sonst alles bestellt! Wollen Sie es nicht noch einmal vorlesen?)

dass es ein Beanstandungsrecht des Sozialministeriums gibt, dass es aber – das ist im Übrigen durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts festlegt –

(Abg. Schmid SPD: Können Sie das auch vorlesen?)

– Ich brauche nichts vorzulesen, weil ich es weiß.

(Abg. Schmid SPD: Hat Ihnen das niemand aufgeschrieben? So ein Pech aber auch! – Gegenrufe der Abg. Seimetz und Fleischer CDU)

Aber vielleicht können Sie es auch. – Das Bundessozialgericht hat festgelegt, dass die öffentlichen Körperschaften in der Selbstverwaltung vergleichbar herangezogen werden sollen, und genau dies haben wir getan.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Braun?

Sozialministerin Tanja Gönner: Ich würde zunächst gerne fertig sprechen, dann gestatte ich sie.

(Abg. Schmid SPD: Also, lesen Sie weiter vor!)

Liebe Frau Haußmann, im Übrigen will ich nur sagen: Beispielhaft werde ich auf die Rechtsaufsicht der SPD-geführten Länder Rheinland-Pfalz und NRW verweisen, die erstaunlicherweise – ohne dass ich die Vergütungshöhe bewerten will und für richtig halte – zwar nicht Gehälter in der Differenzierung Baden-Württembergs mit einem Pauschalbetrag und dem Ersatz für die Praxisvertretung, aber bei einer kleineren kassenärztlichen Vereinigung exakt dieselben Gehälter zahlen. Ich will Ihnen das nur sagen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Nicht die Differenzierung wie in Baden-Württemberg! Sie sind eingeknickt! Das ist der Fakt! Sie sind zuständig für Baden-Württemberg!)

Ich würde Ihnen im Übrigen raten, mit Ihrer Bundesgesundheitsministerin Kontakt aufzunehmen, inwiefern sie die Vergütung des Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung überprüft hat.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Halten Sie die Höhe dieser Vergütung für in Ordnung?)

Insofern sollte man, ohne schnell zu schießen, immer schauen, welche Möglichkeiten man hat und wie es in anderen Ländern aussieht.

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

Die Möglichkeiten bei diesem Punkt sind begrenzt. Es ist weder möglich, Nein zu sagen, noch zu klagen, weil es nur ein Beanstandungsrecht gibt.

(Abg. Schmid SPD: Haben Sie das jetzt beanstandet oder nicht?)

Die Vergütung liegt im Rahmen dessen, was das Bundessozialgericht vorgegeben hat.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Schmid SPD: Dann müsste ja der Teufel ein Vielfaches bekommen! – Weitere lebhaftes Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat die Frau Ministerin.

Sozialministerin Tanja Gönner: Wir haben im Rahmen dessen, was uns als Rechtsaufsicht zusteht, bereits dafür Sorge getragen,

(Abg. Schmid SPD: Haben Sie es jetzt beanstandet oder nicht?)

dass die Vergütung deutlich nach unten gefahren wurde. Wir haben sie zunächst beanstandet und sind jetzt auf dem Betrag, der im Rahmen des Urteils des Bundessozialgerichts –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Auf diese Klage würde ich es ankommen lassen!)

– Nein, kann ich nicht, weil ich verlieren würde, da die Vergütung in dem Rahmen, den das Urteil des Bundessozialgerichts vorgibt, liegt, und darauf weise ich hin.

(Lebhaftes Zurufe von der SPD)

– Gucken Sie, dass Sie es in Ihren eigenen Reihen hinbekommen. Wenn Sie es vormachen, schauen wir einmal. Wir haben im Rahmen dessen, was wir können, die Beanstandung vorgenommen und erreicht, dass die Vergütung bei weitem nicht so hoch ist, wie andere es haben wollten. Sie sollten hier vielleicht etwas vorsichtiger sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das finde ich nicht! Ich finde das unmöglich!)

Ich bitte nochmals darum, einen Blick in das Gesetz zu werfen. Das erleichtert die Rechtsfindung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Schmid SPD: Der Unterschied zwischen Recht und Moral ist groß!)

Meine Damen und Herren, abschließend stelle ich fest: Wir haben in unserem Lande über viele Jahre hinweg gute Sozialstrukturen aufgebaut. Natürlich gibt es immer noch einiges zu verbessern. Aber eine gute Sozial- und Gesellschaftspolitik muss auch finanzierbar sein. Bismarcks Wort von der Politik als der Kunst des Möglichen gilt auch für die Möglichkeiten unseres Landshaushalts.

(Unruhe)

Auch bei dieser Haushaltsaufstellung stand das Erfordernis der Einsparung im Vordergrund. Dennoch konnten im Sozialetat die Kürzungen so gering wie möglich gehalten werden. Mit dem vorliegenden Planentwurf für den Etat des Sozialministeriums können wir deshalb die in der Vergan-

(Ministerin Tanja Gönner)

genheit erarbeiteten Strukturen erhalten und zugleich die Zukunft unseres Landes und der Menschen sichern. In diesem Sinne nochmals herzlichen Dank an die Koalitionsfraktionen für die konstruktive Begleitung bei dieser schwierigen Aufgabe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Jetzt geht es los! – Abg. Schmid SPD: Auf geht's!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 09 – Sozialministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4009 Abschnitt I. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0901

Ministerium

Wer dem Kapitel 0901 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0902 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0903

Arbeitsförderung und Berufsbildung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-1.

(Abg. Schmid SPD: Namentlich!)

– Sie beantragen namentliche Abstimmung?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, natürlich! – Ohrufe von der CDU)

Die erforderliche Unterstützung ist gegeben.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, es ist namentliche Abstimmung beantragt.

(Zuruf von der CDU: Wer war das?)

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 13/4049-1 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten.

(Abgeordnete der SPD und der Grünen heben ihre Hand zur Abstimmung.)

– So weit sind wir noch nicht. – Wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Rüeck, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben A.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe während der Abstimmung bitten, damit wir sie zügig abwickeln können.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist beendet. Ich darf die Schriftführer bitten, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor:

Beteiligt haben sich 112 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 65 Abgeordnete gestimmt.*

Der Änderungsantrag Drucksache 13/4049-1 ist damit abgelehnt.

*

Mit **J a** haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Bregenzer, Capezzuto, Dr. Caroli, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Moser, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Christine Rudolf, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Ruth Weckenmann, Weiß, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit **N e i n** haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Elke Brunner, Heike Dederer, Döpper, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Renate Göting, Friedlinda Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hitzler, Hofer, Hoffmann, Jägel, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Dr. Lasotta, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, Mack, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schneider, Dr. Schüle, Seimetz, Sieber,

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

Ich lasse nun über Kapitel 0903 – Arbeitsförderung und Berufsbildung – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung im Landesbereich

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, sich an der Abstimmung deutlich zu beteiligen. Sonst ist schwer ersichtlich, wo die Mehrheiten sind.

Wer dem Kapitel 0904 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0905

Hilfen für behinderte Menschen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0906

Arbeitsgerichtsbarkeit

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich die

Kapitel 0911 bis 0915

gemeinsam aufrufen? – Wer den Kapiteln 0911 – Landesversorgungsamt –, 0912 – Versorgungsämter – und 0915 – Versorgungskuranstalten – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun auf

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/4049-2 und 13/4049-3.

Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD zur Wohlfahrtspflege, Drucksache 13/4049-2, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-3, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0917 – Wohlfahrtspflege – in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0918

Jugendhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4049-8, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-4.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4049-8, abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-4, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0918 – Jugendhilfe – in der Fassung der Beschlussvorlage abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0919

Familienhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4049-9 Ziffer 1, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-5, den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4049-9 Ziffer 2, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-6.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4049-9 Ziffer 1 ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-5, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4049-9 Ziffer 2, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Capezzuto SPD: Halt! Eine Enthaltung! – Unruhe)

– Entschuldigung. Die habe ich übersehen. – Bei einer Enthaltung ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Unruhe)

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-6 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0919 – Familienhilfe – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0920

Altenhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/4049-7. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0920 – Altenhilfe – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0921

Frauenförderung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/4049-10. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 0921 – Frauenförderung – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Fischer SPD: Wir könnten über die nächsten beiden Kapitel zusammen abstimmen! – Abg. Schmid SPD: Den Rest zusammen!)

Ich rufe auf

Kapitel 0923

Landesgesundheitsamt und Gesundheitsämter

und

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den beiden Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über die Abschnitte II und III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4009.

Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen ist Abschnitt II zugestimmt.

Ich lasse über Abschnitt III der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer Abschnitt III zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt III ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, die Zweite Beratung des Einzelplans 09 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Buchstabe d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/4001

Berichterstatter: Abg. Rust

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Gesamtreizeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gestaffelt?)

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Hauk das Wort.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der heutigen Beratung des Haushalts des Landtags ist festzustellen, dass es im Jahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004 de facto keine Steigerungsraten im Volumen des Einzelplans 01 gibt,

(Unruhe)

dass bei den Fraktionen Kürzungen erfolgen und dass mit Ausnahme der Steigerungen der Personalausgaben im Jahr

(Hauk)

2006 keine nennenswerten sonstigen Steigerungen zu verzeichnen sind.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Gespräche nach draußen zu verlegen, damit hier der Redner zu verstehen ist.

Abg. Hauk CDU: Der Landtag von Baden-Württemberg liegt, bezogen auf die Ausgaben pro Einwohner, mit 3,89 € in diesem Jahr und 3,99 € im nächsten Jahr im untersten Drittel, was die Kosten der Legislative im Ländervergleich angeht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir ein guter, ein effizienter Landtag sind. Aber ich glaube auch, dass Demokratie, eine funktionierende Gewaltenteilung und eine starke Legislative nicht umsonst zu haben sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Deshalb muss nicht allein die finanziell günstigste Lösung die beste sein.

Wir sind, meine ich, nicht zuletzt deshalb so gut, weil die größere Zahl der Abgeordneten fest im Beruf verwurzelt ist, weil wir eben ein Teilzeitparlament sind. Deshalb liefern wir auch aufgrund dieser festen Verwurzelung die besten Ergebnisse. Ich nehme es mir heraus, Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihr gutes Engagement herzlich zu danken.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um die Frage der Quantität; ausschlaggebend ist letztendlich die Qualität. Wir sind bürgernah und stehen mit beiden Beinen fest im Leben, aber wir haben unsere Verantwortung einerseits als Kontrolleure der Regierung und andererseits als aktive Gestalter der Landespolitik.

Leider, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Föderalismusreform gescheitert. Unseren Vertretern, unserem Ministerpräsidenten Erwin Teufel und den Fraktionsvorsitzenden Drexler und Kretschmann, danke ich herzlich für ihre engagierte Mitarbeit im Landesinteresse und auch im Interesse dieses Landtags, denn der Landtag wäre der originale Profiteur der Föderalismusreform gewesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unabhängig davon, was sich bundesstaatlich verändert hat, haben sich Strukturen auch im Land verändert. Ich glaube, auch darauf muss die Legislative reagieren. Strukturen haben sich in der Exekutive verändert, beispielsweise durch die Verwaltungsreform. Das hat Auswirkungen auf das Parlament. Ich meine, dass wir unser Kontrollrecht, dass wir die Kontrolle der Regierung in der Zukunft verstärken und intensivieren müssen. Die großen Gesetzeswerke sind in den letzten 50 Jahren auf den Weg gebracht worden. Jetzt gilt es, diesen Stand an die gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Das ist das eine.

Das Zweite, was wir auch feststellen, ist, dass wir in unseren Gesetzen in Teilen in großer Zahl auch den Erlass von Rechtsverordnungen vorgesehen haben, bei denen wir

schon im Einzelfall hinterfragen müssen, ob wir alles der Regierung, sprich der Exekutive, überantworten dürfen oder ob wir nicht zumindest dort, wo es wesentlich ist, auch Rechtsverordnungen wieder an den Gesetzgeber zurückziehen müssen. Ich meine nicht die Rechtsverordnung über die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Dasselfliege, sondern zum Beispiel die Frage der Eigenkontrollverordnung im Abwasserbereich, die unsere Kommunen ganz wesentlich betrifft. Das halte ich auch für ein elementares Gestaltungsrecht und eine Gestaltungspflicht des Landtags. Daraufhin müssen wir, denke ich, auch die vorhandenen Gesetze überprüfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg.
Stickelberger SPD)

Ein Weiteres: Im Bereich des Haushalts und des Haushaltsvollzugs, des Controllings machen wir nur unvollständig Haushalts- und Vollzugsanalysen. Wir beschließen hier in diesen Tagen die Haushaltsansätze. Ich meine allerdings, dass es dabei nicht ganz sein Bewenden haben kann. Vielmehr müssen wir auch verstärkt schauen, dass wir – die Regierungsfractionen tun es bereits – noch mehr Einfluss auch auf die Mittelverteilung nehmen. Dabei meine ich nicht die konkrete Mittelverteilung auf Projekte. Das ist Sache der Fachleute in der Exekutive. Aber bei großen Mittelansätzen wie beispielsweise Krankenhausförderung, Schulhausbauförderung und dergleichen geht es schon darum, wie die Kriterien für die Verteilung aufgestellt werden. Auch dabei kann ich mir eine verstärkte Mitwirkung des Landtags gut vorstellen. Sie ist auch angesichts der Einsparungen, die wir erbringen müssen, bitter notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sind ein gutes Parlament. Wenn wir noch einige Verbesserungen vornehmen, wird das Ergebnis unserer Arbeit noch besser.

Lassen Sie mich aber aufgrund der aktuellen Diskussion auch auf das Thema Diäten, Pensionen etc. eingehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wenn es sein muss!)

Ich bin überzeugt, der Wert der Arbeit dieses Landtags, der Wert der Abgeordneten ist nicht beliebig. Wir sind kein billiger Jakob,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

und wir brauchen uns auch nicht ständig in die Selbstverteidigung zurückziehen, sondern wir müssen das, was wir an Entschädigungen und Pauschalen erhalten, offensiv nach draußen tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wir haben überhaupt nichts zu verbergen. Wenn man sich die Statistik anschaut, wird das unzweifelhaft.

Eines ist klar: Wir müssen uns auch im gesellschaftlichen Wandel den aktuellen Fragen stellen. Dass wir das tun, ist keine Frage. Wir müssen uns überlegen, wie wir die Altersversorgung der Abgeordneten stufenweise in die Bruttobezüge im aktiven Dienst mit einbauen können – ob jetzt auf

(Hauk)

einen Schlag wie in Nordrhein-Westfalen oder stufenweise. Ich halte eine stufenweise vorgehende Lösung für deutlich besser.

Aber es muss schon so sein, dass eine Lösung für die Abgeordneten nicht de facto einkommensmindernd zu Buche schlägt, sondern dass wir unser Einkommen zumindest halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, dabei darf man nicht zuerst auf die aktuelle Diskussion starren, sondern der Ansatz und die richtige Frage müssen lauten: Wie halten wir diesen Landtag, dieses Haus für jede Berufsgruppe und für jede Bevölkerungsgruppe offen, für parlamentsfähig? Man kann feststellen, dass die Zugehörigkeit zum Landtag für Beamte zwischenzeitlich – egal, mit welchen Änderungen; das wird auch in der Zukunft so sein – einigermaßen kompatibel mit der Berufstätigkeit ist. Für einen Mittelständler wird es hingegen schon schwieriger, denn ein Handwerksmeister oder ein selbstständiger Unternehmer – also die Menschen, auf die wir aufgrund ihrer Leistung in unserem Land immer so stolz sind – hat es schon schwerer, sich in den Politikbetrieb, wie wir ihn haben, einzugliedern. Für diese Menschen brauchen wir Lösungen. Lösungen können eben auch in der Regelung der Frage der Diäten und der Versorgung mit enthalten sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Gleiche gilt auch für den qualifizierten Facharbeiter. Wenn heute alle Berufsgruppen im Landtag vertreten sind – der Feinmechanikermeister genauso wie der Arzt, der Beamte und der Hochschullehrer –, dann muss es doch unser Ziel sein, auch in der Zukunft den Zugang zu diesem Parlament für möglichst alle Bevölkerungsgruppen offen zu halten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Dabei meine ich, meine Damen und Herren, dass der Weg, den man in Nordrhein-Westfalen eingeschlagen hat, populistisch und unter dem Strich nicht zielführend ist, denn dort sollen ja auch die Aufwandspauschalen sofort abgeschafft werden. Jeder Monteur, jeder Außendienstmitarbeiter einer Versicherung, jeder Beamte, der auf Reisen geht und übernachtet, der eigene Arbeitsmittel einsetzt, erhält Erstattungen für einen effektiv und tatsächlich vorhandenen Aufwand, sei es nun pauschal – auch das ist ja möglich – oder auf Nachweis. Was für den Monteur, für den Versicherungsvertreter, den Berufskraftfahrer oder wen auch immer gilt, das muss, denke ich, auch für die Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg gelten. Mandatsbedingter Aufwand muss als solcher erstattet werden, wie auch immer man das regelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Er wird doch erstattet!)

Meine Damen und Herren, diese Diskussion sollte meines Erachtens sine ira et studio geführt werden, und zwar nicht mit dem Ziel, in der Bevölkerung billige Effekthascherei betreiben. Bei diesem Prozess sollten wir die Diskussion

auch aktiv in die Bevölkerung hineinragen und die Bevölkerung in dieser Frage mitnehmen. Man merkt es immer wieder: Wenn man die Verhältnisse in Baden-Württemberg darstellt, wenn man die Diätenversorgung der Abgeordneten im Landtag von Baden-Württemberg mit Besuchergruppen bespricht, dann erntet man meistens sehr großes Verständnis.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Die meisten sind eigentlich überrascht, wie wenig wir verdienen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns diese Fragen, auch die Fragen der Diäten und der Versorgung, inhaltlich und offensiv angehen. Dann werden unsere Arbeit und die unserer Mitarbeiter in der Landtagsverwaltung nach außen und nach innen noch besser und noch effizienter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Fischer.

(Zuruf von der CDU: Jetzt ist doch eigentlich alles gesagt!)

Abg. Fischer SPD: Aber noch nicht von allen.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Antwort auf Ihre Ausführungen, Herr Kollege Hauk. Sie haben wieder von einem „Teilzeitparlament“ gesprochen. Haben Sie eigentlich schon irgendwo im Abgeordnetengesetz gelesen, dass wir ein Teilzeitparlament sind? Ist das irgendwo niedergeschrieben?

(Abg. Birzele SPD zu Abg. Hauk CDU: Nennen Sie uns einmal den Pagrafen!)

Herr Kollege Birzele hat in diesem hohen Hause wiederholt versucht, das zu erklären, aber es ist irgendwie nie angekommen.

(Abg. Hauk CDU: Es ist so! Gerade deshalb, weil es nicht drinsteht! – Heiterkeit)

– Sehen Sie! Deshalb sollte man hier auch nicht wiederholt behaupten, dass es so sei. Es wird dadurch nicht besser.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber es ist so!)

Ich möchte für meine Fraktion zu ein paar Grundzahlen dieses Haushalts Stellung nehmen. Sie haben korrekt gesagt, Kollege Hauk – ich will nicht alles wiederholen –, dass wir für 2005 Gesamtausgaben von rund 40,5 Millionen € und für 2006 Gesamtausgaben von 42,8 Millionen €, also fast 43 Millionen €, angesetzt haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Moderat!)

Der Ansatz für 2005 liegt sogar knapp unter dem für 2004. Ich darf auch betonen, dass in diesem Haushalt für die Ab-

(Fischer)

geordneterentschädigungen für die kommenden Jahre momentan keine Reserven enthalten sind, weil wir diese immer wieder neu veranschlagen müssen. Ich will auch sagen, dass wir uns bei den Sachausgaben für den Landtag vorbildlich verhalten und auch diese Ansätze unter denen des Jahres 2004 liegen. Auch damit hat der Landtag einen Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushalts geleistet. Ich kann auch das unterstützen, was Sie wiederholt ausgeführt haben.

(Abg. Wieser CDU: Wo ist der Drexler eigentlich?)

– Ich könnte genauso fragen, wo Ihre Kollegen sind, Kollege Wieser.

(Abg. Wieser CDU: Das ist eine berechtigte Frage, Herr Kollege Fischer! Das ärgert mich noch mehr als Sie!)

Ich möchte auch betonen, dass unser Parlament wirklich sehr preisgünstig ist, und das sollten wir überall nach außen hin vertreten. Leider wird heute der Landtagshaushalt vor leeren Rängen beraten, nicht nur was die Öffentlichkeit angeht, sondern speziell auch was die Presse angeht, die ja immer dazu beiträgt, den Abgeordneten in der Öffentlichkeit zu diskriminieren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der Grünen)

Bestimmt wird über diese Haushaltsberatungen morgen wieder irgendwo berichtet, ohne dass heute jemand anwesend ist, während wir die Aussprache führen. Das möchte ich ganz deutlich ansprechen.

Damit möchte ich es bei den Zahlen bewenden lassen und zu drei aktuellen Themen Stellung nehmen, die den Landtag speziell betreffen.

Lassen Sie mich mit dem Luftballon anfangen, den Justizminister Goll

(Abg. Zeller SPD: Wo ist er?)

und auch der Präsident der IHK Region Stuttgart mit dem Vorschlag haben steigen lassen, den Landtag und Landesbehörden in einen Regierungsbezirk Stuttgart 21 zu verlegen.

(Abg. Scheuermann CDU: Schuster, bleib bei deinem Leisten!)

Ich muss schon sagen, das wird unsere Zustimmung nicht finden.

(Abg. Schmiedel SPD: Schnapsidee!)

Das ist – da haben Sie Recht, Kollege Schmiedel – eine Schnapsidee. Ich erinnere daran, dass es im Rahmen der Beratungen der Baukommission um minimale Veränderungen hier im Haus ging, zum Beispiel um eine Kuppel, damit man vernünftiges Tageslicht hat. Oder es ging um eine Verbesserung für die Beschäftigten hier im Landtag, beispielsweise des Gestühls, auf dem wir sitzen, oder um Verbesserungen im Abgeordnetenhaus, zum Beispiel durch die Schaffung von Medienräumen. Kolleginnen und Kollegen,

das wurde hier im Haus bzw. in den Fraktionen immer mehrheitlich abgelehnt. Man hat gesagt: Wir haben momentan kein Geld, wir können uns in der jetzigen Zeit diesem Anliegen nicht stellen.

Dann geht ein Minister her – wahrscheinlich tut er das, weil er Spitzenkandidat der FDP/DVP ist und sich dadurch vielleicht profilieren muss – und lässt eine solche Seifenblase steigen, die in der heutigen Zeit wirklich nicht vertretbar ist. Ich frage mich, was mit den Gebäuden geschehen würde, wenn ein Umzug in das Gebiet Stuttgart 21 wirklich stattfinden würde. Wenn es die Grundidee der IHK ist, dort ein Regierungsviertel anzusiedeln, um eventuell die Ansiedlung von Betrieben oder Kaufhäusern dort zu verhindern, weil dadurch angeblich die Innenstadt von Stuttgart ausblute, dann ist es nicht Aufgabe des Landtags, das zu begleiten, sondern es ist Sache des Gemeinderats der Stadt Stuttgart.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Lassen Sie mich zu einem zweiten Punkt kommen, mit dem wir das Parlament mit Sicherheit auf Dauer finanziell entlasten können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die angedachte Wahlkreisreform, die Sie vor ein paar Wochen mit großem Gehabe als letzte Aktion eingebracht haben. Diese Wahlkreisreform, liebe Kolleginnen und Kollegen, verdient den Namen nicht. Es ist eine reine Reform nach Gutsherrenart, die dazu dienen soll, praktisch niemandem wehzutun.

(Abg. Göschel SPD: Nach Weingutsherrenart!)

Die Kollegin Bierroth hat sich ja – –

(Zurufe von der CDU: Berroth!)

– Was habe ich gesagt?

(Zurufe von der CDU: Bierroth!)

– Entschuldigung, da habe ich mich versprochen.

(Zurufe von der CDU)

Die Kollegin Berroth natürlich hat sich mit dem, was sie in einem Redebeitrag am 15. Dezember ausgeführt hat, mehr oder weniger entlarvt. Ich darf aus dem Protokoll zitieren.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das brauchen wir nicht mehr zu hören!)

– Doch, doch, das ist schon hörensenswert. Sie hat ausgeführt:

(Abg. Wintruff SPD: Das war eine Weinhändlerin!)

Ich sage es jetzt so, wie ich es mir aufgeschrieben habe, weil ich nach wie vor dazu stehe: Erfreulicherweise ist es uns gelungen, eine Lösung zu finden, die allen Abgeordneten, die jetzt diesem Landtag angehören und für die nächste Legislaturperiode wieder kandidieren wollen, eine reelle Chance gibt, diesen Sitz auch wieder zu erringen.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist keine Weinsorte, das ist ein Weingut!)

(Fischer)

Sie hat weiter ausgeführt:

Wenn Sie aber als alleinige Veränderung den Wahlkreis des Kollegen Drautz gekürzt hätten, dann wäre er der Einzige im ganzen Landtag gewesen, der unter dieser Regelung gelitten hätte. So etwas, meine Damen und Herren, trage ich nicht mit.

(Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP:
Haben Sie um Erlaubnis für das Zitat gefragt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das beweist, dass Sie auf dem Weg, zu einer vernünftigen Wahlkreisreform zu kommen, die wirklich auf Dauer eine Entlastung unseres Landtags bedeuten würde, der Mut verlassen hat. Sie verstoßen damit auch gegen das, was uns das Bundesverfassungsgericht aufgegeben hat, nämlich vernünftige Lösungen einzuführen. Sie verlassen damit auch eine demokratische Praxis in Bezug auf diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die irgendwo in kleinen Wahlkreisen kandidieren und nie eine Chance haben, diesem Landtag anzugehören, wenn sie nicht das Direktmandat erringen. Überlegen Sie sich das.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt zum letzten Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Kollege Hauk, Sie haben eben großzügigerweise die Veränderungen der Diäten angesprochen – sehr umfangreich, aber ohne konkrete Aussage.

(Abg. Wieser CDU: Aber die Richtung stimmt!)

Das werfe ich Ihnen und Ihrem designierten Ministerpräsidenten, Herrn Oettinger, auch hier heute vor. Herr Oettinger hat sich vor 14 Tagen ebenfalls an die Presse gewandt und mit großem Getöse angekündigt:

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

„Wir werden Veränderungen bei den Diäten vornehmen. Wir werden eine grundlegende Änderung vornehmen.“

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Herr Landtagspräsident Straub sagt auch jedes Jahr, wenn der Diätenbericht ansteht: Wir müssen eine grundlegende Änderung der Diäten, der Altersversorgung und, und, und einführen. Wir stimmen Ihnen dabei zu. Aber lassen Sie Taten folgen, und sprechen Sie dieses Thema hier nicht mehr nur vollmundig an. Machen Sie vielmehr einmal konkrete Vorschläge, wie Sie sich das Ganze vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir uns das, was jetzt in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht wurde – nicht in Einzelheiten der Umsetzung –, zu Herzen. Nächste Woche entscheidet der Landtag Nordrhein-Westfalen mit der Zustimmung aller Fraktionen in erster Lesung über dieses Thema, um noch vor der Landtagswahl – das bitte ich zu beachten – eine Lösung zu finden, die auch dort vom Steuerzahlerbund absolut mitgetragen wird.

Um Ihnen hierbei aufs Pferd zu helfen, möchte ich die drei Punkte unseres Entschließungsantrags, den wir für heute vorgesehen hatten, vorlesen. Wir haben diesen Antrag heute

aber nicht eingebracht, um Ihnen fairerweise die Möglichkeit zu geben, zunächst in den Fraktionen darüber zu beraten, sodass wir am 23. Februar bei der Dritten Beratung des Haushalts in diesem Bereich vielleicht einen gemeinsamen Antrag zustande bringen.

Ich lese jetzt die drei Punkte vor:

1. In die steuerpflichtige Abgeordnetenentschädigung werden anstelle der jetzigen Altersversorgung und der steuerfreien Unkostenpauschale die Kosten einer angemessenen Alterssicherung und die Kosten der Wahrnehmung der Abgeordnetentätigkeit einbezogen.

2. Es wird eine konsequente Unvereinbarkeit zwischen der Wahrnehmung eines Mandats und einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder in einem von der öffentlichen Hand beherrschten Unternehmen vorgesehen.

(Zurufe der Abg. Dr. Repnik CDU und Birzele SPD)

3. Es sind Regelungen vorzusehen, die eine unzulässige Einflussnahme auf politische Entscheidungen ausschließen und die notwendige Transparenz herstellen, wenn Abgeordnete neben ihrer Abgeordnetentätigkeit private, berufliche oder sonstige Erwerbstätigkeiten ausüben oder ehrenamtliche Funktionen wahrnehmen.

(Beifall des Abg. Zeller SPD – Abg. Scheuermann CDU: Das ist zu kurz gesprungen!)

Beraten Sie es in den Fraktionen, stimmen Sie zu! Dann hört in diesem Haus das ganze Herumeiern auf, und wir müssen diese Diskussion nicht jedes Mal neu führen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Fischer, wenn Sie wollen, dass der Haushalt des Landtags früher beraten wird, stimme ich Ihnen voll und ganz zu. Es liegt aber in der Hand des Parlaments, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte festzulegen.

(Abg. Fischer SPD: Das wissen wir!)

– Dann können wir gerne miteinander darüber beraten.

(Abg. Birzele SPD: Herr Kleinmann, Sie wissen, dass die FDP/DVP die Inkompatibilität schon mal über mehrere Legislaturperioden beantragt hat!)

– Wir sind gerade bei der Beratung des Haushalts des Landtags und der Frage, wann er beraten werden soll.

Herr Fischer, Sie reden von einer Seifenblase, die hochgegangen sei. In der Regel gehen Seifenblasen immer hoch; das ist richtig. Wohin sollen sie denn sonst gehen?

(Abg. Fischer SPD: Aber sie platzen auch!)

(Kleinmann)

Herr Dr. Goll hat hinzugefügt – das hätten Sie bei genauem Lesen sicher nicht überlesen –, dass dies nur möglich ist, wenn man die einzelnen Gebäude tatsächlich vermarkten und entsprechende Einnahmen erzielen kann.

(Abg. Fischer SPD: Man weiß, dass das momentan nicht möglich ist! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie stellen dies so dar, als wolle er quasi auf die grüne Wie-se Stuttgart 21 bauen, ohne zu überlegen, was das Ganze kostet. Dies ist nicht der Fall.

Die Wahlkreisreform ist in der Tat ein Reförmchen. Wir sind den Vorgaben des Verwaltungsgerichtshofs nachgekommen und haben die Wahlkreise, die vom Normalniveau um über 25 % abweichen, entsprechend korrigiert. Meine Damen und Herren, dass dies nicht das letzte Wort sein kann, ist klar.

Ich komme nun zum Haushalt des Landtags selbst. Auch der Landtag hat einen kleinen Sparbeitrag geleistet, indem spezielle und nicht allgemeine globale Minderausgaben von jeweils 100 000 € pro anno festgelegt worden sind.

Meine Damen und Herren, wir haben auch kleine Kürzungen bei den Fraktionszuschüssen vorgenommen und einige Stellen gestrichen. Auch hier ist ein bestimmter Beitrag geleistet worden, um den finanziellen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Sie sprechen in Bezug auf die Versorgung und all die anderen Dinge das Bruttokostenmodell an, das in Nordrhein-Westfalen zurzeit diskutiert wird. Meine Damen und Herren, mit den Liberalen können Sie darüber problemlos reden.

(Abg. Fischer SPD: Aha! Nicht reden, umsetzen!)

– Herr Fischer, nicht „Aha!“. Herr Kollege Hofer hat schon vor vier Jahren gesagt, eigentlich wäre es ihm das Liebste, wenn die Altersversorgung – das haben Sie, Herr Kollege Fischer, angesprochen – so geregelt werden könnte, dass sie jeder selber auf seine Kappe nimmt und die Diäten entsprechend angehoben werden. „Bruttomodell“ bedeutet also konkret: Grunddiäten plus Pauschale für Reisekosten im Wahlkreis plus Entfernungspauschale plus pauschale Aufwandsentschädigung plus Versorgungspauschale für die Altersversorgung und dann schauen, wie hoch die Summe ist. Dann zahlt jeder davon seine Steuern und erledigt seine Dinge selber, und alles ist auf diese Art und Weise geregelt.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Mit einem solchen Modell können wir durchaus leben.

Meine Damen und Herren, ich möchte es kurz machen. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Hauses.

(Abg. Fischer SPD: Ja, gut, das hätte ich auch noch machen können! Ich schließe mich an!)

Wir machen es ihnen ja nicht immer ganz einfach.

Herr Präsident, mir gefällt vor allem nicht, dass in den Ausschusssitzungen die Leute ihre Post durchschauen und diese

dann zerreißen und einfach vorne hinlegen. Ich bin insofern von meinen Eltern anders erzogen worden. Gewöhnlich wirft man dies in den Papierkorb. – Aber ausdrücklichen Dank!

Zwei besonders schöne Dinge möchte ich noch erwähnen: Für die ökumenische Andacht gibt es demnächst eine neue Orgel, finanziert zu je einem Drittel durch die katholische Kirche, die evangelische Kirche und den Landtag. Und morgen startet das Projekt „Landtagschor“. Dieses Projekt ist eine Idee des Finanzausschusses, die während unseres Aufenthalts in Portugal und Spanien geboren wurde. Wir denken, dass wir am Tag der offenen Tür das erste Mal auftreten können.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ansonsten stimme ich meinen Vorrednern darin zu, dass wir – hinsichtlich des Landtags – einen bescheidenen Haushalt haben und dass wir in keiner Weise irgendeinen Grund haben, zu sagen, wir müssten noch Streichungen vornehmen. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion stimmt dem Einzelplan 01 daher zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Beratung des Einzelplans des Landtags zum Anlass nehmen, nicht nur über unseren einvernehmlich eingebrachten Änderungsantrag zu reden, sondern auch über die Form der Abgeordnetenentschädigung und über die Form der Nebeneinkünfte.

Zum Thema Stuttgart 21 – „Regierungsviertel“ – hat der Kollege von der SPD schon das Richtige gesagt. Es gibt ein paar Luftballons, die immer wieder steigen gelassen werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Schöne bunte Welt! Lasst die Luftballons steigen!)

Kollege Döring hat es auch schon einmal vorgebracht. Ich glaube, genauso schnell, wie das seinerzeit im Orkus verschwunden ist, wird es auch jetzt wieder im Orkus verschwinden.

Die ausgewiesenen Gesamtausgaben des Einzelplans des Landtags belaufen sich im Jahr 2005 auf 40,5 Millionen € und im Jahr 2006 auf 42,8 Millionen €. Das ist, wie auch meine Vorredner schon gesagt haben, eine leichte Erhöhung, die natürlich vor allem in den Personalkosten und den gestiegenen Versorgungsbezügen begründet ist.

Auch der Landtag und die Fraktionen beteiligen sich jedoch an der Haushaltskonsolidierung. So wurde auch in den Einzelplan des Landtags eine globale Minderausgabe eingestellt, und die Fraktionen leisten ebenfalls ihren Einsparungsbeitrag.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das für die kleineren Fraktionen und für die Oppositionsfraktionen natürlich größere Einschnitte als für die Regierungsfaktionen

(Brigitte Lösch)

sind, weil wir nicht auf den Regierungsapparat zurückgreifen können.

(Abg. Hauk CDU: Wir doch auch nicht! Sie haben schlichtweg weniger Wählerstimmen! Weniger Wähler bedeutet weniger Mitarbeiter! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Doch, die Regierungsfractionen können davon partizipieren. Ich will nur sagen, dass das für uns, für die Oppositionsfractionen, natürlich ein noch härterer Einschnitt ist als für die Regierungsfractionen.

Den Vergleich mit den Verwaltungskosten der Parlamente in den anderen Ländern möchte ich mir schenken. Ich finde es eher angebracht, Vergleiche mit den Parlamenten in den anderen Ländern zu ziehen, wenn es um die Altersversorgung und die Art der Alimentierung der Abgeordneten geht. Da wird es nämlich erst spannend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im letzten Jahr einen gemeinsamen Antrag zur Abgeordnetenentschädigung beschlossen, der unter anderem die Einberufung einer externen und unabhängigen Diätenkommission vorsah. Diese externe Diätenkommission gibt es bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Es wurde auch noch keine Anstrengung unternommen, diese Diätenkommission ins Leben zu rufen. Da lobe ich mir Nordrhein-Westfalen, wo die Abgeordneten einvernehmlich beschlossen haben, vor der nächsten Landtagswahl ihre Abgeordnetenentschädigung auf Bruttodiäten umzustellen. Das wurde vorhin schon angesprochen. Dies wird dort von allen Fraktionen mitgetragen.

Auch wir Grünen wollen einen solchen Systemwechsel in dieser Wahlperiode vollziehen, damit die Reform für den 14. Landtag von Baden-Württemberg wirksam werden kann.

Was heißt „Bruttodiäten“ nun konkret? Die Umstellung auf Bruttodiäten hat natürlich zunächst zur Folge, dass sich die Diäten in etwa verdoppeln bei gleichzeitigem Wegfall aller steuerfreien Zulagen. Aus den dann ausbezahlten Diäten müssen die Parlamentarier nicht nur für die Steuer, sondern auch für ihre Altersversorgung sowie für die Kranken- und Pflegeversicherung selbstständig aufkommen. Darüber hinaus müssen Abgeordnete dann wie alle Steuerzahler ihre mandatsbedingten Auslagen gegenüber dem Finanzamt durch entsprechende Belege als Werbungskosten nachweisen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Mit der Einführung von Bruttodiäten wird somit eine größere Transparenz der Abgeordnetenbezüge hergestellt und die Gleichbehandlung mit allen Steuerbürgerinnen und -bürgern herbeigeführt. Daher muss schnellstens eine Diätenkommission des Landtags den Auftrag erhalten, ein solches Bruttokostenmodell zu berechnen und vorzulegen. Das darf nicht länger ausgesessen werden.

Was ebenfalls nicht länger ausgesessen werden darf, ist eine Neuregelung der Nebentätigkeiten von Abgeordneten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die Tätigkeiten von Abgeordneten sind wir zu dem Ergebnis ge-

kommen, dass unsere Regelungen in Baden-Württemberg im Abgeordnetengesetz wie auch in der Geschäftsordnung des Landtags nicht ausreichend sind.

(Zuruf von der CDU: Warum?)

In Anbetracht der Bedeutung des Themas für das Ansehen aller Mitglieder des Landtags hat sich unsere Fraktion dafür ausgesprochen, diese Neuregelung fraktionsübergreifend herbeizuführen, und hat Vorschläge an den Präsidenten und an die Fraktionsvorsitzenden übersandt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wie lauten die denn?)

Wir hoffen auf eine rasche und einvernehmliche Lösung. Wir haben einen Vorschlag gemacht; wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt und sind gern bereit, mit Ihnen in die Diskussion darüber einzutreten.

Zwei konkrete Vorschläge: In das Abgeordnetengesetz soll eine Vorschrift eingefügt werden, die den Mitgliedern des Landtags verbietet, Einkommen ohne konkrete Gegenleistung anzunehmen. Ferner soll entsprechend der Regelung des niedersächsischen Abgeordnetengesetzes der Verstoß gegen diese Verpflichtung sanktioniert werden können, indem rechtswidrig erlangte Einkünfte an das Land abzuführen sind.

Darüber hinaus wollen wir die Regeln über die Offenlegung der beruflichen Verhältnisse der Abgeordneten in der Geschäftsordnung des Landtags verschärfen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Zum einen sollen Abgeordnete, Herr Kollege Scheuermann, verpflichtet werden,

(Abg. Scheuermann CDU: Wo sehen Sie denn die Rechtswidrigkeit?)

alle vergüteten Tätigkeiten neben dem Mandat im Handbuch oder in einer geeigneten anderen Form zu veröffentlichen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Auch der Kollege Oelmayer?)

– Auch der Kollege Oelmayer.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zum anderen sollen künftig auch Höhe und Herkunft der neben den Diäten erzielten Einkünfte gegenüber dem Landtagspräsidenten offen gelegt werden.

Ich glaube, es ist gut und richtig, wenn man diese Vorschläge diskutiert, um dem Ziel der größtmöglichen Transparenz der Arbeit der Parlamentarier hier im Landtag näher zu kommen.

(Abg. Fleischer CDU: Aber so wird doch ein Populismuswettbewerb daraus!)

(Brigitte Lösch)

– Nein, so wird kein Populismuswettbewerb daraus, Herr Kollege. Gerade damit kein Populismus daraus wird, ist es sinnvoll, dass man ernsthaft über diese Vorschläge diskutiert und dass man vor allem versucht, gemeinsam einen Vorschlag zu machen,

(Abg. Fleischer CDU: Das ist richtig! Ja, das ist sehr vernünftig! So ist es!)

damit nicht eine Fraktion die andere an Populismus überbietet.

Deshalb ist unser Vorschlag an den Präsidenten und an die Fraktionsvorsitzenden gegangen. Ich denke, das ist eine gute Vorlage dafür, das zu diskutieren. Ich freue mich auf die Diskussion

(Abg. Fleischer CDU: Ich freue mich auf jede Diskussion mit Ihnen!)

und möchte nicht vergessen, zu sagen, dass wir dem Einzelplan 01 zustimmen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Herr Kollege Schmiedel, ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Hoffentlich haben Sie noch einen schönen Abend.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/4001.

Ich rufe auf

Kapitel 0101

Landtag

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Beratung des Einzelplans 01 abgeschlossen.

Buchstabe d der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 17. Februar 2005, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:13 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Finanzausschuss	stellvertretendes Mitglied	Seimetz	Heike Dederer
Innenausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Pauli Röhm	Heike Dederer Pauli
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Schebesta Fleischer	Heike Dederer Schebesta

16. 02. 2005

Günther H. Oettinger und Fraktion